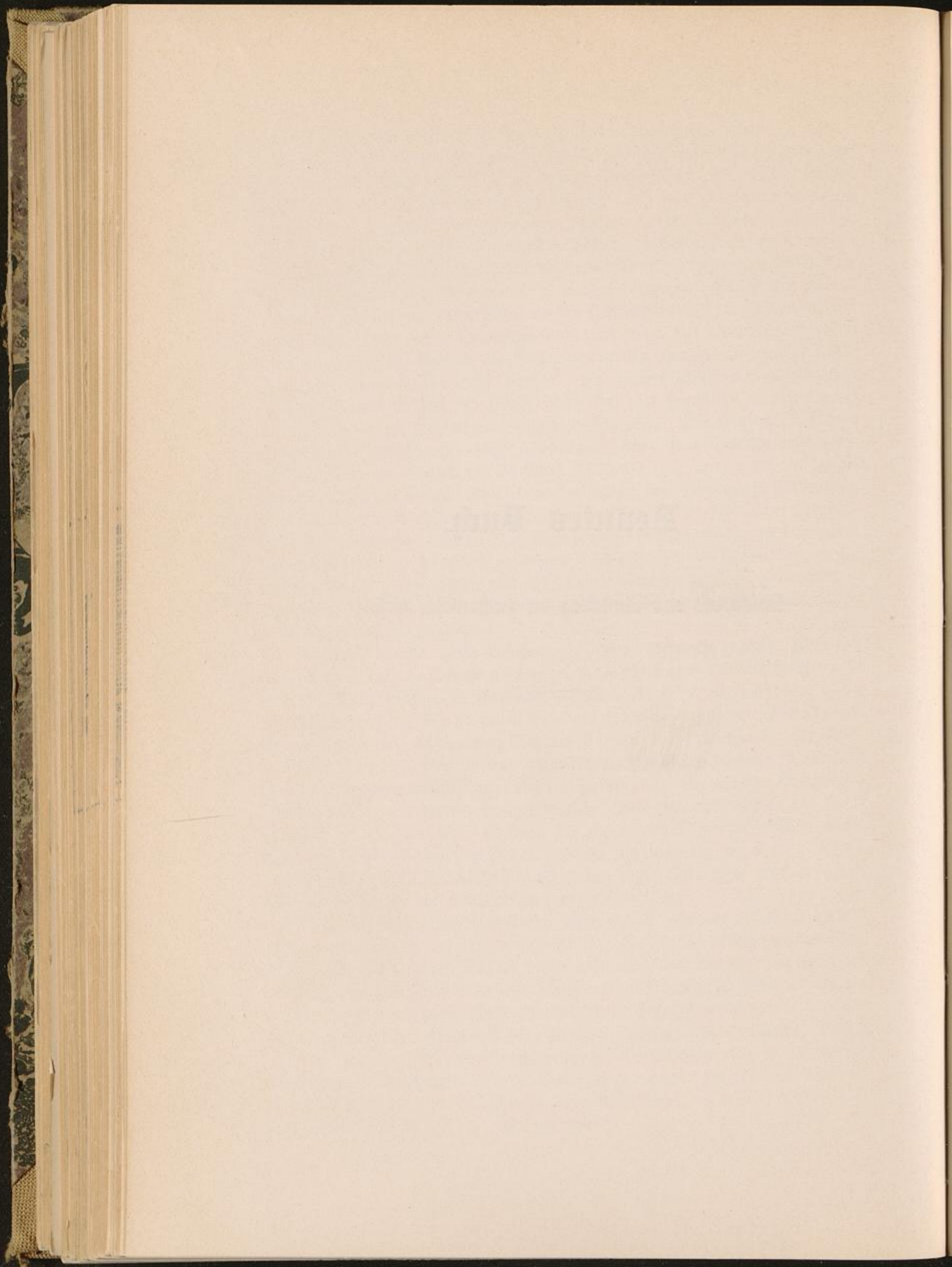


Neuntes Buch.

Höhepunkt und Umschlag der katholischen Erfolge



Erster Abschnitt.

Das Restitutionsedikt.

In der Zeit, da die Lübecker Verhandlungen noch schwebten, führten die Zerwürfnisse zwischen dem Kaiser und Gustav Adolf zu einem neuen und besonders ernstern Zusammenstoß. Der König von Polen, dem Wallenstein bereits vor zwei Jahren eine kleine Hülfsstruppe gesandt (S. 353) und einen stärkeren Zuzug im Jahr 1628 in Aussicht gestellt, dann aber nicht geleistet hatte, war mit einem abermaligen, von dem spanischen Gesandten zu Warschau vermittelten Hülfsesuch an den Kaiser herangetreten. Das Gesuch fiel in die Zeit, da, wie bemerkt, der Angriff Gustav Adolfs gegen das Reich zu gewärtigen und nur noch durch seine Beschäftigung im polnischen Krieg zu hindern war. Bereitwillig kam daher der Kaiser den Wünschen seines königlichen Schwagers entgegen, und bereitwillig gewährte auch Wallenstein seine Mitwirkung. In den letzten Tagen des Monats März 1629¹⁾ empfing Wallenstein in Güstrow seinen Feldmarschall Arnim und einigte sich mit ihm über die Bildung eines Hülfsheeres von vier Infanterieregimentern und 2800 Reitern, mit denen Arnim dem polnischen König zuziehen sollte; am 4. Mai wurde dann der förmliche Befehl an ihn ausgefertigt, unverzüglich nach Preußen abzugehen. Vorsorglich war auch mit dem polnischen König abgemacht, daß er Besoldung und Verpflegung der Truppen zu übernehmen habe.

Was diese Diversion bedeutete, erkannte man sofort an Gustav Adolfs Verhalten. Bisher hatte er geschwankt, ob er seine Hauptmacht gegen Preußisch-Polen oder gegen das deutsche Reich wenden sollte. Auf die Kunde von dem bevorstehenden Zuge Arnims warf er sich in raschem Entschluß auf Preußen (Anfang Juni), um vor allem den schon ermatteten polnischen Gegner vollends niederzuwerfen, aber auch mit dem neu gestärkten Vorsatz, nach Vollendung dieses Werkes seine Waffen nach Deutschland zu tragen. Hiernach hing jetzt für den Kaiser alles davon ab, ob Arnim die Besiegung der Polen werde hindern können.

¹⁾ Rüepp an Tilly, 1629 März 29. (Stuttgarter Archiv. Evangel. Bundesacta fasc. 3.)
Ritter, Deutsche Geschichte 1555—1648. III.

Gleichzeitig mit diesem Konflikt im Norden stiegen andere Gefahren für den Kaiser im Süden und im Westen auf. In Italien war der zeitliche Verlauf der Verwickelungen derart, daß die kaiserlichen Staatsmänner beim Eintritt in die Lübecker Verhandlungen noch hoffen konnten, dem Eingreifen Frankreichs zuvorzukommen, beim Fortgang derselben aber diese Hoffnung durchkreuzt sahen und beim Ausgange des Lübecker Tages sich einem weit aussehenden italienisch-französischen Krieg gegenüber fanden. Die hieraus entstehenden Sorgen wurden aber verdoppelt, da gleichzeitig der spanische Bundesgenosse, auf dessen Mitwirkung der Kaiser vor allem angewiesen war, in seinem Hauptkrieg mit den Generalstaaten aufs schwerste mitgenommen wurde. Da war zunächst zur See im Herbst 1628 der holländisch-westindischen Flotte ein unerhörter Schlag gelungen: sie hatte die spanische Silberflotte zum größeren Teil abgefangen und brachte eine Beute heim, in der die edlen Metalle allein auf 11 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden berechnet wurden. Hierauf, gehoben durch die neue Zuversicht, welche nun die Generalstaaten erfüllte, beschloß der Prinz Friedrich Heinrich sein erstes wirklich großes Unternehmen anzugreifen, die Belagerung von Herzogenbusch. Im April 1629 begann er nach umfassenden und umsichtig getroffenen Vorbereitungen die Einschließung der großen, über einen weiten zugehörigen Bezirk gebietenden Stadt. In Brüssel und Madrid war man durch den wuchtigen Angriff überrascht; hatte man doch den Mann, der vierundzwanzig Jahre lang die spanisch-niederländischen Heere geführt hatte, den Ambrosio Spinola, gegen Ende des Jahres 1627 nach Madrid kommen lassen, von wo er dann im Juli 1629 als Statthalter nach Mailand ging, um die Führung in dem italienischen Krieg zu übernehmen. In dem Bewußtsein, daß man vornherein dem Gegner nicht gewachsen sei, drang man denn auch sofort mit verstärkter Hefigkeit auf den Kaiser, auf Wallenstein, auf die Führer der Liga um Beistand gegen die Generalstaaten. An Wallenstein insbesondere erging das überraschende Ansinnen, daß er nach abgeschlossenem Frieden mit Dänemark die Hauptmasse seiner im Feld verwendbaren Truppen zunächst nicht gegen Venedig, sondern zum Ersatz nach Herzogenbusch führen möge.

Merkwürdigerweise zeigte sich Wallenstein diesem den italienischen Kriegsplan des Kaisers durchkreuzenden Verlangen gar nicht abgeneigt. Der Grund war, daß sich in dem eigenwilligen Gang seiner Pläne und Entschlüsse ein neuer Wechsel vollzogen hatte. Beim Eintritt in die dänische Friedensverhandlung verlangte er Frieden mit Dänemark, um freie Hand gegen Italien zu bekommen. Aber wie er nun im Fortgang jener Verhandlung die Enttäuschung erfuhr, daß Frankreich ihm in Italien zuvorkam, daß dabei auch der Herzog von Savoyen, dessen Mitwirkung er für unerläßlich hielt, von dem kaiserlich-spanischen Bündnis losgerissen wurde, da wurde er an seinen italienischen Eroberungsplänen ebenso plötzlich irre, wie früher an dem Gedanken der Auflösung des dänischen Staates. Jetzt rückten in seiner Betrachtung als die gefährlichsten Feinde im Nordwesten die Generalstaaten, im Nordosten Gustav Adolf in den Vordergrund; gegen diese wünschte er freie Hand zu bekommen in Italien sowohl wie in den Beziehungen zu Frankreich. Sein Rat war also, den italienischen Kriegszug wenigstens zu verschieben bis zum nächsten Frühjahr, dem spanischen An-

sinnen aber war er bereit zu folgen. Hier jedoch trat ihm mit festerem Willen der Kaiser entgegen. Wohl war Ferdinand mit der Sendung eines Hilfscorps nach den Niederlanden einverstanden; aber in Bezug auf Italien machte er im Juli den Schwankungen seines Generals durch den bestimmten, mehrfach wiederholten Befehl ein Ende, die Hauptmasse seiner im Feld verwendbaren Armee dorthin marschieren zu lassen. Nur in einer Beziehung trug er dabei den gehäuften Schwierigkeiten Rechnung. Statt seine Kräfte zu zersplittern in einem Raubkriege gegen Venedig, den er selbständig, und dem Krieg gegen den Herzog von Mantua-Nevers, den er durch Verstärkung des spanischen Heeres führen sollte, dachte er nunmehr, sich auf den mantuanischen Krieg zu beschränken, hier jedoch nicht mit einem bloßen Hilfscorps, sondern mit einer selbständigen Armee, nicht unter, sondern neben den spanischen Streitkräften einzugreifen — ein Entschluß, der ihm allerdings neben der Unzufriedenheit seines Generals auch noch die Eifersucht seines Verbündeten einbrachte.

Widerwillig und langsam brachte nun Wallenstein die kaiserlichen Anordnungen zur Ausführung. Es galt zunächst die Truppen auszusondern, die man zur Besetzung der nördlichen und östlichen Grenzgebiete des Reiches brauchte, dann statt des großen Zuzugs ein immerhin ansehnliches Hilfscorps zum Entsatz Herzogenbuschs auszusenden und weiter im Hinblick auf die im Inneren des Reichs vorgehenden Aenderungen, von denen gleich die Rede sein wird, eine jedem Widerstand gewachsene Truppenzahl bereit zu halten: hierauf erst konnte die für Italien bestimmte Armee gebildet werden. Obgleich nun aber Wallenstein zum Zweck der Führung dieser Armee persönlich in Schwaben erscheinen zu wollen erklärte, blieb er doch bis Ende Juli in seiner mecklenburgischen Hauptstadt, verlegte dann sein Quartier nach Halberstadt und brachte den Winter in Böhmen zu, immer sein Erscheinen in Süddeutschland hinauschiebend. Vorläufig überließ er den Befehl über die nach Italien teils schon vorgeschobenen, teils jetzt nachfolgenden Truppen, hierin wohl auch dem Wunsche des Kaisers folgend, dem Grafen Collalto; auch der fand sich jedoch erst am 14. September bei dem inzwischen in Madrid eingetroffenen spanischen Feldherrn Spinola ein, um nun endlich eine Verabredung zu treffen, nach welcher der spanische Feldherr das Gebiet von Montferrat, der kaiserliche das von Mantua unterwerfen sollte.

Damit war denn der Krieg in Italien entschieden, und gleichzeitig war mit dem Erscheinen der kaiserlichen Streitkräfte in Preußen und in den Niederlanden die Aussicht auf neue kriegerische Zusammenstöße mit den Staaten und mit Schweden eröffnet. Den Fortgang dieser drei großen Verwickelungen verfolgen wir aber vorläufig nicht. Denn genauer angesehen, bildeten sie doch in den damaligen Bestrebungen der kaiserlichen Politik gleichsam nur den Rahmen für andere Unternehmungen, die sich auf das Innere des Reiches wandten. In erster Linie sah da der Kaiser die Stunde gekommen, um den Gedanken, der so lange über den inneren Kämpfen im Reich gestanden hatte, und dem jüngst zu Mühlhausen die katholischen Kurfürsten den bestimmtesten Ausdruck gegeben hatten, nämlich die Rückführung der konfessionellen Machtverhältnisse auf den Fuß des katholisch interpretierten Religionsfriedens, zur Ausführung zu bringen. Daneben, gewissermaßen als vorbereitende Erprobung seiner Kräfte, machte er

sich ans Werk, wie einst in Böhmen, so jetzt im Reich der Gegenreformation durch unbarmherzige Konfiskationen vorzuarbeiten; schließlich, als Krönung des ganzen Werkes, hoffte er dann noch, die Nachfolge im Reich und damit die Erbschaft seiner Politik seinem ältesten Sohne zu sichern, die Opposition der katholischen wie protestantischen Reichsstände zu brechen und sie alle den weiteren Zielen der kaiserlichen Politik dienstbar zu machen. Indem wir diesen Bestrebungen der Reihe nach folgen, beginnen wir mit den Konfiskationen.

Jener Auftrag, den der Reichshofrat Hye für den niederfächsischen und westfälischen Kreis erhalten hatte (S. 384/5), war bald auch auf die oberdeutschen Kreise, auf Schwaben und Franken, den Elsaß und Oberrhein ausgedehnt, und die Ausführung hier der Leitung Collaltos unterstellt. Der Ertrag der Konfiskationen sollte für die Bezahlung der Wallensteinschen Armee verwandt werden. Indes wie nun die Kommissarien gegen die Unterjassen mächtiger und kaisertreuer Fürsten vorzugehen Miene machten, erfuhren sie alsbald, daß ein Kurfürst von Köln oder ein Bischof von Osnabrück durchaus nicht bereit waren, die Strafgewalt gegen Unterthanen, die etwa Kriegsdienste gegen den Kaiser genommen hatten, aus der Hand zu geben. Sie mußten ihr Verfahren also teils auf kleinere Stände, teils auf die Jnsassen solcher Fürstentümer beschränken, welche, wie das Stift Minden, oder, vor Abschluß des Lübecker Friedens, der königliche Anteil von Holstein, in des Kaisers Gewalt waren. Am Ende war es nur ein größerer Fürst, der teils im Zusammenhang mit der Konfiskationsgier, teils auf andere Vorwände der Gefahr des Ruins ausgesetzt wurde, nämlich der Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel.

Ein erster Schlag, der trotz der ihm gewährten Verzeihung (S. 338) im Jahr 1628 gegen ihn geführt wurde, bestand darin, daß der Kaiser unter dem Titel zu ersetzender Kriegskosten die Grafschaften Hohenstein und Regenstein (S. 300) zweien seiner österreichischen Gläubiger, dem Freiherrn von Thun und dem Grafen Maximilian von Waldstein¹⁾, zum Pfandbesitz überwies. Dann, gegen März 1629, fertigte Wallenstein für den an den kaiserlichen Hof reisenden bairischen Obersten, den Grafen von Pappenheim, ein Schreiben an den Reichshofrat aus,²⁾ des Inhalts: der Graf habe „allerhand Prozeduren“, die Friedrich Ulrich „sowohl vor als nach erlangter Salva-guardia begangen“ in Erfahrung gebracht. Es handelte sich um nichts geringeres als den angeblichen Nachweis, daß die Begnadigung des Herzogs erschlichen, jedenfalls durch weitere Vergehen verschärzt sei, daß man also gegen den Braunschweiger verfahren könne, wie gegen die mecklenburgischen Herzöge. Vermutlich ging dann der weitere zwischen Wallenstein und Pappenheim abgefartete Plan auf eine Teilung der Wolfenbütteler Lande zwischen Pappenheim und Tilly. Indes, dieses Projekt kam zu früh aus und scheiterte an dem kräftigen Einspruch, den Kurfürst Maximilian am 12. April beim Kaiser einlegte, — nicht jedoch so vollständig, daß nicht ein

¹⁾ Dieser trat Regenstein (nebst Blantenburg) „pro 300 000 fl. pfandschillingsweis“ an Merode ab. (Wiener Staatsarchiv. Reichshofratsprotokolle, 1628 Mai 30.) Daher die Ansprüche Merodes. (Hallwich, Merode S. 20.)

²⁾ Wiener Archiv. Reichshofratsprotokolle, 1629 April 9, 30.

Teil desselben gerettet wurde. Dem General Tilly hatte der Kaiser nach dem böhmischen Krieg eine Belohnung von 100 000 Thalern bewilligt und diese im Oktober 1627 auf 400 000 Gulden, im Februar 1628 auf 400 000 Reichsthaler erhöht. Wie nun Tilly wohl gegen den Genuß, keineswegs aber gegen den Besitz gleichgültig war und die Erhöhung, die er eigenen Kindern nicht zuwenden konnte, seinen zwei Brudersöhnen zudachte, so wünschte er eine Versicherung dieser Summe auf entsprechende Herrschaften, und die Handhabe zur Erfüllung dieses Wunsches bot ihm nun eine Nebenstimmung des Lübecker Friedens, welche besagte, daß Christian IV. eine Schuldforderung an den Herzog Friedrich Ulrich, im Betrag von 300 000 Reichsthalern, dem Kaiser abzutreten habe. Auf dieser Bestimmung fußend, rechneten die kaiserlichen Bevollmächtigten weiter aus, daß Friedrich Ulrich aus dem verwirkten Erbe seines Bruders Christian 100 000 Reichsthaler gezogen und jetzt zu erstatten habe; und damit kamen sie denn glücklich auf den Betrag der vom Kaiser an Tilly zu zahlenden Summe. Tillys Befriedigung wurde demgemäß vom Kaiser auf den Herzog geschoben; der Herzog aber, der die Schuld natürlich nicht in Geld berichtigen konnte, mußte sich zu weiteren Abmachungen mit seinem neuen Gläubiger herbeilassen, durch welche diesem ein ansehnliches Gebiet aus der Grafschaft Hoya, sowie dem Calenberger und Wolfenbütteler Land zugewiesen wurde.¹⁾

Auch hiermit hatten aber die Bedrängnisse des armen Herzogs kein Ende. Ein recht ansehnlicher Teil seiner Lande bestand aus Gebieten, welche einst etwa zwei Drittel des geistlichen Fürstentums Hildesheim gebildet hatten, und durch deren Abtretung an die Herzöge von Wolfenbüttel und Calenberg das Stift im Jahr 1523 das Ende einer schweren Fehde erkaufte hatte. Hinterher war dieser Vertrag durch den Bischof angefochten, und 89 Jahre lang hatte man darüber am Kammergericht prozessiert, bis jetzt in der Zeit der Siege der katholischen Heere und unter dem Drängen des Kurfürsten von Köln, der zugleich Bischof von Hildesheim war, am 17. Dezember 1629 das Urteil auf Rückgabe der Lande nebst den seit hundert Jahren gezogenen Nuzungen erging. Wenige Monate darauf erhielten Wallenstein und Tilly vom Kaiser den Auftrag, den Bischof in dem ergriffenen Besitz des zuerkannten Landes zu schützen.

So wurde der Wolfenbütteler Herzog dem Schicksal seiner mecklenburgischen Standesgenossen nahegebracht. Was aber im übrigen die eigentlichen Konfiskationen angeht, so dürfte ihr Ertrag dem Kaiser viel mehr Erbitterung als Nutzen eingebracht haben. Von ganz anderer Tragweite war da das zweite Unternehmen, das man jetzt angriff, nämlich die Restitution des Kirchenguts. Angetrieben durch zwei Reskripte des Kaisers, hatte der Reichshofrat²⁾ am 25. September 1628 mit der Verlesung der am Reichstag von 1613 überreichten katholischen und protestantischen Beschwerden begonnen, um nach Erörterung der gegenüberstehenden Rechtsauffassungen über die zu treffende Entscheidung sein Gutachten

¹⁾ B. d. Decken I S. 293, 303 Anm. 1. Nach der Lüneburger Denkschrift von 1647 bei Meyer, Acta pacis Westf. VI 415 wäre Tilly schließlich ganz Kalenberg und die obere Grafschaft Hoya abgetreten. Wieder etwas anders berichtet Ripius bei Spittler, Geschichte Hannovers II S. 94.

²⁾ Ich benutze im folgenden die Protokolle des Reichshofrats aus dem Wiener Staatsarchiv.

zu geben. Man kann nicht sagen, daß das Kollegium, dem hiermit die größte Frage, die das Reich bewegte, anheimgestellt wurde, sich besonderer Achtung, sei es hinsichtlich der Kenntnisse, sei es hinsichtlich der Redlichkeit, erfreute. Der Hofrat, so berichtet der bairische Gesandte Dr. Leuter am 22. September 1627, besonders die Ritterbank, wird mit Männern besetzt, welche weder die Gesetze des Reichs kennen, noch an der Erhaltung desselben, abgesehen von Oesterreich, ein Interesse haben; solcher Art sind die jungen Grafen von Harrach und Slavata, sowie ein Verwandter Eggenbergs namens Barbi und der jüngst ernannte Freiherr von Springenstein; sie können keine juristische Quelle aufschlagen, geschweige denn aus dem Gedächtnis citieren. Auch über die Mitglieder der gelehrten Bank, fügt er hinzu, ließe sich eine „Spezialausführung“ geben; der Vorsitzende selber, Graf Wladislaw von Fürstenberg, soll des Lateinischen unkundig sein. — Zwei Jahre später, am 8. April 1629, teilte der Kurfürst von Köln seinem Bruder Maximilian vertrauliche Eröffnungen mit, die von dem Reichshofrat von der Neck und dem Präsidenten Fürstenberg stammten und sich auf die Bestechlichkeit der Hofräte bezogen: diese Beamten, klagte der Graf, würden übel bezahlt, daher die Bestechungen, die „nicht größer sein könnten“, und ohne die „nichts auszurichten sei“. Von der Neck führte einzelne Beispiele und Personen an, unter letzteren den Reichsvizekanzler Stralendorf: der „schlage nichts aus“, er „sei gleichsam in die Hölle condemnirt“. Uebrigens, heißt es weiter, „nehmen nicht nur die Reichshofräte alles indifferenter an, sondern auch vornehme Minister, so daß die Justiz käuflich ist, ja wohl der Kaiser verkauft wird“. Schließlich fehlt unter den Geschenknehmern auch der Vater Lamormain nicht: er „nehme mit fünfzehn Tausend auf einmal an“.

Ein solches Kollegium besaß nur eine unschätzbare Eigenschaft: es mußte die Justiz in den Dienst der siegreichen Partei zu stellen. Schon am 7. Oktober waren seine Vorberatungen beendet, am 14.¹⁾ wurde das dem Kaiser einzugebende Gutachten — die Grundlage des Restitutionsediktes — angenommen und alsdann noch vom Kaiser den katholischen Kurfürsten²⁾ zur Meinungsäußerung vorgelegt. In dieser selben Zeit aber waren auch schon neben der Justiz die Interessen in Bewegung gekommen, und zwar vor allem die auf den Erwerb der Bistümer gerichtete Begier. Wie von Anfang an die katholischen Fürsten die Gegenreformation benutzt hatten, um ihrem Hause geistliche Fürstentümer zu erwerben, und die geistlichen Vorkämpfer der Gegenreformation, da sie in den Waffen der weltlichen Fürsten das unentbehrliche Mittel zur Rückführung der Protestanten sahen (S. 214), dieses Streben begünstigt hatten, so gingen auch jetzt wieder beide Teile in der Jagd nach Bistümern für nachgeborene Prinzen einträchtig zusammen. Den Vortritt unter den Bewerbern hatte Kaiser Ferdi-

¹⁾ Hiernach ist die in meiner Abhandlung über das Restitutionsedikt (Histor. Zeitschrift 76 S. 98 Anm. 4) versuchte Datierung zu verbessern. — Der daselbst S. 100 Anm. 1 ausgesprochene Zweifel über das Datum des bezüglich Magdeburgs erlassenen Breves erledigt sich dadurch, daß das von Dreyhaupt zum 19. Sept. gesetzte Gutachten vielmehr vom 19. Dez. ist. (Das richtige Datum am Schluß des Aktenstücks, S. 358. Vgl. jetzt auch Kiewning I n. 156 S. 330, n. 158 S. 335.)

²⁾ Nicht bloß Mainz und Baiern. Vgl. Kurfürst Maximilian an Kurfürst Köln, 1628 Dez. 26. (Münchener Staatsarchiv 41/5.)

nand II., im Namen seines nachgeborenen Sohnes Leopold Wilhelm. In den Jahren 1625/26 waren an diesen Knaben die von Erzherzog Leopold abgegebenen Stifter Passau und Straßburg gekommen, zugleich aber waren für ihn, wie schon erwähnt (S. 299), die Bistümer Magdeburg und Halberstadt in Aussicht genommen. Mit letzterer Absicht drang man zuerst in Halberstadt durch, wo am 30. Dezember 1627 das eingeschüchterte Kapitel den damals sein vierzehntes Jahr vollendenden Prinzen zum Bischof postulierte. Allein wie die kaiserliche Regierung nun das Magdeburger Kapitel zu gleichem veranlassen wollte, spielten ihm die Mitglieder desselben den schlimmen Streich, daß sie im Januar 1628, indem sie ihren bisherigen Administrator als abgesetzt betrachteten, den jüngeren Sohn des sächsischen Kurfürsten, den Prinzen August, erwählten. Dem Kaiser blieb nun nichts übrig, als unter neuer Kränkung des schon so vielfach gekränkten Kurfürsten, die Ernennung seines Sohnes zum Erzbischof von Magdeburg beim Papste durchzusetzen (Ende 1628). Daneben richtete er sein Verlangen auf das andere norddeutsche Erzbistum, auf Bremen. Dessen Inhaber, der holsteinische Johann Friedrich, ließ sich nun freilich nicht so einfach beseitigen, da er zeitig seinen Frieden mit dem Kaiser gemacht hatte (S. 339); aber es bot sich der Ausweg, ihm als Koadjutor anstatt des dänischen Prinzen Friedrich, den österreichischen Erzherzog aufzudrängen; und in diesem Sinne sah er sich denn auch im März 1628 von dem kaiserlichen Reichshofrat Walmerode angegangen. Auch hier jedoch fand sich ein Gegenbewerber. Jener Better des Kurfürsten Maximilian, Franz Wilhelm von Wartenberg, der im Jahre 1626 Bischof von Osnabrück geworden war (S. 320), dachte ebenfalls nicht daran, sich mit einem Stift zu begnügen. Wie eine große Ernte, meinte er im Dezember 1627 erledigte oder zur Erledigung bestimmte Bistümer vor sich zu sehen: hier, sagte er, könnte ich als Nachbar das öffentliche und private Interesse zugleich wahrnehmen. Das Stift, welches ihn vor allem lockte, war Bremen; daneben schien ihm das Bistum Verden, das ja ebenfalls dem dänischen Prinzen aus der Hand glitt, nicht zu verachten. Und sofort ging er denn auch in Bezug auf Bremen mit Bewerbungen beim Kaiser, dem Wiener Nuntius und dem Bremer Domkapitel vor. Aber Ferdinand hielt an seinen Wünschen fest, und da er auch diese Sache an den Papst brachte, mußte ihm Urban VIII., so schwer er sonst mit ihm wegen seiner italienischen Politik verfeindet war, zu Willen sein: Anfang August 1628 ging an den Wiener Nuntius die Entschließung ab, welche dem Erzherzog Leopold Wilhelm das Successionsrecht — der Name Koadjutorie war vermieden, um nicht dem feyerlichen Inhaber eine Anerkennung zu gewähren — in der Bremer Kirche zusprach.

Gleichzeitig mit den Bistumsbewerbungen kamen Interessen anderer Art in Bewegung. Gegen Ende des Jahres 1628 und Anfang 1629 sah sich der kaiserliche Hof durch Vertreter der Orden der Prämonstratenser, Benediktiner und Cisterzienser mit der besonderen Bitte angegangen, daß die ihnen entzogenen Klöster auch lediglich ihren Orden restituiert werden möchten.¹⁾ Die Mönche

¹⁾ Kaiserliche Bescheide, 1628 Nov. 20—1629 Febr. 15, bei Hay, *Astrum inextinctum*, Ausg. 1636 S. 390—93. Günter, *Restitutionsedikt* S. 45 fg.

fürchteten also die Ueberweisung der Klöster an andere Bewerber. Nach alten Erfahrungen konnten sie dabei einfach an Kommenden, Inkorporationen und dergl. denken, aber in Wirklichkeit zielten sie vornehmlich auf die Umtriebe der Jesuiten. Im Hinblick nämlich einerseits auf die geringe geistige Kraft des deutschen Weltklerus und der alten Orden, andererseits auf die Leistungen der Jesuiten hatte sich mit der Aussicht auf die äußere Wiedergewinnung weiter Gebiete für die katholische Kirche wie von selbst und von verschiedenen Seiten her das Verlangen geregt, diese Erwerbungen mit neuen Kollegien und Missionsstationen der Jesuiten zu besetzen. Aber auch in dem Orden selber erhob sich dieser Gedanke, und hier regte er Bemühungen an, die ebensosehr die Gewandtheit der Väter in der Intrigue, wie die Zerkahrenheit der kaiserlichen Regierung bezeugten.

Zu einer Zeit, da man dem Ziel noch ziemlich fern war, gegen Ende des Jahres 1627, erregte der kaiserliche Beichtvater Lamormain die Aufmerksamkeit des päpstlichen Nuncius durch vorsichtige Andeutungen, wie der Papst das große Werk der Rückführung der deutschen und nordischen Lande zur katholischen Kirche dadurch zu fördern habe, daß er es dem Kaiser ermögliche, aus dem Vermögen der herrenlos gewordenen geistlichen Institute „Alumnate und Kollegien zu gründen und neue Orden zu installieren“. Deutlicher ging er dann im Oktober 1628 gegen den Abgesandten eines Prämonstratenserabtes heraus: die alten Orden, sagte er, haben sich in dem Kampf mit dem Protestantismus ohnmächtig erwiesen, nur die Jesuiten seien demselben gewachsen; darum müßten von den zu restituierenden Klöstern sämtliche Frauenklöster und die geringen Männerklöster in ihrem ursprünglichen Charakter ausgetilgt werden, um als Jesuitenkollegien neu zu erstehen. Einige Wochen später erschien der Jesuit Morelles an den Höfen des Kölner und bairischen Kurfürsten und lenkte deren Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeit, die geistlichen Fürstentümer, die man den Protestanten entreißen wollte, mit katholischen Seelsorgern zu versehen, eine Schwierigkeit, die dann von selber auf den Gedanken brachte, zur Erziehung brauchbarer Geistlicher einige Klöster zu „Seminarien und Schulen“, natürlich der Jesuiten, zu bestimmen.¹⁾

Zu einer solchen Umwandlung bedurfte man einer Anordnung des Papstes, und diese zu erwirken und ihre Ausführung zu befördern, schien niemand geeigneter als der fromme Kaiser. Allein auf Ferdinands Gewissen und die Parteien seines Hofes wirkten nicht nur die Jesuiten, sondern auch die alten Orden, deren Sache vor allem, wie es scheint, der im geheimen Rat so mächtige Benediktinerabt Anton von Kremsmünster versocht. Ferdinand und seine Regierung gerieten darüber ins Schwanken. Einerseits richtete der Kaiser an seinen Gesandten bei der Kurie am 14. April 1629 und abermals am 25. Oktober den Auftrag, daß die wieder zu gewinnenden Klöster ihren Orden verbleiben, und daß besonders auch keinem anderen Orden, der darum einkomme, etwas zum Nachteil des Berechtigten voreilig gewährt werden möge. Wie nun aber im geraden Gegensatz dazu der Pater Lamormain um dieselbe Zeit an dieselbe Stelle sich

¹⁾ Kurföln an Baiern, 1628 Dez. 17. Kurbaiern an Köln, Dez. 26. (Münchener Staatsarchiv 41/5.)

mit der Bitte wandte, daß etliche Nonnenklöster in Niedersachsen zur Gründung von Jesuitenkollegien verwandt werden möchten, und hierauf am 21. Juli an den Wiener Nuntius die Weisung abging, dem Beichtvater die Bereitwilligkeit, ihm und seinen Oberen gefällig zu sein, darzuthun, mußte Ferdinand andererseits auch diesen Wünschen entgegenkommen: am 9. Mai eröffnete er den Generalen Wallenstein und Tilly, dann den Kommissarien für die einzelnen Kreise seine Absicht, die zurückzunehmenden Nonnenklöster wenigstens teilweise zur Gründung von Jesuitenkollegien zu verwenden, und verlangte Vorschläge zur Ausführung dieses Plans. Verdient um den neuen Erlaß hatte sich besonders Stralendorf gemacht, und zum Lohn dafür ersuchte Lamormain den Jesuitengeneral, für die, welche sich in dieser Sache bemüht hatten, so viele Messen lesen zu lassen, als der Orden Priester zählte.¹⁾ Im Verlauf des ganzen Geschäftes hielt übrigens der Orden darauf, daß die Anregung, die er gegeben hatte, geheim blieb. Als daher der Papst auf das eben erwähnte Gesuch Lamormains und bald nach seinem ersten vorläufigen Bescheid dem Kaiser offen seinen Wunsch zu erkennen gab, daß ein Teil der zu restituierenden Klöster und Kirchen im vorläufigen Gewahrjam der Bischöfe bleiben und für die Stiftung von Jesuitenkollegien, Seminarien und dergl. frei gehalten werden möchte, mußte hinterher der Jesuit Laymann in einer nicht ohne Beihülfe Lamormains veröffentlichten Verteidigung des Verhaltens der Jesuiten diese Anordnung aus dem freien Antrieb des Papstes ableiten.²⁾

Am 6. März 1629 kam nun endlich der Tag, da der Kaiser den Erlaß, an den sich der Name des Restitutionsedikts knüpft, unterzeichnete. Er that es in der Ueberzeugung, daß er nunmehr den großen Preis des Krieges ergreife, wie denn auch in gleichem Sinn einige Monate später dem Kurfürsten Maximilian sein Beichtvater, der Jesuit Congen, sagte: diese Restitution sei der Zweck und die Frucht des Krieges.³⁾ Das Edikt selber enthielt zweierlei kraft kaiserlicher Gewalt und angeblicher Heimstellung der streitenden Parteien getroffene Entscheidungen: die ersten sollten den wahren Sinn der umstrittenen Satzungen des Religionsfriedens feststellen, die zweiten sollten das Verfahren, mittelst dessen die Verletzungen des Religionsfriedens aufgehoben werden sollten, bestimmen. In ersterer Beziehung verordnete der Kaiser: der geistliche Vorbehalt hat Gesetzeskraft, also ist der Besitz von Bistümern und Prälaturen durch Protestanten widerrechtlich. Der Religionsfriede verbietet den Inhabern der Landeshoheit die Einziehung der landsässigen Klöster, Stifter und Prälaturen, also bleibt es dabei, daß diese Anstalten „allein Gott und der Kirche nach Inhalt ihrer Stiftung zugehören“. Endlich — und diese Anordnung war vor allem den Erinnerungen des Kurfürsten Maximilian zu danken — der Religionsfriede kommt neben den Katholiken nur den Anhängern der ungeänderten Augsburger Kon-

¹⁾ Lamormain an Stralendorf, 1629 Mai 17. (Wiener Staatsarchiv. Reichshofrat, aus Jesuiterakten, ant. 1, 2, 3.)

²⁾ Pallotto, 1629 Sept. 22 (Kiewning II n. 172 S. 334 fg.); dazu Laymann, *Justa defensio, prooemia* § 6: *motu proprio*.

³⁾ Ferdinand an Collalto, 1628 Nov. 15. (Ehlsmeyer n. 36 S. 273.) Congens Gutachten hinter Maximilians Schreiben an den Kaiser, 1629 Sept. 13. (Münchener Staatsarchiv 4/4.)

fession zu, also, wenn es auch nicht ausdrücklich zugesetzt wurde, Ausschluß der sogenannten Calvinisten. Daneben wurde noch, um die versuchte Einschränkung des Reformationsrechtes der Territorialherren zurückzuweisen, die Unverbindlichkeit der Ferdinandeischen Deklaration und die Ausweisungsbefugnis gegen die Unterthanen des anderen Bekenntnisses ausgesprochen. Um erschöpfend zu sein, fehlte diesem Edikt nur eins: eine Entscheidung derjenigen Streitigkeiten, die sich an die Satzung des Religionsfriedens über die paritätischen Reichsstädte knüpften. Die Kurfürsten von Mainz und Baiern hatten zu einem entsprechenden Zusatz ausdrücklich geraten, und zwar im Hinblick auf die kirchlichen sowohl, wie die politischen Rechte des katholischen Teils der Bürgerchaften. Der Reichshofrat aber, so scheint es, wollte bei der Fülle verwickelter Fragen, die hier in Betracht kamen, und der Gefahr des in großen Städten leicht aufwachenden Geistes des Widerstandes, gegen die Städte lieber einzeln, als mit einer allgemeinen Anordnung vorgehen.

Ein zweiter Teil des Ediktes bezog sich auf das gerichtliche Verfahren und die Exekution. Ausgehend davon, daß die Zweifel über den Sinn der Bestimmungen des Religionsfriedens, welche bisher die Prozesse in die Länge gezogen und zur Bestreitung der Zuständigkeit der Reichsgerichte geführt hatten, nunmehr völlig geklärt seien, daß andererseits der Thatbestand in so vielen Fällen offen liege, ordnete das Edikt für alle derartigen Fälle ein summarisches Verhör der vorzufordernden Parteien vor kaiserlichen Kommissarien an; auf das Verhör sollte alsbald das Urteil folgen, dann die Exekution. Ueber die Mittel der Exekution sprach sich das Edikt nicht aus; aber da bei Verteilung der Wallensteinschen Truppen ein ansehnliches Corps für die im Innern des Reichs hervortretenden Aufgaben, für „die Exekutionen“, wie Collalto kurzweg sagte (9. Juni), zusammengehalten war, so sollten eben diese Truppen, daneben, wenn sie näher zur Hand waren, diejenigen der Liga etwaigen Widerstand auf Anrufen der kaiserlichen Kommissarien niederschlagen. Die Kommissarien selber teilten sich in drei verschiedene Gruppen: einerseits wurden unverzüglich (27. Mai) in den einzelnen Kreisen vornehme Kommissionen, mit einem Reichsfürsten an der Spitze, angeordnet, welche vorzugsweise das Massenverfahren zur Wiedergewinnung der landsässigen Klöster und Stifter ins Werk zu setzen hatten, andererseits wurden besondere Kommissionen für die Rücknahme der Reichsstifter und wieder besondere für die kirchlich-politische Umgestaltung der Reichsstädte ernannt. Folgen wir zunächst dem Feldzug gegen die Reichsstifter.

Hier galt es vor allem, den für den Sohn des Kaisers erworbenen Anspruch auf die Stifter Halberstadt, Magdeburg und Bremen zu verwirklichen. Da nun in dem ersten Stifte sich noch eine Minorität von fünf katholischen Domherren gehalten hatte, so kam man hier zum Ziel, indem man diese fünf als Kapitel anerkannte und ihnen die Verwaltung für die Zeit von Leopold Wilhelms Unmündigkeit anvertraute; eine Verlegenheit lag nur darin, daß derjenige, den man im Sommer 1630 zum Offizial und bischöflichen Vikar erhob, ein Konfubinarier von ärgerlichem Lebenswandel war.¹⁾ Zugleich aber galt es,

¹⁾ Forst, Korrespondenz Wartenbergs n. 398 S. 430.

gerade hier eine sofortige Probe abzulegen, wie in den wiedergewonnenen geistlichen Gebieten die Gegenreformation vom Haupte zu den Gliedern fortzuschreiten habe: im Dezember 1629 erschien die für den niedersächsischen Kreis niedergesetzte Kommission und verfügte die Absetzung der protestantischen Domherren, sowie der protestantischen Mitglieder der vier städtischen Kollegiatstifter und dazu noch die Restitution des Karmeliterklosters. — Nicht so leicht ging es mit der Aufrichtung der katholischen Herrschaft im Erzbistum Magdeburg. Da sich das dortige Kapitel durch die sächsische Postulation in offenen Widerstand gegen den österreichischen Prinzen gesetzt hatte, auch keine katholische Minorität in sich barg, der man so weit vertrauen konnte, wie den Halberstädter Domherren, so beabsichtigte der Kaiser, die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten zwei österreichischen Geistlichen, die der weltlichen dem Grafen Wolf von Mansfeld zu übergeben. Aber in letzterer Beziehung traf er auf den Einspruch Wallensteins, der die Einkünfte sowohl von Magdeburg, wie von Halberstadt für sein Heer in Beschlag genommen hatte und nichts Geringeres begehrte, als daß einer seiner Obersten an die Spitze der weltlichen Regierung beider Stifter gestellt werden sollte. Dies und zugleich ein höchst gefährlicher Konflikt, in den Wallenstein mit der Stadt Magdeburg infolge seiner immer höher steigenden Geldforderungen geriet, hielt die Dinge ein Jahr lang in der Schwebe. Erst im März 1630 wurde eine kaiserliche Kommission abgefertigt, die nun allerdings mit der Besitznahme des Erzstiftes, ausgenommen die Stadt Magdeburg, und mit der Absetzung der protestantischen Domherren vorging. Vermutlich in derselben Zeit erfolgte dann auch die Einsetzung des Grafen von Mansfeld,¹⁾ freilich mit der Anweisung, daß die dem Lande aufgelegte Contribution zu Wallensteins Verfügung bleiben müsse. — Noch größere Schwierigkeiten als in Magdeburg ergaben sich in Bremen. Den einfachen Weg, auf Grund der Inhabilität des zeitigen Administrators die Erledigung des Erzstiftes auszusprechen und dann den kaiserlichen Prinzen als Nachfolger einzusetzen, wollte der Kaiser wegen der auf den Herzog Johann Friedrich zu nehmenden Rücksichten nicht einschlagen; er versuchte vielmehr, ihn unter Anbietung von Entschädigungen zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Allein da wußte der Administrator, der allerdings in den von Tillys Truppen besetzten Stiftslanden ohnmächtig war, aber in der trotigen Stadt Bremen einen starken Rückhalt besaß, die Entscheidung hinzuziehen, so lange, bis das Jahr 1631 den großen Umschwung der Dinge brachte.

Der österreichische Prinz mußte sich also mit Magdeburg und Halberstadt begnügen, ein Besitz, der übrigens dadurch noch abgerundet war, daß die einst vom Hause Hessen-Kassel gewonnene Abtei Hersfeld, welche erst durch Tilly besetzt (S. 246/7), hierauf vom Papst an den Erzbischof von Mainz übertragen war, im Jahr 1627, wiederum durch päpstliche Provision, zu der Ausstattung des Prinzen hinzugefügt wurde. — Im Wettstreit mit diesen österreichischen Erfolgen kamen gleichzeitig die Bewerbungen des bairischen Franz Wilhelm, des

¹⁾ In den Akten begegnet er zuerst zum 14. Febr. 1631, wo der Kaiser ihn zum Bericht über zu stiftende Jesuitenkollegien im Magdeburgischen auffordert. (Wiener Staatsarchiv. Aus Jesuitenakten, ant. 1, 2, 3.) Vgl. auch Rhevenhüller, Conterfjet II S. 98.

Bischofs von Osnabrück, zum Ziel. Von Bremen abgewiesen, hatte dieser seine Bemühungen auf die Bistümer Minden und Verden gewandt. Auch ihm erwachsen aus Gegenbewerbungen und dem Widerstand der Kapitel Schwierigkeiten in Fülle, wie denn auch in Minden der derzeitige Inhaber des Stiftes, der Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg, mindestens so großen Anspruch auf schonende Behandlung hatte, wie der Administrator von Bremen. Aber auch hier halfen die päpstlichen Provisionen vorwärts. Für Minden wurde dem bairischen Prinzen die päpstliche Ernennung schon im September 1629 bewilligt, für Verden erfolgte sie gegen Anfang des Jahres 1630. Am 1. Mai ritt darauf Franz Wilhelm in Verden ein, glich sich mit dem Domkapitel, indem er die ihm vorgelegte Kapitulation annahm, aus und empfing die Huldigung der Stadt und der Stiftsstände. In Minden erschien er zwei Monate später und wußte auch hier die Huldigung wenn nicht des Kapitels, so doch der Stadt, dann der Ritterschaft und Landschaft durchzusetzen.

Erinnern wir uns, daß auch noch das Bistum Schwerin zu der Beute gehörte, welche Wallenstein in Mecklenburg gewonnen hatte, so können wir nunmehr das gewaltige Machtgebiet übersehen, welches mit einem Schlag aus protestantischen in katholische Hände überging. Aber noch blieb eine Anzahl von Bistümern in protestantischem Besitz; sollte vor ihnen der katholische Siegeszug innehalten? Wie wenig man daran dachte, zeigte sich zunächst an dem gleichfalls in den Händen eines Lüneburger Prinzen befindlichen Bistum Raseburg. Im Herbst des Jahres 1628 war der mächtigste Mann im Räte des Kurfürsten von Brandenburg, der Graf Adam von Schwarzenberg, in den Angelegenheiten seines Herrn am kaiserlichen Hof gewesen und hatte hier, da man ihn noch fester an den Kaiser binden wollte, zu einer von seinem Vater herrührenden Lehenserspectanz die weitere Zusage auf Ueberweisung eines Gutes im Werte von 200 000 Gulden erhalten. Um diese Verpflichtungen¹⁾ einzulösen, hatte man nun am kaiserlichen Hof den Einfall, dem Grafen, der im Jahr 1625 durch kurfürstliche Verleihung die Heermeisterwürde der brandenburgischen Johannerballei als protestantisierte Pfründe empfangen hatte, jetzt durch päpstliche Verleihung eines der Bistümer, die wieder katholisch werden sollten, zuzuwenden. Erst dachte man an Verden, dann, als hier der Bischof von Osnabrück obsiegte, an Raseburg. Indes der römischen Kurie ging diese Simonie doch zu weit: man hat, so lautete ihr schließlicher Bescheid (November 1630), so schlimme Berichte über den Grafen, daß man sich zu seiner Beförderung nicht entschließen kann. Diesem Mißlingen des kaiserlichen Plans hatte es am Ende aber der Administrator von Raseburg zu verdanken, daß man ihn einstweilen in Ruhe ließ.

Sah man weiter von den brandenburgischen Bistümern wegen mangeln-

¹⁾ Kiewning I n. 178 S. 326. Ueber die Zusage vgl. Cosmar, Schwarzenberg S. 119, 122. Dazu Schwarzenbergs Aeußerung bei Gebauer, Das Restitutionsedict in Brandenburg S. 17 Z. 13 v. u. Für die ganze Sache benutze ich neben Kiewning (vgl. weiter S. 260 Anm. 1, S. 328, 424; dazu Hurter X 67; Klopp III 434; Gindely, Waldstein II 237) die Korrespondenz Ferdinands und Savellis, 1630 Juli 6—Nov. 16. (Wiener Staatsarchiv. Röm. Korrespondenz 49, 50.)

der oder bestrittener Reichsunmittelbarkeit vorläufig ab, so mußten im Sinne des Restitutionsediktes noch Lübeck und die sächsischen Bistümer Merseburg, Raumburg und Meißen zurückgefordert werden. Von ersterem stand man vorläufig ab, weil es schwer erreichbar war, aber letzteren gegenüber beobachtete man eine Haltung, welche gerade in der Mäßigung die vordringenden Tendenzen der katholischen Politik erkennen ließ. Sie waren im Besiz des Kurfürsten von Sachsen, und wie man diesen unter allen protestantischen Fürsten am meisten zu schonen hatte, so hielt der Kaiser es für nötig, ihn durch einen Gesandten, den Grafen von Trauttmansdorff, in seinem Besiz zu sichern (Juli 1629). Aber was besagte die Sicherung? Weiter nichts, als die frühere Mühlhaufener Deklaration, daß nämlich der Besiz nicht ohne rechtliches Verfahren und Urteil gestört werden solle.

Während auf solche Weise ganze Lande von dem Machtgebiet der Protestanten abgetrennt wurden, arbeiteten gleichzeitig die kraft des Restitutionsediktes abgeordneten kaiserlichen Kommissionen daran, auch im Inneren der einzelnen protestantischen Territorien die Macht des Landesherrn zu schwächen. Der Schauplatz ihrer Thätigkeit war fast ausschließlich der niederländische und westfälische, der oberrheinische, fränkische und schwäbische Kreis. Unter der Masse von Fürsten und Grafen aber, die hier mit Urteilen und Exekutionen bedrängt wurden, waren die am schwersten betroffenen der Herzog von Württemberg und der so viel geplagte Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel.

In Württemberg hatten jene vierzehn großen Klöster, deren Aebte und Pröpste am Landtag den Stand der Prälaten bildeten, deren bedeutende Grundherrschaften einen wesentlichen Teil der Landessteuern bestritten, und auf deren Mitteln der höhere Unterricht begründet war, schon vor zwei Jahren die Begierde der Gegenreformatoren erweckt (S. 373); denn definitiv waren sie ja erst nach dem Passauer Vertrag umgewandelt (I 77, 202). Gegen sie nun ergingen jetzt, im Jahr 1629, die gefürchteten Urteile: fünf wurden vom Reichshofrat, eines vom Kammergericht, acht¹⁾ durch summarisches Urteil der Restitutionskommissare dem Herzog aberkannt. Sache der Kommissare war es nun, den Besizwechsel von protestantischen in katholische Hände zu vollziehen, und gewiß diente es nicht zur Erschwerung ihrer Aufgabe, daß der Herzog Johann Friedrich, der einst seine Regierung als Mitstifter der Union begonnen hatte, im Jahr vorher gestorben war (28. Juli 1628), und nun für seinen vierzehnjährigen Sohn Eberhard eine Regentschaft eintrat, geführt erst von dem ältesten Bruder des Verstorbenen, dem Herzog Ludwig Friedrich, dann, als dieser bereits im Februar 1631 starb, von dem jüngeren Bruder, Julius Friedrich. Aber gutwillig sich zu fügen, war auch diese Regentschaft nicht gesonnen; als die Kommissare im Juni 1630 vor dem Kloster Lorch erschienen, fanden sie es mit bewaffneter Mannschaft besetzt und die Thore geschlossen. Da mußten sie warten, bis Wallenstein im August 28 Compagnien Soldaten unter dem Obersten Ossa ins Land schickte, um die Exekution zu unterstützen. Von dem Obersten be-

¹⁾ Mit Einrechnung des Klarissenklosters zu Pfullingen waren es neun. (Günter, Restitutionsedikt S. 201.) Das Urteil des Kammergerichtes betraf St. Georg (a. a. D. S. 111).

gleitet, erschienen nun die Kommissare am 27. August neuerdings, und jetzt dauerte es gerade einen Monat, bis sie, von einem Kloster zum anderen ziehend, die sämtlichen vierzehn Klöster ihren protestantischen Inhabern entrißen hatten: die einen wurden ihren Orden, andere zeitweilig angestellten Administratoren übergeben, und die Klosterunterthanen wurden zur Huldigung für die neuen Herren angehalten.

Diesem Eroberungszuge gegenüber konnte die Regentschaft nur noch den Widerstand des Protestierens leisten. Welchen Eindruck sie aber damit machte, erfuhr sie, als am 19. September 1630 eine neue Vorladung der Kommissarien erging zur Verhandlung über die Restitution von neun Kollegiatstiftern und einer langen Reihe geringerer, meist von Nonnen früher besetzter Klöster. Und auch hier blieb es nicht bei der Drohung: bis zum August 1631 waren schon einzelne jener Klöster eingenommen, und man hoffte, die Zahl der zu gewinnenden Nonnenklöster auf sechsunddreißig zu bringen. Daneben erfolgte noch ein anderer Vorstoß. In den Dörfern und Flecken, welche zu den Grundherrschaften der Klöster gehörten, und in denen regelmäßig der Herzog die hohe, die Klöster die niedere Obrigkeit besaßen, herrschte die württembergische Kirchenordnung. Kaum war nun in Borch der Abt von St. Blasien als neuer Herr eingeführt, als den protestantischen Predigern in den unterthänigen Ortschaften gekündigt, und katholische Seelsorger angestellt wurden. Gegen solche weitere Eingriffe legte die Landesregierung nicht nur neuen Protest ein, sondern richtete auch am 21. Oktober 1630 an ihre Vögte den Befehl, die abgesetzten Kirchen- und Schuldienere zurückzuführen, damit sie wenigstens neben den eingedrängten katholischen Geistlichen ihres Amtes walteten. Aber gleich darauf, im November 1630, erfolgte ein allgemeiner Erlaß der Kommissarien, kraft dessen die protestantischen Prediger die Klosterherrschaften binnen zwei Tagen zu verlassen hatten. Das Ende des Streites war, daß auch hier die katholische Sache triumphierte. — Und noch war es nicht genug. Bald machten die neu eingeführten katholischen Prälaten die Entdeckung, daß jene vierzehn Abteien von rechtswegen reichsunmittelbar seien, und bereits im Jahr 1631 hatte sich darauf der Reichshofrat mit einer Klage auf Herstellung auch dieses alten Rechtes zu befassen.

Wie in Süddeutschland Württemberg, so wurde in Norddeutschland vor allen anderen Braunschweig-Wolfenbüttel betroffen. Hier konnte der zu den Kommissarien gehörige Reichshofrat Hye schon am 8. April 1630²⁾ dreizehn Klöster aufzählen, die teils ihren Orden zurückgegeben, teils in Sequester genommen waren, darunter die großen Klöster von Lockum und Riddagshausen, deren Äbte zu den angesehensten Prälaten unter den Kalenberger und Wolfenbütteler Ständen gehörten. Natürlich war mit diesen dreizehn Klöstern das

¹⁾ Das Datum nach den Verzeichnissen bei Dupetz (Sitzungsberichte der Wiener Akademie Bd. 102 S. 562 fg. n. 12, 22, 37, 40, 44).

²⁾ Der von Mailath (III S. 166), Hurter (X 70) und D. Kloppe (III S. 435) benutzte Bericht (Wiener Staatsarchiv Religionsakten 9b) ist, wie das Reichshofratsprotokoll vom 11. Mai besagt, vom 8. April. Zu den Beilagen desselben gehört auch das von Kloppe (III 433, 434) als Gutachten des Reichshofrats bezeichnete Bedenken. — Die Aufzählung von Dupetz bedarf der Nachprüfung. Einiges bei Havemann III S. 48 fg.

Werk der Kommissarien erst halb gethan; etwa die gleiche Zahl dürfte in der Zeit von 1630 und 1631 hinzugekommen sein, und gleich jenem Bericht war als Richtschnur für die weiteren Rücknahmen ein Verzeichnis von 37 Klöstern und Kollegiatstiftern beigelegt.

In ähnlichem, wenn auch stark abgestuftem Maße ging die Restitution in anderen Fürstentümern und Grafschaften, besonders auch in den unter katholische Herrschaft zurückgekehrten geistlichen Fürstentümern, vor sich; statt aber hier ins einzelne weiter einzugehen, möge es genügen, noch einen Blick auf das Verfahren gegen die gemischten Reichsstädte zu werfen. Im schwäbischen Kreis, wo diese Art von Städten am stärksten vertreten war, hatten die aus ihren Verhältnissen hervorgehenden Streitigkeiten schon längst infolge der Einmischung der bairischen Herzöge und des Bischofs Heinrich von Augsburg einen drohenden Charakter angenommen. Jetzt arbeiteten in derselben Richtung neben dem Kurfürsten Maximilian und dem Bischof Heinrich noch zwei andere Männer, der Rektor des Augsburger Jesuitenkollegs, Pater Reihing, und der mit ihm korrespondierende Pater Lamormain. In dem Kreise dieser Eiferer erhob sich der Gedanke, daß man von den geringeren Reichsstädten, die man bisher bedrängt hatte, zu der mächtigsten unter ihnen, nämlich Augsburg, voranschreiten müsse. Wer von ihnen zuerst den Plan aufbrachte, ist ungewiß; aber schon im Jahr 1622 war Kaiser Ferdinand selber mit solchem Eifer darauf eingegangen, daß er in einem eigenhändigen Schreiben den Bischof von Augsburg zum Bericht über den Stand der Religion in der Stadt und über die Mittel, ihr zu helfen, aufforderte.¹⁾

Ging man nun davon aus, daß in den gemischten Reichsstädten die auf dem Bekenntnis gegründeten Rechte nach dem Stand des Jahres 1555 zu bestimmen waren, so war es schwer, gerade dieser Stadt beizukommen. Die Kirchen und Klöster, welche der Vertrag vom Jahr 1548 dem Bischof zugewiesen hatte (I 76), waren ihm ungestört verblieben, der protestantische Gottesdienst in den städtischen Kirchen, in den Jahren 1548—51 rechtlos gemacht und beseitigt, war zur Zeit des Religionsfriedens wieder in voller Übung gewesen, und wie die Satzung Karls V. von der Bevorzugung der Katholiken bei Besetzung des Rats und der städtischen Aemter gehandhabt wurde, bezeugten im September 1628 die kaiserlichen Kommissarien mit der Angabe, daß in Aemtern und Würden die Katholiken „fast überall entweder potiores et primarias oder aequales partes haben“. Fragte man außerdem, wie diese Verhältnisse nach dem Maßstab der Billigkeit zu beurteilen waren, so konnte man sich an die Bemerkung desselben Berichtes halten, „daß kaum der zehnte Teil der Bürgerschaft katholisch, und die Unkatholischen an Reichtum den Katholischen weit überlegen“ seien; von den vierzig Handwerkszünften, hieß es, habe „die Hälfte nicht einen, die andere Hälfte kaum einen bis drei katholische Meister unter sich“.

¹⁾ Gutachten eines Mitglieds des Reichshofrats, 1628 vor Dez. 2, mit einer Aufzeichnung über den weiteren Verlauf bis 1629 Jan. 6. (Wiener Staatsarchiv. Religionsakten 33.) Auch im folgenden neben den gedruckten Quellen benutzt. Weiter: Gutachten der Kurf. Baiern und Mainz, 1629 Mai 1, Juni 19 (a. a. O. n. 34). Kurföln an Baiern, 1629 Okt. 14. (Münchener Staatsarchiv 4/4.)

Indes der Schluß, den aus dieser Sachlage die katholischen Gegner der Augsburger Protestanten zogen, ging weder auf Recht noch auf Billigkeit. Eben im Hinblick auf den erwähnten Bericht sandte der Bischof von Augsburg eine besondere Vorstellung an den Kaiser ab (19. September 1628), in der es hieß: es sei ihm nicht um die geklagten „Ungleichheiten, sondern um Ausschaffung der Prädikanten und der ganzen widrigen Religionsübung, auch Restitution der geistlichen Güter und totale Restaurierung der katholischen Religion zu thun“. Daß diese Absicht von den anderen Ratgebern des Kaisers und schließlich vom Kaiser selbst geteilt wurde, zeigt das gegen die Stadt eingeschlagene Verfahren.

Es begann, indem im Januar 1628 eine Untersuchungskommission, bestehend aus so zuverlässigen Männern, wie dem Erzherzog Leopold und dem Bischof von Eichstädt, abgeordnet wurde; hierauf, nachdem die Kommissare ihren Bericht abgestattet hatten (September), wurde der Reichshofrat zu einem Gutachten aufgefordert, in welchem der Kaiser nach den von Lamormain und dem Bischof von Augsburg gegebenen Anleitungen zweierlei bewiesen sehen wollte: einmal, daß von rechtswegen Rat und Aemter in Augsburg ausschließlich mit Katholiken zu besetzen seien, sodann daß der katholischen Religion die Alleinherrschaft gebühre. Der oberste Wächter des Rechtes löste die erste dieser Aufgaben, indem er die Bestimmung Karls V., nach welcher die Katholiken, soweit sie tauglich erschienen, „vor anderen“ ernannt werden sollten, als „mit Ausschluß der anderen“ auffaßte; die andere Aufgabe aber, die seinem Referenten beim ersten Versuch unlösbar erschien, wußte er bei erneuter Anstrengung durch die glückliche Entdeckung zu bewältigen, daß in dem erwähnten Vertrag zwischen Bischof und Stadt von 1548 dem ersteren die ihm „gehörigen“ Kirchen und Klöster „samt allen rechtmäßigen Jurisdiktionen“ zuerkannt wurden. Das sollte Einräumung der geistlichen Jurisdiktion über die Stadt in ihrem vollen Umfang bedeuten. Noch blieb dann freilich das Bedenken, daß diese Jurisdiktion vier Jahre später und drei Jahre vor dem Religionsfrieden mit der Wiederherstellung der protestantischen Religionsübung thatsächlich beseitigt sei, und daß die vom Religionsfrieden den Augsburger Protestanten gewährten Rechte nach diesem thatsächlichen Zustand und nicht nach einem vorausgehenden Vertrag zu bestimmen seien; aber diesen Skrupel räumten die von den Kurfürsten von Baiern und Mainz eingeholten Gutachten aus dem Weg, und also lautete der Schluß des Hofrats: der Bischof hat das Recht, seine geistliche Jurisdiktion in der Stadt Augsburg wieder zu ergreifen und die protestantische Religionsübung zu verbieten.

Diesem Gutachten entsprechend wurde gehandelt. Am 1. August 1629 erschien ein neuer kaiserlicher Kommissar, der Hofrat Sigmund Kurz, in Augsburg und trug dem Rat erst den kaiserlichen Befehl vor, daß bei der vorstehenden Ratswahl nur Katholiken aufgenommen werden dürften, dann das weitere Gebot, daß die beiden Stadtpfleger dem Bischof in der Niederlegung des protestantischen Gottesdienstes den weltlichen Arm zu leihen hätten, bei Vermeidung der Bestellung eines anderen Exekutors durch den Kaiser. Merkwürdig war nun die Haltung Augsburgs im Vergleich mit anderen großen Städten. Auch gegen Bremen, Magdeburg, Straßburg ergingen Restitutionsurteile, aber die kaiser-

lichen Bevollmächtigten wagten sich nicht in diese Städte zur Vollstreckung; in Augsburg dagegen waren die Protestanten, angesichts der katholischen Majorität im Stadtrat und eines katholischen Nachbarn, wie Maximilian von Baiern, auch wohl im Hinblick auf den üblen Stand ihrer Befestigungen, vor Schrecken wie gelähmt. Ohne eine Regung des Widerstandes ließen sie durch die Stadtpfleger, als „kaiserliche verordnete Exekutoren“, ihre Geistlichen und Lehrer absetzen, dann das Verbot des Besuchs auswärtigen Gottesdienstes, endlich eine Reihe immer härterer Zwangsmaßregeln über sich ergehen. Kein Unkatholischer durfte mehr als Bürger oder Einwohner aufgenommen werden; wer Lehrling, Geselle oder Meister werden wollte, hatte sich zum Besuch des katholischen Gottesdienstes zu verpflichten, den Kindern im Waisenhaus wurde katholische Erziehung aufgenötigt, und den protestantischen Armen Unterstützung und Krankenpflege entzogen. Den Jesuiten aber wurde aus restituiertem Kirchengut — dem Karmeliterkloster nebst der Kirche von St. Anna — ein neues Kollegium errichtet. Nur eines, was dem Kaiser besonders am Herzen lag, war nicht zu erzielen: man konnte wegen Mangels an geeigneten Katholiken, obgleich Ferdinand vorsorglich vierzehn katholische Familien in den Stand der Geschlechter erhoben hatte, die Protestanten aus der städtischen Regierung nicht ohne weiteres verdrängen. Ferdinand mußte also den Kompromiß mit seinem Gewissen machen, daß er am 23. Juli 1631 gestattete, „für diesmal“ solche Katholiken in Rat und Aemter aufzunehmen, auf deren Konversion man hoffen dürfe.

Eine Umgestaltung, wie sie also in dem großen Augsburg unternommen wurde, war bereits im Jahr 1628 in dem kleinen Kaufbeuren durchgeführt, und die Absicht war, in der nächsten Zeit mit ähnlichen Maßregeln gegen die übrigen schwäbischen Städte, wie Ulm, Lindau, Memmingen und Kempten, vorzugehen. Der Kaiser, seine Staatsmänner und seine Verbündeten waren eben davon durchdrungen, daß man ganze Arbeit machen müsse; und daß sie nun auch bis zu einem Punkte vorgingen, auf dem der Religionsfriede selbst in Frage gestellt wurde, das zeigten neben der Augsburger Sache noch manche andere Vorkommnisse. Da wurde im Reichshofrat der Zweifel erregt, ob nicht, ähnlich wie die Calvinisten, auch die Befenner der Konkordienformel aus den Schranken der Augsburger Konfession, folglich aus dem Schutz des Religionsfriedens, herausgetreten seien, und dem Augsburger Bischof bewiesen gleichzeitig seine Jesuiten-Forer und Laymann in einem Buch über den Religionsfrieden (1629), daß derselbe kein Gesetz, sondern ein Vertrag sei, an den er, der Bischof Heinrich, weil sein Vorgänger Otto Truchseß dagegen protestiert habe, im ganzen Umfang seiner Diöcese nicht gebunden sei.

Nur ein Schatten fiel von Anfang an auf diesen Siegeszug: das war der Mangel an geistigen, besonders religiösen Kräften, die der äußeren Machtentfaltung entsprochen hätten. Diesen Mangel hatte man schon in der böhmischen Restauration empfunden, jetzt fühlte man ihn um so stärker, da diejenigen, welche zur Pflege der Religion berufen waren, sofort in einen häßlichen Streit über die Teilung der Beute gerieten.

Da waren zunächst die Bischöfe. Aus deren Mitte sah sich z. B. der Papst seit März 1630 von dem Bischof von Augsburg bestürmt: es möchte in

vier restituirten Klöstern nicht nur seine bischöfliche Jurisdiction, sondern auch eine ergiebige Abgabepflicht hergestellt werden, ein fünftes möge dem Bistum zur Vermehrung des bischöflichen Unterhalts incorporirt, und von einem sechsten ihm die Einkünfte wenigstens auf zehn Jahre zugewiesen werden. Aehnliche Wünsche erwachten in den Bischöfen von Konstanz, Osnabrück und gewiß noch vielen anderen; und da andererseits sowohl die alten Orden, wie der Kaiser alsbald zum Widerstand dagegen gefaßt waren, so gab es Streitigkeiten in Fülle. Aber klein erschienen diese Konflikte vor dem anderen, längst vorbereiteten Streit zwischen den alten Orden und den Jesuiten. Nachdem, wie erzählt, der Papst sich schon im Herbst 1629 mit der Umwandlung eines Theils der restituirten Klöster in Jesuitenkollegien und Jesuitenschulen vorläufig einverstanden erklärt hatte, faßte am 22. Januar 1630 die zuständige Kardinalskongregation in diesem Sinne einen festen Beschluß. Um dieselbe Zeit gingen auf die Anfrage, welche der Kaiser an Wallenstein, Tilly und die Kreiskommissarien gerichtet hatte, nicht nur Zustimmungserklärungen, sondern auch umfassende Vorschläge ein. Der Bischof von Konstanz setzte auseinander (20. Oktober 1629 und 23. Juli 1630), wie man die schwäbischen Reichsstädte mit einem Netz von Jesuitenkollegien überziehen solle. Der Bischof Franz von Osnabrück und der Reichshofrat Hye schickten am 14. und 15. Februar und wiederum am 13. September 1630 Vorschläge ein, wie man in Hameln, Minden und Verden, in Halberstadt und Stade, Mühlhausen und Nordhausen Jesuitenkollegien zu errichten und aus Nonnenklöstern und Kollegiatstiftern auszustatten habe; in Goslar dachten sie den Jesuiten ein Noviziat, ein Probationshaus und eine Universität zu. Darauf wagte die kaiserliche Regierung einen weiteren Schritt. Fußend auf dem Grundsatz, daß nicht die einem zentralisirten Orden oder einer Kongregation angehörigen Mönchsklöster, wohl aber Nonnenklöster und Kollegiatstifter der geplanten Umwandlung mit päpstlicher Genehmigung unterworfen werden dürften, befahl sie den Kommissarien, derartige Anstalten einstweilen in Sequester zu halten; ja am 16. Oktober 1630 ging an Hye und den Bischof von Osnabrück der Befehl ab, die von ihnen für den besagten Zweck vorgeschlagenen Klöster und Stifter ohne weiteres — natürlich unter Vorbehalt päpstlicher Genehmigung — den Jesuiten zu überweisen, nachdem vorher schon in den Bremer Stiftslanden, wo der Eifer Tillys es allen zuvorthat, eine solche Ueberweisung mit einigen Nonnenklöstern vorgenommen war, auch eine vorläufige Einführung von Jesuiten ohne feste Ausstattung in Hameln, Minden, Verden, Stade und Goslar stattgefunden hatte. Demnächst, so berichtete der nieder-rheinische Jesuitenprovinzial seinem General, werde für den Orden die Errichtung einer Provinz Sachsen erforderlich sein.

Aber nun trat diesem Eroberungszug der schon vorbereitete Widerstand der alten Orden entgegen, und zwar mit einer Gehässigkeit, die aller Voraussicht spottete. Zuerst, seit dem Herbst 1629,¹⁾ sah sich der kaiserliche, dann der

¹⁾ Schönhaing's Bemühungen seit Herbst 1629. (Günter S. 144.) Eingabe der Bursfelder Kongregation, praes. 1630 März 20. (Wiener Staatsarchiv. Aus Jesuitenakten, ant. 1—3.) Sendung von Weingarten und Oshenhausen nach Rom, 1630 April. (Günter S. 149.) Dieselbe

päpstliche Hof durch die schwäbischen Ordensprälaten und die Bursfelder Kongregation mit Ausführungen über das unantastbare Recht der alten Orden auf die restituierten Klöster und Stifter bestürmt; und gleich hier gab es Anschuldigungen schlimmer Art: den Jesuiten wurde die Gier, alles an sich zu reißen, Ueberhebung und Erschleichung vorgerückt; den alten Orden dagegen wurde der alte Vorwurf ihres kümmerlichen Nachwuchses und ihrer kundbaren Untüchtigkeit mit neuer Schärfe zu hören gegeben. Dann, wie die Verhandlungen sich erhitzten, kam eine ärgerliche Zweideutigkeit zu Tage. Der Pater Lamormain hatte den Kaiser glauben gemacht, daß zu Anfang des Jahres 1629 der Cistercienserabt von Kaisheim, sowie ein Vertreter der Bursfelder Kongregation ihm ihre Zustimmung zu der Umwandlung der den Protestanten zu entreißenden Nonnenklöster ihres Ordens, desgleichen geringerer Mönchsklöster erklärt hätten, mußte dann aber erfahren, daß nicht nur die Beteiligten seine Angaben als falsch bezeichneten, sondern auch der von ihm als Zeuge angerufene kaiserliche Rat, der Abt von Kremsmünster, ihn verleugnete. Das Widerwärtigste endlich für die Jesuiten war, daß der ganze Streit gleich in seinen Anfängen durch einen Vertreter der schwäbischen Prälaten an die Öffentlichkeit gezerzt wurde, und daß nun aus Rede und Gegenrede seit 1630 ein litterarischer Kampf entstand, aus dem die wildesten Streitschriften, die bis dahin aus katholischen Kreisen gegen die Jesuiten gerichtet waren, hervorgingen.

Ihr Verfasser war der als Latinist berühmte Kaspar Schoppe, ein Konvertit, der zweimal im Monat beichtete und kommunizierte und nicht an die Abfassung eines Buches heranging, ohne vorher die Sakramente empfangen zu haben, bei alledem ein Lästernaul ohne Scham und Wahrhaftigkeit. In der Zeit vor Ausbruch des Krieges hatte er durch giftige Schriften gegen Luther und seine Kirchentrennung, gegen König Jakob I. von England und die pfälzische Partei in Deutschland die Gunst Ferdinands, der spanischen Regierung und des alten Herzogs Wilhelm von Baiern gewonnen; neuerdings, Ende 1630 oder Anfang 1631, war er auf Grund eines kaiserlichen Panisbriefes von dem schwäbischen Benediktinerkloster Weingarten aufgenommen und hatte sich hier mit dem Klosterstreit genauer bekannt gemacht. Sein Verhältnis zu den Jesuiten war von jeher ein kühles, aber trotz seiner Bedenken gegen ihren Unterricht und gegen ihre Einmischung in die Politik gab er doch noch im Juli 1630 den doppelten Rat, die württembergischen und andere restituierte Klöster in Seminarien umzuwandeln und die Leitung derselben den Jesuiten anzuvertrauen. In Weingarten dagegen überzeugte er sich plötzlich, daß die Wegnahme der Klöster aus der Hand ihrer früheren Besitzer ein Frevel, und daß die gesamte Thätigkeit des Jesuitenordens ein Unheil für die Christenheit sei. Er lebte in litterarischer Kauferei; und so war er auch jetzt rasch auf dem Platz mit einer Schrift, die er im Jahr 1632 lateinisch und deutsch mit drei Titeln erscheinen

Gesandtschaft ist die im Astrum inextinctum (1636) S. 87 erwähnte. — Ueber die Aussage Lamormains vgl.: der Kaiser an die Bursfelder, 1630 April 10. Lamormain an den Kaiser. Eingabe des Bursfelder Procurators Macheren an den Kaiser, o. D. (Wiener Staatsarchiv a. a. D.) Altensstücke im Astrum inextinctum (1636) S. 263—68, 405, 419. Cordara ad a. 1630 n. 18, 89 fg.

ließ: der treffendste lautete *Actio perduellionis in Jesuitas*. Im nächsten Jahr folgte ein zweites Pamphlet: *Anatomia societatis Jesu*, und dann ein deutscher Auszug mit dem noch geschmackvolleren Titel *Jesuita exenteratus*. Die Jesuiten, so wurde hier verkündet, folgen nur dem einen Grundsatz zu herrschen, sowohl in der Kirche, wie über die Fürsten. Wo dieser Zweck es fordert, verraten sie den Papst, den Kaiser und die Religion; in Deutschland haben sie in derselben Absicht die Protestanten und Katholiken verhetzt und den großen Krieg verschuldet; hier kann daher kein Friede werden, bevor der Orden vertrieben ist.

Es war kein Mann von wohldurchdachten Grundsätzen, der hier redete, sondern ein Mietling, der für fremden Eigennutz eintrat, und dessen Beschuldigungen immer auf Uebertreibung, vielfach auf Klatsch und Verdrehung beruhten; aber Sorgen für die Zukunft mußte es den Jesuiten doch erwecken, daß diese Kriegserklärung mitten aus dem Lager ihrer deutschen Glaubensgenossen nicht die erste war, sondern als Fortsetzung und Steigerung der bei der böhmischen Restauration hervorgetretenen Feindseligkeit (S. 218) erschien. Und wie grell war endlich der Gegensatz zwischen der entscheidungsschweren Zeit und den niederen Zänkereien und Intriguen, die man in sie hineintrug!

Hätte indes die kaiserliche Regierung für diese Erscheinungen auch Verständnis gehabt, so würde ihre Aufmerksamkeit doch alsbald durch andere Schwierigkeiten abgelenkt sein, die ihr jetzt mitten in ihrem Siegesgefühl sowohl aus den inneren wie den auswärtigen Verhältnissen des Reichs entgegentraten. Da war zunächst mit dem Widerstand der protestantischen Stände zu rechnen. Durch die große Mehrzahl derselben ging, sowie das Edikt erschien, die Empfindung hindurch, daß ein durch siebenzig Jahre hindurch geführter Kampf mit einem Schlag zur Schande und zum Verderben ihres Bekenntnisses entschieden werden sollte, und das richtige Wort für die durch sie alle hindurchgehende Stimmung fanden die bedrängten Fürsten in Württemberg und Kulmbach, in Baden und Zweibrücken, indem sie eine Versammlung aller protestantischen Stände zu gemeinsamem Einschreiten verlangten. Der Fürst, an den dies Verlangen gerichtet wurde und nach der Lage der Dinge allein gerichtet werden konnte, war der Kurfürst Johann Georg von Sachsen. Aber damit war auch die Frage gestellt, ob eben die kursächsische Regierung die Meinung des thatkräftigeren Theils ihrer Glaubensgenossen zu teilen vermochte.

Wenn die kursächsischen Räte die sachlichen Entscheidungen des Restitutionsediktes prüften — über die Gültigkeit des geistlichen Vorbehaltes, die Rechtswidrigkeit der Einziehung mittelbarer Stifter und Klöster nach 1552, den Ausschluß der Calvinisten aus dem Religionsfrieden —, so konnten sie nach ihrer bisher beobachteten Haltung dieselben mindestens nicht kurzweg verwerfen. Geriet doch der bisherige Leiter der sächsischen Politik, Kaspar von Schönberg, der gerade noch das Jahr des Restitutionsediktes erlebte, als ihn ein Wolfenbütteler Rat im April 1629 mit Vorstellungen bedrängte, in eine Erregung, in der er sich mit den Worten Luft machte: das Edikt sei dem Recht und der Billigkeit gemäß. So weit ging nun freilich Johann Georg nicht. Unbedingt verwerflich erschien ihm die Entscheidung über den Sinn eines streitigen Grundgesetzes durch den Kaiser, statt durch Kaiser und Reichstag, verwerflich auch die daran

geknüpften summarischen Erkenntnisse der Restitutionskommissare, und unabweisbar die Gefahr, daß der hier beschrittene Weg zum Umsturz des Religionsfriedens führen werde. Allein wenn ihm nun als einziges Gegenmittel eine Verständigung der protestantischen Reichsstände empfohlen wurde, so fand er sich wieder in dem Bann seiner konservativen Politik: er konnte darin nur den Anfang eines neuen Sonderbundes sehen, d. h. dasjenige, was er sein Leben lang als Grund des Bürgerkriegs und der Zerreißung des Reichs bekämpft hatte. Das Ende seiner Ueberlegungen war also, daß er sich begnügte, dem Kaiser in einer Reihe von Schreiben seinen Widerspruch gegen das Edikt und seinen Entschluß, sich demselben nicht zu unterwerfen, darzulegen.

Das war nun aber eine Maßhaltung, welche nur dazu dienen konnte, die Sorgen des Kaisers nach der Seite der Protestanten hin zu beruhigen. Er hoffte sogar, den Kurfürsten noch zu besänftigen, indem er ihm versicherte, daß ihn das Edikt einstweilen nicht treffen solle (S. 429). Aber dafür trat ihm sofort eine andere Schwierigkeit entgegen, über die nicht so leicht hinwegzugehen war, nämlich die bis an die Grenzen der Auflehnung gediehene Opposition der Ligastände gegen seine Kriegführung und seine Politik. Und hier war denn auch der Punkt, wo Ferdinand zu einer entscheidenden Auseinandersetzung zu schreiten beschloß. Wie schon bemerkt (S. 397), hatten sich die Gegensätze zwischen ihm und den katholischen Kurfürsten, als Häuptern der Liga, auf die Frage des Kurfürstentags zugespitzt, den beide wünschten, aber beide in entgegengesetztem Sinne: der Kaiser, um die Wahl seines Sohnes zum römischen König durchzusetzen, die Kurfürsten, um die Absetzung Wallensteins und die Verkleinerung der kaiserlichen Armee zu erwirken. Nun drang der Kaiser seit September 1629 in den Kurfürsten von Mainz, diesen Tag ohne weiteres zu berufen, mit dem Hinweis, daß er ihm durch sein persönliches Erscheinen ein außergewöhnliches Ansehen zu verleihen gedenke. Indem er dabei als Gegenstand der Verhandlung nur die Herstellung eines allgemeinen, sicheren Friedens bezeichnete, ging er über jene Gegensätze der Absichten hinweg und setzte es schließlich auch durch, daß der Mainzer im März 1630 in dieser unbestimmten Form seine Genossen zu einer persönlichen Zusammenkunft nach Regensburg auf den 3. Juni einlud. Die kühne Hoffnung, welche Ferdinand bei diesem Vorgehen leitete, war eben, durch den Druck seines persönlichen Ansehens seine besonderen Absichten zur Geltung zu bringen.

Diese besonderen Absichten waren aber jetzt keineswegs nur auf die Wahl des römischen Königs gerichtet; jetzt wurde weiter, im Gegensatz gegen die Protestanten, die Behauptung des Restitutionsediktes, im Gegensatz gegen Protestanten und Liga zugleich die Erhaltung der kaiserlichen Armee erstrebt; vor allem aber wurde dem Kurfürstentag die Aufgabe gestellt, auch in jenen auswärtigen kriegerischen Verwickelungen, von denen im Anfang dieses Kapitels die Rede war, die Hülfe des Reiches zu gewähren. Wie, so müssen wir darum fragen, bevor wir dem Beginn des Kurfürstentages näher treten, hatten sich diese kriegerischen Verwickelungen inzwischen gestaltet?

Den gehofften Erfolg hatte keines von den drei Unternehmen, in welche der Kaiser sich gestürzt hatte, gebracht, am wenigsten dasjenige, von dem das

meiste abhing, nämlich der Zug Arnims nach Preußen. Als Arnim am 25. Juni seine Streitkräfte mit denen des polnischen Königs vereinigte, sah er sich an einen Verbündeten gekettet, der sich nur mit halbem Entschluß zu diesem letzten Waffengang herbeigelassen hatte, und dessen Erschöpfung es ihm unmöglich machte, den hinsichtlich der Verpflegung und Bezahlung der kaiserlichen Truppen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Wie nun Gustav Adolf unter die Mauern von Marienburg zurückwich, hier aber zwischen den feindlichen Heeren, die in fester Stellung gegenüber lagerten, die Entscheidung schließlich nicht von den Waffen, sondern vom Ausharren unter den grauenhaften Verheerungen des Hungers und der Seuchen abhing, ging der Mut der Polen vollends zur Neige. Sie traten in Friedensverhandlungen ein, aus denen zu Altmark am 26. September zwar nicht ein Friede, aber doch ein sechsjähriger Waffenstillstand hervorging, mit Bedingungen, wie sie Gustav Adolf als Sieger zu diktieren vermochte. Er behielt Livland, er behielt seine feste Stellung in Preußen, indem er vor allem den Küstenstrich rund um das Frische Haff in einem großen Bogen von Braunsberg über Elbing nach Tiegenort, und von da die Nehrung abwärts bis Pillau und Fischhausen, dazu noch die kurische Nehrung nebst Memel in seiner Hand hielt; er behauptete den Zoll in Pillau wie in Danzig, nur daß der letztere durch einen weiteren Vergleich mit der Stadt (28. Februar 1630) auf 3½ Prozent des Wertes der ein- und ausgehenden Waren gesetzt wurde. Der Kaiser hatte als Ergebnis des Feldzugs hinzunehmen, daß die ausgesandten Truppen nach einer Schätzung Wallensteins auf ein Drittel ihres Bestandes zusammengesmolzen waren, und daß er in Arnim, der noch während des Feldzugs unter heftigen Konflikten mit der polnischen Heeresleitung seinen Abschied genommen hatte, einen seiner tüchtigsten Offiziere verlor. In einem inneren Zusammenhang mit dieser Niederlage stand es, daß gleichzeitig die weit aussehenden Versuche, von Wismar aus eine Seemacht zu gründen, nicht vom Flecke kamen. Jener de Roy, der dort das Kommando führte, durfte sich bis in den Herbst nicht aus dem Hafen wagen, weil erst dänische, dann, nach dem Lübecker Frieden, schwedische Schiffe ihn bewachten. Als er dann nach Abzug der letzteren seinen Auftrag dahin auslegte, daß er den Verkehr nach den von schwedischen Truppen besetzten Plätzen zu sperren habe, und zu dem Zweck den Lübeckern ihre Schiffe visitierte, auch zwei derselben, die nach Pillau fuhren, mit Beschlagnahme belegte, drang die geschädigte Stadt auf Wallenstein mit der kräftigen Vorstellung ein, daß ihr „diese Sperrung der Kommerzien zu bewilligen, ganz und gar unmöglich“ sei. Der General aber, der noch immer dem unwiederbringlichen Bruch mit Schweden auszuweichen suchte und in Lübeck sich ein zweites Stralsund zu schaffen fürchtete, gebot die Herausgabe der Schiffe und antwortete dem städtischen Abgeordneten auf seine Frage über die weitere Fahrt nach Pillau: „fahrt wohin ihr wollt, ich will keine Räuberei anfangen.“¹⁾ Ein Jahr lang mußte sich darauf de Roy still verhalten.

Nicht viel günstiger verlief der gegen die Generalstaaten gerichtete Zug zur

¹⁾ Bericht Winklers, 1629 Okt. 17. (Lübecker Archiv. Acta Hispanica II 2. Dasselbst die weiteren Akten.)

Entsetzung Herzogenbuschs. Wohl war das zu diesem Zweck bestimmte Corps — erst unter dem Obersten Montecuccoli, nachher unter dem Feldmarschall Grafen Johann von Nassau — in Geldern eingedrungen, hatte mit dem General der spanischen Truppen, dem Grafen Heinrich von Berg, an der Ziffel zwischen Doesborg und Zutphen ein festes Lager bezogen und in einem kühnen Streifzug, bis ins Utrechter Land hinein, die Stadt Amersfort genommen, alles in der Absicht, den Prinzen Friedrich Heinrich von der Belagerung Herzogenbuschs abzuziehen. Aber da erfolgte ein betäubender Gegenschlag. Am 19. August nahm der in Emmerich kommandierende Oberst Otto von Gent durch Ueberrumpelung mit Hülfe einverständener Bürger die Stadt Wesel ein, den Platz, den vor fünfzehn Jahren Spinola besetzt hatte, um die stete Verbindung zwischen dem linken und rechten Rheinufer zu ermöglichen, und der damals ein bedeutendes Magazin für die Verpflegung der an der Ziffel liegenden Truppen in sich barg. Dieser Schlag brachte Verwirrung unter die Spanier. In der Furcht, daß dem Fall Wesels derjenige Rheinbergs folgen werde, eilte der Graf von Berg schleunigst mit der Hauptmasse seiner Truppen fort, um diesen letzten wichtigen Posten am Niederrhein zu retten; darüber jedoch verloren die Verteidiger von Herzogenbusch den Mut: am 14. September ergab sich die Stadt, und einen Monat später mußte Johann von Nassau seine unter den Bedrängnissen des Feindes und des Hungers nicht mehr zusammenzuhaltende Armee zurückführen und sie den Landen von Jülich, Berg, Mark und den Eifelgebieten als Einquartierung zuweisen.

Die Generalstaaten aber, die jetzt ihren Triumph ausbeuteten, folgten ihm auf diesen Boden nach. Als Vergeltung für die gebrochene Neutralität des Reiches, quartierten auch sie jetzt ihre Truppen in die Gebiete von Cleve, Berg, Mark, in die westfälischen Nachbargebiete bis ins Paderbornsche ein. Und gleichzeitig gaben sie in einer politischen Abmachung ihre unaufhaltsam emporsteigende Macht gegenüber dem Reich zu erkennen. Im Jahr 1628 hatte der kaiserliche Hof Wiene gemacht, den Streit über die Jülicher Lande, deren Besitznahme durch Brandenburg und Neuburg er nach wie vor als rechtswidrig ansah, neuerdings vor sein Forum zu ziehen; im Gegenseite dazu und unter dem Antreiben des Prinzen von Oranien kamen nun die beiden Possidierenden auf den im Jahr 1624 mißlungenen Versuch (S. 341) einer klaren Auscheidung der von jedem von ihnen zu verwaltenden Landesteile zurück. Und diesmal wurde wirklich durch Verträge vom 9. März 1629 und 26. August 1630 festgesetzt, daß für die nächsten fünfundzwanzig Jahre Cleve und Mark an Brandenburg, Jülich und Berg an Neuburg, an jeden zu selbständiger Verwaltung und Nutzung, fallen, und nur die Grafschaft Ravensberg in gemeinsamem Besitz stehen solle. Die vornehmste Absicht und Folge dieses Vertrages war, daß beide Fürsten in neuer Eintracht zusammentraten und auf Grund derselben in Brüssel und im Haag die Räumung ihrer Lande vonseiten der spanischen und staatlichen Truppen beantragten. Aber wenn nun auch die Staaten in einem Abkommen mit Brandenburg (31. Juli 1629) jener im Jahr 1622 und 1624 errungenen Verfügung über Truppen und Steuerkräfte der Jülicher Lande entsagten, so stellten sie doch auf den gemeinsamen Antrag der Possidierenden ihre

Gegenforderung, und die lautete: Sicherung der Neutralität der Jülicher und anderen niederrheinischen Lande durch gleichmäßige Zurückziehung der spanischen wie der staatlichen, der kaiserlichen wie der ligistischen Truppen. In der That setzten sie unter langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung aller Beteiligten durch, in deren Folge bis zum Frühjahr 1631 die Räumung erfolgte, mit Ausnahme einiger Hauptplätze, besonders Jülichs und Rheinbergs, das die Spanier, Emmerichs und Wesels, das die Staaten besetzt hielten. Die Staaten aber standen jetzt erst recht da als die strengen Wächter der Neutralität der Reichsstände, zugleich als die thatsächlichen Bürgen der Verträge der possidierenden Fürsten.

Unter all diesen Niederlagen gab es nur einen Platz, wo das Glück dem Kaiser günstiger zu sein schien, da nämlich, wo er mit den erbärmlichen Truppen des Herzogs von Mantua und der Republik Venedig zu thun hatte. Im Oktober begannen Collalto und Spinola nach verabredetem Plan, der erstere gegen das Gebiet von Mantua, der letztere gegen Montferrat, ihren Feldzug, der dann rasch zur Belagerung von Mantua und Casale führte: von dem Fall beider Festungen erwartete man die Unterwerfung des Herzogs von Nevers, sowie die Demütigung seiner italienischen Verbündeten. Allein gerade dieser leicht begonnene Siegeslauf war eine Herausforderung des furchtbarsten Feindes, den der Kaiser und die spanische Monarchie fortan finden sollten. Richelieu, der nach der vollen Unterwerfung der Hugenotten und dem Frieden mit England seine Hände noch freier fühlte, als in dem Jahre vorher, war auf die erste Botschaft von der Einnahme der Bündener Pässe entschlossen, sein in Italien begonnenes Werk zu verteidigen, und er that es in einer Weise, welche die Kühnheit, die Weite und Verschlagenheit seiner Politik in ihrer vollen Größe zeigte. Auf der einen Seite rang er seinem König im September den Entschluß ab, die Zurüstungen zu einem neuen Einmarsch in Italien vorzunehmen, auf der anderen Seite begann er einen diplomatischen Feldzug, der sich auf Deutschland und Schweden, auf England und die Niederlande richtete. Wir müssen diesen Feldzug etwas genauer verfolgen.

Jener französische Gesandte Charnacé, der im März 1629 am Hofe des Kurfürsten Maximilian erschienen war, hatte bei Fortsetzung seiner Reise mancherlei Mißgeschick erfahren. Er kam nach Dänemark, als es zu spät war, die Friedensverhandlungen Christians IV. noch zu hemmen, und als er dann seine Reise nach Schweden fortsetzte, war Gustav Adolf bereits nach Preußen gezogen. Indes gerade dem König Gustav Adolf zu folgen, war er zunächst durch ein Interesse veranlaßt, welches in derselben Zeit auch die Absendung eines englischen Gesandten herbeiführte: man sah voraus, daß der neue Waffengang des Königs mit Polen in eine Friedensverhandlung auslaufen werde, und da galt es, durch angebotene Vermittelung auf den Vertrag und die weitere Politik des schwedischen Eroberers Einfluß zu gewinnen. In der That gelang es Charnacé, indem er nach Marienburg eilte, in den Verhandlungen, die zu dem Waffenstillstand vom 26. September führten, den schwierigen Verkehr zwischen beiden Parteien zu vermitteln. Welchen Zweck aber diese Vermittelung verfolgte, das legte die französische Regierung ihrem Gesandten in einer Weisung vom 6. September

dar: ¹⁾ Gustav Adolf sollte, sobald er freie Hand gegen Polen gewonnen hatte, sich auf Grund des gemeinsamen Gegensatzes gegen den Kaiser mit seinen bedrängten Glaubensgenossen in Deutschland, zunächst mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und den Reichsstädten, verständigen, daneben, wenn möglich, auch den König von Dänemark zu neuen kriegerischen Entschlüssen fortreißen und dann in ihrer aller Namen mit dem Gesuch um ein Bündnis an den König von Frankreich herantreten. Letzterer, so hieß es, sei bereit, den Bund defensiv sowohl, wie offensiv zu schließen. Und so ernst war dem Kardinal dieser Plan einer antikaiserlichen Verbindung, daß er darüber sofort auch in Verhandlungen mit den deutschen Kurfürsten eintrat, aber wohlgemerkt, nicht nur mit den protestantischen, sondern auch den katholischen. Zu Georg Wilhelm von Brandenburg, der sich damals in Königsberg aufhielt, ließ er Charnacé selber reisen, ²⁾ an die katholischen und an den sächsischen Kurfürsten fertigte er am 8. August Marcheville ab. Während er dann dem König von Schweden, als Formel der Vereinigung, die Zurückweisung der österreichisch-spanischen Uebergriffe gegen die Ostsee und gegen Italien vorhielt, rief er die Kurfürsten zum Widerstand auf: gegen das Streben Ferdinands II., das Kaisertum auf seinen Sohn zu vererben, welches durch die Wahl Maximilians von Baiern zu durchkreuzen sei, gegen die Unterdrückung des Reichs durch die kaiserliche Armee, welche durch die Verminderung derselben und durch die Unterstellung des Restes unter den Kurfürsten von Baiern als Reichsfeldherrn abzuwenden sei, gegen die aus der Herausforderung der Nachbarmächte entspringende Gefährdung des Reichs, welche durch Neutralität der Kurfürsten in dem Mantuaner Streit und den daraus zu gewärtigenden Konflikten zu beseitigen sei, — alles unter dem Angebot der starken Hülfe Frankreichs, falls der Kaiser den Kurfürsten Zwang anthun wollte. Frankreich wurde auch als die Macht empfohlen, welche in den Gegensätzen zwischen Protestanten und Katholiken ein billiges Maß finden werde. Wagte doch Charnacé dem Kurfürsten von Brandenburg vorzulügen, daß Maximilian nicht nur die Kandidatur für die römische Königswürde schon angenommen habe, sondern auch für den Fall seiner Wahl den Reformierten gleiche Rechte mit den Lutheranern, den protestantischen Inhabern der Kirchengüter Sicherung ihres Besitzes verspreche. Marcheville verhieß dagegen den katholischen Kurfürsten, als Preis ihres Anschlusses an Frankreich, Sicherung gegen Schweden und Dänemark, und den Katholiken wie den Protestanten bot man die Aussicht auf eine Baiern und Pfalz zugleich befriedigende Lösung der pfälzischen Frage.

Zu diesen Anträgen an Schweden und die deutschen Kurfürsten kam dann noch die Anknüpfung mit den Generalstaaten hinzu. Als im Jahr 1627 das vor drei Jahren geschlossene französisch-niederländische Bündnis (S. 272) ablief,

¹⁾ Effiat an Charnacé, Siri VII S. 171. Vgl. Ludwig XIII. an denselben, Sept. 1. N. a. D. S. 170.

²⁾ Roe an Dorchester, 1629 Okt. 9. (Gardiner, Roe's mission S. 42.) Marchevilles Instruktion angeführt in Richelieu, Lettres VII S. 978. Ueber seine Verrichtungen liegen mir (neben Richelieu, Mémoires V S. 318 fg., Forst n. 342 S. 357, n. 356 S. 380; D. Klopp III S. 301 fg.) die zwischen den Kurf. Baiern und Köln gewechselten Briefe, 1629 Sept. 30 bis 1630 April 14 vor. (Münchener Staatsarchiv 41/8—10.)

hatte der Versuch, es zu erneuern, unter den damaligen widerspruchsvollen Verhältnissen, da Frankreich seinen Frieden mit Spanien gemacht hatte und doch die Staaten von einem gleichen Schritt durch die Verpflichtung, Verhandlungen über Frieden oder Waffenstillstand nur mit Zustimmung Frankreichs zu bewilligen, abhalten wollte, nicht zum Ziele geführt. Jetzt wirkte auf die Stimmung beider Teile einerseits die Belagerung von Herzogenbusch, welche, solange sie im Gange war, das Verlangen der Staaten nach französischer Geldhülfe erhöhte und, als sie erfolgreich beendet war, ihre Neigung zum Frieden mit Spanien einer verstärkten Kriegslust weichen ließ, andererseits die italienische Verwicklung, welche die alte Feindschaft zwischen Frankreich und Spanien wieder zum Ausbruche trieb. Da wurden denn im September 1629 die Bundesverhandlungen mit neuem Eifer und besseren Aussichten wieder aufgenommen. Ja noch in demselben Monat, als in England der französische Gesandte Châteauneuf den Schwur Karls I. auf den englisch-französischen Frieden entgegennahm, brachte er auch hier, anknüpfend an das englische Interesse der Restitution Friedrichs V. von der Pfalz, den Vorschlag eines großen Defensiv- und Offensivbündnisses an: eines Bundes, der Frankreich, die Staaten, England, Venedig und Schweden umfassen und mit seinen Geldzuschüssen den König von Schweden zur Führung des Kriegs gegen den Kaiser in stand setzen sollte.

Also ein wahres Netz von feindlichen Bündnissen, in welches das Haus Oesterreich verstrickt werden sollte! Natürlich war die Aufnahme so umfassender Versuche verschieden, am ungünstigsten aber in England. Für Karl I. war eben der Friede mit Frankreich nicht so sehr ein Mittel, die Hände frei zu bekommen, als der erste Schritt zum völligen Austritt aus den kriegerischen Händeln des Festlandes; und so trat er trotz des Widerstandes einer Kriegspartei in seinem geheimen Räte noch vor Ablauf des Jahres 1629 in die Friedensverhandlungen mit Spanien ein, um im November 1630 mit dieser Macht einen ruhmlosen, höchstens für die englischen Handelsinteressen nützlichen Frieden zu schließen. Glücklicher verlief für Richelieu schon die Anknüpfung mit den deutschen Kurfürsten. Abgesehen freilich von Maximilian von Baiern, der sich den Weg zu einem Bündnis mit Frankreich (S. 409) nach wie vor offen hielt, hatte keiner von ihnen den Mut oder das Vertrauen, sich auf ein Verhältnis gegenseitiger Verpflichtungen einzulassen. Allein die negative Seite der Anträge, daß die vom Kaiser gewünschte römische Königswahl hinauszuschieben, seine Armee zu vermindern, und seinem italienischen Krieg gegenüber Neutralität zu wahren sei, traf mit den Bestrebungen der Kurfürsten von vornherein zusammen, und da war es ihnen ganz willkommen, daß sie auf einen Rückhalt bei Frankreich rechnen durften.

Weiter jedoch, zu wirklich kriegerischen Abmachungen, führten nur die Verhandlungen mit den Generalstaaten und Schweden. Ihr gemeinsamer Grundzug war, daß Frankreich nicht selber an der Seite des Verbündeten in den Krieg eintreten wollte — Krieg wollte Frankreich nur in Italien unter dem Vorwand des Schutzes des Herzogs von Nevers führen —, sondern durch Zahlung von Jahrgeldern den Kampf der Staaten gegen Spanien, Gustav Adolfs gegen den Kaiser zu unterstützen gedachte. Schwierigkeiten ergaben sich dabei den General-

staaten gegenüber aus jener ihnen zugemuteten Verpflichtung, in keine Friedens- oder Waffenstillstandsverhandlung ohne Zustimmung Frankreichs einzutreten; nachdem jedoch die Worte „ohne Zustimmung“ durch die Fassung „ohne vorherige Benachrichtigung“ ersetzt waren, kam endlich am 17. Juni 1630 der Vertrag zu stande. Er wurde auf sieben Jahre geschlossen und sicherte den Staaten einen jährlichen Zuschuß von einer Million Livres. Viel größere Schwierigkeiten aber stellten sich gleichzeitig in der Verhandlung mit Gustav Adolf heraus, welche Charnacé nach Vorbesprechungen, die in Preußen geführt waren, mit dem in die Heimat zurückgekehrten König zu Upsala am 21. November begann. Eigentliche Vollmacht zum Verhandeln und Schließen hatte der Gesandte nicht;¹⁾ aber schon konnte er die Absichten Richelieus in den Grundzügen darlegen: unter der Losung „Befreiung der Reichsstände von ihrer Unterdrückung“ sollte Gustav Adolf den Krieg gegen den Kaiser eröffnen und hierfür von Frankreich feste Jahressubsidien erhalten.²⁾ Die Vereinbarung der näheren Bestimmungen eines zu diesem Zweck zu schließenden Defensiv- und Offensivbündnisses sollte in Frankreich, wohin der König seinen Bevollmächtigten zu schicken hatte, erfolgen. Neugierlich angesehen, kam dieser Antrag gerade zur rechten Stunde. Denn wenn Gustav Adolf jetzt, da er die Hände gegen Polen frei hatte, die Konsequenzen seiner Politik zog, was anders konnte er vor sich sehen, als die Notwendigkeit des Krieges gegen Ferdinand II.? Er fand sich denn auch in einer Stimmung gegen den Kaiser und sein Haus, die grimmiger war als je. Immer mehr in den Gedanken sich hineinarbeitend, daß er der Angegriffene sei, beteuerte er feierlich, daß er bisher alle Versuche zur Einmischung in die deutschen Wirren abgewiesen habe; aber in dem doppelten Kampf gegen die evangelische Religion und die Freiheit der Fürsten und Staaten waren nunmehr die österreichischen Streitkräfte, hinter denen weiter die Macht Spaniens stand, siegreich bis an die Grenzen seines eigenen Reiches vorgerückt und nunmehr im Begriff, ihn selber erst zur See durch Stärkung ihrer Ostseeflotte, dann, sobald die schwedischen Schiffe und der schwedische Handel vernichtet seien, im eigenen Lande anzugreifen. Hatte doch auch der Kaiser ihm zu allen Nachteilen noch den Schimpf angethan, daß er seine Gesandten von dem Lübecker Friedenskongreß zurückwies. Da war es Gebot der Ehre wie seiner Sicherheit zugleich, gegen die Welteroerer die Waffen zu ergreifen, und zwar, wie es seiner würdig war, mit der Kraft der Offensive. Was bei einem solchen Unternehmen dem König Christian IV. verderblich gewesen war, nämlich der Widerstand seiner Reichs-

¹⁾ Eine solche wurde erst ausgefertigt am 18. Dez. 1629 und kam dem Gesandten zu in Helsingör am 23. Jan. 1630. (Siri VII S. 174. Vgl. Richelieu, Mémoires VI S. 396, 398.)

²⁾ In dem Protokoll des schwedischen Reichsrats, 1629 Nov. 6—13 (Zeit der von Charnacé in Preußen geführten Vorbesprechungen) heißt es: Gallum offerre ... 400 000 imperialium. (Handlingar III 1 S. 222). Dagegen Richelieu, Mémoires V 152 (sichtlich zurückgehend auf Charnacés Bericht): der Reichsrat habe 1 200 000 Livres (= 400 000 Ecus) verlangt, Charnacé aber sich auf Mangel an Auftrag berufen. Am 24. Dez. 1629 (vor Kenntnis der Verhandlungen von Nov. 21 fg.) erklärt sich Ludwig dem Charnacé bereit zur Zahlung von 600 000 Livres. (Richelieu, Mémoires VI 397.) Dazu Vater Joseph an demselben Tag: Charnacé könne oltre alle 600 000 lire weitere 150 000 zusagen. (Siri VII 173. Dort statt „Oktober“ zu lesen „Dezember“.) — Auf die versuchte Hineinziehung Venedigs gehe ich nicht ein.

stände und seines Reichsrats, kam für den mächtig gebietenden Schwedenkönig nicht in Betracht; der Reichstag legte ihm im Juli 1629, der Reichsrat im November die Eröffnung des Offensivkrieges vertrauensvoll und opferbereit in die Hand. Nichts, so schien es auf den ersten Blick, konnte ihn also abhalten, sich in den neuen und größten seiner Kriege zu stürzen und dabei auch die Hilfe anzunehmen, die ihm von Frankreich geboten wurde. Aber dennoch, wie es galt, sich durch einen unwiderruflichen Beschluß zu binden, blieben auch bei diesem stürmischen Eroberer die Beklemmungen und Schwankungen nicht aus. Sein Geist war zu beweglich, um nicht von allen Schwierigkeiten, welche innere und auswärtige Verhältnisse seinen Plänen entgegenwarfen, in Erregung gesetzt zu werden; und so kam es, daß die kriegerischen Antriebe immer wieder von Bedenken durchkreuzt wurden, die trotz der schon im Gang befindlichen Vorbereitungen dennoch die Ausführung wieder in Frage stellten.

Die größten Sorgen machte dem König die Armut seines Reiches. Wohl verfügte er dank der unvergleichlichen Kriegsverfassung des Landes (S. 265) über einheimische Truppen, unter denen die Infanterieregimenter nach Uebung und kriegerischem Geiste, Abhärtung und bescheidenen Ansprüchen an Sold und Verpflegung den Regimentern Wallensteins weit überlegen waren; allein von dieser schwedischen Miliz konnte er nur einen Teil nach Deutschland werfen, den andern Teil der Invasionsarmee mußte er von vornherein aus fremden Werbetruppen bilden, und für diese brauchte er bares Geld in bedeutend höherem Betrag, als für die frugalen Schweden. Als er nun im Juli 1630 einen Ueberschlag über die Unterhaltungskosten seiner deutschen Armee und der dafür verwendbaren Einkünfte für die nächsten zehn Monate machte, fehlten ihm von vornherein etwa 29 Prozent, ganz abgesehen von den gewaltigen Ausfällen, welche sich regelmäßig in den wirklichen Einkünften gegen die veranschlagten ergaben. Der englische Gesandte, der sich damals in seiner Nähe befand, sah denn auch in diesen Verlegenheiten nur zwei Auskünfte: einmal die Kunst Gustav Adolfs, den Soldaten, auch wenn die Bezahlung ausblieb, an seine zugleich gebietende und kameradschaftlich nahestehende Persönlichkeit zu fesseln, sodann den Vorteil, daß man in Deutschland den Soldaten gelehrt habe, seine Lebensmittel auch ohne Sold zu beschaffen. Neben solchen Auswegen hatte aber Gustav Adolf selber von jeher noch einen dritten gesucht, nämlich den Beistand auswärtiger Mächte. Und da hätte ihm nun das Anerbieten Frankreichs als eine Rettung aus der Not erscheinen müssen, wenn — es nicht selbst wieder eine neue Verlegenheit in sich geschlossen hätte.

Der letzte Grund, in dem sich die Feindschaft Gustav Adolfs gegen den Kaiser und sein Haus zusammenfaßte, war doch der Gegensatz der Bekenntnisse: als Beschützer der protestantischen Religion dachte der König in Deutschland einzubrechen. Mit diesem Gedanken stand es in schneidendem Widerspruch, daß keiner von den protestantischen Fürsten und Ständen, die sich noch im Besitz ihrer Gebiete fanden, dem König die Hand zu bieten wagte, daß dagegen die katholische Macht, die eben die Kraft der Hugenotten gebrochen hatte, ihre Hilfe antrug. Wie hätte da der König anders als mißtrauisch und zögernd auf das Angebot eingehen können! Und alsbald traten auch weitere Verschiedenheiten

hervor. Richelieu lud den König ein, auf französischem Boden ein Bündnis vereinbaren zu lassen, über dessen nähere Bestimmungen er sich im ungewissen hielt: Gustav Adolf antwortete, indem er den Entwurf von Bundesartikeln¹⁾ übergab und es dem französischen König anheimstellte, die Vereinbarung zwischen beiderseitigen Bevollmächtigten im Haag vorgehen zu lassen. In den übergebenen Bedingungen wurde neben den Jahrgeldern, die Gustav Adolf auf 1 000 000 bis 1 800 000 Livres zu setzen gedachte, die Aussendung einer französischen Flotte in die Nordsee verlangt; Frankreich dagegen beabsichtigte, als ihm zufallende Leistung, fürs erste nur 600 000 Livres zu bieten. In der Sorge, daß Frankreich ihn nur in den deutschen Krieg zu treiben suche, um in seinen italienischen Händeln ein vorteilhaftes Abkommen zu erzielen, wünschte Gustav Adolf in dem zu schließenden Vertrag die beiden Zwecke der Verjagung der kaiserlichen Streitkräfte aus den Stellungen in Graubünden einerseits, und aus der Ost- und Nordsee und ihren Küsten andererseits, verbunden zu sehen und beides noch durch die Forderung der Restitution aller verjagten oder beeinträchtigten Fürsten und Reichsstädte, sowie der Entfernung aller kaiserlichen Truppen vom Reichsboden zu erweitern: bis zur Erreichung dieser Zwecke sollten die Verbündeten sich verpflichten, im Krieg zu verharren und sich aller einseitigen Friedensverhandlungen zu enthalten. Dagegen war es wieder die Absicht Frankreichs, seine Bundespflicht möglichst auf die Subsidienzahlung zu beschränken, und die Dauer derselben nicht nach der Erreichung unbegrenzter Zwecke, sondern nach einem festen Zeitraum, etwa sechs Jahren, zu bemessen; es suchte ferner dem Kurfürsten Maximilian seine Kurwürde, den Ligisten eine gedeckte Neutralität und der katholischen Religion Freiheit in den zu erobernden Plätzen zu sichern.

Unter derartigen Gegensätzen konnten die Verhandlungen nicht rasch zum Ziele kommen. Vom Haag, wohin sie Gustav Adolf ziehen wollte, wurden sie wieder an den schwedischen Hof verlegt, da Charnacé im Februar 1630 mit neuen Aufträgen hier erschien. Allein obgleich man jetzt der Verständigung ziemlich nahe kam, wurde der Abschluß nicht nur verschoben,²⁾ sondern auch von Gustav Adolf durch eine entgegengesetzte Anknüpfung in Frage gestellt.

Es handelte sich um nichts Geringeres, als den Versuch eines Ausgleichs mit dem Kaiser. Der Vater dieses Gedankens war Christian IV. von Dänemark und der Grund, der ihn bestimmte, war die alte Eifersucht gegen den Schwedenkönig, von dessen Eingreifen in die deutschen Kämpfe er neue Siege und ein neues Emporsteigen schwedischer Macht an der Ostsee fürchtete. So hatte er bald nach dem Lübecker Frieden seine Dienste als Vermittler dem

¹⁾ Es waren zwei Artikelreihen, von denen die erste (V 1—15) die Zwecke des Krieges in weiterer, die zweite (VII 1—14) in engerer Fassung nebst Bestimmungen über die Kriegseleistungen u. a. enthielt. (Aufgenommen in die Instruktion für Camerarius, Patriot. Archiv VI S. 136, 139; desgleichen nach Oxenstiernas Konzept in Oxenstiernas skrifter I 1 S. 536 fg.) Letztere Bestimmungen, denen nachher elucidationes folgten, galten als secretiores, die einem Instrumentum peculiare einverleibt werden konnten. (Instruktion für Camerarius S. 142 n. X.)

²⁾ Zustande kam eine *convenzione particolare*, durch die dem König 300 000 fl. (?) versprochen wurden, a fine di farlo entrare in Alemagna. (Ludwig XIII. an Charnacé, 1630 Juli 10. Siri VII S. 167. Irrig zu 1629 gestellt. Vgl. Richelieu, Lettres III S. 894 Abf. 5.)

Kaiser, wie dem König Gustav Adolf angeboten und dabei auf beiden Seiten so weit Entgegenkommen gefunden, daß er im März 1630 die Einladung zu einer in Danzig am 11. Mai zu eröffnenden Ausgleichskonferenz erlassen konnte. Gustav Adolf nahm die Einladung an, und seltsam genug, er äußerte jetzt die Hoffnung, daß vielleicht, wenn kein Friede, so doch ein Abkommen, das in sein kriegdurchstürmtes Leben einige Jahre Ruhe bringe, zu erzielen sei. Im Fluge seiner Gedanken mag ihm vorübergehend diese Hoffnung ernst gewesen sein, aber welche Bedingungen hatte er dem Kaiser zu stellen! Bescheidener als in dem französischen Bundesentwurf richtete er seine Forderungen nicht auf das ganze deutsche Reich; allein in der Ost- und Nordsee und ihren Hinterlanden, d. h. dem nieder- und obersächsischen Kreis, sollte der Kaiser kirchlich, staatlich und militärisch den Zustand von 1618 herstellen, seiner Schiffe sich entäußern, seine Streitkräfte hinausführen, wie eine geschlagene Armee. Daß solche Forderungen angenommen werden konnten, mußte ihm bei ruhiger Ueberlegung doch als unmöglich erscheinen, wie denn auch hinterher, als der Termin der Tagsetzung fällig war, seine Gesandten es unter formalen Einwendungen gar nicht zur Eröffnung derselben kommen ließen, und vor allem die Rüstungen zum Kriege keinen Augenblick unterbrochen wurden. Der eigentliche Grund des scheinbaren Eingehens auf die Vermittelung war denn auch ein anderer: er wollte den Kaiser in Sicherheit wiegen und andererseits Frankreich, desgleichen England und die Staaten, um deren Beistand er sich ebenfalls bemühte, durch die Furcht vor einem Ausgleich zu größerem Entgegenkommen treiben. Besonders Frankreich gegenüber rechnete er, daß dieser Macht in ihren aus den italienischen Wirren entstandenen kriegerischen Verwickelungen die Mitwirkung Schwedens ebenso notwendig sei, wie ihm die Geldhülfe Frankreichs, und daß der Wert dieser Mitwirkung mit dem Fortgang der italienischen Konflikte voraussichtlich nicht sinken, sondern steigen werde.

kehren wir nun zu dem Punkte zurück, von dem diese Betrachtung ausgegangen ist, nämlich zu den Aufgaben, die dem Kaiser vor dem Regensburger Kurfürstentag erwachsen, so sehen wir ihn von drei Seiten her, von den Niederlanden, Frankreich und Schweden mit offenen oder verdeckten Angriffen bedroht. Wie gedachte Ferdinand sich dagegen zu wehren? In den Erwägungen, die er darüber anstellte, drängte sich ihm vor allem wieder der Gedanke von der Gemeinsamkeit seiner Sache mit der Sache Spaniens in den Vordergrund. Seit dem Jahr 1625 (S. 328) hatte Spanien selber den Kaiser und die Liga unangefochten um den Eintritt in seinen Krieg mit den Generalstaaten bestürmt, und dieses Drängen war neuerdings verstärkt, als die Belagerung, dann der Fall von Herzogenbusch den Spaniern ihre Schwäche vor Augen führte. In welchem Sinne nun aber der Kaiser diese Anträge aufnahm, das zeigte sich, als bei dem im Dezember 1629 zu Mergentheim gehaltenen Ligatag der Abt von Kremsmünster erschien und im Namen des Kaisers den Antrag stellte: die Streitkräfte des Kaisers und der Liga sollten sich zum Krieg gegen die Staaten verbinden, zunächst um sie aus den im Reich besetzten Festungen und Quartieren zu treiben, weiterhin um neuen Fortschritten gegen die spanischen Niederlande entgegenzutreten. Die Stände der Liga mußten über diese Zumutung erschrecken,

da Neutralität gegenüber dem niederländischen Krieg zu ihren festen Grundsätzen gehörte; nur um ihr auszuweichen, antworteten sie, die Sache gehöre vor den vorstehenden Kurfürstentag. Aber der Kaiser, indem er diese Verweisung in vollem Ernste hinnahm, stellte sich nun die Aufgabe, dem Kurfürstentag den Entschluß des Reichskriegs gegen die Generalstaaten abzuringen.

Wenn der Kaiser in solcher Weise die Herausforderung der Generalstaaten zu beantworten gedachte, dann war es nur folgerichtig, daß er Frankreich, das sich ja zu einem neuen Einbruch in Italien bereit machte, noch schärfer entgegentrat. Wirklich wurde auch seit Ende 1629 in der Nähe der französischen Grenze, von Breisach bis Hagenau, eine stattliche Anzahl kaiserlicher Truppen aufgehäuft, ja es wurden bis zum März 1630 vierzehn Fähnlein Infanterie und achtzehn Reitercompagnien ins Stift Metz vorgeschoben, während der mit Frankreich halb verfeindete Herzog von Lothringen gleichzeitig fünf Regimenter zu Fuß und 1000 Reiter zu werben begann. Die Absicht des Kaisers war, diese Streitkräfte, wenn nötig, zu einer Diversion gegen Frankreich zu verwenden, und in Frankreich verstand man diese Absicht so gut, daß man sie mit Gegenrüstungen in der Champagne beantwortete. Für den doppelten Fall nun, daß es mit den Franzosen in Italien oder in ihrem eigenen Land zum Zusammenstoß kam, hatte der Kaiser auch wider dem Reich seinen Anteil zugebracht. Bereits am 13. Februar 1629 stellte er in diesem Sinn den Kurfürsten das Verhalten des Herzogs von Nevers und die Einmischung Frankreichs als eine Verletzung der Hoheit und Rechte des Reichs vor und erklärte, daß dagegen die Kurfürsten und alle Reichsstände ihm beizustehen verpflichtet seien. Die Kurfürsten gaben darauf freilich durch ausweichende Antworten ihre abweichende Ansicht zu erkennen; aber unbeirrt faßte nun der Kaiser den Voratz, seinen Anspruch auf bewaffnete Hülfe des Reichs am Kurfürstentag zur Geltung zu bringen.

Wie dachte nun aber der Kaiser über den Feind, der ihn am unmittelbarsten bedrohte, über Gustav Adolph? Man kann nicht sagen, daß er diese im Norden aufsteigende Gefahr übersah: er hielt sie der Liga in Mergentheim vor und nahm ihren Beistand für den Fall eines schwedischen Angriffes ebenfalls in Anspruch; indes unverkennbar ist es, daß in seinen Plänen dieser Konflikt vor dem französischen und niederländischen zurücktrat; ging er doch so weit, daß er nach dem schmachvollen Scheitern des Arnimischen Zuges statt neuer militärischer Vorkehrungen die besten Regimenter seiner Armee vom Norden hinwegziehen ließ. Offenbar war das eine leichtfertige Behandlung der dringendsten Angelegenheit, um so leichtfertiger, da es doch einen Mann in dem Kreise der kaiserlichen Staatsmänner gab, der die Gefahr würdigte, nämlich Wallenstein.

Mit den Worten, die Wallenstein einmal (21. Oktober) aussprach, daß die Hände ihm durch Schweden, Tilly durch die Holländer gebunden seien, nannte er die beiden Feinde, gegen die man nach seiner Meinung alle Kräfte zusammenhalten mußte. Die Sorge, die ihm schon bei den Lübecker Friedensverhandlungen gekommen war (S. 411), daß der Kaiser sich in zu viele Unternehmungen gestürzt habe, war in ihm unter den neuen Fehlschlägen zu wahrer Furcht gestiegen; ausdrücklich mißbilligte er jetzt die Exekutionen des Restitutionsediktes und mehr noch den mantuanischen Krieg. Sein Rat, daß man sich durch irgend einen

erträglichen Frieden aus dieser italienischen Verwickelung und damit aus der Gefahr eines Krieges mit Frankreich herausziehen sollte, wurde seit dem Herbst 1629 immer dringender, ja im Verdruß über die Vergeblichkeit seiner Vorstellungen hatte er einmal (14. Oktober) die Anwandlung, das oberste Kommando zu teilen und für sich nur den Befehl auf der Ost- und Nordsee und in ihren Hinterländern zu behalten, ein Gedanke, der freilich schon deshalb unausführbar war, weil Wallenstein den obersten Befehl mit niemanden zu teilen vermochte. Weder mit solchen Rücktrittsdrohungen noch mit seinen Warnungen richtete er indes bei den kaiserlichen Staatslenkern etwas aus; denn eben jetzt, in der kritischen Zeit, begannen die Angriffe der Liga, daneben der geringe Erfolg seiner zwei letzten Kriegsjahre, ihre Wirkung zu zeigen. Starke Gegner hatte er von jeher auch am Hofe des Kaisers gehabt; aber jetzt begannen auch diejenigen, die ihn bisher gestützt hatten, Eggenberg, der Abt von Kremsmünster, der Hofkanzler Verda, an seinen wechselnden Ratschlägen und geringen Erfolgen irre zu werden; auch sie befreundeten sich mit dem Gedanken, daß er dem Fortgang der kaiserlichen Sache im Wege stehe.

Also Wallenstein konnte den Kaiser nicht irre machen. Ferdinand hielt fest an der stolzen Hoffnung, daß er beim Regensburger Kurfürstentag die Opposition der katholischen wie der protestantischen Kurfürsten niederwerfen, die Kräfte des Reiches seinen auswärtigen Unternehmungen dienstbar machen und alle diese Erfolge durch die Wahl seines Sohnes zum römischen Könige krönen werde. Da mußte denn diese Tagssagung zu einem Gericht über seine Politik, im guten oder im schlimmen Sinne, werden.

Zweiter Abschnitt.

Gustav Adolf.

Auf den 3. Juni 1630 war der Regensburger Kurfürstentag berufen. Nicht ohne die gewöhnliche Verspätung, aber doch allen anderen voran, traf Ferdinand II. am 13. des Monats ein; am 3. Juli erfolgte die Eröffnung des Tags durch Ueberreichung einer schriftlichen Proposition. Dem Herkommen nach hätte diese Proposition vom Kurfürsten von Mainz ausgehen müssen, aber jetzt war es der Kaiser, der die Gegenstände der Beratung aufstellte. Die Angelegenheit, die ihm nach wie vor am meisten am Herzen lag, nämlich die Vorbereitung der Wahl eines römischen Königs, wurde, wie auf einen stillschweigenden Kompromiß, einstweilen übergangen, auch von dem Restitutionsedikt war kein Wort gesagt, da man es ja den protestantischen Kurfürsten überlassen konnte, ihre Beschwerden darüber vorzubringen; fürs erste wurde die Aufmerksamkeit der Kurfürsten fast ausschließlich auf die von außen sich erhebenden Feinde des Kaisers gerichtet: zunächst auf die Generalstaaten, unter deren Unthaten auch die fortgesetzten Anschläge auf Rückführung Friedrichs V. von der Pfalz ihren Platz fanden, dann auf die Angriffspläne Gustav Adolfs, endlich auf die Einmischung Frankreichs und Venedigs in den mantuanischen Streit, von der es hieß, daß sie auf die Zerstörung der dem Reich noch übrigen Rechte in Italien abziele. Diesen dreifachen Feindseligkeiten gegenüber erwartete der Kaiser an erster Stelle den Rat der Kurfürsten über die Mittel der Herstellung eines Friedens, der als „Universalfriede“ alle Streitigkeiten beenden sollte; in Ermangelung aber dieser allgemeinen Friedensstiftung schlug er an zweiter Stelle eine „rechtschaffene Konjunktion“ zwischen Kaiser, Kurfürsten und Reichsständen zum Schutz des Reiches gegen die Störer des Friedens vor. Welche Mittel diese Konjunktion ergreifen sollte, hatten die Kurfürsten zu begutachten; aber eine Anleitung gab ihnen der Kaiser gleich hinsichtlich der Generalstaaten und Frankreichs: gegen beide galt es die Waffen zu führen nicht nur, wenn sie mit Heeresgewalt ins Deutsche Reich einbrächen, sondern gegen die Holländer auch, wenn sie die Räumung der im Reich besetzten Plätze verweigerten, gegen

Frankreich, wenn es bei seinem gewaltsamen Eingreifen in den Mantuaner Streit beharrte; wobei denn gegen die Holländer auf solche „Diversionen“ gedeutet wurde, welche sie „den Krieg etwas näher empfinden“ ließen, d. h. auf die Unterstützung der spanischen Kriegführung. Natürlich mußte solchen Aufgaben gegenüber das Reich in starker Kriegsbereitschaft stehen. Aber die in dieser Beziehung alle Gemüter bewegende Frage, wie die Mittel dafür zu schaffen seien, erledigte der Kaiser mit der Aufforderung, die Wege zu finden, wie die Kriegslasten, besonders die Kontributionen, Einquartierung und Durchzüge, mit mehr Ordnung und Gerechtigkeit zu verteilen seien.

Aus der ganzen Proposition schien das Bewußtsein zu sprechen, daß der Kaiser die Kräfte des Reiches dahin lenken könne, wohin es ihm gefalle. Entsprechend aber diesem Bewußtsein die wirkliche Lage Ferdinands? Wir müssen, um hierauf zu antworten, sehen, wie die vorher dargelegten inneren und auswärtigen Verhältnisse sich weiter entwickelt und eben jetzt, zur Zeit des Kurfürstentags sich gestaltet hatten?

In Italien war der längst zu erwartende Schlag gefallen, als mit Beginn des Monats März 1630 die inzwischen ausgerüstete französische Armee ihren Zug über den Mont Genèvre vollführte; am 4. März stand Richelieu, der als Bevollmächtigter des Königs die kriegerischen und die politischen Aktionen zugleich leitete, in Susa. Sein nächstes Ziel war, den Herzog von Savoyen, der sich aus der Schlinge des französischen Bündnisses herauszuziehen suchte, unentrinnbar zu fesseln. Statt daher zum Entsatz Casales vorzugehen, wandte er sich rechts gegen Pignerolo, durch dessen Einnahme (31. März) er eine zweite Sicherung seiner Verbindungen, rückwärts mit dem Dauphiné, vorwärts mit Turin und Casale gewann. Von Pignerolo, sagte er, kann der König, wenn er es entsprechend befestigen läßt, stets Meister von Italien sein. Aber er brauchte noch einen dritten Rückhalt, und den gewann er, indem er mit seinem König, der ihm inzwischen nachgefolgt war, in einem leichten Feldzug ganz Savoyen unterwarf (Mai, Juni). Wohl standen jetzt noch unangefochten Spinola in Montferrat und Collalto im Mantuaner Land; aber die französische Armee hatte einen festen Stand ergriffen, von dem sie den Marsch gegen die Belagerer von Casale demnächst antreten sollte.

Wenig später kündigte sich der zweite, noch schwerere Schlag gegen den Kaiser an. Gustav Adolf, so stark die ihm immer wieder aufgehenden Bedenken seine Seele erschütterten, wurde doch unwiderstehlich einerseits durch die gewaltigen Rüstungen, die er angestellt hatte, andererseits durch die sichere Aussicht, daß Frankreich, nachdem es in den Krieg gegen den Kaiser und Spanien eingetreten war, ihm seine Hilfe gar nicht versagen könne, vorwärts getrieben. So begann denn ein Vorspiel des Krieges schon am 8. April 1630, indem schwedische Truppen von Stralsund her nach Rügen überfetzten, dann die verwahrlosten kaiserlichen Truppen in einer Reihe leichter Kämpfe aus der Insel verdrängten. Im folgenden Monat, am 29. Mai, nahm dann der König von den in Stockholm anwesenden Reichsständen feierlichen Abschied, einen Abschied auf immer, wie er betonte, für den wahrscheinlichen Fall, daß er in den Schlachten dieses größten seiner Kriege das Leben lassen sollte. Gleichzeitig war er in voller

Arbeit, in Elfsnabben und anderen Häfen der Ostküste die Flotte zu sammeln, welche 88 Compagnien zu Fuß und 20 zu Pferde, im ganzen etwa 10000 und 2500 Mann, nach Pommern überführen sollte.

So trat der Kurfürstentag unter dem Zeichen zweier Kriege, eines begonnenen und eines unmittelbar bevorstehenden, zusammen. Wie stand es diesen Gefahren gegenüber mit dem erhofften Zusammenhalten zwischen Kaiser und Kurfürsten? Die beiden protestantischen Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg waren von der frischen Erbitterung über das Restitutionsedikt erfüllt; sie fürchteten von dem Kurfürstentag vor allem nur den Versuch, sie in weitere verderbliche Beschlüsse hineinzuführen. So wenig sich nun Kurfürst Johann Georg zu einem thätlichen Widerstand gegen den Kaiser zu entschließen vermochte, darüber kam er jetzt doch ins reine, daß er den persönlichen Besuch des Tages, den er schon bei den früheren Anregungen desselben verweigert hatte (S. 396/97), jetzt erst recht zu verweigern habe. Vergeblich suchte der Kaiser ihn durch eine Gesandtschaft (Juli 1629), durch Briefe, durch die Verwendungen des Erzbischofs von Mainz umzustimmen; er, wie der ihm folgende Kurfürst von Brandenburg, blieben dabei, nur Gesandte zu schicken, und diesen hatten sie keine anderen Aufträge zu geben, als gegen das Restitutionsedikt, gegen die Bedrückungen und den Fortbestand der kaiserlichen Armee, gegen die Veranstaltung der Wahl eines römischen Königs zu arbeiten. Wie hätten sie auch die Kriegspolitik des Kaisers unterstützen sollen, da das Gelingen derselben eine desto unbarmherzigere Durchführung des Restitutionsediktes zur Folge haben mußte!

Dem Kaiser blieb jetzt nur die Hoffnung, diese Opposition mit Hilfe der katholischen Kurfürsten zu bezwingen. Und vollzählig waren diese Herren allerdings eingetroffen, an ihrer Spitze der im Jahr 1629 als Nachfolger jenes Georg Friedrich, der den Mühlhausener Kurfürstentag geleitet hatte (S. 370), erwählte Mainzer Erzbischof Anselm Kasimir von Umstadt. Aber gerade diese katholischen Kurfürsten waren es, deren Haltung dem Kaiser verderblich wurde. Wir wissen, wie hartnäckig die Liga auf ihren drei Forderungen der Verkleinerung der kaiserlichen Armee, der Milde rung des militärischen Druckes und der Entlassung Wallensteins bestand: noch in den Monaten Mai—Juli 1629 hatten infolge eines Beschlusses der Heidelberger Ligaversammlung (S. 397) Gesandte der katholischen Kurfürsten die alten Klagen über die Größe und die Bedrückungen der kaiserlichen Armee erneuert. Darüber hinaus hatten dann die katholischen Kurfürsten in einer neuen schriftlichen Eingabe am 15. Oktober 1629 die kriegerische Politik des Kaisers angegriffen: sie rieten zum friedlichen Ausgleich der Konflikte mit Holland, Schweden und Frankreich, besonders auch zu einer den französischen König befriedigenden Beilegung des Mantuaner Streites. Nach solchen Vorgängen war in den Fragen der kaiserlichen Armee und der kaiserlichen Kriegspolitik kein Zusammengehen der katholischen Kurfürsten mit dem Kaiser, sondern ihre Verbindung mit der protestantischen Opposition zu gewärtigen.

Zu alledem kam nun auch die weitere für den Kaiser vollends gefährliche Anknüpfung Frankreichs mit den Kurfürsten hinzu. Diese Umtriebe hatten, wie erzählt, ihren Höhepunkt in dem Projekt eines bairisch-französischen Bündnisses gefunden, in dem der Nuncius Bagni sich als Mittler darbot (S. 408). Die

guten Dienste des päpstlichen Mittelsmannes waren inzwischen weiter gesucht und gewährt. „Was in Frankreich zu verhandeln ist,“ so schrieb im Gegensatz gegen das Herandrängen Marseilles am 4. Dezember 1629 Maximilian, „vertraue ich allein gedachtem Nuncius an“. Bagni selber handelte hierbei nach dem Willen Papst Urbans VIII. Wäre freilich dieser Papst rein kirchlichen Gesichtspunkten gefolgt, so würde er seine Bundesgenossenschaft eher dem Kaiser, der jetzt alle seine Erfolge für das Restitutionsedikt aufs Spiel setzte, gewährt haben, als dem Kardinal Richelieu, welcher den Hugenotten ihre Religionsfreiheit bestätigte und die Erhebung der protestantischen Mächte gegen die katholische Reaktion im Reiche unterstützte. Allein für Urban VIII. mußte vor der Machtfrage italienischer Politik und seiner leidenschaftlichen Erbitterung gegen den Kaiser und Spanien das kirchliche Interesse zurücktreten. Ja er wußte schließlich auch in dem Restitutionsedikt selber eine Verletzung des göttlichen Rechtes der Kirche zu entdecken. Denn welche Grundlage war es, auf die das Edikt die Macht der Protestanten zurückzuführen unternahm? Keine andere als der Religionsfriede, den man an der Kurie als einen Einbruch in das Recht der Kirche von jeher angesehen hatte (I 85), und dessen Zertrümmerung man vom Kaiser als Dankopfer für die von Gott ihm verliehenen Siege erwartete. Deshalb, wenn der Papst auch nicht umgehen konnte, dem Kaiser für den der Kirche verschafften Gewinn in einem Breve seine Anerkennung auszusprechen, vermied er doch sorgfältig jedes Wort, das eine Zustimmung zu dem Grundgedanken des Ediktes enthalten hätte.¹⁾ Also kirchliche Skrupel hielten den Papst nicht zurück, — auch nicht die Scheu vor dem Makel arger Zweideutigkeit. Mußte doch eben damals, im Januar 1629, der Kardinal Barberini in des Papstes Auftrag dem Kaiser versichern, daß er die Wahl seines Sohnes zum römischen König nach Kräften bei den Kurfürsten befürworten werde, und in demselben Auftrag dem bairischen Kurfürsten zuflüstern, daß er die Wahl so lange aufgeschoben zu sehen wünsche, bis ihr Ausfall auf Maximilians Person sichergestellt sei. So kam es denn unter päpstlicher Beihilfe so weit, daß am 5. Oktober 1629 der erste Entwurf eines französisch-bairischen Defensivbündnisses, wie Richelieu es verlangte und dann weiter über die ganze Liga auszudehnen hoffte, verfaßt wurde. Was Frankreich neben seinem allgemeinen Schutz dem bairischen Kurfürsten im besonderen zu bieten hatte, war die Sicherung seiner Kur und seiner neu erworbenen Lande, daneben auch, wenn er es wünschte, die Unterstützung seiner Erhebung zur Kaiserwürde; was dagegen Maximilian vor allem erstrebte, war die Neutralität nicht nur Baierns, sondern der Liga überhaupt in dem drohenden Zusammenstoß Frankreichs, sowie seines niederländischen und schwedischen Verbündeten mit dem Kaiser. — Noch war das Bündnis ein bloßer Entwurf, und unter den Einwänden, die Maximilian erhob — die auf 25 Jahre bemessene Dauer des Bundes war ihm zu lang, die Bundeshilfe zu hoch angesetzt, und seine Pflichten gegen Kaiser und Reich wollte er vorbehalten wissen —, verging noch anderthalb Jahr, bis man zur Verständigung kam; aber darauf

¹⁾ Instruktion der Propaganda für Pallotto, 1629 März 31. (Kiewning II n. 79 S. 129.) Barberini an Pallotto, April 28. (N. a. D. n. 97 S. 163, vgl. n. 102 S. 172.)

konnte jetzt Frankreich fester als vorher rechnen, daß in dem Mantuanischen Streit, soweit es sich um die Besitzansprüche des Herzogs von Nevers handelte, Maximilian für die Kapitulation des Kaisers vor Frankreich eintreten werde.

Wie nun Frankreich mit dem bairischen und den anderen Kurfürsten in so guten Beziehungen stand, faßte Richelieu den kühnen Gedanken, den Kaiser dadurch vollends in die Enge zu treiben, daß ihm am Kurfürstentag selber ein Bevollmächtigter Frankreichs entgegentrete. Zu diesem Zweck erhielt der in der Schweiz angestellte französische Gesandte Leon Brulart am 28. Juni 1630 den Auftrag, in Regensburg die Absichten der französischen Politik darzulegen und die Kurfürsten dafür zu gewinnen. Im Vordergrund der von ihm zu behandelnden Fragen stand die römische Königswahl und der Mantuanische Streit. In ersterer Beziehung konnte Frankreich schon darauf rechnen, daß die Kurfürsten die Vornahme einer Wahl unter den gegenwärtigen Verhältnissen zurückweisen würden und nur der Ermutigung bedürften. In der zweiten Frage konnte es ebenfalls auf ihren Beifall zählen, wenn es that, was nach der Lage der Dinge sich von selbst verstand, wenn es nämlich den Abschluß eines Ausgleichs verlangte.

Die Bemühungen um einen friedlichen Austrag des Mantuaner Streites führten beinahe so weit zurück wie der Ausbruch des Streites selber, und derjenige, der sich dabei als Vermittler am eifrigsten bethätigte, war der Papst. Auch jetzt waren unter derselben Vermittelung Friedensverhandlungen im Gange: eine Vollmacht zum Eintritt in dieselben hatte Spinola mitgebracht, Collalto erhielt sie vom Kaiser im Oktober 1629, und auf französischer Seite fanden sich seit Frühjahr 1630 Richelieu, dann auch Ludwig XIII. selber auf dem Kampfsplatz ein, um neben dem Krieg die Verhandlungen zu leiten. Wie nun in dem ganzen Streit alle anderen Parteien vor dem Kaiser und Frankreich zurückgetreten waren, wie außerdem für die Zulassung eines französischen Gesandten zum Kurfürstentag doch ein besonderer in den auswärtigen Beziehungen liegender Anlaß gefunden werden mußte, so lag nichts näher, als eben die Ausgleichsverhandlungen zwischen dem Kaiser und Frankreich von Italien nach Regensburg zu ziehen oder sie doch im Wettbewerb mit den italienischen Unterhändlern hier aufzunehmen. Wenn dabei Spanien, wie es nachher wirklich geschah, sich fern hielt, und der Vertrag als ein Sondervertrag des Kaisers mit Frankreich zustande kam, so war das für Richelieu nur noch ein weiterer Vorteil. Merkwürdigerweise hatte nun aber der französische Gesandte gerade zur Friedensunterhandlung weder Instruktion noch Vollmacht¹⁾ erhalten; indes der Mangel der Vollmacht mochte an der Absicht Richelieus liegen, die Initiative der Verhandlungen dem Kaiser zuzuschieben, und der Mangel der Instruktion wurde dadurch ersetzt, daß dem Brulart als Beistand ein Mann zugeordnet wurde, dem, wie keinem anderen, die Geheimnisse der auswärtigen Politik Richelieus anvertraut waren: es war der Pater Joseph, unter den vielen als freiwillige Diplomaten umhererschleichenden Kapuzinern der geschickteste und erfolgreichste. Ursprünglich ein Asket und

¹⁾ Ueber die Frage der Vollmachten und die wahrscheinliche Rückdatierung der Vollmacht vom 28. Juni, wie über die Verhandlungen überhaupt vgl. H. Keller, Die Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser, 1630. Bonner Doktordissertation 1902.

schwärmerisch bis zur Vision, war er durch den ihm inwohnenden Drang nach politischer Betätigung in die Kreise Richelieus geführt, und der überlegene Geist des Kardinals hatte ihn dann seinen Zielen völlig unterworfen; aber er selber hatte es auch verstanden, sich dem Kardinal als Unterhändler, als Verfasser geheimster Instruktionen, als der Mann, dem er unbedingt vertrauen durfte, unentbehrlich zu machen. Er war ein unheimlicher Mensch: seine Reden und Schreiben ließen in ihren weitschweifigen und gewundenen Sätzen die Zweideutigkeit ahnen, mit der er die Menschen fing, oft auch erinnerten sie in ihrer tiefenden Salbung an den devoten Mönch, der sich und andere über die Widersprüche seines Treibens täuschte. Damals arbeitete er, in Richelieus Umgebung befindlich, sowohl in den italienischen Geschäften, wie in den für den Kapuziner noch bedenklicheren Verhandlungen mit Gustav Adolf; damit er nun erstere an entscheidender Stelle fördere und letztere nicht außer acht lasse, ließ der Kardinal ihn nicht als eigentlichen Gesandten, aber als Dolmetscher der innersten Absichten des Königs und seines Ministers zum Kurfürstentag reisen. Am 29. und 30. Juli trafen er und Brulart in Regensburg ein. Als sie ankamen, hatte die Auseinandersetzung zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten schon begonnen.

Am 16. und 19. Juli überreichten die Kurfürsten ihre ersten Antworten auf die kaiserliche Proposition. Hatte der Kaiser die auswärtigen Verwicklungen in den Vordergrund gerückt, so sah er sich hier unerbittlich in erster Linie auf die Grundlagen seines Kriegswesens gewiesen. Wiederum wurden ihm die alten Klagen, verstärkt durch die von anderen Fürsten und Städten eingehenden Beschwerden, verstärkt auch durch die immer steigende Erbitterung, vorgetragen; dann aber folgten sehr ernste und sehr positive Vorschläge: die Führung der Armee, soweit sie sich nicht in des Kaisers Erblanden, sondern im Reich bewegte, sollte, nachdem ihre Stärke im Einvernehmen mit den Kurfürsten festgesetzt sei, einem mit Rat der Kurfürsten zu ernennenden „ansehnlichen Mitglied des Reiches“ übergeben werden, d. h. die Armee sollte verkleinert werden, von ihrem Kommando sollte Wallenstein zurück-, und an seine Stelle ein Stand des Reiches eintreten. Weiter hieß es: die zur Unterhaltung des Heeres nötigen Kontributionen sollten durch Beschluß eines Reichstags, oder doch der Kreistage gewährt werden, d. h. die kaiserliche Kriegführung sollte ganz und gar von dem guten Willen der Reichsstände abhängen. — Vom Boden dieser Vorschläge aus wandten sich dann die Kurfürsten den auswärtigen Fragen zu, auch hier beginnend mit einer Klage über die Verletzung ihrer Rechte: der Kaiser durfte den König von Schweden durch Maßregeln, die dieser als Feindseligkeit empfand, nicht reizen, er durfte vollends in Italien nicht zu Thätlichkeiten schreiten, ohne die Kurfürsten vorher zu Rate zu ziehen. Jetzt endlich gefragt, rieten sie aber zu friedlicher Beilegung, und zwar am entschiedensten in dem Mantuaner Streit: das Reich habe ja von den italienischen Fürstentümern keinen besonderen Vorteil und der dortige Krieg stärke alle Feinde desselben in ihrem Vorhaben. Auch den König von Schweden und die Staaten hofften die Kurfürsten zu besänftigen, erstern besonders durch die Restitution der Herzöge von Mecklenburg, deren Ersetzung durch Wallenstein sie ja niemals anerkannt hatten, letztere dadurch, daß der Kaiser auch die Spanier zur Zurückziehung

ihrer Truppen aus dem Reiche bestimme. Freilich verhehlten sie sich dabei nicht, daß beide Mächte, besonders Schweden, vielleicht dennoch gewaltsam ins Reich einbrechen würden, und daß dann die Pflicht der Verteidigung des Reichs an seine Stände herantreten werde; aber auch dieses Entgegenkommen schränkten sie durch den sorgfamen Hinweis auf die nur den gesamten Ständen, also einem Reichstag, zustehende Bewilligung der Hülfe wieder ein.

Angeichts dieser Erklärungen, deren Eindruck durch einen weiteren bis zum 12. August fortgehenden Schriftenwechsel nur noch verschärft wurde, konnte der Kaiser sich nicht mehr darüber täuschen, daß seine stolzen Pläne auf den geschlossenen Widerstand der katholischen wie der protestantischen Kurfürsten stießen. Und da kam dann noch hinzu, daß eben in diesen Tagen die französischen Gesandten eintrafen, um mit den Kurfürsten gemeine Sache zu machen. Jetzt also mußte die kaiserliche Regierung, wenn sie nicht den Schimpf einer leichtfertigen Politik auf sich laden wollte, zeigen, daß sie die Kräfte gesammelt und die Mittel vorbereitet hatte, um mit ihren Forderungen durchzudringen. Aber da zeigte sich ein über die Maßen klägliches Bild. Weder Ferdinand noch seine indolenten Staatsmänner, wie Eggenberg, Stralendorf, oder der Abt von Kremsmünster, scheinen die Stärke der Opposition, die ihnen entgegentrat, vorher genügend erkannt zu haben, jedenfalls fühlten sie sich zu ihrer wirksamen Bekämpfung nicht ausgerüstet. Und so wußten sie denn keinen anderen Rat, als sich in erstaunlich rascher Wendung auf die Künste des Beschwichtigens und Ausgleichens zu legen. Die Rechnung, die sie jetzt aufstellten, war, durch ein halbes Nachgeben einerseits die kaiserliche Armee zu retten, andererseits die Verbindung Frankreichs mit ihren anderen Feinden zu lösen.

In ersterer Beziehung entschlossen sie sich, Wallenstein zu opfern. Wie oben bemerkt, war dessen Stellung schon seit Ausgang des vorigen Jahres schwer erschüttert, um so schwerer, da der junge König Ferdinand, je mehr er heranwuchs, umso mehr auch zugleich mit seiner Gegnerschaft gegen Wallenstein (S. 376) den stillen Ehrgeiz in sich nährte, an dessen Stelle zu treten. Wallenstein aber hatte unter dem Fortgang dieser Umtriebe sowohl, wie seines Gegenjages gegen die kaiserliche Politik sichtlich die frühere Sicherheit verloren. Im vorigen Jahr hatte er die Verlegung seines Hauptquartiers nach Schwaben angekündigt: aber es dauerte bis zum 9. Juni 1630, bis er endlich seinen Sitz in Memmingen aufschlug. Der kaiserlichen Regierung zu gefallen, sprach er gelegentlich einen unerwarteten Eifer aus für den Krieg gegen Frankreich und in Italien, äußerte seine Absicht, demnächst selber in Italien zu erscheinen, und versprach, sofort bedeutende Truppenverstärkungen nachzusenden: aber in Wahrheit wünschte er nach wie vor, daß die kaiserlichen Streitkräfte frei gemacht würden gegen Schweden und gegen die Niederlande, wie er denn auch für die Sendung ausgiebiger Truppenverstärkungen und seinen eigenen Abgang nach Italien immer neue Hindernisse fand. Nur eines suchte er mit wirklichem Eifer anzugreifen, die Ergänzung und Vermehrung der Armee durch massenhafte Neuwerbungen; aber gerade hier griff die kaiserliche Regierung gegen ihn ein: im April 1630 empfing er strenge Weisungen, seine Werbungen einzustellen und die Armee durch Zusammenlegung der geschwächten Truppenkörper zu „refor-

mieren". Es war das eine vorläufige Konzession des Kaisers an die Kurfürsten, aber, wie Wallenstein richtig voraussagte, eine unheilvolle. Denn bei dem raschen Zusammenschmelzen der kaiserlichen Armee konnte sie nur durch unausgesetzte Werbungen instand gehalten werden; indem man jetzt die Werbungen unterließ, und Wallenstein selber von einer durchgehenden Zusammenlegung unlustig abstand, ging das Heer einer förmlichen Auflösung entgegen.

Unter solchen Widersprüchen wurde die Stellung Wallensteins thatsächlich unhaltbar. Aber andererseits fürchtete die kaiserliche Regierung den Mann, dessen Ehrgeiz und Rachgier durch keine loyale Gesinnung gebändigt wurde, dessen Armee auf einem System von Kreditgeschäften beruhte, die alle gefährdet wurden, wenn der Leiter des Geschäftes zurücktrat. So zauderte man, bis man unter steigender Verlegenheit den Entschluß in plötzlichem Aufraffen faßte: am 13. August erklärte der Kaiser den vor ihn beschiedenen katholischen Kurfürsten: es sei seine Absicht, die „Kriegsdirektion“ seiner Armee zu ändern.

Das war das eine Entgegenkommen. Schon zwei Tage vorher hatte man auch den Vertretern Frankreichs die Hand geboten. Am 11. August, als verordnete Räte des Kaisers mit diesen Gesandten eine Besprechung hielten, richteten sie die offene Frage an sie, welche Vorschläge sie zur Herstellung des Friedens zu machen hätten. Eben diese Frage hatte Pater Joseph gewünscht, und nun scheute er sich nicht, die förmliche Bitte um Eröffnung von Ausgleichsverhandlungen auszusprechen. Schon hatte er auch bei seinem König um die dem Gesandten Brulart noch fehlende Vollmacht nachgesucht, die denn auch einige Wochen nachher eintraf, als eine Ermächtigung zum Abschluß des Friedens über die italienischen Forderungen.

Nach diesem zweifachen Entgegenkommen des Kaisers kam es zu zweierlei Verhandlungen: über die kaiserliche Armee und über den italienischen Frieden. Folgen wir zunächst den ersteren.¹⁾

Ihr Gegenstand war Verständigung zwischen Kaiser und Kurfürsten über die Neuordnung der kaiserlichen Armee unter einem neuen Haupte. Nun hatten aber die Gesandten der protestantischen Kurfürsten, als bei Abfassung der vorigen Schriften neben den negativen Beschwerden auch dieser positive Vorschlag angeregt war, bereits ihren Widerspruch dagegen erhoben, da sie überhaupt von einer kaiserlichen Armee nichts wissen wollten, wie sie auch weiterhin die Verpflichtung der Reichsstände zur eventuellen Hülfe gegen Schweden und die Staaten nicht ausgesprochen sehen wollten, da diese Dinge vor einen Reichstag gehörig seien. Die Folge ihres Widerspruchs war, daß sie an den jetzt beginnenden Verhandlungen über das kaiserliche Heer sich überhaupt gar nicht beteiligten. Dagegen traten jetzt die geistlichen Kurfürsten mit einem großen Gedanken hervor: sie schlugen als Reichsfeldherrn den Kurfürsten Maximilian vor und konnten bereits hinzufügen, daß sie Maximilians Zustimmung zu ihrem Vorschlage „mit harter Mühe“ gewonnen hätten.

¹⁾ Neben den archivalischen Mitteilungen Hurters (Ferdinand II. Bd. X S. 289 fg.); Wallenstein S. 378 fg.) und Gindelys (Wallenstein II S. 296 fg.) benutze ich die von beiden unvollständig herangezogenen Schriftstücke des Wiener Archivs, Reichstagsachen fasc. 100; ferner Münchener Reichsarchiv XXVIII 249.

Groß war dieser Gedanke wegen der voraussichtlichen Folgen: wenn überhaupt jemand, so war ja Maximilian der Mann, der in dem Wirrsal der finanziellen Verwaltung des kaiserlichen Heeres einige Ordnung zu schaffen vermocht hätte; unter seiner Führung sodann wäre allem Anschein nach die Verbindung mit den Interessen der spanischen Politik gelöst, ein freundliches Verhältnis mit Frankreich angebahnt, und alle Kräfte zusammengenommen, um einerseits das Restitutionsedikt durchzuführen, andererseits die Schweden aus dem Reich zu treiben. Und ernst war es sowohl Maximilian wie seinen Verbündeten mit dem Vorsatz, ihre Waffen gegen alte und neue Feinde, besonders auch gegen den, wie man eben jetzt hören mußte, wirklich eingebrochenen Schwedenkönig, kräftig weiterzuführen. Eben damals, zu Anfang September,¹⁾ hielten sie in Regensburg einen Ligatag ab, und hier wurde beschlossen, das Bundesheer, das zuletzt am Heidelberger Tag (S. 397) auf 9 Infanterieregimenter im Betrag von 27 000 Mann und auf 40 Reitercompagnien gesetzt war, in der ungefähr gleichen Stärke von 30 600 Mann wenigstens vorläufig, unter Vorbehalt der späteren Verminderung auf 21 000 Mann, beisammenzuhalten und den Sold halb aus der Bundeskasse, halb aus Kontributionen zu bestreiten. — Der Sinn des von den geistlichen Kurfürsten gemachten Vorschlages war also, daß Maximilian zwei Heere zur Verfügung haben sollte.

Indes so groß diese Aussichten waren, größer war der eingetretene Gegensatz zwischen der Liga und dem Kaiser nebst seinem Hause. Daß der spanische Gesandte gegen die Erhebung des bairischen Kurfürsten heftige Vorstellungen machte, versteht sich von selbst; aber auch von kaiserlicher Seite hatte man tiefgehende Einwendungen. Allerdings den vor dem kurfürstlichen Antrag von den kaiserlichen Räten gehegten Gedanken, den Kurfürsten des Kaisers ältesten Sohn, „wo nicht direkt, doch per indirectum vorzuschlagen“, ließen sie lautlos fallen; dagegen, indem sie die Ernennung Maximilians grundsätzlich annahmen, kamen sie zugleich auf ihre hochfliegenden Gedanken von kaiserlicher Machtfülle zurück. Für Maximilian waren alle die Befugnisse gefordert, die Wallenstein teils mit Fug, teils thatsächlich geübt hatte: von kaiserlicher Seite verlangte man nun nicht nur tiefgreifende Einschränkungen, sondern man griff auch auf den vor zwei Jahren aufgestellten Grundsatz von der Unstatthaftigkeit reichsständischer Bündnisse ohne kaiserliche Genehmigung (S. 376) zurück: die Liga, so erklärten die deputierten Räte ihrem Kaiser, ist den Grundgesetzen des Reichs und des Kaisers Autorität vielfach entgegen und wurde nur „toleriert“ wegen der äußersten Bedrängnis der katholischen durch die protestantischen Stände. Als weitere Bedingung für Maximilians Generalat verlangte demnach der Kaiser Auflösung der Liga und Verschmelzung ihrer Armee mit der des Kaisers.

Unter solchen Gegensätzen konnte man zu keiner Verständigung, sondern nur zu halben Auskünften gelangen. Fest hielt man zunächst an der Entlassung Wallensteins. Der Kaiser begann die Ausführung derselben, indem er erst Anfang September durch zwei vertraute Räte zaghaft bei dem Feldherrn anfragen ließ, ob und welche Bedingungen er für seinen Rücktritt stellen wollte. Aber da zeigte sich's,

¹⁾ Der Abschied ist vom 10. November datiert.

daß Wallenstein selber seine Sache verloren gab. Nicht ohne Würde verschmähte er es, sich feste Zusagen vom Kaiser auszuhalten. Auch zu dem Gedanken, sich nach Mecklenburg zu werfen und diesen schwer bedrohten Besitz mit den Mitteln seiner reichsfürstlichen Stellung zu verteidigen, schwang er sich nicht auf. Indem er den Schutz dieses Landes den kaiserlichen Truppen überließ, denen er nichts mehr zu sagen hatte, zog er sich selber in seine böhmischen Herrschaften zurück, um hier mit verzehrendem Verlangen nach Rache und nach neuer Macht den Wechsel der Ereignisse abzuwarten. Der Kaiser zeigte darauf am 13. September den sämtlichen Obersten die Entlassung des Generals an. Aber wer sollte an seine Stelle treten? Nach den gescheiterten Verhandlungen mit Maximilian fanden Kaiser und Liga nur die Auskunft, dem General der Liga vorläufig auch das Kommando der kaiserlichen Armee zu übertragen, und Tillys unglückselige Gefügigkeit ließ ihn auf diese Doppelstellung eingehen. Man gedachte dann weiter der kaiserlichen Armee durch Zusammenlegung der defekten Truppenkörper, Ausscheidung der unbrauchbaren Elemente und Feststellung des Bestandes auf 39000 Mann größere Festigkeit bei bescheidenerem Umfang zu geben. Aber wie sollte das Geld für diese Reform und für die fernere Unterhaltung geschafft werden? Hierauf wußte man nur mit einem Beschluß zu antworten, der wohl sehr ernst gemeint, aber sehr schwer durchzuführen war: die Reichskreise, so lautete er, sollten zusammentreten, und jeder seinen Teil zu den erforderlichen Mitteln bewilligen. Wie nun aber einerseits die in Regensburg versammelten Ligen sofort beschlossen, daß die ihnen zur Last fallenden Kreissteuern an ihre Bundeskasse zu entrichten seien, und der Kaiser sich damit einverstanden erklärte,¹⁾ andererseits von vornherein feststand, daß die Protestanten hier wieder auf den allein zuständigen Reichstag verweisen würden, so kam der Beschluß nur auf kreisweise zu bewilligende Ligebeiträge heraus. Vorsorglich fügte man denn auch zugunsten der kaiserlichen Truppen hinzu, daß es bis zu den Beisteuern der Kreise bei den bisherigen Kontributionen verbleiben müsse, eine Anordnung, welche nun wiederum von den Protestanten als schändliche Abweisung all ihrer Beschwerden, als eine feindliche Herausforderung aufgenommen wurde.

Unter all diesem Zwiespalt und diesen halben Maßregeln war nur eines unzweifelhaft: der reißende Fortschritt der Zerfetzung des kaiserlichen Heeres. Und unter diesem Zeichen mußte nun der Kaiser in die zweite Unterhandlung mit den französischen Gesandten eintreten. Hier war es immerhin ein Vorteil für ihn, daß Collaltos Truppen, nachdem sie den venetianischen Streitkräften eine Niederlage beigebracht hatten, am 18. Juli die Stadt Mantua erstürmten. Dieser Schlag, daneben der Umstand, daß die französischen Streitkräfte, da sie natürlich mit dem Herzog von Savoyen in förmlichen Krieg getreten waren, ihre kostbare Zeit mit der Befestigung ihrer Stellung an den Pforten Italiens verloren, und darüber die schwer bedrängte Festung Casale dem Schicksal Mantuas entgegenzugehen schien, endlich die grauenhaften Verheerungen, welche die Pest in den sämtlichen italienischen Heeren anrichtete, ließen Richelieu und vor allem den

¹⁾ Regensburger Ligaabschied, 1630 Nov. 10. (Münchener Reichsarchiv, Dreißigjähriger Krieg XIX n. 172.)

Pater Joseph einen baldigen und vorteilhaften Frieden allerdings bringend wünschen; aber was andererseits ihre Zuversicht aufrichtete, das waren die täglich eintreffenden Nachrichten von Gustav Adolfs Fortschritten, sodann der am 26. Juli erfolgte Tod des Herzogs Karl Emanuel: der Nachfolger desselben, Viktor Amadeus, war bereit, bescheidene Vorteile in bescheidener Unterordnung unter Frankreich zu erzielen. In dieser Lage richteten die französischen Abgeordneten ihre Forderungen in der Hauptsache darauf, daß der Kaiser die beiden Ansprüche, die er in dem Mantuaner Streit erhoben hatte — einstweilige Regelung des Besitzes durch den Sequester, spätere Entscheidung durch kaiserliches Urteil — fallen zu lassen habe: er sollte den Herzog Karl von Nevers als den berechtigten Nachfolger belehnen und schützen; die anderen Bewerber, Savoyen, Guastalla und allenfalls auch die Herzogin von Lothringen, sollten durch mäßige Entschädigungen abgefunden werden, und nach erfolgter Belehnung sollten der Kaiser, Spanien und Frankreich alle nach Italien, Savoyen und dem Bündener Land eingeführten Truppen gleichmäßig zurückziehen. Es waren Bedingungen, welche die vollkommene Niederlage des Kaisers in sich schlossen. Aber auch im Fall ihrer Gewährung dachte Richelieu nicht daran, den verdeckten Krieg gegen den Kaiser und Spanien, den er durch Unterstützung der Staaten und Gustav Adolfs führen wollte, einzustellen. Eben in jenen Tagen trieb der Pater Joseph den Gesandten Charnacé mit wahrem Feuer an,¹⁾ den Schwedenkönig in den Krieg gegen den Kaiser zu drängen und den Subsidienvortrag zum Abschluß zu bringen: auch Christian IV., meinte der fromme Pater, könne gewonnen werden durch die auf deutsche Bistümer ihm zu eröffnenden Aussichten, und um dem Kaiser noch eine weitere Diversion zu bereiten, solle man den Türken zur Einmischung in die siebenbürgischen Händel antreiben.

Was sollte nun Ferdinand II. diesem Ansturm gegenüber thun? Wiederum sah er die katholischen Kurfürsten, während sie ihm seine Armee zugrunde richteten, jetzt auch mit den französischen Gesandten gemeine Sache machen; mit ihrem Rat in die Verhandlungen eingreifend, forderten sie die Kapitulation vor Frankreich ebenso dringend wie die Entlassung Wallensteins. Da sah denn Ferdinand abermals keinen anderen Ausweg, als auch hier nachzugeben, nur daß er eine Gegenforderung stellte, des Inhalts, daß Frankreich sich verpflichten sollte, Angriffe gegen den Kaiser, seine Erblände und das Reich in keiner Weise zu unterstützen. Einfach, wie diese Forderung erschien, war sie doch für Frankreich ein empfindlicher Gegenschlag; sie sollte die Unterstützung Gustav Adolfs, vielleicht auch der Generalstaaten, für Frankreich unmöglich machen, und indem in diesem Punkte die katholischen Kurfürsten ihr eigenes Interesse durchaus mit dem des Kaisers verknüpft sahen, drohte ihre Ablehnung der Verbindung zwischen Frankreich und den Kurfürsten verderblich zu werden. Der Gesandte Brulart fand sich denn auch ratlos zwischen den Befehlen seiner Regierung, welche Einschränkung auf die italienischen Irrungen erheischten, und der Forderung des Kaisers, welche auf einen umfassenden Friedensschluß ging.

¹⁾ Siri VII S. 190. Charnacé empfing das Schreiben in Lübeck, wo er Anfang September eintraf (S. 189).

Weiter jedoch war das Gewissen des Pater Joseph. Hatte nicht eine ähnliche Bestimmung auch in dem französisch-spanischen Frieden von 1598 gestanden und doch den König Heinrich IV. an der fortgesetzten Unterstützung der Generalstaaten nicht gehindert? Mit dem Hintergedanken, die neue Zusage in gleichem Sinne zu dehnen, beschwichtigte der Mönch den Gesandten, so daß, indem er in diesem und noch in einigen besonderen Punkten die Forderungen der Kaiserlichen mit Ueberschreitung der empfangenen Weisungen zugestand, der Friedensvertrag am 13. Oktober geschlossen wurde.

Aber anders dachte Richelieu. Eben jetzt hatte er's dahin gebracht, daß die französischen Streitkräfte, verstärkt und erfrischt, ihren Vormarsch gegen Casale endlich angetreten hatten und auf das Gelingen des Entsatzes um so sicherer rechnen durften, da die spanische Armee durch den am 23. September erfolgten Tod Spinolas aus der Fassung gebracht war. Diese Gunst der Lage ergriff der Kardinal alsbald, um die ihm so wohl anstehende Miene des Unerbittlichen anzunehmen. Er erklärte den Vertrag nicht gerade für ungültig; aber wie der Kurfürstentag geschlossen wurde (12. November), hatte der Gesandte Brulart, unter dem Geständnis, daß er seine Vollmachten überschritten und also die Ratifikation seines Monarchen nicht erlangt habe, dem Kaiser neue Verhandlungen zur Abänderung des Vertrags vorzuschlagen. Die Folge war, daß einstweilen der Kriegszustand in Italien unter der jetzt hergestellten Ueberlegenheit der Franzosen fortbauerte, und der Kaiser sich um den einzigen Vorteil des Vertrags, daß er nämlich seine Truppen aus Italien hätte wegziehen und Gustav Adolf entgegenwerfen können, betrogen sah. Immer mehr in die Enge getrieben, mußte Ferdinand II. sich schließlich zu zwei neuen Verträgen mit Frankreich herbeilassen (Cherasco, 6. April und 19. Juni 1631), in welchen unter dem Titel der Ausführung des nicht ratifizierten Regensburger Vertrags die Bestimmungen lediglich auf den italienischen Streithandel beschränkt, hier aber noch in einer Reihe besonderer Bestimmungen den französischen Wünschen näher angepaßt wurden. Und dann noch eine letzte Uebervorteilung von Seiten Richelieus. Während der französisch-kaiserliche Vertrag beide Teile zur Abführung ihrer Truppen aus Italien und dem Bündener Land verpflichtete, wußte sich der Kardinal im stillen durch besondere Abmachungen mit Savoyen (19. Oktober 1631 u. f.) die Abtretung der Festung von Pignerolo und damit ein Einfallsthor nach Italien zu sichern.

Die Niederlage, die hiermit der Kaiser erlitt, war natürlich zugleich eine Niederlage der Spanier, für sie noch doppelt schwer, weil jene Verträge ohne sie geschlossen wurden, und sie — ebenso wie auf der Gegenseite Venedig — doch nicht anders konnten, als sich ihnen fügen. Oder bot sich ihnen etwa ein Ersatz in den gleichzeitig geführten Verhandlungen über den Eintritt des Reichs in den Krieg gegen die Staaten? Nach dem oben schon (S. 454) Bemerkten erwiesen sich auch alle auf diese Beratungen gesetzten Hoffnungen als eitel, höchstens daß dadurch die schon begonnenen Verhandlungen über die allseitige Räumung der den Niederlanden benachbarten Reichslande (S. 440) befördert wurden. Und nicht viel anders stand es mit der schwedischen Frage. Wohl richteten die Kurfürsten, katholische wie protestantische, ein Schreiben an Gustav Adolf, in dem sie seinen

inzwischen erfolgten Einbruch ins Reich als unberechtigt bezeichneten und ihn zur Heimkehr aufforderten; aber was zur Abwehr seines Angriffes geschah, beschränkte sich auf die erzählten militärischen Vereinbarungen zwischen dem Kaiser und den katholischen Kurfürsten.

Noch bleibt nun die Frage, ob denn der Kurfürstentag hinsichtlich der zwei großen inneren Angelegenheiten des Reichs, der Wahl des römischen Königs und des Restitutionsediktes, etwas zustande brachte. Wie die Dinge verliefen, schien der erste Punkt wiederum nur dazu angethan zu sein, um die Selbsttäuschungen der kaiserlichen Staatsmänner zu enthüllen. Als nach langem Zögern der Kaiser seinen Wunsch seit Anfang September den einzelnen Kurfürsten vertraulich vorbrachte, fand er ein so gleichmäßiges und so weites Ausweichen, daß er auch hier wieder nach dem ersten Anlaufe den Mut verlor. Die Sache wurde lautlos zur Seite geschoben. Weniger lautlos verlief die Angelegenheit des Restitutionsediktes, zumal die protestantischen Reichsstände — die Herzöge des Hauses Sachsen und Braunschweig, der Landgraf von Hessen-Kassel, die protestantischen Stände des fränkischen und schwäbischen Kreises und die evangelischen Reichsstädte — mit ihren Beschwerden auf den Kaiser und die Kurfürsten eindrangen. Aber ein unüberwindliches Hindernis schien auch hier jedem Verständigungsversuche im Wege zu liegen: die Katholiken betrachteten das Restitutionsedikt an sich als unantastbar, nur eine Verhandlung über Härten seiner Ausführung erschien ihnen zulässig; die protestantischen Kurfürsten dagegen sahen das Edikt als nichtig an, keine Verhandlung, welche den Bestand desselben voraussetzte, konnten sie also zugeben. In dieser schwankenden Lage trieb ein unerwarteter Zwischenfall vorwärts.

Die beiden abseits gebliebenen Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg hielten in den Tagen vom 2.—7. September eine Konferenz auf dem Schlosse Zabeltitz. Als ein drohendes Vorzeichen einer Wendung der Dinge konnte man hier ein wesentlich schärferes Auftreten Brandenburgs beobachten. Schwarzenberg hatte sich — wohl nicht zufällig — nach Cleve entfernt; frei von seinem Einfluß traten nun in Zabeltitz der Geheime Rat Kneesebeck, von Regensburg aus der zum Kanzleramt aufgerückte Sigmund Götz mit ihren Ratschlägen hervor. Maßgebend für den Gang der Dinge war es, daß sie die militärischen Bedrückungen und das Restitutionsedikt in engen Zusammenhang brachten: gegen beides zugleich forderten sie Vorbereitungen zu thätlichem Widerstand. War es nun diese brandenburgische Einwirkung, oder war es die Erbitterung über die schwindende Aussicht, daß in dem einen oder anderen Beschwerdepunkt in Regensburg etwas zu erreichen sei? — genug, am 3. September entschloß auch der sächsische Kurfürst sich, die bisher zurückgewiesenen Bitten um Berufung einer Versammlung der protestantischen Reichsstände zu erfüllen, und zeigte diesen Entschluß dem Kaiser an. Auf welche bestimmten Ziele er die Beratungen dieser Tagssatzung richten wollte, vermochte er freilich noch nicht zu sagen, klar war nur, daß das Restitutionsedikt und die Zumutung fernerer Kriegslösungen den Gegenstand der Verhandlung bilden sollten. Aber auch in dieser Unbestimmtheit machte der unerwartete Schritt doch solchen Eindruck auf die Katholiken, daß sie zur Beschwichtigung der Gegner wenigstens in Sachen des

Restitutionsediktes sich der guten Dienste eines Fürsten bedienten, der die Rolle des Vermittlers von seinem Vater geerbt hatte: es war jener Landgraf Georg von Hessen, dem die dem Kaiser gefällige Politik des Landgrafen Ludwig einen guten Teil der Lande seines Kasseler Veters eingebracht hatte (S. 191, 325). Auf Veranlassung des Kurfürsten von Mainz reichte dessen Kanzler Wolf am 1. Oktober einen als Privatarbeit bezeichneten Entwurf ein, der im Grunde auf einen neuen Religionsfrieden, d. h. auf neue zwischen den entgegengesetzten Ausdeutungen desselben vermittelnde Normen und ein neues zur Handhabung dieser Normen bestimmtes Gericht, besetzt mit Angehörigen beider Bekenntnisse, hinauslief. So entschieden eine vom Mainzer Kanzler darauf übergebene Erklärung alles Wesentliche dieser Vorschläge zurückwies, so boten doch beide Schriften den katholischen Kurfürsten den Anlaß zu einem am 12. November gemachten Gegenvorschlag: eine in Frankfurt am 3. Februar 1631 zusammentretende Versammlung vornehmer katholischer und protestantischer Stände sollte den Versuch eines Ausgleichs machen. Gegenstand der Verhandlung sollten an erster Stelle allerdings nur die bei Ausführung des Restitutionsediktes etwa begangenen Uebergrieffe sein, aber an zweiter Stelle auch die in den eben ausgetauschten Schriften niedergelegten Vorschläge. Der Gedanke fand bei beiden Parteien Anklang, und wenn die Hoffnungen auf Erfolg nicht groß sein konnten, so ergab sich doch sofort eine nicht unbedeutende Folge: die katholischen Kurfürsten nahmen es auf sich, beim Kaiser dafür einzutreten, daß in der Zwischenzeit keine neuen Exekutionen auf Grund des Restitutionsediktes eingeleitet würden.

So endete der Regensburger Kurfürstentag mit dem Ausblick auf zwei neue Zusammenkünfte, von denen die eine die Möglichkeit der Versöhnung, die andere die Drohung einer bewaffneten Erhebung der protestantischen Stände in sich trug. Aber alle diese Sorgen und Hoffnungen, die auf die Zukunft gingen, mußten jetzt zurücktreten vor viel mächtigeren Eindrücken, welche die Gegenwart hervorrief. Ferdinand war nach Regensburg gezogen mit der Hoffnung, die Kräfte des Reichs sich dienstbar zu machen und die Herrschaft des Hauses Oesterreich im Reich und in Italien höher zu erheben und fester zu begründen, als je vorher: jetzt zog er heim, halb entwaffnet und belehrt, daß seine stolzen Entwürfe leere Träume waren. Dagegen war der ungestümste seiner Gegner eben in den Tagen, da man in Regensburg stritt und redete, offen auf den Kampfplatz getreten: gleich den Beginn seines Unternehmens hatte er durch Erfolge und Entwürfe bezeichnet, die alles, was der Kaiser und seine Verbündeten in Deutschland geschaffen hatten, mit Untergang bedrohte. Der Fortgang dieses Unternehmens war es denn auch, von dem jetzt vor allem die Entwicklung der deutschen Geschichte abhing.

Am 6. Juli 1630 war Gustav Adolf mit seiner Armee bei Peenemünde gelandet, ohne zur See andere Hindernisse als widrige Winde gefunden zu haben, ohne auch von den kleinen kaiserlichen Besatzungen, die in Usedom und Wollin lagen, den Versuch ernsthaften Widerstandes zu erfahren; nach Einnahme der beiden Inseln führte er am 19. Juli seine Truppen über das Große Haff nach Stettin, und am 21. nötigte er den pommerischen Herzog, in seine von den Kaiserlichen verschonte Residenz eine schwedische Besatzung aufzunehmen, während

die übrige Armee in einem festen Lager bei der Stadt vereint wurde. Gleichzeitig aber hatte er hier eine große politische Aufgabe zu lösen: den Abschluß des ersten Bündnisses mit einem regierenden deutschen Fürsten. Wir können davon nicht handeln, ohne den Vorgang in den großen Zusammenhang der damaligen Absichten und Mittel des schwedischen Königs aufzunehmen.

Der tiefste Grund, aus dem alle Entwürfe Gustav Adolfs hervorgegangen waren, lag in der Anschauung von einem unerbittlich vorrückenden, von den vereinigten Häusern Oesterreich und Spanien geführten Vernichtungskampf der katholischen gegen die protestantischen Mächte. Der besondere Grund, der ihn zum Krieg drängte, war das Uebergreifen der beiden feindlichen Mächte in die Ostsee und in die deutschen Hinterlande der Ost- und Nordsee: hier den Gegner zurückzuwerfen, war sein nächster Zweck. Aber wie er diesem Zwecke näher trat, stellten sich aus den wirklichen Verhältnissen heraus die Einschränkungen sowohl, wie die Erweiterungen seiner Pläne ein. In allgemeiner Erwägung mochte ihm Spanien als der fürchtbarste Gegner der protestantischen Welt erscheinen; aber in den ihn unmittelbar angehenden Konflikten war es der Kaiser, in dessen Namen die Uebergriffe erfolgt waren; also — und das war die gleiche Einschränkung, die ja auch Christian IV. gemacht hatte — der Krieg sollte nur gegen den Kaiser geführt, mit Spanien aber der Friede und die sorgfältig gepflegten Handelsbeziehungen erhalten werden. Andererseits mit den kaiserlichen Streitkräften wirkten in unzertrennlicher Verbindung diejenigen der Liga zusammen; also mußte die Liga vor die Wahl gestellt werden, entweder ihr Bündnis mit dem Kaiser und damit zugleich die Gemeinschaft der katholischen Machtinteressen zu zerreißen oder sich von Schweden ebenso feindlich angreifen zu lassen, wie der Kaiser selbst. Gegen diese vereinten Gegner konnte der König natürlich nicht den Krieg in das Innere des Reiches hineintragen, ohne Bundesgenossen; welche Genossen aber in erster Linie zu gewinnen waren, das konnte nach der Lage seiner politischen Beziehungen nicht zweifelhaft sein: es waren die protestantischen Fürsten und Stände des Reichs. Mit vielen von ihnen, wie dem Kurfürsten von Brandenburg und den gestürzten Herzögen von Mecklenburg, stand er seit Jahren in näherem Verkehr, mit anderen, wie dem jungen Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel, hatte er neuerdings Beziehungen angeknüpft: daß er ihnen allen, desgleichen dem Kurfürsten von Sachsen, seinen Kriegszug vor und nach dem Antritt als ein ihren gemeinsamen Zwecken entsprechendes Unternehmen darstellte, gehörte selbstverständlich zu den diplomatischen Vorbereitungen des Krieges. Auch die Art, wie diese gemeinsamen Zwecke zu formulieren waren, konnte nach allem, was vorausgegangen war, nicht zweifelhaft sein: man hatte allseits zu fordern Vernichtung der katholischen Gegenreformation, wie sie ihren letzten Ausdruck im Restitutionsedikt gefunden hatte, Sturz der kaiserlichen Militärdiktatur mit all ihren Bedrückungen und mit allen sonstigen Einschränkungen reichsständischer Selbstherrlichkeit, Herstellung endlich der durch den Kaiser gestürzten oder in Besitz und Rechten gekränkten Reichsstände, alles unter den drei Schlagworten „evangelische Religionsfreiheit, deutsche Freiheit und Restitution“.

Konnte aber Gustav Adolf bei Aufstellung solcher Ziele seinen Wirkungs-

kreis auf die Osthälfte des nördlichen Deutschlands einschränken? Schon im November 1627 hatte er die in der Nachbarschaft, d. h. in Deutschland, bedrängten Evangelischen insgemein in offenem Erlaß aufgefordert, eine Freistätte in seinem Reiche zu suchen; jetzt, zu Anfang des Jahres 1630, schickte er seinen Agenten Sabler erst nach Brandenburg und Sachsen, dann aber weiter nach Nürnberg, Ulm, Württemberg, um die Teilnahme der protestantischen Stände für seinen bevorstehenden Kriegszug zu wecken:¹⁾ ohne Unterschied rief er seine Glaubensgenossen im Norden wie im Süden des Reichs zum Widerstand gegen Kaiser und Liga auf. Und soweit hiermit der Schauplatz seiner Kämpfe sich auszu dehnen drohte, so unabsehbar gestalteten sich zugleich die Konsequenzen der von ihm aufgestellten Ziele. Es galt dabei, die großen Rechts- und Machtstreitigkeiten, welche auf dem Boden des Religionsfriedens und der Reichsverfassung aufgegangen waren, zu entscheiden, Streitigkeiten, unter denen sich aber das gesamte öffentliche Recht des Reiches in ein Gewirre von Kontroversen verwandelt und schließlich im Drange des Krieges völlig aufgelöst hatte. Wer hier eingriff, der sah sich auf jedem Schritt vor der Frage, welche Folgen der jeweilige Eingriff für die Neugestaltung der ins Chaos aufgelösten deutschen Rechtszustände haben werde. Gustav Adolf war kein systematischer Staatsmann, wie Richelieu, der die neuen Ordnungen, die er der Welt auferlegen wollte, sich von Anfang an ausrechnete und in festem Zusammenhang vor seinem geistigen Auge hielt, er war ein wagender Kriegermann, der, erfüllt von dem unbedingten Recht seiner Sache und seines Gebots, die Forderungen, die er stellte, nach den wechselnden Gelegenheiten und Vermittlungen einrichtete. Aber jene aus der Auflösung des deutschen Staatswesens hervorgehenden Fragen traten ihm gleich bei seiner ersten politischen Abmachung entgegen.

Es handelte sich um ein Bündnis zwischen der Krone Schweden und dem Herzog Bogislav von Pommern. Der arme Fürst, in der doppelten Angst vor dem Kaiser und vor dem Schwedenkönig, wünschte selber nichts anderes, als Neutralität. Aber gleich mußte er erfahren, daß Gustav Adolf, indem er seinen Glaubensgenossen die Hand bot, keineswegs Forderungen anzunehmen, sondern zu stellen gedachte. Die erste Forderung, die er stellte, beruhte auf der scharfen Unterscheidung zwischen dem Reich und dem Kaisertum einerseits und dem zeitweiligen Inhaber des Kaisertums andererseits: nur letzteren, der seine Macht mißbrauche und in seiner Tyrannei von den Ligisten unterstützt werde, wolle er mitsamt seinen Helfern bekriegen, als ein wahrer Freund und Beschützer des Reichs; in diesem Krieg aber sollten die protestantischen Fürsten und Stände ihre Sache und die des schwedischen Königs als gemeinsame anerkennen, also auch gemeinsam mit ihm für die Rückführung des Reichs und Kaisertums in seine Rechte und Pflichten eintreten —, eine Vereinigung, die je nach der Hitze, die der Kampf annahm, zu einer Umwälzung aller Rechts- und Machtverhältnisse des Reichs führen konnte. Dann kam die zweite Forderung: die Protestanten sollten ein bis zur Erreichung der gemeinsamen Zwecke unauflösliches Kriegsbündnis mit dem König schließen, aber ein Bündnis, in dem er, der König,

¹⁾ Soden, Kriegs- und Sittengeschichte Nürnbergs III S. 67 fg.

das Kriegswesen mit unbeschränkter Macht leitete. Entsprechend diesen Forderungen nötigte Gustav Adolf den pommerschen Herzog alsbald zum Eintritt in Bundesverhandlungen, und so sehr sich nun Bogislaw gegen die harten ihm gestellten Bedingungen sträubte, unter dem Druck der schwedischen Truppen mußte er sich bis zum September zu zwei Verträgen verstehen: einem Bündnis, dessen Urkunde auf den 20. Juli zurückdatiert wurde, und einer Abrede über seine Leistungen zur Kriegführung, die am 9. September ausgefertigt wurde. Gewährt wurde hier dem Herzog und seinem Lande der Schutz des königlichen Verbündeten gegen die kaiserlichen Besatzungen und alle widerrechtliche Gewalt, verpflichtet wurde er dagegen, dem König in seinem auf das gesamte Reich gerichteten Kriege beizustehen und zu dem Zwecke einerseits seine Lande, Städte und Häfen den Truppen und Schiffen des Königs für Durchzug und Einfahrt, für Einquartierung und Besatzung, für Errichtung eines Lauf- und Musterplatzes offen zu halten, andererseits, als ständige Beisteuer, in seinen Seehäfen und Strömen einen Zoll von $3\frac{1}{2}$ Prozent und dazu eine einmalige Barzahlung von 200 000 Reichsthalern auf sich zu nehmen, wozu dann noch die Lasten der Durchzüge, Werbungen und Einquartierungen sich gesellten. Von irgend einer Mitwirkung des Herzogs bei der Führung des Krieges war keine Rede, seine politische Geltung aber wurde durch die Bestimmung gekennzeichnet, daß er selber keinen das Bündnis berührenden Vertrag schließen dürfe, daß dagegen Gustav Adolf bei derartigen Vertragshandlungen nur zur Mitteilung an den Herzog und zu seinem und seines Landes Einschluß verpflichtet sei.

Gewiß, derartige Bestimmungen bedeuteten militärische und politische Unterjochung des Verbündeten unter das schwedische Bundeshaupt; nur daran konnte man zweifeln, ob dieses Verhältnis ein vorübergehendes sein oder je nach dem Gang des Krieges und den dabei erzielten Neuordnungen ein dauerndes werden sollte. Daneben erhob sich aber noch eine andere Frage: waren überhaupt jene auf das öffentliche Recht des Reiches bezüglichen Forderungen der einzige Grund, der Gustav Adolf nach Deutschland geführt hatte? Auch auf diese Frage gab das pommersche Bündnis eine überraschende Aufklärung.

Mit dem nach menschlicher Berechnung nicht mehr fernen Tod des Herzogs Bogislaw ging der Mannesstamm des pommerschen Fürstenhauses zu Ende. Kraft eines bei jeder Huldigung von den Landständen anerkannten Erbvertrags fiel alsdann Pommern an Kurbrandenburg, als die dritte von den Erbschaften, welche die Macht dieses Hauses über alle norddeutschen Fürsten emporheben sollten. Eben dieses Verhältnisses suchte sich Gustav Adolf für weitergehende Zwecke zu bemächtigen, zunächst mittels eines Artikels über die Dauer des Bundes. Während dieselbe in den nachher abgeschlossenen gleichartigen Verträgen nach der Erreichung der Bundeszwecke abgemessen wurde, suchte der König dieses pommersche Bündnis sichtlich zu einem dauernden zu gestalten, ganz wie er es in der Verbindung mit Stralsund erstrebt hatte (S. 390, 394): der Bund, so lautete demnach der Artikel, soll von zehn zu zehn Jahren erneuert werden. Von dieser Grundlage aus hingte er dann dem Vertrag noch einen einseitigen Vorbehalt an: tritt der Erbfall ein, so wird der brandenburgische Kurfürst als Nachfolger nicht eher zugelassen, als bis er zur Befreiung Pommerns wirkliche Hülfe

geleistet oder dem König die daraus erwachsenen Kriegskosten aus eigenen Mitteln, ohne Beihülfe Pommerns, ersetzt hat, bis er ferner dieses Bündnis, d. h. die Unterwerfung des Landes unter die schwedische Diktatur, genehmigt hat. So lange dies nicht geschehen ist, außerdem auch in dem Fall, daß das Nachfolgerecht in Streit gezogen wird, bleibt das Land in Form des Sequesters im Besitz der schwedischen Krone. Daß eine von diesen gehäuften Bedingungen dem Eintritt Brandenburgs in die Erbfolge entgegenstehen werde, mußte als gewiß erscheinen. Damit aber traten auch die Absichten des ungestümen Eroberers in ihrem vollen Umfang ans Licht. Man sah, daß sie wohl zum Teil auf die allgemeinen Verhältnisse des deutschen Reiches, zum anderen Teil aber auf die besonderen Interessen des schwedischen Staates gerichtet waren: in ersterer Beziehung erheischten sie eine kriegsbereite Verbindung der protestantischen Reichsstände, geleitet und unbeschränkt beherrscht von Schweden, zielend auf eine unabhgbare Umgestaltung der staatlichen und kirchlichen Machtverhältnisse im Reich, nach der anderen Seite wiesen sie auf Erweiterung der die Ostseeküsten von Reval bis Pillau, ja eigentlich bis Danzig schon umspannenden schwedischen Herrschaft über das Reichsland Pommern hin, zunächst freilich in der Form eines Pfandbesitzes, aber sicherlich als ein Besitz, der entweder gar nicht, oder nur gegen vollgültigen Ersatz aus der Hand gegeben werden sollte.

Groß wie diese Entwürfe waren, so erforderte ihre Durchführung auch große Mittel. Aber gerade auf die Bemühungen zur Beschaffung der Mittel wirkte die besondere Natur jener Pläne doch wieder ungünstig zurück. Gustav Adolf, wenn er sich um Bundesgenossen bewarb, wußte wohl, daß er ohne deren Beisteuern seinen Krieg nicht zu führen vermochte; er wußte nicht minder, daß unter den zu gewinnenden Bundesgenossen die protestantischen Reichsstände ihm die wertvollste Unterstützung zu gewähren imstande waren, und daß wieder unter diesen die beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg an Bedeutung allen anderen vorangingen: war doch ihr Beitritt oder ihre Zurückhaltung für die Entschlüsse ihrer meisten Glaubensgenossen bestimmend, waren doch ihre Lande so gelegen, daß sie durch Oeffnung oder Schließung derselben, durch freundliche oder feindliche Haltung dem König den Weg ins Innere des Reichs öffnen oder schließen konnten. Gerade diese beiden Kurfürsten fühlten sich nun aber angesichts der Pläne und Forderungen Gustav Adolfs gleichmäßig abgestoßen. Beim Kurfürsten von Sachsen gab von vornherein der alte Abscheu vor der Hineinziehung fremder Mächte in die Angelegenheiten des Reiches den Ausschlag. Wohl begann er damals bei steigender Furcht und Erbitterung, sich mit dem Gedanken des Widerstandes gegen Kaiser und Liga zu befreunden, aber dafür die Hülfe eines auswärtigen Fürsten anzunehmen, der mit dem doppelten Anspruch eines Diktators und Eroberers auftrat, lag ihm gerade jetzt um so ferner, da er im Herbst 1630 jenen Beschluß der Veranstaltung einer protestantischen Tagsatzung faßte und ihn am 8. Januar 1631 durch die Einladung sämtlicher protestantischer Reichsstände nach Leipzig ausführte. Jetzt hatte Sachsen die Vereinigung aller deutschen Protestanten zum Schutz ihrer Rechte in die eigene Hand genommen, und daß vor allen Dingen das Ergebnis dieses Leipziger Tages abgewartet werden müsse, meinten jetzt nicht nur er, sondern auch solche, die, wie der Herzog Wilhelm

von Weimar, an sich zu einem Bündnis mit Gustav Adolf neigten. — Größer als bei Johann Georg war neben dem Verlangen nach bewaffnetem Widerstand auch die Bereitwilligkeit zur Annahme fremder Hilfe beim brandenburgischen Kurfürsten Georg Wilhelm. Aber hier trat nun mit vollem Nachdruck das pommersche Interesse in den Weg: wenn Gustav Adolf siegt, so sagte bei der oben erwähnten Konferenz zu Zabelitz einer der brandenburgischen Räte, so wird er mit dem größten Teil von Pommern, mindestens mit Preußen davonziehen. Der Gedanke der Brandenburger war daher, durch eine von den beiden protestantischen Kurfürsten zu führende Vermittelung den Kaiser und den Schweden zugleich in ihre Schranken zu weisen und den Vorteil der Protestanten wahrzunehmen, ein Plan, bei dem leider nur die Voraussetzung, daß die beiden Kurfürsten den kämpfenden Parteien zu imponieren vermochten, nicht zutrifft. Jedenfalls aber stellte sich für Gustav Adolf als nächste Folge heraus, daß sein Erscheinen auf deutschem Boden die Häupter der protestantischen Reichsstände nicht aus ihrer Zurückhaltung zu ziehen vermochte. Wer hatte jetzt überhaupt den Mut, sich gleich zu Anfang dem schwedischen König als Bundesgenosse anzubieten? Vornehmlich waren es nur zwei Fürsten zweiten Ranges, von denen der eine ganz, der andere halb ruiniert war, der Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg und der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel.

Christian Wilhelm war im Sommer 1627, da er die dänische Hauptarmee verließ (S. 360), nicht zu der schlesischen Armee, die er befehligen sollte, abgegangen, sondern Hilfe werbend an den Hof Bethlen Gabors gereist, und von da nach langen Irrfahrten, von Borg lebend und ernste Männer mit bodenlosen Projekten belästigend, durch Italien, Frankreich, Holland umhergeirrt, bis er im Sommer 1629 zu halbjährigem Aufenthalt in Stockholm auftauchte. Hier wurde sein wirr gewordener Kopf durch zwei Vorgänge vollends erregt: einmal durch die Vorbereitungen zu Gustav Adolfs deutschem Kriege, die er aus unmittelbarer Nähe ansehen durfte, dann durch die Bewegungen, die in der Hauptstadt seines verlorenen Erzstiftes emporgingen. Entscheidend waren besonders diese letzteren. In Magdeburg hatten, wie schon angedeutet (S. 427), Wallensteins erhöhte Forderungen — er verlangte schließlich die Unterhaltungskosten eines ganzen Infanterieregimentes — den offenen Widerstand der Bürgerschaft hervorgerufen, den dann der Feldherr zu brechen suchte, indem er seit März 1629 die Blokade über die Stadt verhängte und sie nun zur Aufnahme einer Besatzung zu zwingen gedachte. Zum zweitenmal stieß aber dabei Wallenstein auf den ebenso hartnäckigen, wie erbitterten Widerstand einer norddeutschen Stadt, und zum zweitenmal zeigte er sich unfähig, denselben zu brechen: vorsichtiger als vor Stralsund, beschied er sich nach siebenmonatlicher Blokade, von seinen Forderungen und Zwangsmaßregeln abzustehen. Hierüber jedoch war in der Bürgerschaft nicht nur der Mut zum offenen Kampfe gegen die kirchliche Restauration sowohl, wie gegen die kaiserlichen Truppen gewachsen, sondern auch andere Kräfte entbunden, die sich zunächst in der Opposition gegen den vor dem unwiederbringlichen Bruch mit dem Kaiser zurückschreckenden Rat bethätigten. Seit lange kehrte sich gegen diesen Rat, wie in den schwäbischen Städten der Zwist zwischen Geschlechtern und Günsten, so hier der Streit zwischen den dreizehn großen den Rat be-

setzenden Zünften und der übrigen Gemeinde, und da war es denn der erste Erfolg der Unzufriedenen, daß im Februar 1630 die Bildung eines neuen lebenslänglichen Rats, halb aus den Zünften, halb aus der Gemeinde, durchgeführt wurde. Sofort aber gingen auch über die Politik des neuen Rats die Forderungen der eigentlichen Bewegungspartei, wie sie auf der Kanzel von demagogischen Predigern, im Wirtshaus von einem Kreis verwegener Gefellen vertreten wurden, weit hinaus. Was diese Männer wollten, fand schließlich seinen Ausdruck in der Losung, daß der frühere Administrator zurückgeführt werden und der Stadt zugleich mit seiner Herrschaft die schwedische Hülfe zur Vertreibung der kaiserlichen Truppen bringen müsse.

Ist das Projekt zuerst von den Magdeburger Agitatoren dem Christian Wilhelm oder von ihm den Magdeburgern beigebracht? Gewiß ist nur, daß seit November 1629 ¹⁾ die Hoffnung auf eine durch sein Erscheinen in Magdeburg zu bewirkende antikaiserliche Erhebung den konfusem Plänen des Administrators festeren Halt gab, und daß er, um derartige Pläne zu fördern, seinen Sitz im Februar 1630 nach Lübeck, im April nach Hamburg verlegte. Von hier richtete er seine Gesuche an Gustav Adolf um Geld und Werbepatente zur Errichtung einer unter schwedischem Namen gehenden Armee, empfing und schickte Agenten, um mit den Leitern der Bewegung in der Stadt sich über seine Rückkehr auf den erzbischöflichen Stuhl, über das Zusammenwirken des von ihm heranzuführenden Heeres mit einer städtischen Erhebung zu verständigen. Gewiß bot der Mann, der also dem König seine Bundesgenossenschaft antrug, wenn man nach Fähigkeit und Gewissenhaftigkeit fragte, äußerst geringe Bürgschaften, aber je näher Gustav Adolf selber an seinen schweren Krieg herantrat, um so stärker lockte ihn die Aussicht, daß es dem Tollkopf doch gelingen könne, im Herzen des Reiches, und zwar gerade in der Zeit, da er selber an den Grenzen erschien, einen Herd des Aufstandes zu entzünden. So erklärte er ihm denn am 7. Juni sein Einverständnis mit einem bei guter Gelegenheit zu unternehmenden Handstreich zur Einnahme Magdeburgs oder einer anderen Stadt und versprach ihm für den Fall, daß er dann vom Feinde bedrängt werde, nach Kräften beizuspringen. Am 10. Juli sodann schickte er den vom Administrator an ihn abgeordneten Johann Stallman mit einer königlichen Vollmacht zurück zu dem eventuellen Abschluß eines Bündnisses zwischen Schweden, Christian Wilhelm und der Stadt Magdeburg. Aber bei alledem, was der Administrator an erster Stelle verlangt hatte, nämlich Geld und Ermächtigung zu einer Heeresaufstellung im Namen des Königs, das dachte Gustav Adolf einem anderen zu: es war einer seiner entschlossensten und fähigsten Offiziere, der Hofmarschall Dietrich von Falkenberg, der am 26. August die nach des Königs bescheidenen Mitteln ansehnliche Geldanweisung von 50 000 Reichsthalern und dazu die Vollmacht empfing, mit den weiter zu gewinnenden Beisteuern deutscher Fürsten und Städte Truppen aufzubringen, ihre Befehlshaber zu ernennen und selber den obersten Befehl zu führen. Gerichtet war dieser Auftrag

¹⁾ Memorial Christian Wilhelms für Meyer und Steinäcker, 1629 Nov. 13. (Wittich in den Magdeburger Geschichtsblättern 1899 S. 223.)

besonders auf Magdeburg: die Forderung, daß die Leitung des Kriegswesens unbeschränkt in des Königs Hand bleibe, sollte eben auch hier in Kraft treten.

Falkenbergs Vollmacht wurde an einem Tage ausgefertigt, da Gustav Adolf die Lage, die ihm zuerst den Gedanken der Sendung des Hofmarschalls eingegeben hatte, durch einen betäubend schnellen Gang der Ereignisse schon überholt sah: der Aufstand Magdeburgs, auf den er nur gehofft hatte, war inzwischen zur That geworden. Indes, da diese Wendung in den Zusammenhang des großen kriegerischen Verlaufs gehört, der nachher zu betrachten ist, so verlassen wir vorläufig die Magdeburger Dinge und wenden uns dem anderen Fürsten zu, der im September 1630 den Beschluß faßte, sich Gustav Adolf anzuschließen, und im Oktober mit der Abfertigung eines Gesandten ihn auszuführen begann. Es war der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel. Dreifach gereizt durch die jetzt siebenjährige Mißhandlung seines Landes mit Quartieren und Kontributionen, durch die erzwungene Abtretung eines großen Theils desselben an den Darmstädter Bitter (S. 325) und durch die Entziehung der Abtei Hersfeld (S. 427), sah dieser Fürst jetzt die Stunde der Vergeltung kommen und wollte sie nicht versäumen. Daß seine Stiefmutter Juliane und der älteste ihrer Söhne, die er mit einem Viertel der väterlichen Erbschaft hatte abfinden müssen, sich seinem Gesuche angeschlossen, war ihm um so willkommener, da er selber den mit dem Darmstädter Verwandten geschlossenen und eidlich bekräftigten Abtretungsvertrag noch nicht offen angreifen wollte, jene aber diese Anfechtung unbedenklich übernahmen. Am 2. November trug der demgemäß abgefertigte Gesandte dem schwedischen König seine Werbung vor. Abermals ging Gustav Adolf auf die angebotene Verbindung so eifrig ein, daß schon am 21. November eine von dem Gesandten entworfene, dann aber nach den schwedischen Forderungen völlig umgearbeitete Bundesakte die königliche Unterzeichnung erhielt. Die Bestimmungen derselben ruhten auf denselben Grundlagen wie das pommerische Bündnis, sie waren gleich lehrreich für des Königs Absichten, wo sie mit jenem übereinstimmten, wie da, wo sie abwichen. Uebereinstimmend war die gegenseitige Verpflichtung des Königs zum Schutz der Lande und Rechte des Landgrafen, des Landgrafen zur Unterstützung des Königs in seinem großen Krieg, nur daß hier dem Landgrafen in bestimmter Fassung die Herstellung des Besizes seines Hauses in den Stand von 1618 verbürgt, der Landgraf dagegen neben der Offenhaltung seiner Lande und Festungen zur thätlichen Mitwirkung an der Spitze eines von ihm und etwaigen Genossen in des Königs Namen aufzustellenden Heerhaufens verpflichtet wurde. Im Hinblick auf letzteres sowohl, wie auf den Fall, daß ein schwedisches Hülfscorps in Hessen erscheine, sprang dann wieder die Forderung der unbeschränkten Kriegsleitung hervor: der König, hieß es, wird einen Direktor ernennen, der in dem hessischen Gebiet in Kriegssachen, außerhalb desselben in allen Sachen die „absolute Direktion“ führt, nur mit der Beschränkung, daß er in Hessen mit Rat und Vorwissen des Landgrafen, außerhalb des Landes mit Beirat von Zugeordneten der Verbündeten verfahren soll. Natürlich fehlt auch die Bestimmung nicht, daß Verhandlung und Friedensschluß mit dem Feinde dem Landgrafen ohne des Königs Zustimmung verboten ist, dem König aber unter der Bedingung, daß er die dem Landgrafen verbürgten Forderungen

durchsetzt, freisteht. Wieder blickt dann der Gedanke der königlichen Diktatur aus einer Bestimmung über die für das landgräfliche Heer und die schwedischen Hülfsstruppen zu sammelnden Geldmittel durch: sie sollen in eine Bundeskasse gelegt und vom König „zu unser und der Konföderierten Bestem dirigiert“ werden; nur an das „Vorwissen“ der Verbündeten ist der König bei Auszahlungen aus dieser Kasse gebunden. Und nun die Frage der besonderen Vorteile! Es wird angenommen, daß der Landgraf in seinem nächsten Umkreis, der König in der Weite des Reichs und der österreichischen Lande Eroberungen machen werden; zu deren Verteidigung sind nun wiederum die Verbündeten gegenseitig verpflichtet, und zwar zum Schutz der Eroberungen des Königs so lange, bis ihm die Kriegskosten ersetzt sein werden. Daß dieser Ersatz nicht durch Geldzahlung werde erfolgen können, war sicher keinem Beteiligten verborgen.

Der König war, wie erwähnt, bereit, auf diese Bedingungen sofort mit dem Landgrafen abzuschließen, ja er erteilte ihm auch gleich eine Vollmacht, um weitere Fürsten und Stände in das Bündnis aufzunehmen. Aber nicht so leicht vermochte der Landgraf sich mit der ihm zugemuteten militärischen und finanziellen Unterordnung zu befreunden; und so kam es, daß teils infolge dieser Bedenken, teils unter der störenden Einwirkung des Leipziger Tags, unter der unklaren militärischen Lage und der Zurückhaltung anderer Fürsten, die der Landgraf mit sich in den Bund zu ziehen gehofft hatte, die Verhandlungen vorläufig in der Schwebe blieben.

Das Ergebnis, welches sich also im Lauf der zweiten Hälfte des Jahres 1630 für Gustav Adolf herausstellte, war, daß er vorläufig auf ausgiebige Beisteuern der protestantischen Reichsstände nicht rechnen durfte, ein Ergebnis, das für ihn um so bedenklicher war, da auch die Verhandlungen über den französischen Vertrag in diesem Jahre noch nicht zu Ende gediehen. Er sah sich fürs erste auf die eigenen Mittel angewiesen und daneben freilich auf den Umstand, daß die feindlichen Streitkräfte sich in einem heillosen Zustand von Zerrüttung und Zerfahrenheit befanden.

Seine eigenen Truppen, mit denen er in Pommern gelandet war, betrug nun anfänglich noch keine 13 000 Mann; aber gewaltige Reserven bot ihm einerseits die Aushebung in Schweden und Finnland, die ihm jährlich etwa 8000 Mann zuführte, daneben ein Bestand von teils geworbenen, teils aus den Ausgehobenen gebildeten Regimentern, die, zum Nachschub bereit, in Schweden, Livland und Preußen lagen. Unter Einrechnung all dieser Streitkräfte betrug im Sommer 1630 die Landtruppen des Königs nach einer allerdings hoch gegriffenen Schätzung an die 76 000 Mann, und aus solchen Reserven wurde denn auch das Invasionsheer des Königs bis Ende 1630 ungefähr verdreifacht. Den Kern der Armee bildete die unverbrauchte Kraft der schwedischen ausgehobenen oder auch geworbenen Soldaten. Die Infanterieregimenter waren im Gegensatz gegen die in Deutschland festgehaltene Normalziffer von 10 Compagnien und 3000 Mann nach niederländischem Muster als kleinere Truppenkörper nach der Norm von 8 Compagnien zu je 150 Mann gebildet, wodurch die Armee den Vorteil reicherer Gliederung und größerer Beweglichkeit gewann. Ein anderer Vorzug, der dem König bald bei seinen Angriffen auf zahlreiche feste Plätze zu statten kam, war

die reiche Ausstattung des Heeres mit Artillerie. Im übrigen waren freilich auch hier die von dem damaligen Heerwesen unzertrennlichen Mißstände nicht überwunden, so die argen Unterschiede zwischen der Sollstärke und der wirklichen Stärke der Regimenter: Obersten, so klagt der König unter den letzten Vorbereitungen zur Ueberfahrt, welche das Geld zur Aufstellung eines vollen Regiments erhalten haben, erscheinen mit 800 statt mit 1200 Mann; — dann der erschreckende Gegensatz zwischen den Kosten des Kriegs und den aus der Heimat eingehenden Mitteln: schon als der Winter des ersten Kriegsjahrs herankam, mußte auch Gustav Adolf, zwar noch nicht nach Wallensteinischem Muster den vollen Sold, aber doch die Ernährung seiner Soldaten, sei es in Proviant, sei es in Geld, den Quartieren auflegen,¹⁾ und vergeblich suchte er daneben aus eigenen Mitteln den Betrag von zwei in bar zu zahlenden Monatssolden aufzubringen. Am 1. Mai 1631 klagte er, daß bar, aus seiner Kriegskasse, schon seit mehreren Monaten kein Pfennig an die Reiter ausgezahlt sei. Indes was wollten diese Schäden sagen, wenn man ihnen den Zustand der kaiserlichen Armee gegenüberstellte!

Längst war, ohne daß Wallenstein es hatte hindern können, der bessere Teil des kaiserlichen Heeres nach Italien und Oberdeutschland abgezogen. Allerdings auch jetzt noch, wenn es auf die Zahl der Regimenter angekommen wäre — in dem zunächst bedrohten Pommern zählte allein die Infanterie zwölf Regimenter²⁾ —, wären die zurückgebliebenen Truppen den Schweden gewachsen gewesen. Allein die Mannschaften, die diese Regimenter ausfüllten, waren aufs jämmerlichste heruntergekommen, nach ihrer Zahl sowohl wie ihrer Brauchbarkeit. Die kaiserlichen Regimenter in Pommern, Brandenburg und der Nachbarschaft, so faßte Kurfürst Maximilian am 14. Februar 1631 die Berichte Tillys zusammen, zählen meistens kaum den vierten Teil des Sollbestandes,³⁾ und von diesem Rest, so hatte der General Schauenburg schon am 10. Dezember 1630 berichtet, ist vielfach nur der kleinste Teil noch gesund. Krankheit und Desertion hatten die durch keine Neuerung mehr ergänzten Truppen so furchtbar gelichtet, weil Soldzahlungen von seiten des Kriegsherrn jetzt noch weniger eingingen, als je vorher, weil die Lieferungen aus den verarmten Landen immer kümmerlicher ausfielen, und weil die Absehung des gewaltigen Schöpfers der Armee Mutlosigkeit und Widerwille bei Offizieren und Soldaten erzeugt hatte. So in seinem Inneren gebrochen, war das Heer auch nach seiner äußeren Verteilung zur Abwehr des Feindes schlecht geeignet. Da die Errichtung von Magazinen nicht über unvollkommene Anfänge hinausgekommen war, so mußten die Truppen von den unmittelbar eingetriebenen Wochen- oder Monatskontributionen leben, und da diese Kontributionen bei wachsender Erschöpfung und wachsendem

¹⁾ Ueber die Art, wie er demgemäß für die Reiter den halben Betrag des Monatsolds einbrachte, und über die Unterhaltung des Fußvolks durch die Städte vgl. Gustav Adolf an Ogenstierna, 1631 März 11. (Oxenstierna, Skrifter II 1 n. 506 S. 692. Zu der Bemerkung *etter alliancen* ist zu vergleichen die Pommersche Quartierordnung vom 9. September 1630 § 8 a. C., § 9. Sverges tractater V S. 401.)

²⁾ Liste im Arkiv till upplysning om Svenska krigens historia II S. 68.

³⁾ Münchener Staatsarchiv 4/5. Das Schreiben Schauenburgs im Arkiv II S. 131.

Ingrimm der Bevölkerung immer schwieriger eingingen, so mußte einerseits jeder einzelne Truppentkörper in dem Bezirk, von dem er leben sollte, stets gegenwärtig und zur Eintreibung bereit sein, andererseits mußten für die Verteilung der gleichen Auflage immer größere Bezirke gebildet, die ihnen zugewiesenen Truppenteile also immer mehr auseinandergelegt werden.¹⁾ Bei dieser Zerstreuung waren aber natürlich die Truppen nicht fähig, einem Feind, der sie in geschlossener Masse angriff, standzuhalten; wenn man sie dagegen zusammenführte, so gebrach es alsbald an der nötigen Zufuhr. Hatte man es doch nicht einmal fertig gebracht, Festungen von so entscheidender Bedeutung, wie Frankfurt an der Oder und Landsberg an der Warthe, mit Lebensmitteln für den Fall einer Belagerung zu versehen! — Und nicht besser, als mit der Verpflegung, war es gleichzeitig mit der Bewaffnung der Armee bestellt. Die Festung Landsberg fand Tilly von Geschützen fast entblößt, und von der gesamten Armee sagte Tilly²⁾, daß es an Geschützen und allem, was dazu gehöre, mangle. Nicht anders auch, als mit der Bewaffnung, stand es mit der Bekleidung und jeglicher sonstigen Ausrüstung. Das Heer, schrieb Maximilian dem Kaiser, muß, wenn ihm nicht das Nötige beschafft wird, „gänzlich zu Grunde gehen“.

Daß der Kaiser, wie angedeutet, noch über eine zweite, übrigens in ähnlicher Zerrüttung befindliche Armee in Italien und den Eingängen zu Italien verfügte, kam während des ersten Jahres des schwedischen Krieges nicht in Betracht; denn die Politik Richelieus hatte ja dafür gesorgt, daß diese Streitkräfte bis ins Frühjahr 1631 noch festgehalten wurden. Ein ganz anderes Aussehen hatte dagegen freilich die Armee der Liga. Auch hier fehlte es nicht an Abgängen der Mannschaft, aber Tilly glaubte die Hauptmasse des Heeres, die aus neun Infanterieregimentern bestand, doch auf 24 000 Mann statt der erforderlichen 27 000 schätzen zu dürfen;³⁾ auch hier war der Jammer des Feldherrn über mangelhaft eingehende Gelder und die Not der Soldaten in den Quartieren ständig, aber diese Mißstände gingen schwerlich über die in Gustav Adolfs Heer ihnen noch gesteckten Grenzen hinaus; auch hier erstreckten sich endlich die Quartiere über das große Gebiet von Ostfriesland, Münster, Berg-Mark, Wetterau und Hessen bis ins Bremische, Braunschweigische und die Altmark, wozu noch die im Fränkischen und Schwäbischen für die Kavallerie genommenen Quartiere hinzukamen, aber die Vereinigung eines Teils dieser Truppen zu einer Feldarmee — nach Tillys Rechnung konnte man vom Fußvolk 10 000, nach Maximilians Anschlag sogar 18 000 Mann aus den Garnisonen ziehen⁴⁾ — war doch eher möglich, weil die Zufuhr, wie alles andere in diesem Heer, wenn nicht gut, so doch weit besser als bei den Kaiserlichen geordnet war. Gewiß also, wenn das Ligaheer mit dem kaiserlichen ohne weiteres für die dem letzteren gestellten Aufgaben hätte zusammenwirken können, so würde Gustav Adolf sich

¹⁾ So das Regiment Torquato Conti zum Teil in die Altmark, zum Teil nach Pommern. (Schlumecky n. 293 S. 215.)

²⁾ Bericht vom 26. Febr. 1631. (Münchener Reichsarchiv, 30jähr. Krieg tom. 166.)

³⁾ Bericht vom 6. März 1631. (Münchener Reichsarchiv, a. a. D.)

⁴⁾ Kurf. Maximilian, 1631 Jan. 29. Tilly, März 6 (a. a. D.). Vgl. Wittich, Magdeburg, Gustav Adolf und Tilly S. 298 fg.

einer für ihn furchtbaren Streitmacht gegenüber gefunden haben. Aber dieser Voraussetzung entsprach eben die Wirklichkeit nicht.

Zunächst, während des ersten Halbjahrs des Krieges, waren beide Heere in einem Zustande von Anarchie. Wallenstein wurde abgesetzt, Tilly aber weilte bis Mitte November in Regensburg, ganz in Anspruch genommen durch Verhandlungen mit der Liga über Stärke und Ausrüstung des Bundesheeres, mit dem Kaiser über die Annahme des zweiten Kommandos. Als er dann auf dem Kriegsschauplatz erschien und zwischen seinen beiden Heeren hin und her eilte, sah er sich von seinem strengen bairischen Herrn mit den wiederholten Weisungen bedrängt, sich nicht zu weit von den Landen der Bundesstände zu entfernen: das Heer der Liga sollte eben in erster Linie zur Deckung der Bundeslande in West- und Süddeutschland dienen, während das Gebiet zwischen Elbe und Oder, wo es galt, dem schwedischen König entgegenzutreten, vorzugsweise der kaiserlichen Armee als Kampfesplatz überlassen bleiben mochte. Tilly kam denn auch den Ansprüchen an seine Person mit der Antwort entgegen (26. Februar 1631): er werde dem vom kaiserlichen Hof ihm zuzusendenden Feldmarschall Tiefenbach das Unterkommando in dem Odergebiet übergeben, so daß er selber sich „allezeit in der Mitte aufhalten“ könne. Nicht zwei vereinte Heere standen Gustav Adolf gegenüber, sondern das eine kaiserliche, dem die Ligatruppen nur, soweit die nähere Sorge um den Schutz der Bundeslande es zuließ, Beistand leisten sollten.

Hatte der König daneben etwa mit kaiserlichen Streitkräften zur See ernsthaft zu rechnen? Seit den mißlungenen Kraftproben, die Gabriel de Roy im Jahre 1629 abgelegt hatte (S. 438), bekam man allerdings im Herbst des Jahres 1630 von diesem Seehelden wieder zu hören¹⁾. Am 1. Oktober erkannte ein zu Wismar von ihm niedergesetztes Gericht über zwei Lübecker Schiffe auf Konfiskation von Schiff und Ladung; die Schiffe waren auf der Fahrt nach pommerischen Küstenplätzen aufgebracht, und als Grund der Verurteilung wurde ein Befehl des Kaisers vorgegeben, die Fahrt von und nach denjenigen Plätzen, die Gustav Adolf auf des Reiches Boden besetzt habe, zu sperren. Wie der Lübecker Rat von zwei entlaufenen Matrosen erfuhr,²⁾ verfügte de Roy zur Ausführung dieses Befehls über acht oder neun Schiffe, von denen aber nur drei oder, nach Aussage des anderen, vier zu gebrauchen waren, das kleinste zu 50, das größte zu 200 Lasten. Die Soldaten, die ihm zu Gebot standen, schätzte der eine von den Befragten auf acht Compagnien, von denen aber, wie er hinzufügte, viele sterben und entlaufen. Mit dieser Macht sich an schwedische³⁾ und dänische, holländische oder englische Schiffe heranzuwagen, scheint de Roy nicht für geraten gefunden zu haben; aber auch in Lübeck traf er auf einen entschlossenen Widersacher. Nicht nur, daß die Stadt an ihn wie den Kaiser gegen ein Verfahren, das sie als Seeraub betrachtete, sofort den schärfsten Einspruch erhob, sie legte auch auf Geschütze und Schiffsgerät, die auf Bestellung de Roys noch in Lübeck lagerten, sodann auf eines seiner „Raubschiffe“, das sich vor einem

¹⁾ Das Folgende nach Akten des Lübecker Archivs, Hispanica II 2.

²⁾ Aussagen der Schiffer Mersen Schüt und Cornelissen, 1630 Sept. 27.

³⁾ Kleines Zusammentreffen im Nov. 1630: Arkiv I n. 506 Beil. S. 715.

schwedischen Kriegsschiff in ihren Häfen flüchtete, Beschlagnahme und kündigte die Ausrüstung von Convoischiffen zum Schutz ihrer Kauffahrer an. Das Ende des darüber entstehenden Lärmens war, daß de Roy schon zu Anfang des Jahres 1631 seinen schwierigen Posten in Wismar verließ und sich wieder nach Spanien begab, daß dann im März der kaiserliche Befehlshaber in Wismar zwei weiterhin aufgebrauchte Lübecker Schiffe, die ihrer Bestimmung nach nicht unter das erwähnte Verbot fielen, frei ließ, und andererseits Lübeck die als Eigentum des Königs von Spanien beanspruchten Geschütze und Geräte gleichfalls herausgab.¹⁾ Dann ruhte der weitere Streit; aber auch von weiteren Thaten der kaiserlichen Schiffe bekam man nichts mehr zu hören.

Von der See hatte also Gustav Adolf nichts zu fürchten. Wie er nun aber in Stettin seinen Feldzug zu Land festzusetzen hatte, war auf Grund der langen Reihe früherer Entwürfe eines von vornherein klar: der Krieg mußte im Geist fernhin treffender Offensive geführt, und dabei die Wahl zwischen drei Wegen getroffen werden: die Oder aufwärts gegen Schlesien, die Elbe aufwärts gegen Böhmen, die Weser hinauf gegen das Rhein- und Maingebiet. Indes, welcher von diesen Wegen gewählt werden, und ob der Anmarsch auf einem oder auf mehreren zugleich erfolgen sollte, wollte der König auch jetzt noch nicht entscheiden, unmittelbar stellte er nur seine nächste Aufgabe fest: er wollte sich an der Küste der Ostsee durch Unterwerfung Pommerns und weiterhin Mecklenburgs eine feste Grundlage für alle ferneren Unternehmungen schaffen. In Pommern nun stand ihm der Feind in drei festen Stellungen gegenüber: im Osten in der Festung Kolberg, im Westen in Greifswald, endlich im Süden, den Weg die Oder hinauf verschließend, in Greifenhagen und Garz. Diese letzteren Städte hatte der Oberst Hagfeld erst im Monat Mai besetzt, und dann, als Gustav Adolf in Pommern eingebrochen war, hatte man gerade hier den größten Teil der in Pommern liegenden kaiserlichen Truppen zusammengezogen: acht teils ganze, teils geteilte Regimenter zu Fuß und sieben zu Pferde,²⁾ alle in traurigster Verfassung befindlich, wie man sie denn auch bei dem sofort eintretenden Mangel an Proviant und Futter zum Teil wieder weithin in die Nachbarschaft ausquartieren mußte.

Gustav Adolf nun, nachdem er sich zunächst links und rechts ausgebreitet, Kolberg eingeschlossen und in Vorpommern den Feind auf wenige feste Plätze zurückgedrängt hatte, ersah sich diese Streitmacht zum ersten entscheidenden Angriff. Er führte eine Truppenabteilung gegen sie heran, die ihr nach Zahl — etwa 8000 Mann zu Fuß und 6000 Reiter — und vollends nach Qualität weit überlegen war, aber er ging doch dieser ersten größeren Probe nicht ohne ernste Sorgen entgegen; um so mächtiger war da bei Freund und Feind der Eindruck, als Erscheinen und Sieg des Königs eins und dasselbe war. Die elende Mauer von Greifenhagen öffnete sich vor einigen Kanonenschüssen, worauf die Besatzung in raschem Ansturm überwältigt wurde (4. Januar 1631), und wie dann der König ohne Aufenthalt am rechten Ufer der Oder aufwärts ging gegen die bei

¹⁾ Lübeck an den Frh. Birmont, 1631 März 20. Lübeck an de Roy, 1631 Oktober 29.

²⁾ Liste im Arkiv III S. 68. Die Dragoner Butlers zähle ich als Kavallerie und bringe die zwei Compagnien Bernsteins nicht in Rechnung.

Garz am linken Ufer gesammelte Hauptmasse der Kaiserlichen, da wagte deren Führer, der General Hannibal von Schauenburg, gar nicht standzuhalten; in fluchtartigem Rückzug (5. Januar) eilte er unter den Schutz der Festung Frankfurt. Der König hatte die erste Sperrung des Oderwegs beseitigt und sich den Eingang ins Brandenburgische eröffnet.

So wurde die nächste Aufgabe Gustav Adolfs, eine strategische Basis zu schaffen, wenn nicht gelöst, so doch mit glänzendem Erfolg in Angriff genommen. Da aber fügte sich's zugleich, daß ohne sein Zuthun auch für die andere Aufgabe, die große Offensive, ihm ein Weg eröffnet und die Richtung gewiesen wurde. Diese Fügung war die Erhebung Magdeburgs. Nachdem Gustav Adolf den Vertrauensmann Christian Wilhelms, den Johann Stallman, zu seinem Bevollmächtigten gemacht hatte, war in beiden der Drang nach einer entscheidenden That nicht mehr zu bändigen. Ohne nach den Vorbedingungen des Gelingens, nach Geld und gesicherter Unterstützung, viel zu fragen, war Stallman am 6. August in der gewaltsam bewegten Stadt erschienen, um dem Rat den Antrag auf ein Bündnis mit dem schwedischen König vorzubringen; zugleich mit ihm aber, verkleidet und unkenntlich gemacht, hatte sich der Administrator eingeschlichen. Dann war die Entscheidung rasch, wie in einem wohl vorbereiteten Schauspiel, herbeigeführt. Da der Rat zögerte, wurde mit Hülfe des längst gewonnenen Anhangs die Bürgerschaft erhitzt, und als deren Stimmung dem Werke günstig erschien, wurde ihr plötzlich der zurückgekehrte Landesherr gezeigt. Da mußte der Rat in dreifacher Bedrängnis, durch den Gesandten, der lügenhafte Vorspiegelungen verschwenderisch austreute, durch den Administrator und durch die erregte Bürgerschaft, kapitulieren; am 11. August 1630 verstand er sich zu einem zunächst mündlich festgestellten Bündnis der Stadt mit Gustav Adolf und Christian Wilhelm.

Entsprechend den besonderen Verhältnissen, da in der Stadt selbst die Demagogen zu großen Opfern wenig Neigung zeigten, und dem König es mehr auf den Rückhalt der Festungswerke als auf unmittelbare Leistungen ankommen mußte, waren die Bestimmungen dieses Bündnisses scheinbar für die Stadt recht günstig. Was sie versprach, ging auf die Gestattung von Durchmärschen und Einquartierungen: für erstere sollte, so oft der Krieg es erforderte, die Stadt offen stehen, letztere sollten in der Regel auf das Gebiet außerhalb der Stadt fallen; die Zahl der ins Innere der Stadt aufzunehmenden Truppen wurde auf 500 begrenzt, freilich mit dem Vorbehalt, daß bei dringender Not und kraft besonderer Abrede die Ziffer erhöht werden könne. Die Unterhaltskosten fielen lediglich den beiden Verbündeten, dem König und dem Administrator, zu. Diese nahmen auf ihren Teil auch die schwerwiegende Verpflichtung, die Stadt gegen alle Anfeindungen, besonders auch gegen Belagerung, mit ganzer Kraft zu schützen und zu entsetzen.

Im ganzen schienen in diesem Bündnis Verpflichtungen und Gegenverpflichtungen ungleich und zum Vorteil der Stadt abgewogen zu sein. Allein, als unschätzbaren Gewinn, errang dadurch Christian Wilhelm den nötigen Kredit, um alsbald zur Werbung von zwei Infanterie- und einem Reiterregiment schreiten zu können. Und nicht nur zur Werbung. Sowie einige Haufen ihm zugelaufen

waren, warf er sich ohne viel Bedenken auf das Stiftsgebiet, vertrieb mit leichter Mühe ein paar kleine kaiserliche Besatzungen und brachte aus Amtshäusern und Klöstern die ihm so nötige Beute heim. Aber diese Herausforderung war es nun auch, welche Magdeburg zum Mittelpunkt größerer Kämpfe machte. Bereits im September hatten sich die in der Umgebung Magdeburgs liegenden kaiserlichen Reiter aus ihren zerstreuten Quartieren so weit gesammelt, daß sie die Söldner des Administrators mit leichter Mühe bis auf die Vorstädte Magdeburgs zurückdrängen konnten. Dem gegenüber war dann, am 29. Oktober, jener Dietrich von Falkenberg in der Stadt eingetroffen, um alsbald über die etwa 3000 Mann zählenden Truppen des Administrators den Oberbefehl zu ergreifen; die Künste des Söldnerführers und des Agitators vereinigend, wußte er die Prediger für sich zu gewinnen, mit ihnen und der bestehenden Demagogenpartei die nach Ausgleich aussehenden Mitglieder des Rats und der Bürgerschaft einzuschüchtern und den unverföhnlichen Kampf gegen die Kaiserlichen zur Lösung zu machen. Dann benutzte er die also erhitzte Stimmung, um seine bescheidenen Geldmittel durch Darlehen vermögender Bürger zu stärken, die vorgefundenen Truppen in fortgesetztem Ringen mit der Knappheit seiner Mittel in festerer Zucht zusammenzunehmen und neue im Betrag von etwa 800 Mann zu werben, endlich die Bürger zur Besserung und Erweiterung der Festungswerke anzuhalten. Entschlossenheit und Schwung kam durch ihn in die Verteidigung hinein. Aber eben hierdurch wurde der neue Gegenschlag befördert. Am 6. Dezember 1630 hielt Tilly, nachdem er endlich von Regensburg her in dem Hauptquartier des Ligaheers eingetroffen war, in Hameln einen Kriegsrat; nach den hier gefaßten Beschlüssen wurde dem inzwischen durch einige Tausend Infanteristen verstärkten kaiserlichen Einschließungscorps eine entsprechende Anzahl Ligatruppen unter dem Befehl des tüchtigsten, jedenfalls unternehmungslustigsten seiner Offiziere beigegeben, des Grafen Gottfried Heinrich von Pappenheim, der eben damals durch doppelte Ernennung die Würde sowohl eines bairischen, wie eines kaiserlichen Feldmarschalls erhielt.

Um Magdeburg war hiermit ein immer heißer sich gestaltender Kampf entbrannt. Niemand veranschlagte die Bedeutung desselben höher, als Gustav Adolf. Die Stadt erschien ihm als eine Position, die ebenso geeignet war, die feindlichen Streitkräfte zu verwirren und auseinander zu ziehen, als das Feuer des Aufstandes in der Nachbarschaft zu entzünden; wie ein Niegel schob sie sich zwischen die untere und obere Elbe, mittelst dessen er die Zufuhr und die Truppenmärsche dem Feind von den obern nach den untern Landen sperren, sich selber in entgegengesetzter Richtung offen halten konnte. Wie er daher von Anfang an zu einem Anschlag auf Magdeburg ermuntert hatte, so zögerte er auch jetzt nicht mit der Ratifikation des am 11. August abgeschlossenen Bündnisses. Ob er dabei freilich die Folgen der von ihm übernommenen Verpflichtung zu Hülfe und Entsatz über sah? Jedenfalls, kaum war die Ratifikation erteilt, als auch schon jene Bedrängung der Stadt durch überlegene Streitkräfte erfolgte, und nun die Bedrängten, voran der tolldreiste Administrator, ihn mit wachsender Erregung um die Einlösung seines Wortes bestürmten. Und damit sah er sich denn vor der bestimmten Forderung, von den vorbereitenden Unternehmungen in dem Risten-

gebiet zu dem großen Offensivstoß gegen das Innere des Reichs fortzuschreiten und unter den verschiedenen Wegen, zwischen denen er schwankte, den an der Elbe aufwärts führenden als den Hauptweg einzuschlagen. Aber vor dieser Entscheidung ergriffen ihn neue Schwankungen. Durfte er den Weg zur obern Elbe, gegen die dort zu erwartende Hauptmacht des Feindes, einschlagen, ohne vorher neben Pommern auch Mecklenburg unterworfen und dann an der untern Elbe eine sichere Stellung gewonnen zu haben? Durfte er bei Verfolgung dieses Wegs das von den noch halb feindlichen Brandenburgern und den ganz feindlichen Kaiserlichen besetzte Festungsdreieck an der Oder, gebildet durch Küstrin, Landsberg an der Warthe und Frankfurt an der Oder, in seiner Flanke lassen? War überhaupt der Marsch von den Ostseeküsten ins Innere des Reichs zulässig, solange er nicht in den dazwischen liegenden Landen, Brandenburg und Sachsen, wenn nicht auf Truppenhülfe, so doch auf Deffnung des Gebietes für sich und Sperrung für die Feinde rechnen durfte? Das Ende dieser Erwägungen war, daß der König Magdeburg als Ziel des nächsten Vorstoßes festhielt, aber einstweilen den wirklichen Stoß hinausjohob und die Hülferufe mit guten Bertröstungen und Mahnungen zu tapferem Ausharren beantwortete.

Bald sorgte auch Tilly dafür, daß ihm die Notwendigkeit, erst seine strategische Basis zu erweitern, vor die Augen gerückt wurde. Als den alten General am 9. und 13. Januar die Unglücksbotschaften von Greifenhagen und Garz erreichten, raffte er in raschem Entschluß drei von den defekten kaiserlichen Infanterieregimentern zusammen, um Schauenburg mit seinen geschlagenen Truppen aufzunehmen. Quer durchs Brandenburgische ziehend, langte er am 24. Januar in Frankfurt an der Oder an, zu einer Zeit, da der siegreiche König kurz vorher bis gegen Landsberg vorgestoßen war, dann aber sein Hauptquartier nach Bärwalde, an der Straße von Frankfurt nach Stettin, gelegt hatte. Nicht groß war da die Entfernung, welche beide Feldherrn trennte, und Tilly hegte zeitweilig, wie er dem Kurfürsten Maximilian am 5. Februar meldete, trotz der Erbärmlichkeit seiner Truppen die Absicht, „wider den Feind etwas zu tentieren.“ Aber vorsichtig hielt sich Gustav Adolf zurück, und vorsichtig wagte am Ende auch Tilly nicht die Linie der Warthe zu überschreiten. Das Ergebnis seines Zugs war, daß er in den kläglichen Verhältnissen der beiden Festungen Frankfurt und Landsberg durch Beschaffung von Proviant und einigen Geldes notdürftig Ordnung schaffte, dann mit einem Teil der Schauenburgschen Truppen die dortigen Besatzungen verstärkte und den andern Teil seiner Armee einfügte, die dadurch auf fünf Fuß- und vier Reiterregimenter wuchs.

Aber während dieser Anstalten, durch die er den Oder- und Warthepaß einstweilen gegen ein weiteres Vordringen Gustav Adolfs schloß, erregte ihm sein Gegner neue Sorgen, da er am 4. Februar nach Stettin zurückwich und hier seine Kräfte sichtlich zu einem neuen Schlage sammelte. Wohin zielte er? Wollte er sich des Restes der vorpommerschen Plätze und weiterhin Mecklenburgs bemächtigen, oder wollte er durchs Brandenburgische gegen Magdeburg vordringen? Um ihm auf beiden Wegen entgegenzutreten zu können, führte Tilly am 15. Februar seine Armee von Frankfurt ab und marschierte nach Brandenburg an der Havel. Als er hier am 21. anlangte, war es wiederum, wie er am 26. meldete, seine

Absicht, „gegen den Feind zu avancieren“ und zu sehen, was bei Gelegenheit „wider ihn in einem oder anderm zu tentieren“ sei, nur daß er vorher, um seine kleine Feldarmee wenigstens auf 10 000 Mann¹⁾ zu bringen, noch einige Verstärkungen, vornehmlich Reiterei, heranziehen und die, von drei kleinen Feldstücken abgesehen, ihm völlig fehlenden Geschütze beschaffen mußte. Indes, unter solchen Hemmnissen war ihm abermals Gustav Adolf zuvorgekommen. Ihm fehlte keine Artillerie, und die Zusammenfassung eines Corps von etwa 12 000 Mann verursachte ihm keinen großen Zeitverlust. So hatte er sich, Tilly voraneilend, auf das mecklenburgisch-pommerische Grenzgebiet gestürzt, hatte am 25. Februar Demmin, neben Greifswald die wichtigste Festung, die in Vorpommern vom Feind noch gehalten war, ferner einige mecklenburgische Grenzplätze erobert. Dann, nach Zurücklassung reichlicher Besatzungen, war er wieder auf seinen Beobachtungsposten in Stettin zurückgefallen. Tilly, da er zum Entsatz Demmins zu spät gekommen war, dachte nun vor allem, die im Mecklenburgischen geöffnete Bresche wieder zu schließen. Zum Schutz seiner dortigen Festsetzungen hatte Gustav Adolf in der schwach besetzten Stadt Neu-Brandenburg die starke Besatzung von zwei Regimentern und einen seiner tüchtigsten Offiziere, Dodo von Kniphhausen, als Befehlshaber zurückgelassen. Auf diesen Platz stürzte sich Tilly, und nach mehrtägiger tapferer Gegenwehr nahm er ihn am 19. März mit Sturm, nachdem Gustav Adolf den Versuch des Entsatzes begonnen, aber nicht durchzuführen vermocht hatte. Was aber sollte er nun nach der Säuberung des mecklenburgischen Grenzstriches weiter thun? „Zum Schlagen,“ sagte er²⁾, „will der Feind nicht stand halten;“ um also für die weiteren Bewegungen sich nicht durch den Feind das Gesetz vorschreiben zu lassen, sondern, wie Pappenheim es schon am 4. März gewünscht hatte,³⁾ es selber dem Feinde zu geben, beschloß er, seine Armee, indem er zu den kaiserlichen Regimentern alle im Feld verwendbaren Ligatruppen, im ganzen an Infanterie 14—15 000 Mann, heranzog, vor Magdeburg zu konzentrieren: gleichzeitig wollte er, da der aufgetaute Boden die Anlage von Laufgräben gestattete, die Belagerung der Stadt mit aller Kraft aufnehmen und dem Feinde nach allen Seiten die Stirne bieten.

Es war dies eine Rechnung, welche nur einen Fehler hatte, nämlich die Voraussetzung, daß inzwischen die Oderfestungen sich gegen einen plötzlichen Angriff bis zu dem zeitraubenden Anmarsch eines Entsatzheeres würden halten können. Vielleicht freilich wäre diese Annahme richtig gewesen, wenn die kaiserliche Regierung den dringenden Mahnungen Tillys um Fortsührung seiner nur vorläufigen Anstalten zur Sicherung der beiden Plätze nicht ihre gewöhnliche Unthätigkeit entgegengesetzt hätte. Aber von früher her gewohnt, solche Sorgen dem Eigenwillen Wallensteins zu überlassen, wußte diese Regierung dem neuen General nicht zu helfen. Darüber geschah es, daß Tilly zum drittenmal von seinem großen Gegner überholt wurde. Von Schwedt an der Oder, wo der König in den Tagen, da Neu-Brandenburg fiel, ein Lager aufgeschlagen hatte, brach er am 6. April auf;

¹⁾ Diese Ziffer giebt er als erreicht am 6. März an.

²⁾ An Kurf. Maximilian, 1631 März 31. — Eine Stelle aus dem Brief auch bei Wittich S. 449 N. 1.

³⁾ Kriegsschriften, herausgegeben von bairischen Offizieren II S. 60.

am 12. stand er vor Frankfurt, am 13. begann er die Beschießung, und gleich unter dem ersten Schrecken gelang es einer verwegenen Truppe, Wall und Mauer zu übersteigen, worauf ohne ernstliche Gegenwehr der entnerzten Besatzung das nachdrängende Heer die Stadt überwältigte. Vier Tage später erschien der König vor Landsberg, und als er hier nach umsichtigen Vorbereitungen am 25. April mit dem ernsthaften Angriff begann, ging auch dieser Tag nicht zu Ende, ehe die Besatzung kapituliert hatte. Gekrönt wurden diese Erfolge dadurch, daß schon einen Monat vorher, am Tag des Verlustes von Neu-Brandenburg, auch Kolberg sich übergeben mußte.

Ein dunkler Schatten indes, der auf diese Triumphe Gustav Adolfs fiel und die Schrecken des folgenden Kriegs ahnen ließ, waren die Ausschreitungen soldatischer Barbarei. Dem scheußlichen Kriegsrecht der Zeit folgend, hatte Tilly, als Neu-Brandenburg mit Sturm genommen war, das Leben der Soldaten und die Habe der Einwohner der Blut- und Raubgier der Soldaten preisgegeben. Vergeltung dafür übten nun die Schweden in Frankfurt. Aber wenn sie hier die um Pardon flehenden Soldaten niedermegelten, so konnten sie bei der leichten Ueberrumpelung der Stadt sich nur uneigentlich auf das Recht der die Kämpfer zur Raserei treibenden Erstürmung berufen, und wenn sie die Einwohner ausraubten, so wüteten sie nicht, wie Tillys Truppen, gegen eine feindselige Bevölkerung, sondern gegen Glaubensgenossen, die sie beschützen zu wollen vorgaben.

Tilly hatte inzwischen, während der Einnahme Frankfurts und Landsbergs, dasselbe Mißgeschick gehabt, wie Gustav Adolf bei dem Verlust Neu-Brandenburgs: er traf Anstalten zum Entsatz, ohne damit zu Ende zu kommen. Nach dem Siege des Gegners bangte er nun sofort vor einer zweiten Ueberraschung, sei es in Gestalt eines Angriffs auf Schlesien, sei es durch Vorbrechen der schwedischen Armee gegen Magdeburg. Richtig war jedoch bei diesen Vermutungen nur soviel, daß Gustav Adolf mit verstärktem Verlangen den Zug auf Magdeburg ins Auge faßte. Allein gleich jetzt gegen Tillys angewachsene Armee — Pappenheim schätzte Kaiserliche und Ligisten zusammen auf 23000 Mann zu Fuß und 7000 Reiter — vorzustürmen, dazu hielt er sich noch keineswegs für vorbereitet. So stolz sein Triumph über die letzten Erfolge war, er verhehlte doch seinem Obersten Falkenberg nicht, daß es noch „ein paar Monate“ dauern werde, bis er vor Magdeburg werde erscheinen können. Er mußte eben zunächst seinen von den Mühen des Winterfeldzugs angegriffenen Truppen einige Erholung gönnen, mußte Geld aufstreiben und Verstärkungen heranziehen, vor allem aber, er mußte den politischen Verhandlungen, welche mit den kriegerischen Schlägen Hand in Hand gingen, seine Thätigkeit zuwenden und seine Entschlüsse nach ihnen einrichten. Den Gang dieser Verhandlungen müssen auch wir an dieser Stelle aufnehmen.

Im Januar 1631, als Gustav Adolf sein Hauptquartier in Bärwalde aufgeschlagen hatte, erschien zum viertenmal der französische Gesandte Charnacé bei ihm, und da kam endlich, am 23. Januar, der Vertrag zwischen Frankreich und Schweden zu Stande. Seinem Inhalt nach erschien er als ein Ausgleich zwischen den zum Teil entgegengesetzten Forderungen beider Mächte (S. 445). Als Zweck des Bündnisses wurde die Befreiung der Ost- und Nordsee, wie früher, desgleichen „die Restitution der unterdrückten Reichsstände“ aufgestellt;

zu der ersteren Bestimmung aber war jetzt die früher von Gustav Adolf betonte Beseitigung auch der in Graubünden errichteten Befestigungen nur wie nebenbei erwähnt, und bei der zweiten Bestimmung hatte man jede nähere Bezeichnung der zu Restituierenden und des Umfangs der Restitution vermieden und damit die Frage der pfälzischen Restitution nicht unwidersprechlich zum Nachteil Baierns entschieden. Die Dauer des Bündnisses wurde, wie Richelieu es gewollt hatte, auf bestimmte Zeit, und zwar jetzt noch auf fünf Jahre gesetzt, allerdings mit dem Vorbehalt der Verlängerung. Zwei weitere Forderungen, die Richelieu zugunsten der Neutralität der Liga und der katholischen Religion gestellt hatte, wurden dagegen nur in beschränktem Sinne zugestanden: die Neutralität unter der thatsächlich schon ausgeschlossenen Bedingung der Gegenseitigkeit, der Schutz der in eroberten Orten bestehenden katholischen Religionsübung mit einem bedenklichen Hinweis auf den so verschieden erklärten Religionsfrieden. Das ferner aufgestellte Verbot einseitigen Vertragschlusses mit dem Feinde würde bei der Verschiedenheit der Interessen beider Verbündeten von großer Bedeutung gewesen sein, wenn nur ihre Bundestreue unzweifelhaft gewesen wäre. Um so wichtiger und den eigentlichen Kern des Bündnisses bildend, war die Bestimmung über die beiderseitigen Leistungen: Gustav Adolf mußte sich zur Kriegsführung auf deutschem Boden mit einem Heer von 30 000 Mann zu Fuß und 6000 Reitern verpflichten, während Frankreich nur Subsidien, eine Million Livres jedes Jahr, und dazu 300 000 Livres für die Kosten des abgelaufenen Jahres, zu zahlen hatte.

Die hiernach eingehenden Zahlungen waren für Gustav Adolf eine höchst willkommene Erleichterung seiner drückenden Geldnot; und doppelt willkommen war es ihm, daß bald nachher, am 31. Mai, auch die Generalstaaten ihm bescheidene Monatsgelder von je 50 000 holländischen Gulden bewilligten, zunächst freilich nur für die Monate Juli bis September, aber mit späterer Verlängerung des Termins. Indes bei aller Genugthuung des Königs über diese Verträge, dringender war für ihn doch der endliche Abschluß eines Abkommens mit den beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, da ihm ohne ihre Mitwirkung, zum mindesten ohne die Oeffnung ihrer Lande für seine eigenen und die Schließung derselben für die feindlichen Truppen der Vormarsch gegen Magdeburg unmöglich erschien. Gerade hier aber mußte er sich anfänglich damit bescheiden, daß beide Kurfürsten, voran der sächsische, ihre eigenen Wege gingen, daß jedoch diese Wege sich allmählich auch seinen eigenen Zielen zu nähern schienen.

Was den Kurfürst von Sachsen seit dem Herbst des Jahres 1630 vorwärts drängte, war sein damals gefaßter Entschluß, eine protestantische Ständeversammlung zu berufen (S. 461), und der Eifer, mit dem fortan Kurbrandenburg über der Ausführung dieses Beschlusses wachte. Letzterem war es vornehmlich zu danken, daß der hinterher in Dresden auftauchende Vorschlag, diese Tagsetzung zu Gunsten des inzwischen von den Katholiken auf die Bahn gebrachten Ausgleichstags (S. 461) zu verschieben, in sein Gegenteil verkehrt wurde, worauf denn am 8. Januar 1631 Johann Georg das Ausschreiben erließ, und am 20. Februar zu Leipzig eine Versammlung, an der sich, persönlich oder durch Gesandte vertreten, beinahe sämtliche protestantischen Fürsten und Grafen, die

meisten Reichsstädte, besonders auch die fränkischen, schwäbischen und Wetterauer durch ihre Vororte beteiligten, eröffnet werden konnte. Der Frankfurter Vergleichstag wurde dadurch soweit zurückgedrängt, daß er erst sieben Monate später, am 15. September, anging.

Zum erstenmal seit der Auflösung der Union fanden hiermit die Protestanten wieder den Mut zur Abhaltung einer Sonderversammlung: ein Beweis, wie stark die Erregung war, die sie alle fortrif. In solcher Stimmung schwangen selbst die kursächsischen Theologen, voran der streitbare Hoë, sich zu dem doppelten Bekenntnis auf: einmal, daß bei allem Bestehen auf der ungeänderten Augsburger Konfession doch ein Zusammengehen mit den calvinistischen Regierungen von Kurbrandenburg und Hessen-Kassel statthaft sei, sodann, daß man der Ausführung des Restitutionsediktes gewaltsamen Widerstand entgegensetzen dürfe. Auch der Kurfürst selber und seine Räte wurden von dem neuen Geiste ergriffen, nur daß sie langsamer und mißtrauischer folgten. Fürs erste rückten sie bei Eröffnung der Versammlung von den beiden auf der Tagesordnung stehenden Fragen nur die des Restitutionsediktes in den Vordergrund, und auch diese nur in der auf gütliche Verhandlung zielenden Fassung: welche Forderungen und Anerbietungen bei dem Frankfurter Vergleichstag zu vertreten seien.

Diese Beschränkung entsprach jedoch nicht der Stimmung der Versammelten. Wohl gaben sie das verlangte Gutachten, und zwar in dem Sinne, daß erst das Restitutionsedikt mit all seinen Folgen aufgehoben, hierauf ein Ausgleich über die auf dem Religionsfrieden beruhenden Streitigkeiten verhandelt werden solle; alsdann aber drängten sie den Kurfürsten zur Proposition der zweiten Frage der Kriegsbedrängnisse, und hier nun traten sie mit dem Beschlusse hervor, daß diese Bedrängnisse, wie sie vornehmlich in den Durchzügen, Einquartierungen und Kontributionen der kaiserlichen und ligistischen Truppen zum Ausdruck kamen, nicht mehr zu dulden seien. Eben diese Lasten hatte nun aber der Regensburger Tag ja gerade in eine feste Form zu bringen gesucht, und ohne sie konnten die Heere des Kaisers und der Liga keinen Tag bestehen. Die Konsequenz jenes Beschlusses war also bewaffnete Gegenwehr gegen die Erpressungen, Einlagerungen und Durchzüge der katholischen Heere.

Unerwartet kam dieser Beschluß dem sächsischen Kurfürsten keineswegs; allein gerade hier erhoben sich seine schwersten Bedenken. Erst fünf Tage vor Eröffnung des Leipziger Tages war ein Schreiben des Kaisers an ihn abgegangen, welches ihm die Folgen einer protestantischen Waffenerhebung vor die Augen rückte: der Kaiser, so besagte es, werde gegen Rüstungen, die ohne seine Erlaubnis vor sich gingen, nach denselben Grundsätzen einschreiten, die er im Jahre 1625 durchgesetzt hatte (S. 290, 293). An dem Ernst dieser Drohung war nicht zu zweifeln. War dagegen der Ernst der protestantischen Gegenwehr ebenso sicher? Das Erste, was dabei dem Kurfürsten entgegentrat, war die alte Spaltung zwischen Fürsten und Städten: letztere hatten ihren Gesandten zu Beschlüssen, die über bloße Vorstellungen hinausgingen, keine Vollmacht erteilt. Und die Fürsten und Grafen? Aus deren Mitte traten jetzt allerdings die Kurbrandenburger mit einem Vorschlag hervor, mit dem sie in die Erbschaft des gestürzten Pfälzers einzutreten schienen, dem Vorschlag nämlich eines Bünd-

nisses, das sich zum Widerstand nicht nur gegen die Kriegsbedrückungen, sondern auch gegen das Restitutionsedikt bewaffnen sollte. Es gab nur einen Fürsten, der sich gegen diesen Vorschlag in unbedingtem Widerspruch befand: das war der streng kaiserlich gesinnte Landgraf von Hessen-Darmstadt, der denn auch in Hinblick auf das, was kommen mußte, von vornherein die Teilnahme an der Tagssatzung abgelehnt hatte. Aber innerhalb der übrigen that sich hinsichtlich der Art der Ausführung alsbald eine neue Spaltung auf.

Gustav Adolf hatte natürlich sofort erkannt, daß der Leipziger Tag, wenn er auch im allgemeinen die von ihm verfolgten Zwecke begünstigte, doch im besonderen der von ihm erstrebten Unterordnung der protestantischen Stände zwar in dem Fall rückhaltlosen Anschlusses eine mächtige Förderung, aber auch in dem Fall selbständiger Organisation ein schweres Hindernis bereiten könne. Es galt ihm also, den rückhaltlosen Anschluß durchzusetzen, am liebsten in Gestalt eines klaren Bündnisses, zum mindesten durch die Verpflichtung zur offenen oder verdeckten Unterstützung. Und es gelang ihm, in der Versammlung selber nicht weniger als drei Vertreter seiner Wünsche zu finden. Der eine war der Stimmführer der Wetterauer Grafen, Philipp Reinhard von Solms, der früher im dänischen Dienste Wolfenbüttel verteidigt hatte, jetzt zu Gustav Adolf übergetreten war und von ihm mit einer Vollmacht versehen wurde. Der zweite freiwillige Agent Gustav Adolfs war der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel. Wie dieser damals mitten in seinen Bundesverhandlungen mit Gustav Adolf stand, und ein Artikel des Bundesentwurfs ihn ausdrücklich zur Anwerbung weiterer Stände beauftragte, so sah er die Herüberführung der Versammelten zum schwedischen Bündnis als seine eigentliche Aufgabe an. Ihm wieder bot sich als Mitarbeiter Wilhelm von Sachsen-Weimar, der damals in seinem und seiner noch übrigen drei Brüder Namen das ererbte Herzogtum verwaltete. Selber ohne größere Mittel, hatte er es, zusammen mit seinem früher in dänischen Diensten gestandenen Bruder Bernhard, auf eine hohe Kriegsbestallung im Heere des Schwedenkönigs abgesehen, und da Gustav Adolf ihm zu willfahren geneigt war, so wirkte er in einem schon vorher getroffenen Einvernehmen mit dem Landgrafen als dritter Befürworter des schwedischen Bündnisses.

Der Bund mit Gustav Adolf indes — das war nach den vorausgegangenen Verhandlungen bereits klar — bedeutete Unterwerfung unter seine militärische und politische Diktatur. Waren hierzu die übrigen, vor allem die beiden Kurfürsten, schon reif? Daß dies nicht der Fall war, zeigte sich alsbald in den gemeinsamen Beratungen. Kurbrandenburg trat für ein Bündnis ein, das nach dem Muster der untergegangenen Union mit befreundeten Mächten, besonders Schweden, ein Zusammenwirken vereinbaren mochte, ohne jedoch seine Selbstständigkeit aufzugeben. Kursachsen vollends, jetzt von allen Seiten zur That gedrängt, trat mit einem ganz besonderen Kompromiß zwischen seinen alten konservativen Grundsätzen und den neuen Anforderungen hervor. Es sollte, das war der Grundgedanke seiner Antworten auf die Vorschläge der Versammelten, allerdings zum Widerstand gegen die Kriegsbedrückungen gerüstet werden, aber der stets von ihm verworfene Abschluß eines Bündnisses sollte auch jetzt vermieden werden; den Rückhalt für die Rüstungen hoffte er vielmehr in den Reichs-

kreisen, in denen sich die zugehörigen Stände zusammenthun mochten, zu finden, und den Schweden, wie den anderen auswärtigen Mächten dachte er dabei nur ein Verhältnis „freundlicher Neigung“ zu.

Diesen verschiedenen Vorschlägen gegenüber entschieden sich die Versammelten — die einen aus eigenem Antrieb, die andern, um überhaupt etwas zustande zu bringen — für den Antrag Sachsens. In einer vorläufigen Vereinbarung, welche übrigens noch der Genehmigung der nicht persönlich anwesenden Stände bedurfte, wurde die Aufstellung einer Truppenmacht von mehr als 40 000 Mann in Aussicht genommen, und die Kontingente nach einem vorläufigen Anschlag unter die beiden sächsischen, den schwäbischen, fränkischen und oberrheinischen Kreis, d. h. die protestantischen Mitglieder derselben, verteilt. Im Anschluß an die Exekutionsordnung sollte in erster Linie jeder Kreis seinen Angehörigen, dann die Kreise sich untereinander Schutz und Beistand gewähren. Zur Leitung des ganzen Verteidigungswerkes wurde ein Ausschuß niedergesetzt, an dessen Spitze, unter der Voraussetzung, daß die Genehmigung der Beschlüsse in befriedigender Weise eintreffen würde, der Kurfürst von Sachsen treten wollte. Sofort gingen dann auch nachdrückliche Erklärungen an den Kaiser und die katholischen Kurfürsten ab, auslaufend in der Forderung, daß alle auf Grund des Restitutionsediktes vollführten Umwälzungen rückgängig gemacht, alle kaiserlichen und ligistischen Truppen aus den Landen der Vereinigten abgeführt, alle Beitragsforderungen für dieselben eingestellt werden sollten.

Am 12. April wurde der Abschied des Leipziger Tages ausgefertigt. Nun schien es dem Kurfürsten von Sachsen aber auch ernst zu sein, sich als den mächtigsten protestantischen Fürsten zu bewähren. An sich war er ja weder durch Thatkraft noch Einsicht ausgezeichnet, und schwerlich ragte auch der kleine Kreis von geheimen Räten, die einträchtig mit ihm die Regierung leiteten, über den Durchschnitt der an Bequemlichkeit und Eigennuß gewöhnten fürstlichen Staatsmänner hinaus. Aber die Verwaltung Sachsens war wohl geordnet, und seine reichen finanziellen und militärischen Kräfte waren unter der langen, von beiden Teilen leidlich geachteten Neutralität geschont. So konnte der Kurfürst, weit über die Leistungen der übrigen hinausgehend, allerdings auch auf die in Geld statt Truppen zu leistenden Zuschüsse der kleineren ober-sächsischen Stände rechnend, ans Werk gehen, drei Infanterieregimenter zu je 3000 Mann und zwei Kavallerieregimenter zu je 1000 Mann aufzustellen. Es sollte sich zeigen, was Gustav Adolf später, nach einjähriger Erfahrung, von ihm sagte, daß er unter den protestantischen Fürsten Deutschlands „fast der einzige sei, der noch etwas thun könne“. Und auch ein hervorragender General, der ihm seine Dienste bot, fehlte nicht: es war jener Hans Georg von Arnim, der im Jahr 1629 aus der kaiserlichen Armee ausgeschieden war. Durch Vermittelung seines Landesherrn, des Kurfürsten von Brandenburg, trat er während des Leipziger Tags mit Johann Georg in Beziehung, und am 1. Juli 1631 wurde er mit dem Titel eines Feldmarschalls zum Befehlshaber der sächsischen Armee bestellt. Arnim war nicht nur ein höchst umsichtiger Truppenführer, sondern auch ein gewandter Unterhändler, und vor allem ein Mann von politischen Grundfassen, die sich trefflich zu denen seines neuen Kriegsherrn fügten. Gleich ihm hielt er

den Kampf gegen die katholische Reaktion und die kaiserliche Selbstherrschaft für geboten und hierbei ein Zusammengehen mit den Schweden für unvermeidlich, gleich ihm wollte er aber auch die Integrität des Reiches nebst den alten Formen seiner Verfassung retten und die Entscheidung über die Beilegung der deutschen Streithändel den deutschen Reichsständen wahren. Es waren Grundsätze, die ihn in der Folge, trotz aufrichtigen Bestrebens, vom Pfad der Ehre und Pflicht nicht abzuweichen, in ein Wirrsal von Konflikten und Verdächtigungen hineinführten, ebensowohl den Schweden, wie seinem eigenen Kriegsherrn gegenüber. Dem Kurfürsten wurde er ein unbequemer, immer tadelnder Untergebener, weil ihm dessen kriegerische Anstrengungen dem hohen Ziel, das er verfolgte, bei weitem nicht zu entsprechen schienen; die Schweden, und nicht zum mindesten der König Gustav Adolf selber, vergalteten ihm den Widerstand, den er ihrer militärischen und politischen Diktatur entgegensetzte, mit einer stillen und bitteren Feindschaft, die sich in der bereitwilligen Aufnahme jeder Verdächtigung gegen ihn, als Verräter der protestantischen Sache, kund gab.

Indes, so können wir gleich an dieser Stelle fragen, war das Geschick, keiner Partei zu gefallen, nicht von vornherein durch den Geist der Leipziger Beschlüsse gegeben? Wenn dieselben ihr wahres Ziel erreichten, so wurden gleichmäßig die katholischen und die schwedischen Streitkräfte in Schach gehalten, und zwischen ihnen konnten dann die geeinigten protestantischen Stände, sei es bei dem bevorstehenden Frankfurter Ausgleichstag, sei es bei einem größeren Friedenskongreß ihre Forderungen zur Geltung bringen. Eben deshalb erhoben sich denn auch gegen die Leipziger Beschlüsse gleichmäßig der Kaiser wie die Schweden. In offenen Kampf gegen dieselben trat ohne weiteres der Kaiser ein, wie er es ja auch im voraus angekündigt hatte. In mehreren Mandaten, die er am 14. Mai ausgehen ließ, verwarf er die kriegerischen Anstalten der Leipziger Vereinigten als gesetzwidrig und befahl bei den schweren Strafen des Landfriedensbruchs die Einstellung der begonnenen Rüstungen und die Enthaltung von jeglicher Teilnahme an denselben: denn, sagte er den Ständen mit schneidender Bestimmtheit, ihr habt „ohne unsern Konsens kein ius armorum“. Als verdeckter Gegner trat gleichzeitig Gustav Adolf auf den Platz. Sobald dessen Forderung des unmittelbaren Anschlusses durch den Leipziger Abschied durchkreuzt war, rückte sein Bevollmächtigter, Graf Reinhard von Solms, gegen den nach kriegerischen Thaten dürstenden Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar mit Vorschlägen heraus, welche unzweideutig auf die Vereitelung der Leipziger Beschlüsse abzielten: einerseits nämlich sollte der Herzog dem mit dem Landgrafen Wilhelm verhandelten schwedischen Bündnis beitreten, und dieses nunmehr zum Abschluß geführt werden; andererseits sollte er auf Grund dieses Bündnisses, als General Gustav Adolfs, ein Truppcorps zusammenbringen und führen, für welches die Werbungen „unter Vorwand des Leipziger Schlußes“ in dem Machtkreise der beiden Fürsten, im günstigsten Fall unter Hinüberziehung der kraft desselben Schlußes allerwärts, im schwäbischen, fränkischen, oberrheinischen und den beiden sächsischen Kreisen, aufzubringenden Truppen vorzunehmen seien. In der That gingen denn auch der Herzog sowohl, wie der Landgraf von Hessen auf diese Vorschläge ein. Die Versuche, sie zu verwirklichen, führten hinterher freilich

nicht zum Ziel, aber klar ausgesprochen war damit die Absicht Gustav Adolfs, die Leipziger Vereinigung als solche zu sprengen und das, was daraus an militärischen Rüstungen hervorging, in seinen Dienst zu stellen.

Fürs erste war nun freilich der Eifer der Vereinigten noch frisch genug, um über solche Gegenwirkungen hinwegzugehen. Im Mai traten die protestantischen Stände des fränkischen Kreises in Nürnberg, die des schwäbischen in Eßlingen zusammen und beschloßen wirklich, die in Leipzig veranschlagten Truppenkontingente — in beiden Kreisen zusammen wollte man 12 000 Mann zu Fuß und 3000 zu Pferde aufbringen — ins Feld zu stellen. Ein Kriegsrat und ein Direktor sollte in jedem Kreis das Verteidigungswerk leiten. In denselben Tagen beschloß in Hamburg eine Versammlung niedersächsischer Stände die Anwerbung von etwa 5000 Mann, und den zögernden rheinischen Ständen voraneilend, stellte Landgraf Wilhelm ein Infanterieregiment nebst ein paar Hundert Reitern auf, denen der Weimarer weitere 1000 Mann zuziehen lassen wollte. Die nächste Aufgabe dieser Streitkräfte wäre nun gewesen, die kaiserlichen und ligistischen Truppen aus den Landen ihrer Kriegsherrn herauszuschlagen. Und in der That besaß auch Landgraf Wilhelm die Kühnheit, dem General Tilly bereits am 26. April die Quartiere zu kündigen und die Feindseligkeiten zu beginnen; andere, besonders Städte, wie Straßburg und Ulm, hielten wenigstens die in runder Summe ihnen aufgelegten Beisteuern zurück, so daß allerwärts die katholische Armee in schwere Verlegenheit geriet. Aber nicht nur der Kaiser war es, gegen den sich also das Vorgehen der Leipziger Vereinigten richtete, auch Gustav Adolf wurde dadurch aufs empfindlichste berührt. Er stand damals mitten in den Vorbereitungen seines Feldzugs, der zum Entsatz Magdeburgs führen sollte. Wie nun zu diesem Unternehmen sich die große Mehrzahl der protestantischen Fürsten stellen würde, war so unsicher, daß er nicht einmal darauf rechnen konnte, daß die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen ihm auch nur diejenige Begünstigung gewähren würden, die unbedingt nötig war, nämlich freien Durchzug durch ihre Lande und Oeffnung ihrer Festungen, falls er vor dem Feind zurückweichen mußte.

Sollten nun der Kaiser und der schwedische König vor diesem Selbstgefühl der neu erstandenen Partei zurückweichen? Dem Kaiser wurde die Antwort darauf um so leichter, da eben in dem Monat, in dem der Leipziger Abschied verfaßt wurde, auch schon die ersten Abteilungen der aus Italien stufenweise nach Deutschland zurückzuführenden Truppen bei Lindau eintrafen. Von Woche zu Woche wuchs ihre Zahl; ihre eigentliche Bestimmung ging natürlich auf Verstärkung Tillys gegen Gustav Adolf, aber als nächste Aufgabe schob sich jetzt davor die Zerstörung der in Schwaben und Franken begonnenen Anstalten zur Ausführung des Leipziger Schlusses. Gleichzeitig erhob sich auch die Liga zu neuen Anstrengungen, — allerdings unter Erscheinungen, welche auch die für die kaiserliche Politik bedenkliche Richtung wieder bekräftigten. Eben damals nämlich, am 8. Mai 1631, schritt Maximilian von Baiern zum Abschluß des Schutzbündnisses mit Frankreich. Den Einwendungen, welche er gegen den ersten Entwurf desselben erhoben hatte (S. 452), war Rechnung getragen: die Dauer des Bundes war auf acht Jahre, die Stärke der Hilfstruppen für Frankreich

auf 11 000, für Baiern auf 4000 Mann herabgesetzt, und der Vorbehalt des dem Kaiser geleisteten Eides dem Kurfürsten gestattet. Da der Bundesschutz nicht nur den ererbten, sondern auch den erworbenen Landen, also besonders auch Maximilians pfälzischen Eroberungen mit Einschluß der Kur, galt, da sich die Verbündeten ferner verpflichteten, daß keiner dem Feinde des anderen irgend welchen Beistand leisten dürfe, so mochte Maximilian sich schmeicheln, jetzt nicht nur die längst erstrebte zweiseitige Sicherung vonseiten Frankreichs und Oesterreichs, sondern auch eine Schutzwehr gegen Gustav Adolf und die protestantischen Reichsstände gewonnen zu haben. Aber dieser gegen die Interessen des Kaisers gerichtete Zug war nicht die einzige Maßregel, die Maximilian ergriff; auf deutschem Boden war er bereit, dem Kaiser gegenüber den Fortschritten Gustav Adolfs und den Rüstungen der Leipziger Vereinigten mit verstärkter Macht zur Seite zu treten. Und so, bei einem in demselben Monat Mai in Dinkelsbühl gehaltenen Ligatag, setzte er es durch, daß der Satz des Bundesheeres von 30 600 Mann, den man in Regensburg nur vorläufig beibehalten hatte (S. 457), nicht nur bestätigt, sondern um 11 000 Mann — 2000 Reiter und drei Infanterieregimenter — erhöht wurde.

Drohend genug war also die Stellung, welche Kaiser und Liga den Leipziger Vereinigten gegenüber ergriffen. Nicht minder rasch und nicht viel freundlicher erfolgten aber auch die Beschlüsse Gustav Adolfs. Wer damals, wie etwa der getreue Orenstierna, tiefer in die Gedanken und Empfindungen dieses Feuergeistes einzudringen vermochte, konnte wohl erschrecken vor dem Wechsel der kühnsten Hoffnungen und der drückendsten Sorgen, die ihn durchwogten. Seit seinem Erscheinen auf deutschem Boden hatten zwei große Ziele vor seiner Seele gestanden: einmal, er wollte die Grenzen seines Reiches noch weiter nach den Küsten der Ostsee hin vorschieben, sodann, er wollte das protestantische Bekenntnis und die protestantische Partei gegen Kaiser und Liga zu neuer Macht erheben. Jetzt, nachdem im ersten Anlauf das Herzogtum Pommern ihm zugefallen war, sah er den Anfang zur Verwirklichung des ersten Planes gemacht, und mit jedem neuen Erfolg wurde ihm der Vorsatz, dieses Land seinem schwedischen Reiche anzugliedern, klarer und fester. Dann aber, wie er die ersten Siege über die kaiserlichen Truppen erfochten hatte, und der Weg ins Innere des Reiches vor ihm lag, begann vor seinem geistigen Auge auch das zweite Ziel schon etwas festere Formen und großartigere Umrisse anzunehmen. Noch blieb freilich die Frage, zu welchen Eroberungen und territorialen Umwälzungen der Fortgang des Krieges und die Forderung der Restitution der beraubten protestantischen Stände führen solle, im Dunkeln, aber die andere Frage, wie man im Reich dem Kaiser und den katholischen Ständen gegenüber die Macht der protestantischen Partei durch eine feste Organisation sicher zu stellen habe, faßte er bestimmter ins Auge. Das letzte Ziel, so sagte er, indem er im Frühjahr 1631 dem hohen Flug seiner Entwürfe eine bestimmte Linie vorzeichnen unternahm, ist die Besetzung des kaiserlichen Thrones mit einem Protestanten. Wie aber diese Errungenschaft noch in unberechenbarer Ferne liegt, so muß einstweilen eine vorbereitende Aufgabe in Angriff genommen werden, und diese heißt: Zusammenfassung sämtlicher protestantischer Reichsstände in einem

dauernden Bündnis unter Führung des schwedischen Königs. So rief er den alten Gedanken der Union wieder wach, aber freilich unter der Voraussetzung eines fremden Hauptes und einer unvergleichlich größeren Macht und Selbständigkeit in dem konfessionell zerrissenen Reich. Natürlich bedurfte dieses Werk der Vorbereitung, und die sollte bestehen in einer Reihe sofort zu schließender Einzelbündnisse mit einzelnen Ständen, deren nächster Zweck auf das unmittelbar vorliegende Bedürfnis der gemeinsamen Kriegführung unter des Königs unumschränktem Oberbefehl gerichtet war, die aber zugleich, als Vorläufer des großen Bundes, nicht zeitlich beschränkt, sondern eine dauernde¹⁾ Einrichtung sein und der Krone Schweden neben der militärischen auch die politische Führung zuwenden sollten.

Gewiß waren diese Aussichten berauschend. Aber ihnen gegenüber türmten sich nun die Schwierigkeiten der Ausführung auf: zunächst die Beschränkung der Mittel. In dem ersten Kriegsjahr hatte der schwedische Staat aus den eigenen Truppenbeständen, angeworbenen wie ausgehobenen, die Invasionsarmee geliefert (S. 470) und an Geldzuschüssen nahezu drei Viertel der bescheidenen Staatseinnahmen²⁾ geopfert. Aber in dem folgenden Jahr sanken die Zuschüsse an Geld und Geldeswert schon auf etwa zwei Fünftel des vorigen Betrags,³⁾ und nach einer abermaligen ähnlichen Verkleinerung betrugen sie im Jahr 1632 nur noch rund 476 000 Reichsthaler.⁴⁾ Nicht viel anders stand es mit dem Rückgang der Truppensendungen. Und all' dem gegenüber das ungeheure Wachstum der Bedürfnisse! Die Erweiterung des Kriegsschauplatzes und die Verstärkung des Gegners nötigten den König, seine Offensive statt mit einer, mit mehreren Armeen fortzusetzen, und wenn er auch nicht, wie er gegen Ende des Jahres 1630 in vorgreifendem Ungestüm berechnet hatte, im laufenden Jahr fünf Heere ins Feld brachte, so sah er sich doch seit der Einnahme von Frankfurt und Landsberg vor der Notwendigkeit, mindestens nach drei Seiten hin schlagfertige Streitkräfte operieren zu lassen: in der Mitte wollte er die Hauptarmee gegen Magdeburg führen, zur Linken mußte von den gewonnenen Oderplätzen aus ein Corps gegen Schlesien, sei es offensiv, sei es defensiv, Front machen, zur Rechten hatte ein anderes Corps durch Einnahme von Greifswald die Eroberung Vorpommerns zu vollenden und dann die Unterwerfung Mecklenburgs durchzuführen, ganz abgesehen davon daß er auch bereits die Heimsuchung des Feindes im Wesergebiet, beginnend in dem Bremer Erzstift, ins Auge gefaßt hatte. Zu solchen Unternehmungen mußten aber die Truppen weit über den Bestand, den sie zu Ausgang des Jahres 1630 erreicht hatten, und weit über das Maß, welches der sparsame

¹⁾ Ueber Gustav Adolfs Bundespläne und Bundesverhandlungen vgl. meinen Aufsatz in den Göttinger Gelehrten Anzeigen 1905, S. 196. Hiernach ist der S. 465 dieses Werkes gedruckte Satz, daß die Dauer der von Gustav Adolf mit den protestantischen Fürsten geschlossenen Bündnisse nach Erreichung der Bundeszwecke abgemessen worden sei, zu streichen.

²⁾ Nach Arkif III Anh. S. 153 die Summe von 3 126 937 Reichsthalern, welche der Herausgeber (Vorr. S. 43) auf 9 096 256 „weiße Thaler“ berechnet, während die Gesamteinnahme sich auf 13 072 071 weiße Thaler beliefen (S. 40).

³⁾ 1 306 727 Reichsthaler nach Abzug der französischen und spanischen Subsidien (Arkif III Anh. S. 155).

⁴⁾ 662, 439; davon abzuziehen 186 000 Reichsthaler französischer und staatlicher Subsidien (a. a. D. S. 155).

Nachschub aus Schweden einhielt, vermehrt werden, und vollends mußten die Mittel zum Unterhalt derselben über die dürftigen Beträge der schwedischen Sendungen und der französisch-niederländischen Hilfsgelder erhöht werden.

Um diesen Erfordernissen gerecht zu werden, sah der König keinen anderen Ausweg, als den, daß er vornehmlich nicht mehr in Schweden, sondern in Deutschland die Mittel seiner Kriegsführung suchte. Von Deutschland aus setzte er ein gewaltiges Werbesystem ins Werk, bei dem die Söldner zwar auch aus den Nachbarlanden, besonders aus England und Schottland, vor allem aber aus deutschen Plätzen herangezogen wurden; in Deutschland sodann trat er, da es galt, die Mittel des Unterhalts der Armee zusammenzubringen, ohne weitere Rücksichten in die Spuren Wallensteins: als er z. B. seit Februar 1631 seine Truppen, soweit sie im offenen Felde nicht mehr verwandt wurden, nach und nach zu kurzer Rast in Pommern, der Ucker- und Neumark und den östlichen Grenzgebieten von Mecklenburg in die Winterquartiere verteilte und dabei, wie schon bemerkt (S. 471), die Einwohner zur Unterhaltung der Truppen heranzog, stellte auch er als durchgehenden Maßstab eine Geldleistung auf, die für die Reiter ein Viertel des Monatsoldes betrug. Das schien im Verhältnis zu den Forderungen der Kaiserlichen fürs erste allerdings noch recht bescheiden; allein Gustav Adolf mußte die Anlage alsbald zu verdoppeln, indem er die zusammengesmolzenen Regimenter als vollzählig rechnete und darnach den Reitern zum größten Teil je zwei Quartiere zuweisen ließ, indem er ferner für die Musterungen, die über die einzelnen Truppenkörper nach Vornahme der Ergänzungswerbungen abzuhalten waren, wiederum die Zahlung von zwei Reichsthalern auf den Mann verordnete.¹⁾ Daneben hatte er ja auch in Pommern bereits den Anfang mit der Auflage von Steuern in rundem Betrag gemacht (S. 465). Das schlimmste war, daß die Verwandtschaft mit Wallensteins Verfahren sich auch auf die formlosen Erpressungen ausdehnte. Die Reiterei, so mußte der König selber im Hinblick auf seinen Geldmangel am 1. Mai 1631 gestehen, hat seit einigen Monaten nur vom Raub gelebt.

Nicht geringer, als diese finanziellen, waren die politischen Schwierigkeiten. Eben jetzt, da der König im Begriffe war, den Feldzug zum Entsatze Magdeburgs anzutreten, kam ihm, wie schon bemerkt (S. 480), alles darauf an, unter den mit den protestantischen Ständen geplanten Bündnissen das mit Kurbrandenburg und Sachsen abzuschließen, und zwar aus dem dreifachen Grunde, weil der Vorgang der beiden Kurfürsten die übrigen Stände nach sich zu ziehen versprach, weil er für den vorstehenden Feldzug ihre Lande als militärischen Rückhalt benutzen mußte, und endlich, weil er der Verstärkung seiner eigenen Streitkräfte bedürftig war. An eigenen Truppen hatte er nämlich nach Absonderung der nötigen Besatzungen und selbständig operierenden Abteilungen nur 15700 Mann ins Feld führen können, eine Streitmacht, mit der er gegen die viel stärkere Armee, mit der Tilly vor Magdeburg lag, nicht angehen zu können

¹⁾ Vgl. S. 471 Anm. 1. Ferner Arkif III Anh. n. 1050, 1051; S. 342, 344. Der in n. 1050 befindliche Ansat von 1961 Reichsthalern = $\frac{1}{4}$ Monatssolde für die Compagnie wird bestätigt durch die in n. 959 S. 173 (links Z. 10 fg.) befindlichen Ansätze, welche 3922 Reichsthaler = $\frac{1}{2}$ Monatssolde auf die Compagnie ergeben.

glaubte. Er brauchte also Verstärkung, und diese erwartete er zwar nicht von den zwei defekten Fußregimentern und den paar Hundert Reitern des Kurfürsten von Brandenburg, wohl aber von der in der Bildung begriffenen kursächsischen Armee.

Aber den Bundesanträgen des Königs widerstanden jetzt, nach den Leipziger Beschlüssen, der brandenburgische wie der sächsische Kurfürst erst recht: sie wollten beide keine Unterwerfung unter die schwedische Diktatur, und der erstere hatte außerdem Pommern, als das ihm zustehende Erbe, gegen den König zu verteidigen. Also gleich beim Antritt seines Feldzuges sah sich Gustav Adolf einem zähen Widerstand der eigenen Glaubensgenossen gegenüber. Da entsprach es seiner Natur, daß er zur Anwendung des Zwanges schritt, — zunächst gegen seinen brandenburgischen Schwager. Von der festen Stellung, die er seit der Einnahme von Frankfurt und Landsberg auf brandenburgischem Boden gewonnen hatte, bewegte er sich mit Beginn des Monats Mai, zugleich unterhandelnd und seine Streitkräfte vorschiebend, gegen die kurfürstliche Residenz. Es war eine Drohung mit offener Gewalt, und so rasch glaubte er auch ihre Wirkung zu sehen, daß er am 4. Mai seinem Kanzler schrieb: wir sind im Werk, mit dem Kurfürsten ein Bündnis nach Art des mit Pommern geschlossenen aufzurichten. Er rechnete dabei auf den Umstand, daß die Räte Göge und Knefbeck, die ihren Herrn damals zu einer scharf antikaiserlichen Politik drängten (S. 461), allerdings geneigt waren, ein derartiges Bündnis — berechnet auf unbegrenzte Dauer, auf militärische und politische Diktatur des Königs und Tributpflichtigkeit des Kurfürsten — zu bewilligen, wenn nur dadurch dem Kurfürsten die Erbschaft Pommerns gerettet würde. Indes, abgesehen davon, daß dieser Vorbehalt dem Könige vielmehr Anlaß gab, sein Verlangen nach Pommern, mindestens den besten Küstenplätzen, offen zu bekennen, es zeigte sich auch, daß Georg Wilhelm selber doch mehr an den Grundsätzen seines abwesenden Rates Schwarzenberg, als an denjenigen der jetzt vormaltenden Räte festhielt. Für seine Person beharrte er gegenüber dem Ansinnen des Königs auf einem so hartnäckigen Widerstand, daß dieser sich schließlich zu einer Unterscheidung verstand zwischen dem, was sofort zu erlangen und dem, was einstweilen zu verschieben war. Verschieben wollte er den Abschluß des Bundes, aber sofort sollte ihm die Verfügung über die dem Kurfürsten noch übrigen Festungen zu Durchzug und Rückzug, zu Besetzung oder Mitbesetzung eingeräumt werden. Und während er diese Forderung verfocht, hatte er seine Truppen schon bis Köpenick vorgeschoben, bereit, bei längerem Widerstand sich auf eigene Hand Befriedigung zu schaffen. Da verstand sich denn der Kurfürst zu einem am 14. Mai geschlossenen Abkommen, das von den ihm noch übrigen Festungen wenigstens die beiden wichtigsten, Küstrin und Spandau, preisgab, aber, soweit es sich um letzteren Platz handelte, doch nur bis zum Entsatz Magdeburgs, oder bis der König ihn sonst zur Deckung seines Rückzugs nicht mehr nötig habe, gelten sollte. Spandau, als unentbehrlicher Havelpaß, wurde ihm, ähnlich wie Frankfurt und Landsberg, zur völligen Besetzung überlassen, in Küstrin wurde der brandenburgische Kommandant verpflichtet, sich dem für Pommern und die Neumark bestellten königlichen Feldherrn unterzuordnen und im Fall der Not schwedische Truppen aufzunehmen.

Mit seinem Hauptquartier bei Spandau und Potsdam verweilend, trat nun der König in die zweite Verhandlung mit Kurachsen ein, die sich von vornherein ungleich wichtiger und ungleich schwieriger gestalten mußte: wichtiger, weil dieser Kurfürst eine wirkliche kleine Armee zu bilden im Begriffe war und also nicht bloß gute Positionen, sondern starke Truppenhülfe gewähren konnte, schwieriger, weil Johann Georg dem offenen Bruch mit dem Kaiser und dem Kriegsbündnis mit dem fremden König nach seiner ganzen bisherigen Politik noch aufs hartnäckigste widerstrebte. So ließen denn auch diese Anknüpfungen sich alsbald äußerst schwierig an. Noch stand man aber erst in ihren Anfängen, als sie durch einen furchtbaren Zwischenfall überholt wurden: es kam die Botschaft, daß am 20. Mai die Festung, deren Entsatz eben das nächste Ziel aller Vorschläge und des angetretenen Feldzuges war, gefallen sei.

Die Belagerung Magdeburgs war seit Anfang April von Tilly mit aller Kraft seiner vereinten Armee fortgeführt; bis Mitte Mai hatte er die Belagerten in die innere Umwallung der Altstadt eingezwängt, die Laufgräben bis in die Wälle getrieben und die Vorbereitungen zum Sturm in Angriff genommen. In der Stadt selber war inzwischen die Zahl der Soldtruppen auf etwa 2000 Mann zurückgegangen, neben denen allerdings eine Bürgermiliz von etwa 5000 Mann kämpfte, aber gerade diese unter dem drückenden Gefühl der Uebermacht des Bedrängers und des bereits eintretenden Mangels an Munition. In dieser Lage stellte eine zuerst am 4. Mai ergangene Aufforderung Tillys die Stadt vor die Wahl der Uebergabe oder des äußersten Widerstandes. Begründete Hoffnung auf erfolgreiche Abwehr konnten damals die Einsichtigen kaum mehr hegen, und bei den gräßlichen Folgen der Erstürmung einer Stadt, besonders wenn die gesamte Bürgerschaft an dem Kampfe beteiligt war, gehörte eine fast übermenschliche Entschlossenheit dazu, um dennoch im Kampfe zu beharren. Aber diesen grimmigen Mut besaß vor allem der schwedische Kommandant Falkenberg, und die gleiche Stimmung, allerdings mit mehr oder weniger Täuschungen vermischt, wurde auch noch unter den von ihren Predigern angefeuerten Massen erhalten. Ihnen gegenüber bildeten die meist den höheren Klassen Angehörigen, die zur Ergebung rieten, eine geschmähte und verdächtige Minderheit. So gingen denn nochmals vierzehn Tage unter weiteren Kämpfen dahin. Aber als nun Tilly am 18. Mai eine letzte Aufforderung ergehen ließ, kündigte sich eine Wendung an; es begann im Rat die Stimme der zur Kapitulation Ratenden durchzudringen, nur daß in diesen letzten Stunden die noch andauernden Schwankungen und die Gegenwirkungen Falkenbergs einen kostbaren Tag dahin gehen ließen; erst am folgenden Tag, am 20. Mai um 4 Uhr morgens, trat der Rat abermals zusammen, um nochmals mit Falkenberg über die Ergebung zu handeln. Da aber war der Moment des Unterhandelns verfäumt.

Am Abend des 19. Mai hatte Tilly, nicht ohne schwere Bedenken, seine Zustimmung dazu gegeben, daß in der folgenden Morgenstunde, wann die zusammengeschmolzene Besatzung Ruhe von der Nachtwache suche, der Sturm gewagt werden solle. Die entscheidende Aktion fiel dabei dem Draufgänger in Tillys Heer, dem Feldmarschall Pappenheim zu, welcher an der Nordseite der am linken Elbufer sich herabziehenden Stadt befehligte. Als der um sieben Uhr

seine Truppen gegen ein vorgeschobenes Bollwerk, dann den dahinter aufsteigenden Hauptwall anstürmen ließ, gelang es im ersten Anlauf, an die überraschte Besatzung heranzukommen und die Höhe zu erreichen. Aber wie es nun galt, die gewonnene Stellung zu behaupten und durch das dahinter gelegene „Stüdtor“ in das enge Straßengewirre einzudringen, und wie darüber Falkenberg vom Rathaus mit zwei Compagnien seiner Söldner herbeieilte, um persönlich die Abwehr zu leiten, gab es einen harten Kampf. Falkenberg selber fiel schon im Beginne desselben; Soldaten und Bürger aber hielten die Pappenheimer, welche schwere Verluste erlitten, in einem zweistündigen Straßenkampf am Rande der Stadt auf, bis der Feldmarschall größere Reitermassen über Gräben und Wälle brachte und gegen neun Uhr damit einbrach. Gleich nachher gelang es auch den am Süd- und Westende Stürmenden, den Eingang zu erzwingen, und da war denn die Entscheidung im wesentlichen gefallen. Noch freilich kostete es Pappenheim einen weiteren zweistündigen Kampf, um sich der Länge nach durch die Stadt, bis zum südlichen Ende seinen Weg zu bahnen. Aber da, wie nun die wild gewordenen Söldner sich in die Straßen und Häuser ergossen, und die Raserei des Blutdurstes, der Wollust und vor allem der Raubgier gegen die Besiegten ausbrach, kam eine neue Katastrophe über Sieger und Besiegte zugleich. In der Zeit, da die Reiter Pappenheims den Angreifern Luft machten, brachen auf dem Weg der vordringenden Truppen, also in dem nördlichen Teil der Stadt, mehrere Feuersbrünste aus. An Löschen wurde in der Wut des Kampfes nicht gedacht. Da aber das Feuer nicht einen, sondern mehrere Herde hatte, und ein sich erhebender Nordoststurm die Flammen nach Süden und Westen weiter trieb, sahen die plündernden Soldaten sich plötzlich ihre Beute von einem schrecklicheren Feinde streitig gemacht; der Brand griff derart um sich, daß bis zur Mittagstunde fast die ganze Stadt in Flammen stand, nur einige Häusergruppen, darunter die Domkirche, konnten gerettet werden. Das Grauenhafteste war, daß der größere Teil der Einwohner, die in Kellern und Böden Rettung vor den Soldaten gesucht hatten, der Erstückung oder Verbrennung zum Opfer wurden; auch die Zahl der Soldaten, welche bei Raub oder Ausschweifungen von den Flammen überrascht wurden, war keineswegs gering. Es war eine Katastrophe, ähnlich der, welche man in Deutschland vor 45 Jahren in Neuß erlebt hatte (II 19), jedoch mit dem Unterschied, daß Neuß eine kleine Stadt war, Magdeburg dagegen mit etwa 30 000 Einwohnern als Großstadt galt. War es Zufall oder beabsichtigte Brandstiftung, was das Entsetzliche herbeigeführt hatte? und wenn letztere vorlag, waren die Eroberer oder die Verteidiger, vielleicht gar Falkenberg selbst, die Schuldigen? Jede dieser Möglichkeiten wurde alsbald als Thatsache behauptet, aber da unter den Ausagen keine mit Sicherheit auf zuverlässige Beobachtung der Anfänge des Brandes zurückzuführen ist, so läßt eine Entscheidung sich nicht treffen.

Um so klarer liegen die Folgen des fürchterlichen Ereignisses vor. Wie kaum ein anderes, ergriff es allwärts die Gemüter. Der Grimm der deutschen Protestanten gegen die katholischen Heere und gegen die Sache, welche sie verfochten, wurde jetzt auf den Höhepunkt getrieben und fand in Tilly den wahren Gegenstand alles Abscheus, nicht freilich, ohne daß auch auf den Schwedenkönig der Vor-

wurf des versäumten Entsatzes fiel. Der aber regte dann neuen Streit auf, indem er in einer Schrift, die er ausgehen ließ, mit der kalten Selbstsucht des Eroberers die Schuld auf die protestantischen Kurfürsten und vor allem auf die unglücklichen Magdeburger wälzte, auf ihren Geiz, ihre Mäthzigkeit und das ungestörte Treiben der Verräter. Aber nicht nur Erbitterung und Streit, sondern auch eine tiefgreifende Veränderung der Kriegspläne stellte sich als Folge ein. Gustav Adolf hielt natürlich in seinem Zug zum Entsatze der Stadt ein, ja er bereitete sich sogar zum Rückzug auf die Oderlinie, unter den Schutz der dort gewonnenen Festungen, vor. Tilly dagegen, der in Magdeburg einen für offensive wie defensive Kriegsführung gleich geeigneten, auch mit Vorräten noch leidlich versehenen Stützpunkt hatte gewinnen wollen, fand sich nur im Besitz einer verpesteten Trümmerstätte, in der seines Bleibens nicht war. Wohin also sollte er sich wenden? Wenn er, so rechnete er, im Gefühl des eben errungenen Sieges auf Gustav Adolf losgehe, so werde dieser in unangreifbare Stellungen hinter der Havel oder der Oder zurückweichen, es werde außerdem seine Armee, die ja bei der mangelhaften Zufuhr von der Hand in den Mund leben mußte, in dem ausgezogenen Brandenburgischen keinen Unterhalt finden. Und so suchte er seine nächste Aufgabe in der Zerstörung der kriegerischen Rüstungen, die in Kurachsen, Hessen und Thüringen neue Feinde ins Feld führen mußten. Hätte er dabei nach eigenem Ermessen handeln können, so würde er sich ohne weiteres gegen die stärksten Zurüstungen in Sachsen gewandt haben, um seine Flanke gegen eine Streitmacht zu sichern, die früher oder später zum Zusammenwirken mit Schweden angewiesen war. Hier jedoch traten ihm seine Kriegsherren, mit besonderer Angstlichkeit Kurfürst Maximilian, in den Weg: sie untersagten es, den noch nicht vollzogenen Bruch mit dem alten Freunde gewaltsam herbeizuführen. Da blieb denn als zweitstärkster Gegner nur noch der Landgraf Wilhelm nebst den ihm befreundeten sächsischen Herzögen übrig. Gegen sie wandte sich Tilly, indem er vom 3. Juni ab mit der Hauptmasse seiner Armee langsam nach Mühlhausen, auf die Grenzscheide zwischen Hessen und Thüringen, zog und hier die Genehmigung des Kaisers und des bairischen Kurfürsten für den Einmarsch abwartete. Diese wurde nun freilich erteilt, und zwar vom Kurfürsten um so bereitwilliger, da seinem alten Verlangen, daß sich Tilly hülfbereit in der Nähe der rheinischen und oberländischen Ligastände halten müsse, Rechnung getragen wurde. Aber mit dem Abwarten derselben ging kostbare Zeit verloren, und es kam der Anfang des Monats Juli heran, bis Tilly einige streifende Truppen ins hessische Werragebiet vorschicken konnte.

Sehr verschieden war die Wirkung dieses Vorgehens. In Sachsen-Weimar verlor auf Tillys erste Demonstrationen der Herzog Wilhelm den Mut, floh unter den Schutz des Kurfürsten von Sachsen, löste seine Truppen auf und sah zu, wie seine Brüder zwei Tillysche Regimenter in Quartier nahmen. In Hessen dagegen wagte Landgraf Wilhelm, das Ansinnen Tillys auf Entlassung seiner Truppen und Aufnahme fünf kaiserlicher Regimenter mit herausforderndem Trotz zu beantworten, obgleich er nur über ein Regiment Infanterie und ein paar Hundert Reiter verfügte und daneben auf seine beiden Festungen Kassel und Ziegenhain rechnen konnte. Was ihm den Mut zu diesem Widerstand gab,

war der Umstand, daß Gustav Adolf inzwischen neue Kräfte gesammelt und eine neue Bewegung vollführt hatte.

Während der König in seinem Lager zu Spandau vorläufig stehen geblieben war, hatte er vor allem wieder auf den Angelpunkt seiner deutschen Bundesbestrebungen, nämlich auf das Verhältnis zu den beiden protestantischen Kurfürsten, zurückgegriffen. Dem mächtigern von ihnen, dem Kurfürsten von Sachsen, konnte er freilich fürs erste nicht beikommen; aber der seiner Uebermacht preisgegebene brandenburgische Kurfürst sollte nunmehr zu dem vorläufig zurückgestellten Eintritt in das schwedische Bündnis genötigt werden. Neue Verhandlungen darüber begann er am 22. Mai, noch gerade bevor der Fall Magdeburgs kund wurde, und führte sie weiter bis zum 20. Juni. Auch diesmal gestaltete sich die Auseinandersetzung äußerst schwierig und zugleich höchst gereizt. War es die Empfindung, daß er gerade jetzt keinen neuen Fehlschlag erleiden dürfe, oder war es die Erbitterung über den Gang der Magdeburger Dinge? — genug, so herrisch und heftig, wie jetzt gegen seinen Schwager, hatte er sich noch keinem deutschen Fürsten gegenüber gezeigt. Von Anfang an stellte er die Verhandlungen auf das Wort, daß er mit Brandenburg entweder Bündnis oder offenen Krieg haben wolle, und den Schluß des Hin- und Herredens führte er endlich herbei, indem er mit seinen Truppen zur Einnahme Berlins aufbrach und dem Kurfürsten sagen ließ, wenn er Widerstand finde, so wolle er an dem Blutbad und der unvermeidlichen Plünderung vor Gott entschuldigt sein. Indes, auch der Kurfürst, doppelt gereizt durch die auch jetzt wieder durchscheinende Absicht des Königs, ihm Pommern zu entreißen, und bestärkt durch die während der Verhandlungen eintreffende Botschaft des sächsischen Kurfürsten, daß er das Bündnis mit Schweden verwerfe, bewährte eine Zähigkeit passiven Widerstandes, vor welcher am Ende der König auf den Abschluß des förmlichen Bündnisses doch wieder verzichten mußte. Allerdings was er dem Kurfürsten, in einem am 20. Juni zustande kommenden Vertrag, abzwang, war weitreichend genug. Nicht nur daß die vorigen Zugeständnisse betreffend Spandau und Küstrin jetzt auf die ganze Dauer des Krieges erstreckt wurden, der Kurfürst mußte auch zugeben, daß seine Lande, aus denen Tilly sich nichts mehr herauszupressen getraute, auf sechs Monate unter zehn schwedische Regimenter in zehn Kontributionsbezirke geteilt werden, und jeder Bezirk monatlich 3000 Reichsthaler erlegen sollte: ein Tribut, den Gustav Adolf bei der definitiven¹⁾ Festsetzung noch wesentlich heraufsetzte.

Nachdem also die brandenburgischen Lande von Gustav Adolf noch gründlicher unterjocht waren, als früher von Wallenstein, und der Kurfürst thatsächlich dem Leipziger Verband entzogen war, konnte der König den nötig gewordenen neuen Feldzugsplan in Angriff nehmen. Hier wandten seine Blicke sich wieder nach Norden. Er gedachte, vor allem dasjenige, was durch den aufgenötigten Zug nach Magdeburg unterbrochen war, nämlich die Gewinnung einer militärischen Basis an den Küstenlanden, zu vollenden. Die Odermündungen und die ganze

¹⁾ Diese erfolgte nicht sogleich (Kreyschmar S. 314 Z. 8 v. u., Arkif I n. 336 S. 458 Art. 4; S. 461 Art. 13), sondern erst am 10. Sept. (Traktater V 1 S. 507).

Oberlinie bis nach Frankfurt und Krossen hatte er gewonnen, aber der Weg nach der unteren Elbe und vollends nach den Wesermündungen war ihm durch den Feind noch gesperrt. In dieser Richtung nun eröffnete sich ihm eben jetzt eine doppelte Aussicht: auf Mecklenburg und auf das Erzstift Bremen. Zur Verwendung gegen Mecklenburg wurde die von Alte Tott geführte Heeresabteilung, als am 25. Juni die Stadt Greifswald kapitulieren mußte, frei, daneben stand eine wegen des Namens, unter dem sie focht, nicht unverächtliche kleine Hülfsstruppe in Aussicht, da die beiden mecklenburgische Herzöge, die von jeher mit Gustav Adolf in Verbindung gestanden hatten, im Werke waren, unter dem Schutze der Reichsstadt Lübeck einige Söldnerhaufen zur Wiedergewinnung ihres Landes anzuwerben.

Gleichzeitig mit ihnen machte sich der Administrator von Bremen, der holsteinische Johann Friedrich, der aus seinen Stiftslanden unter den Schutze der Stadt Bremen hatte zurückweichen müssen (S. 427), zur Rückgewinnung seines Erzstiftes auf, fürs erste freilich nicht mit übereilten Kriegsrüstungen, sondern mit politischen Unterhandlungen. Er schloß, als erster nach dem Herzog von Pommern, mit dem schwedischen Bevollmächtigten Adler Salvius ein nachher von Gustav Adolf ratifiziertes Bündnis (3. Juli). Hier wurde als nächster Zweck die Rückführung des Erzstiftes in den Stand von 1618 bezeichnet, zu erzielen durch gemeinsame Kriegsführung beiderseitiger Truppen. Als weiterer Zweck wurde, wie in dem hessischen Bundesentwurf (S. 471), der große Krieg des Königs, zu dem der Administrator nach Befreiung seines Stiftes Truppenhilfe zu leisten hatte, aufgestellt, und da durfte denn auch, wie in jenem Entwurf, die Bestimmung über die eventuell beiderseitig zu machenden und beiderseitig zu verbürgenden Eroberungen, und vollends die Bestimmung über des Königs „absolute Direktion dieses Bundes und des Bundeskrieges“, mit Einschluß der freien militärischen Verfügung über das Land und seine festen Plätze, nicht fehlen: geradezu als Schutzherrlichkeit (*clientela*) wurde des Königs Verhältnis zum Administrator bezeichnet, und diesem auferlegt, des Königs Nutzen zu fördern und Schaden abzuwehren, wie es dem getreuen Schutzbefohlenen geziemt. Merkwürdiger Weise war nur eines, sei es in der Eile vergessen, sei es wegen der beschränkten Rechte des Administrators als bloßen Wahlfürsten übergangen, was Gustav Adolf sonst als wesentlichen Punkt seiner deutschen Bündnisse ansah (S. 487 Anm. 1), nämlich die immerwährende Dauer des Bundes.

Mit gehobenem Mut konnte so der König dem Tag entgegensehen, da seine Macht sich durch Mecklenburg bis an die untere Elbe, von da durch die Bremer Stiftslande bis an die Wesermündungen erstrecken werde. Da galt es ihm denn zunächst, die in diesen Gebieten sich noch haltenden katholischen Besatzungen sowohl von der Hauptarmee Tillys, die in Mühlhausen, wie von einem besondern Corps Pappenheims und Mansfelds, das bei Magdeburg stand, abzuschneiden. Noch immer waren seine für solche Bewegungen verfügbaren Truppen spärlich bemessen, und nur langsam stellten sich die angeordneten Verstärkungen ein, die beiden massenhaftesten — nämlich ein auf 7500 Mann geschätzter Zuzug aus Schweden, der im Geleit der Gemahlin des Königs kam, und ein in England und Schottland vom Marquis von Hamilton geworbenes Corps von angeblich 6—7000 Mann, das gegen die Bremer Stiftslande bestimmt wurde, statt dessen

aber seine Fahrt nach der Ostseeküste nahm — trafen erst im Juli und im August ein. Ohne jedoch mit ängstlichem Warten Zeit zu verlieren, nahm er am 3. Juli in Spandau seine Reiterei und einiges Fußvolk zusammen, scheuchte Pappenheim'sche Truppen, die sich vorgewagt hatten, in die feste Stellung bei Magdeburg zurück, bemächtigte sich Tangermündes und ließ von dort seine Truppen sich auf das linke Elbufer in die Altmark ergießen. Einige Tage später ging sein General Banér mit dem Rest des verfügbaren Fußvolkes auf Havelberg los und nahm am 22. Juli auch diesen viel begehrten Elb- und Havelpaß. Gleichzeitig ging er selber auf dem linken Elbufer nach Werben hinab, wo er nun ein festes Lager schlug, ebenso bereit, in defensiver Haltung seine Kräfte zu sammeln, wie angreifend nach jeder Seite vorzubrechen, wo dem Feind Abbruch geschehen konnte.

Diese drohende Bewegung war es, welche Tilly nötigte, von seinen Plänen gegen den Landgrafen Wilhelm abzustehen. Am 19. Juli brach er von Mühlhausen auf, um dem König entgegenzutreten, vor allem ihm den Weg die Elbe aufwärts oder nach dem Wesergebiet zu verschließen. Am 27. Juli sammelte er seine Streitkräfte bei Wolmirstedt, nördlich von Magdeburg, auf dem linken Elbufer, und an demselben Tag hatten auch schon drei seiner in der Vorhut befindlichen Kavallerieregimenter mit der zum Refognoszieren vorgegangenen Reiterei Gustav Adolfs ein höchst unglückliches Zusammentreffen bei dem Dorfe Burgstall. Ohne sich indes dadurch zurückhalten zu lassen, drang Tilly weiter vor: am 5. August stand er in Schlachtordnung vor dem schwedischen Lager von Werben. Allein zum Wagnis einer Schlacht fühlte sich Gustav Adolf, dessen zusammengezogene Truppen erst 15 000 Mann zählten, noch keineswegs stark genug, während Tilly die Schlacht durch einen ernsthaften Angriff auf das Lager zu erzwingen, ebenso wenig wagte, zumal auch er von der aus Italien nach Süddeutschland herangezogenen Armee Verstärkungen erwartete. Und so, indem Tilly auf Tangermünde, dann Wolmirstedt zurückging, trat noch einmal eine sechswochentliche Frist ein, ausgefüllt mit Manövern zur Festhaltung des Gegners, mit militärischen und politischen Vorbereitungen zur Stärkung der beiderseitigen Kräfte für die herannahende Entscheidung.

Unter den politischen Vorbereitungen war für Gustav Adolf von besonderer Wichtigkeit der endliche Abschluß des Bündnisses mit Hessen-Kassel. Landgraf Wilhelm, sobald er sich vom Druck der Nähe Tillys frei fühlte, war selber in das Lager von Werben geeilt und hier, in persönlicher Verhandlung, setzte er es durch, daß in den harten Bestimmungen des Bundesentwurfs (S. 469) wenigstens einige Milderungen eintraten. Die vom König beanspruchte Direktion der hessischen Bundeskasse fiel weg, und unter Wahrung des unbeschränkten Oberbefehls des Königs über alle Streitkräfte und die gesamte Kriegführung wurde doch die besondere Bestimmung hinsichtlich des stellvertretenden Kommandanten, den der König dem hessischen Bundescorps vorsezen wollte, dahin geändert, daß dieser Stellvertreter des Königs eben der Landgraf selbst sein solle, das Bundescorps aber, welches er aus eigenen Mitteln aufzustellen und zu unterhalten hatte, sich auf mindestens 10 000 Mann belaufen müsse, eine Bestimmung, die einige Tage nachher noch wesentlich erweitert wurde, indem der König den Landgrafen

zum General der in den rheinischen Kreisen zu werbenden Truppen bestellte. Im übrigen wurde auch hier, wenn auch nicht in so starken Ausdrücken, wie in dem bremischen Vertrag, die Schutzherrlichkeit des Königs festgesetzt, und vor allem das Bündnis nicht als ein zeitweiliges, sondern ein „beständiges, unauflösliches“ abgeschlossen (22. August).

In eine Verhandlung entgegengesetzter Art trat gleichzeitig Tilly mit dem Kurfürsten von Sachsen ein. Nach wie vor sah der General in den sächsischen Rüstungen die größte Gefahr; er fand sich durch sie in der Seite nicht minder bedroht, als durch die Bewegungen Gustav Adolfs in der Front. Auf sein fortgesetztes Drängen, daß die Rücksichten gegen den Kurfürsten zur Seite gesetzt werden müßten, hatte denn auch endlich am 23. Juli, nicht zwar der Kurfürst Maximilian, wohl aber der Kaiser den Auftrag von sich gegeben, noch einen letzten Versuch zur Güte anzustellen, dann aber, wenn derselbe fehl schlage, zur Gewalt zu greifen. Darauf stellten denn am 29. August, nachdem des Kaisers Wille dem Kurfürsten vorher kund gethan war, zwei Abgeordnete Tillys, der selber sein Hauptquartier näher an die sächsische Grenze, zunächst nach Eisleben, später nach Halle verlegte, in aller Form, das Ansinnen, seine Werbungen einzustellen und seine bereits geworbenen Truppen in den Dienst des Kaisers zu überweisen, ein Ansinnen, das er noch zum letztenmal am 3. September mit Ankündigung seines bevorstehenden Einmarsches wiederholte. Er zwang also den Kurfürsten, sich endlich zu entscheiden zwischen demütigender Unterwerfung unter den Kaiser und kriegerischem Anschluß an Gustav Adolf. „Jedermann in unserer Armee,“ so bezeugte etwas später der schwedische Diplomat Salvius, „urteilte, daß er damit einen schweren Fehler beging.“ Und in der That, wenn man zurückfäh auf die Zeit, da Tilly das gewaltsame Eingreifen zuerst empfahl, d. h. auf die Tage, da der Schrecken von Magdeburgs Fall unmittelbar auf die Gemüter wirkte, und die sächsischen Rüstungen noch in ihren ersten Anfängen standen, so erschien die Maßregel verspätet, wenn man dagegen vorwärts blickte auf die im Gang befindlichen militärischen und politischen Anstalten, so konnte sie verfrüht erscheinen.

Denn wie stand es damals mit Tillys militärischen Verstärkungen? In erster Linie hatte er auf den Zuzug jener aus Italien zurückkehrenden Truppen zu rechnen, welche, wie oben erwähnt, seit April abteilungsweise am Bodensee anlangten. Aber zunächst dauerte es doch bis Anfang Juni, ehe ihr Kommandant, Graf Egon von Fürstenberg, von seinem Hauptquartier in Ravensburg aus diese Truppen zu einer aktionsfähigen Masse vereinigte, und dann hatte er vor der Vereinigung mit Tilly noch eine andere Aufgabe zu lösen: er sollte den protestantischen Ständen in Schwaben und Franken die Ausführung der Leipziger Beschlüsse legen. Als schwierig erwies sich freilich diese erste Aufgabe nicht. Nirgends fand Fürstenberg eine wirklich schlagfertige Truppe vor, nirgends wurde ein Zusammenwirken der einzelnen Stände, oder gar der ganzen Kreise erzielt. So genügte das bloße Erscheinen der kaiserlichen Regimenter, um Städte, wie Rempten und Memmingen, zur Unterwerfung zu bringen, und als dann Fürstenberg am 10. Juli bei Tübingen sich gegen die zusammengerafften Truppen des württembergischen Herzogs aufstellte, sah auch dieser sein Heil nur in einer am

11. Juli geschlossenen Kapitulation. Stehende Bedingungen dieser Kapitulationen waren: Entlassung der eigenen Truppen, Aufnahme kaiserlicher Einquartierung und schwere Monatsbeiträge in Geld für die kaiserliche Armee. Aber es waren das Triumphe, die Zeit kosteten. Erst mit Ablauf des Monats Juli konnte Fürstenberg den Fortmarsch nach Thüringen antreten, und da er auch jetzt noch, um das Werk der Unterwerfung im schwäbischen Kreis zu vollenden und im fränkischen durchzuführen, vorläufig mehr als ein Drittel seiner Armee unter dem Generalwachtmeister Aldringen zurücklassen mußte, von dem dann wieder der bairische Generalwachtmeister Graf Fugger, der neugeworbene ligistische Truppen herangeführt hatte, sich trennte, um Mainz und Fulda gegen den Landgrafen Wilhelm zu schützen, so stieß er selber in Eisleben am 31. August nur mit 42 Compagnien zu Fuß und 32 zu Pferde, angeblich etwa 10 000 Mann, zu dem kaiserlichen Feldherrn. Noch weniger günstig stand es mit der Verstärkung von Tillys Armee durch Neuwerbungen. Wohl wurde von den neu aufzustellenden Ligatruppen die Hauptmasse, nämlich zwei Fußregimenter und die gesamte Reiterei, durch den Kölner Kurfürsten in dem Operationsgebiet Tillys angeworben, und wohl regte sich auch der Kaiser, indem er neben größeren Werbungen, die er in Schlessien anstellen ließ, auch an Tilly die Patente zur Anwerbung von drei Infanterieregimentern und 2000 Reitern schickte;¹⁾ aber bis diese Truppen aufkamen, brauchte man noch geraume Zeit, ebenso wie noch kostbare Wochen vergehen mußten, bis das Corps Aldringen herankommen konnte.

Wenn hienach die militärischen Verhältnisse den übereilten Bruch mit Sachsen nicht rätlich erscheinen ließen, so legten auch die damals schwebenden politischen Verhandlungen ein versöhnliches Verhalten näher, als ein schroffes. Am 15. September 1631 wurde die Frankfurter Tagsatzung, welche einen Ausgleich über das Restitutionsedikt versuchen sollte (S. 462, 481), eröffnet. Bei den sich gegenseitig ausschließenden Voraussetzungen, unter denen beide Teile die Versammlung beschieden — die Protestanten, um einen neuen Vergleich auf Grund der Aufhebung des Ediktes, die Katholiken, um eine Verständigung über etwaige Härten in der Ausführung desselben zu unterhandeln —, vollends bei der in den letzten Monaten unablässig gestiegenen Verbitterung auf beiden Seiten, waren von vornherein die Aussichten auf ein gedeihliches Ergebnis sehr gering; nur die größte Geschmeidigkeit hätte dem Ziele näher führen können. Wenn nun aber die schon so schwer gereizten protestantischen Kurfürsten durch den Einbruch in Sachsen noch schwerer gereizt wurden, so mußten wohl die Verhandlungen erst recht zu einem leeren Schauspiel werden.

Indes, Tilly glaubte die Bedrohung seiner Flanke nicht länger ertragen zu dürfen: als auf sein Ultimatum vom 3. September die umgehende Antwort ausblieb, begann er am 5. September mit der Einnahme Merseburgs den Einbruch in die kursächsischen Lande, mit der Absicht, zunächst der Stadt Leipzig sich zu bemächtigen. Damit aber führte er in der That herbei, was Kurfürst Maxi-

¹⁾ Tilly an Maximilian, 1631 Mai 26. Die von Kurköln geworbene Infanterie bestand aus den Regimentern Einatten und Mouilly, die nach der Schlacht bei Breitenfeld in Tillys Armee erscheinen. (Heilmann II 1 S. 313.)

milian noch immer als abwendbar ansehen wollte, nämlich die Verbindung zwischen Gustav Adolf und Sachsen.

Für Gustav Adolf war diese Verbindung ein von Anfang an verfolgtes Ziel, weil er in ihr die vielleicht wesentlichste Bedingung für ein siegreiches Eindringen in das Herz Deutschlands erblickte. Und eben jetzt, da er sich den überlegenen Streitkräften Tillys gegenüber fand, war ihm die Notwendigkeit einer solchen Verstärkung vollends zum Bewußtsein gekommen. Denn trotz aller Bemühungen um Truppenzuzug belief sich die Feldarmee, die er bis Mitte September unter seiner Führung vereinigte, noch immer bloß auf rund 15700 Mann zu Fuß und 7700 Reiter, während Tillys durch Fürstenberg verstärktes Heer diesen Betrag sehr bedeutend, nach hochgegriffener Schätzung etwa um die Hälfte überbot. Ausgleichen konnte diesen Mangel nur die sächsische Armee. Denn deren im Feld verwendbare Masse war unter dem steigenden Eifer des Kurfürsten und seines Generals Arnim jetzt, ohne Einrechnung des berittenen Landesaufgebotes, auf fünf Infanterie- und fünf Reiterregimenter gestiegen. Sehr begreiflich also, daß der König die ersten Nachrichten von dem drohenden Bruch zwischen Tilly und Sachsen freudig begrüßte, daß er alsbald, am 24. August, von Werben her nach Rathenow und Brandenburg eilte, um sich der sächsischen Grenze zu nähern und dem Kurfürsten seine Hülfe darzubieten. Schon damals, also zehn Tage vor Tillys Ultimatum, war die Stimmung des Kurfürsten und seiner Räte entgegenkommender geworden. Die Hoffnung, mit der sie bei und nach dem Leipziger Tag sich getragen hatten, daß nämlich sie und ihre Genossen als starke Vermittler zwischen beide Gegner treten könnten, hatte sich bei dem kläglichen Fall ihrer Verbündeten in Franken und Schwaben und bei der nicht minder kläglichen Kapitulation des brandenburgischen Kurfürsten vor Gustav Adolf als Täuschung erwiesen, und je näher nun die Entscheidung der Waffen zwischen dem Kaiser und Gustav Adolf heranrückte, um so unerbittlicher sahen sie sich vor die Frage gestellt, ob sie dem Kaiser oder dem Schwedenkönig ihre dienende Mitwirkung gewähren sollten. Da zogen sie denn den Schluß, daß es für die Sache der deutschen Protestanten verderblicher sein werde, zum Sieg des Kaisers, als zum Triumph Gustav Adolfs zu helfen. Und so, als der König sich auf dem Weg von Rathenow nach Brandenburg befand, kam ihm bereits ein Bote des Kurfürsten entgegen, der das ersehnte Gesuch um Beistand wirklich vorbrachte.

Dies Gesuch trieb den König zum entscheidenden Entschluß. Bisher war er einer großen Schlacht, so oft sie ihm Tilly angeboten hatte, ausgewichen; jetzt wollte er das Wagnis unternehmen, sofern nur die Verbindung seiner und der sächsischen Armee zu erzielen sei. Indem er also seine verfügbaren Streitkräfte heranzog und die Verhandlungen mit Johann Georg fortsetzte, bewegte er sich nach dem sächsischen Gebiet, in der Richtung auf Wittenberg. Als er hier sein Hauptquartier aufschlug, war der offene Bruch zwischen dem Kurfürsten und Tilly wirklich vollzogen, und die sächsische Armee den Schweden bereits nach Torgau entgegengerückt. Und da kam denn am 11. September das folgenschwere Bündnis der beiden Machthaber zustande, ein Vertrag, der freilich Dank der Festigkeit des Kurfürsten von den sonstigen deutschen Bündnissen des Königs sich durch

eine viel losere Fassung unterschied. Die Verbündeten verpflichteten sich, ihre Heere zu gemeinsamer Kriegführung zu vereinigen, zunächst zur Befreiung Sachsens, weiter bis zur Erringung des Friedens, der jedoch nur unter beiderseitiger Übereinstimmung unterhandelt und geschlossen werden durfte. Die Sazung, daß das Bündnis ein immerwährendes sein solle, kam nicht zum Ausdruck, nicht einmal, daß es die Nachkommen der beiden Herrscher verpflichten solle, wurde bestimmt. Wohl wurde dann für die Kriegführung dem König eine „völlige Direction“ zugestanden, allein nur zur Ausführung desjenigen, was „mit einhelligem Rat beschlossen“ sei. Die eventuelle Aufnahme des Königs und seiner Truppen in die Festungen wurde auf die Plätze an der Elbe beschränkt, und andere Leistungen, als die Lieferung von Lebensmitteln und Fourage für die das sächsische Land verteidigenden Truppen wurden dem Kurfürsten nicht aufgebürdet.

Nunmehr aber überstürzten sich die Ereignisse. Erst zwei Tage waren nach Abschluß des Bündnisses verflossen, als Tilly bereits bis Leipzig vorgegangen war, und wieder zwei Tage darauf, am 15. September, mußte diese reichste Stadt des sächsischen Landes kapitulieren. An demselben Tag jedoch vereinigte sich die schwedische und die sächsische Armee, nachdem sie von der Elbe zur Mulde vorgerückt waren, bei Düben, nur noch 32 Kilometer von Leipzig entfernt; und hier nun wurde in einem Kriegsrat — merkwürdigerweise unter Vorgang des sächsischen Kurfürsten — beschlossen, eine Schlacht zu wagen. Zur Ausführung des Beschlusses marschierten die verbündeten Heere am 17. September morgens früh von dem Dorf Wölkau nach dem eine Meile nördlich von Leipzig gelegenen Dorfe Breitenfeld. Tilly war von den Bewegungen des Feindes zeitig unterrichtet, und so brach auch er am Morgen desselben Tages von Möckern, zwischen Leipzig und Breitenfeld, auf und zog mit seinem zum Gefecht geordneten Heere dem Feind entgegen. Ob es freilich zur Schlacht kommen oder bei einer großen Rekognoszierung bleiben werde, war ihm noch immer ungewiß; allein der jetzt, wie auch sonst, im entscheidenden Moment ihn ergreifende Feuereifer riß ihn derart fort, daß er von vornherein einen bedeutenden Vorteil aus der Hand gab. Eben an jenem Tag nämlich war Albringen, nachdem er seine Aufgabe in Franken gelöst hatte, dann aber durch widersprechende Anordnungen des Kurfürsten Maximilian, der ihn nach Hessen zu dem Corps Fuggers wies, und Tillys, der ihn zu sich heranrief, in verhängnisvoller Weise aufgehalten war, mit einer ansehnlichen Heeresabteilung von etwa 23 Compagnien zu Fuß und 16 zu Pferde in der Umgebung von Jena angelangt. Auf seinen Zuzug, der in wenigen Tagen erfolgen konnte, glaubte jetzt Tilly nicht warten zu sollen, obgleich nach einer sehr ungefähren, die Stärke der Kaiserlichen wohl eher über- als unterschätzenden¹⁾ Veranschlagung der beiden Heere — des schwedisch-sächsischen zu 26—27 000 Mann Infanterie und 12 700 Reitern, des kaiserlichen zu 24—25 000 Mann zu Fuß und 11 000 Mann zu Pferde — die Überlegenheit der Zahl auf Seiten seiner Gegner war.

¹⁾ Ueber den geringen Mannschaftsbestand, welchen die in der Liste bei Chemnitz I S. 209 und Arkif III S. 86 angeführten Fußregimenter Holstein, Wangler, Savelli, Goës (in der Liste „Gores“), Fürstenberg, Sachsen, Dietrichstein, Balderoni aufweisen, vgl. Heilmann II S. 283, 293 Anm.

So gerieten denn zuerst die feindlichen Streitkräfte gegen neun Uhr morgens in einem Vorpostengefichte aneinander; da aber geschah es, daß sie wie von selber zum Wagnis der großen Schlacht fortgezogen wurden. Zunächst kamen dann die spannungsvollen Stunden, in denen die Armeen sich in Schlachtordnung gegenüber stellten. Gemeinsam war beiden, daß sie die Infanteriemassen in der Mitte, die Reiterei auf beiden Flügeln aufstellten, wobei allerdings die sächsische Armee noch als besonderes Ganzes zur Linken der schwedischen stand; im übrigen traten aber die Verschiedenheiten einer älteren und neueren Taktik einander scharf gegenüber. Tilly hatte seine Truppenkörper in einer einzigen Reihe nebeneinander gestellt; Gustav Adolf hatte sie in zwei hintereinander aufgestellten Treffen gegliedert. Tillys Kavallerie teilte sich noch in die beiden Gattungen der Kürassiere und Arkebousiere, von denen die letztern, da sie mit der Arkebouse als Hauptwaffe ihren Angriff in aufgelöster Linie vollführten, ansprengend zur Abgabe eines unsicheren Schusses, zurückgaloppierend, um neu zu laden, zu einem wuchtigen Massenangriff, wie ihn die Kürassiere in geschlossenen Gliedern vollführten, nicht geeignet waren; Gustav Adolf hatte eben deshalb diese Truppe aus seinem Heer entfernt, zugleich aber seinen Kürassieren, wo es sich um die Verteidigung handelte, einen furchtbaren Rückhalt gegeben, indem er in die Intervalle zwischen ihren Regimentern Musketierabteilungen aufstellte. Der Graf Raimund von Montecuccoli, welcher der Schlacht als junger Compagnieführer beimohnte, erblickte noch später, als er seine reichen Kriegserfahrungen ordnete, in diesen beiden Maßregeln den Hauptgrund des schwedischen Siegs.¹⁾ Dazu kam weiter die schon erwähnte (S. 470/71) Überlegenheit der schwedischen Artillerie — sie antwortete, schreibt Gustav Adolf, dem Feind mit drei Schüssen auf einen —, und endlich noch die größere Beweglichkeit der schwedischen Armee, die vor allem in der Infanterie zur Geltung kam. Bei der Notwendigkeit, die Regimenter, die ja thatsächlich von höchst ungleicher Stärke waren, zu größeren und gleichartigen Körpern zusammenzufassen, hatte Tilly sein gesamtes Fußvolk, abgesehen von dem in den linken Flügel eingestellten Regiment Holstein, in vier „Bataillons“ zusammengeballt: Gustav Adolf dagegen hatte nicht weniger als sieben „Brigaden“ gebildet. Die Tillyschen Bataillons standen, die vier Endpunkte von zwei sich senkrecht schneidenden Linien bildend, im Zentrum: von den schwedischen Brigaden standen neben einander vier im ersten, drei im zweiten Treffen. Die Bataillons bewegten sich schwerfällig als geschlossene Vierecke: die Brigaden dagegen, die wieder in kleinere Einheiten gegliedert waren, konnten mannigfache Umstellungen und Frontveränderungen vornehmen.

Gegen zwei Uhr, als man die Vorbereitungen beendet hatte, waren es wieder die Kaiserlichen, welche durch einen doppelten Angriff die Lösung zur Schlacht gaben. Zuerst warf sich Pappenheim mit dem größeren Teil der auf dem linken Flügel stehenden Streitkräfte — fünf Kavallerieregimentern, dem Fußregiment Holstein und je einem Dragoner- und Kroatenregiment — auf des Gegners rechten Flügel; dann ging Tilly mit seinen Infanteriemassen, mit dem Rest der Kavallerie des linken und der gesamten Reiterei des rechten Flügels

¹⁾ Ausgewählte Schriften (Wien 1899) II S. 579, 581.

in der Weise vor, daß er seinen Stoß gegen den äußersten linken Flügel der Schweden, vornehmlich aber gegen die an denselben sich anschließende sächsische Armee richtete. In dem zweistündigen Ringen, das nun folgte, traf das Unglück die Sachsen; ihre Armee wurde fast völlig in die Flucht geschlagen. Dabei aber wurden die Streitkräfte Tillys in drei Stücke auseinander gerissen. Er selber, indem er die Sachsen zersprengte und verfolgte, war mit seiner Hauptmacht in die linke Flanke des schwedischen Heeres geraten; in der Front des schwedischen linken Flügels hatte er nur drei Reiterregimenter zurückgelassen, deren Angriff vor dem Feinde abprallte. Umgekehrt hatte sich Pappenheim, da seine Angriffe gegen die Front des Gegners abgeschlagen wurden, weiter nach links gewandt und sich also auf die rechte Flanke des schwedischen Heeres gezogen; in der Front gegen den feindlichen rechten Flügel ließ er nur das Fußregiment Holstein nebst zwei Kavallerieregimentern zurück. Diese Zerreißung gereichte Tilly zum Verderben.

Die beiden bedrohten Flanken des schwedischen Heeres, die rechte unter Baner, die linke unter Horn, formierten sich in rascher Schwenkung als geschlossene Fronten, vor denen nun die kaiserlichen Reitermassen ihre Kraft in vergeblichen Anstürmen erschöpften. Gleichzeitig marschierten aus dem schwedischen Hinterreffen zwei Infanteriebrigaden über den linken Flügel hinaus, um den Infanteriebataillonen Tillys den Weg zur weiteren Umgehung zu verlegen. So geboten die Schweden dem Vordringen des Feindes erst Halt und gingen dann ihrerseits zum Angriffe vor: auf dem linken und rechten Flügel Horn und Baner mit ihren Reitermassen, vom Zentrum Gustav Adolf selber mit Kavallerie und untermischten Musketieren gegen jene in der Front gelassenen Regimenter und die hinter ihnen aufgestellten Geschütze, etwa 28 Stücke. Den tapfersten Widerstand leistete die Infanterie; noch nach vierzig Jahren gedachte Montecuccoli des Regimentes Holstein, wie seine nicht von der Stelle weichende Masse erst durch Artillerie gesprengt werden konnte. Aber bis zum Hereinbrechen der Dunkelheit wurden die Kaiserlichen überall geworfen, und da mußte denn dem verfolgenden Feinde gegenüber die Zersplitterung ihrer Heeresteile ihnen vollends verderblich werden, zumal auch Tilly, der sich, wie gewöhnlich, dem Kampfgewühl persönlich ausgesetzt hatte, verwundet war. Die Flucht ging in drei Richtungen: nach Leipzig, nach Merseburg und nach Halle. In Halle fand auch der kranke Tilly eine erste Rast, um aber schon am 19. September vor den nachdrängenden Schweden nach Aschersleben, dann weiter nach Hörter auf die Weserlinie zurückzuweichen. Verloren hatte er die gesamte Feldartillerie nebst der ligistischen Kriegskasse, verloren waren durch Tod, Gefangenschaft und Uebertritt etwa zwei Drittel seines Fußvolkes und die Hälfte seiner Reiterei, der Rest der Truppen, den er nach und nach zu sammeln vermochte, war zum großen Teil waffenlos und demoralisiert. Es war eine Niederlage, welche mindestens zeitweilig die katholischen Streitkräfte völlig lähmte und um so betäubender wirkte, je weniger man sie nach der Kette dreizehnjähriger Erfolge Tillys erwartet hatte. Daß man im Laufe jener wenigen Stunden an einen Wendepunkt der deutschen Geschichte gelangt sei, das war denn auch das Gefühl, welches allerwärts Freund und Feind ergriff.

Am heftigsten wallte dieses Gefühl natürlich unter den bisher Unterdrückten auf, von den Bauern im Harz und in Thüringen, die sich bewaffneten, um versprengte Truppen totzuschlagen, bis zu den Fürsten und Städten, die jetzt mit steigender Zuversicht den weitem Schritten der beiden Sieger, des schwedischen Königs und des sächsischen Kurfürsten, entgegenzogen. Folgen wir diesen Schritten, und zwar zunächst dem Fortgang der kriegerischen Aktion. Schon wenige Tage nach der Schlacht, indem der Kurfürst die Stadt Leipzig, Gustav Adolf die Stadt Halle zur Ergebung nötigten, und gleichzeitig Altdringen aus den thüringischen Landen zurückwich, vollzog sich wie von selbst die Verdrängung der Kaiserlichen aus den sächsischen Landen und, abgesehen von der bis zum nächsten Januar noch behaupteten Stadt Magdeburg, aus dem Magdeburger Stift. Bald darauf trafen in rascher Folge Siegesbotschaften aus Mecklenberg und Bremen ein. Zur Wiedergewinnung ihres Herzogtums waren die mecklenburgischen Herzöge nach Vollendung ihrer Vorbereitungen (S. 494) am 27. Juli von Lübeck aufgebrochen, schon am 2. September konnten ihre und schwedische Truppen die Belagerung Rostocks beginnen, und am 16. Oktober mußte sich die Stadt ergeben. Als dann drei Monate später, am 22. Januar 1632, auch Wismar fiel, war die Rückgewinnung Mecklenburgs vollendet. Länger dauerte es mit der Vertreibung der Kaiserlichen aus dem Stift Bremen. Erst im November trat der Administrator Johann Friedrich in den offenen Kampf ein und, von Schweden nur wenig unterstützt, fand er fürs erste von Seiten der katholischen Streitkräfte, die in der Festung Stade einen starken Rückhalt besaßen, erfolgreichen Widerstand.

Unter solchen Vorgängen, nach denen wenigstens im innern Norddeutschland, östlich von der Elblinie ab, die Stellung Gustav Adolfs und seiner Verbündeten gesichert erschien, traten zu Halle am 25. und 26. September die beiden Sieger zu einem Kriegsrat zusammen. Leicht wurden sie darüber einig, daß der Sieg durch eine gegen den Sitz der feindlichen Macht gerichtete Offensive zu verfolgen sei. Auch darüber herrschte keine Meinungsverschiedenheit, daß dieser Angriff nach zwei Seiten zu führen sei: einerseits gegen Schlesien, das sich für die Kaiserlichen schon im Jahr 1627 als Basis der gegen Norddeutschland gerichteten Offensive bewährt hatte, und wo auch jetzt der Feldmarschall Tiefenbach eine kleine Armee gebildet hatte, mit der er, um Tilly die Hand zu reichen, in die Lausitz eingebrochen war, andererseits gegen das Reich, wo neben Erweiterung des eigenen Machtgebietes vor allem auch die Fest- und Niederhaltung der Armee, welche Tilly im westlichen Norddeutschland wieder zu sammeln begann, erforderlich schien. Aber bei der Frage, wie hierbei die Rollen zu verteilen seien, brach die alte Eifersucht zwischen Sachsen und Schweden wieder hervor.

Im Sinn der Sachsen sollte der König in Schlesien und die kaiserlichen Erblande einbrechen, um hier, wo der Geist des Aufstandes noch lange nicht unterdrückt, und die kriegerischen Kräfte von einer schlaffen Regierung verwahrlost waren, den Kaiser zum Frieden zu zwingen und alsdann die für Schweden erstrebten Vorteile auf Kosten des Hauses Oesterreich sich zu verschaffen. Die gleichzeitige Aufgabe des sächsischen Kurfürsten war es dann, im Innern des Reichs und auf Grund der Leipziger Beschlüsse, denen man jetzt eine ganz unerwartete Lebenskraft zuschrieb, die Protestanten gegen die Katholiken zu einigen

und die große Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien durchzuzwingen, zur Herstellung und Erhöhung protestantischer Macht, aber auch unter Wahrung der überlieferten Reichsverfassung. Zu dem gerade entgegengesetzten Schluß führten indes die Erwägungen Gustav Adolfs: die unmittelbare Vergrößerung seines Reiches suchte er nicht etwa in Schlesien, sondern in den Reichslanden an der Ostsee und vielleicht gar noch an der Nordsee, und die mittelbare Erhöhung seiner Macht sollten ihm die Bundesverträge mit den Reichsständen einbringen. Für diese Zwecke mußte er zunächst noch die Führung des Kampfes im Innern des Reichs in seiner Hand behalten, ganz abgesehen davon, daß es ihm sehr zweifelhaft erschien, ob Sachsen, wenngleich die kaiserlichen Streitkräfte nach den österreichischen Landen abgezogen würden, dem Heer der Liga sich gewachsen zeigen werde. So setzte er die Umkehr der Aufgaben durch: die Sachsen gegen Schlesien, die Schweden gegen das Reich.

Sein erster Stoß ging gegen die als Mainzer Enklave in Thüringen liegende Stadt Erfurt. Und schon am 2. Oktober mußte diese Stadt sich für die Zeit „solange dieser Religionskrieg währen“ würde, dem König unterwerfen, eine Garnison aufnehmen und ihre Befestigungen verstärken lassen: sie wurde fortan für die schwedische Kriegführung in ähnlichem Sinne eine ins mittlere Deutschland vorgeschobene Feste, wie es für die katholischen Operationen im westlichen Norddeutschland Wolfenbüttel war. Weiterhin schien aber Gustav Adolf sich vorläufig beschränken zu wollen. Wohl auch mit Rücksicht auf die Sachsen, welche das schützende Schwedenheer nicht zu weit von sich entfernt sehen wollten, gab er's als seine Absicht kund, in Thüringen die Winterquartiere zu beziehen und nur noch die fränkischen Bistümer Würzburg und Bamberg zur Beisteuer für seine Armee zu nötigen. Indes war diese Angabe bloßer Schein, oder war es die Ohnmacht der geistlichen Fürstentümer, die ihm gleich bei seinem Vorstoß gegen Würzburg entgegentrat und ihn zu weiterem Vorgehen reizte? — genug, er blieb bei diesem Vorhaben nicht stehen. Nachdem er am 14. Oktober die Stadt und vier Tage später, nach einem leichten Sturm und scheußlicher Niedermetzelung der Besatzung, das Schloß Würzburg genommen, dann das ganze Stift unterworfen hatte, nahm er das vornehmste geistliche Fürstentum, das Kurfürstentum von Mainz, als letzten Kampfespreis für das ablaufende Jahr in Aussicht. Am 19. November brach er von Würzburg auf, am 22. wurde die erzbischöfliche Residenz Aschaffenburg ohne Widerstand besetzt, am 27. mußte die Reichsstadt Frankfurt sich zur Aufnahme einer Besatzung in Sachsenhausen und zur Gewährung freien Durchzugs verstehen, endlich am 23. Dezember wurde nach Gewinnung des linken Rheinufers die Stadt Mainz zur Uebergabe genötigt, und dann neben den Mainzer Stiftslanden die schwedische Herrschaft auch schon über benachbarte geistliche, reichsstädtische und rheinpfälzische Gebiete ausgedehnt, wie denn in der Rheinpfalz die nächst Heidelberg bedeutendste Stadt Mannheim am 8. Januar 1632 genommen wurde. In Würzburg, wo der Feldmarschall Horn mit einem Corps zurückgeblieben war, in Mainz und Frankfurt, wo der König abwechselnd Hof hielt, bereitete nunmehr die schwedische Armee, der vorläufig eine, allerdings vielfach unterbrochene Winterruhe gegönnt wurde, ihren demnächstigen Eroberungszug nach Norddeutschland vor.

In denselben Tagen war auch der jungen, bei Breitenfeld so übel erprobten sächsischen Armee ein erstaunlicher Handstreich gelungen. Als sie am 7. Oktober zu dem ihr zugewiesenen Unternehmen ausbrach und zunächst nach der Lausitz gegen Tiefenbach vorging, wich dieser nach Schlesien zurück. Da aber entsagte Arnim plötzlich dem Gedanken, ihm nach Schlesien zu folgen. Böhmisches Emigranten, voran der rastlose, aber auch mit dem vorrückenden Alter nur noch überspannter gewordene Graf Matthias von Thurn, die der Siegeslauf Gustav Adolfs nach Berlin und Dresden gezogen hatte, waren an die Verschwörerarbeit gegangen, in ihrer Heimat den Brand von 1618 neuerdings anzufachen. Mit ihren Projekten war Thurn an den schwedischen König sowohl, wie den sächsischen Kurfürsten und Arnim herantreten und hatte dabei die Lage Böhmens, wie es von Streitkräften entblößt und von rebellischer Stimmung erfüllt sei, geschildert. War es nun diese Wehrlosigkeit des Landes, und daneben etwa die Absicht, ein selbständiges Unternehmen des abenteuerlichen Grafen Thurn zu durchkreuzen, oder war es die ängstliche Rechnung, daß der nächste Zweck der Deckung Sachsens leichter durch den Einbruch in Böhmen als in Schlesien zu erreichen sei, welche in neuen Erwägungen den Ausschlag gab? — genug, Arnim änderte im Einvernehmen mit seinem Kurfürsten plötzlich den Kriegsplan, wandte sich am 30. Oktober von Görlitz nach der Elbe und ging hier von der sächsischen Grenze her aufwärts, rechts und links sich im Leitmeritzer und Saazer Kreise ausbreitend. Sein Einbruch rief in der That einen derart um sich greifenden Schrecken und Abfall hervor, daß selbst in Prag die dortige kleine Besatzung mitsamt den Statthaltern das Weite suchte, und die sächsische Armee gegen des Feldherrn ursprüngliche Absicht sich bis zur Hauptstadt vorwagen konnte: am 15. November wurde Prag durch Kapitulation gewonnen. Weiter freilich kam Arnim nicht, da Tiefenbach herbeieilte und sich bei Rimburg, sechs Meilen östlich von Prag, in einer festen Stellung in seine Flanke legte. Einstweilen jedoch konnte das Schalten der sächsischen Besatzung in Prag als Gegenbild zu Gustav Adolfs Herrschaft in Mainz gelten.

Ueber diesen glänzenden Erfolgen wurde auch die Rückendeckung in Norddeutschland keineswegs vergessen. Während Gustav Adolfs Generale, Baner und Tott, die Erfolge an der unteren und mittleren Elbe, ersterer vor allem gegen Magdeburg und Halberstadt, letzterer gegen Mecklenburg und Bremen fortzuführen hatten, während von Hessen her der Landgraf Wilhelm sich auf die geistlichen Nachbargebiete warf, die Mainzer Stadt Fritzlar und die Hauptstadt des Bischofs von Paderborn zur Huldigung nötigte, daneben die Braunschweiger Stadt Münden der ligistischen Besatzung entriß, gewann Gustav Adolf aus den Reihen der deutschen Fürsten zwei neue Generale für neu aufzustellende Truppen-corps. Der erste war jener Herzog Wilhelm von Weimar, der den beim Herannahen Tillys verlorenen Mut (S. 492) bei der Verbindung Kursachsens mit Gustav Adolf wieder gewann. Der König, der die Dienste der deutschen Fürsten nicht entbehren konnte, trug ihm seinen Abfall nicht nach. Wie er den viel entschlosseneren jüngeren Bruder Wilhelms, den Herzog Bernhard, als Obersten über sein Garderegiment zu Pferd in seine Nähe zog, so erteilte er ihm selber am 5. Oktober den Auftrag, in den thüringischen Landen eine Armee

zu errichten, die auf fünf Regimenter zu Fuß und 20 Compagnien zu Pferd veranschlagt wurde.

Der zweite Fürst, mit dem der König in derselben Zeit in Unterhandlung stand, war der Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg. Nachdem dieser Welfe vier Jahre lang in Wallensteins Armee gedient hatte (S. 318), war er im Juli 1630, erbittert über persönliche Zurücksetzung sowohl, wie über die Schädigung, welche das gesamte Braunschweiger Fürstenhaus durch das Restitutionsedikt und die erzwungenen Abtretungen an Hildesheim und Tilly erlitten hatte, aus der kaiserlichen Armee ausgetreten, nicht ohne schon ein halbes Jahr vorher den Übergang in schwedischen Dienst durch Anerbietungen an Gustav Adolf vorbereitet zu haben. Nachdem dann der König ihn zunächst im November 1630 ohne bestimmten Auftrag, aber nicht ohne einen gleich bewilligten Jahresgehalt von 5000 Reichsthalern in Pflicht genommen hatte, erteilte er ihm jetzt (28. Oktober) den förmlichen Auftrag, vier Regimenter zu Fuß von je 1200 Mann und 2000 Kürassiere aufzustellen. Wie Herzog Wilhelm zunächst die Thüringer Lande zu sichern hatte, so wurde ihm die Befreiung des niedersächsischen Kreises als nächste Aufgabe zugewiesen.

Aber bei all' diesen Heereserschöpfungen fehlte eines: nämlich die erforderlichen Beträge an Geld und Waffen. Es blieb also wieder nichts übrig, als daß, wie Ferdinand kraft kaiserlicher Machtsfülle, so Gustav Adolf kraft Kriegesrechtes die benachbarten Reichslande den fürstlichen Generalen als Quartier- und Kontributionsbezirke zuwies, dem Landgrafen von Hessen z. B. in erster Linie die umliegenden westfälisch-geistlichen Gebiete von Paderborn, Münster, Osnabrück, Köln u. a., daneben auch protestantische Lande, wie die der Wetterauer und westfälischen Grafen. Der Druck der schwedischen Kriegführung wurde damit täglich schwerer, die Streitigkeiten der Generale über das jedem zukommende Ausbeutungsgebiet immer störender, und die neugebildeten Heere immer lückenhafter und räuberischer; aber der unmittelbare Erfolg war, daß in Norddeutschland, von der Oder bis über die Weser hinaus, fünf Armeen erstanden und das unbestreitbare Uebergewicht über die Gegner errangen.

Auf diese Gegner müssen wir nunmehr unser Augenmerk richten. Für Tilly war es doch ein Vorteil, daß sich Gustav Adolf mit seiner Hauptmacht immer weiter nach Süden zog. So gewann er freie Hand, um einerseits die wieder gesammelten Reste seines Heeres durch Heranziehung der vom Kölner Kurfürsten neu geworbenen Ligatruppen (S. 497) und der unter Aldringen und Fugger stehenden Regimenter zu verstärken, andererseits die also verstärkten Kräfte sowohl zur Deckung der ligistischen Lande im rheinisch-westfälischen Gebiet, als auch zur möglichsten Abwehr des Vordringens Gustav Adolfs zu verwenden. Langsam zog er unter solchen Bemühungen von Hörter durch das Hessische, dann nach Aschaffenburg ins Mainzische. Hier, wo er Ende Oktober ungefähr vier Wochen vor Gustav Adolf anlangte, schien es einen Augenblick, als ob er den Mut fassen würde, dem vordringenden Sieger ins Würzburgische hinein entgegenzugehen. Ein lothringischer Heerhaufe, von dem später noch die Rede sein wird, stieß damals zu ihm und mochte für einen Augenblick seine Zuversicht erhöhen. Allein wie er mit seinen hohen Offizieren Kriegsrat hielt, erschien doch allen im Hinblick auf

den Zustand des Heeres und besonders auch den Mangel an Proviantierung das Wagnis unmöglich. Und so, dem Feinde ausweichend, zog er südostwärts durch den fränkischen Kreis, bis er im Dezember sein Hauptquartier in Nördlingen aufschlug und von dort seine Truppen im fränkischen und schwäbischen Kreis, vornehmlich im Ansbachischen und in der Oberpfalz, in die Winterquartiere vertheilte. Die Streitkräfte, die er jetzt noch beisammen hatte, waren nicht nur durch Ueberanstrengung, sondern auch durch fortlaufende Abgaben geschwächt. Schon beim Abzug von der Weser hatte er die größere Hälfte des Ligaherres, allein sieben von den neun alten Infanterieregimentern, unter dem Generalwachtmeister Gronsfeld zur Deckung der westfälisch-niedersächsischen Gebiete zurückgelassen; zum Schutz des Mainzer Stiftes gab er wiederum den größeren Teil der ihm noch verbliebenen Ligatruppen, darunter die zwei von Kurköln neu geworbenen Fußregimenter, ab; endlich im Ansbachischen mußte er die Hauptmasse der kaiserlichen Armee zum Schutz Böhmens gegen die eingebrochenen Sachsen abziehen lassen und dazu noch den Feldmarschall Pappenheim mit einigen Truppen nach Westfalen und Niedersachsen zur Uebernahme des Oberbefehls über die dort gelassenen Truppen entsenden. Eine Verstärkung wurde ihm nur dadurch zuteil, daß Kurfürst Maximilian neben den vom letzten Ligatag beschlossenen Neuerwerbungen auf eigene Hand und eigene Kosten noch mehrere Tausend Mann angeworben hatte.

Auf beiden Seiten trat jetzt die Ruhe der Winterquartiere ein. Aber was nicht zur Ruhe kam, das waren die politischen Verhandlungen und Vertragsschlüsse.

Nur kurz brauchen wir in diesem Zusammenhang jenes von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilten Frankfurter Ausgleichstags (S. 497) zu gedenken. Noch waren dort die Parteien über die Aussprache ihrer unvereinbaren Voraussetzungen bezüglich des Gegenstandes der Verhandlung gar nicht herausgekommen, als die Nachrichten vom schwedischen Sieg, dann vom weiteren Vordringen des Siegers nach Süden eintrafen. Da fanden die Katholiken sich in Frankfurt schon nicht mehr sicher und erklärten am 13. Oktober den vorläufigen Abbruch der Unterhandlung. An die Stelle solcher nichtiger Auseinandersetzungen traten jetzt andere Verhandlungen, in denen der schwedische Sieger das Maß und die Richtung zu geben hatte. Als erstes Ziel traten dabei jene Einzelbündnisse Schwedens mit protestantischen Reichsständen hervor, die als Vorbereitungen des allgemeinen protestantischen Bundes gedacht waren, bisher aber nur in Bremen und Hessen Anklang gefunden hatten. Um sie unter den veränderten Verhältnissen nachdrücklicher zu betreiben, schickte Gustav Adolf einerseits schon in der zweiten Woche nach der Schlacht bei Breitenfeld Gesandte sowohl an die niedersächsischen Kreisstände, wie an die vornehmsten protestantischen Stände des fränkischen Kreises, um jeden dieser Kreise als Gesamtheit zu gewinnen, andererseits trat er mit neuen Einladungen an einzelne Stände heran. In ersterer Beziehung machte sich nun wohl ein frischerer Zug bemerklich. Ohne gar zu langes Zögern traten die niedersächsischen Stände im November in Hamburg, die fränkischen im November 1631 und April 1632 in Würzburg zusammen und zeigten sich grundsätzlich bereit, ihre kriegerische Hülfe zu gewähren,

wie denn die Franken eine auf achtehalb Monat verteilte Beisteuer von 72 Römermonaten bewilligten. Aber freilich bei Fassung und Ausführung derartiger Beschlüsse trat auch sofort wieder die in den Reichskreisen einheimische Schläfheit und Uneinigkeit hervor. Groß war daher der unmittelbare Nutzen, den der König aus dieser Anknüpfung zog, nicht, nur als erster Versuch, auf dem Boden der Kreisverfassung eine Verbindung zu stiften, war sie bedeutsam. Unmittelbaren Nutzen zog dagegen der König viel eher aus den Verhandlungen mit einzelnen Fürsten und Ständen.

Ein bescheidener Anfang solcher Vereinbarungen war es, daß die kleinen Fürsten von Anhalt und Sachsen-Weimar sich beeilten, durch eine Bundesakte sich an den Sieger zu fesseln; aber einen wirklichen Gewinn bedeutete es, daß die beiden Häupter des Welfenhauses, der Herzog Christian von Lüneburg und der so unbarmherzig eines Teils seiner Lande beraubte und durch die Besetzung seiner Festungen gefesselte Herzog Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel, sich nunmehr den Anträgen der schwedischen Bevollmächtigten zugänglich erwiesen. Mit dem erstern wurde eine Bundesakte vereinbart, die bereits am 16. Dezember von ihm unterzeichnet wurde und nur noch der Ratifikation des schwedischen Königs harrete; mit den Wolfenbütteler Räten wurde am 8. Dezember der Entwurf eines Bündnisses festgestellt, in dem nur noch einige Punkte weitere Verhandlungen erforderten. Daneben waren, und zwar schon seit dem Monat August, die vom König völlig abhängigen Herzöge von Mecklenburg in Bundesverhandlungen eingetreten, und wie dann der Siegeszug des Königs nach Würzburg und nach Mainz im Gange war, wurde auch von dem Markgrafen von Culmbach eine Bundesakte unterzeichnet, und mit Württemberg der Entwurf einer solchen festgestellt; auch mit den Wetterauer Grafen kam ein zunächst einseitig von diesen unterschriebenes Bündnis zu stande. Daneben wurden vom Dezember 1631 bis April 1632 mit den Städten Lübeck, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Lüneburg, Hildesheim, Frankfurt, Ulm und Nürnberg, endlich auch am 7. Juni mit der Stadt Straßburg, Verträge geschlossen, die allerdings verschiedenartig und loser waren: die einen, wie die drei erst genannten, wurden nur zu Beisteuern, andere auch zur sofortigen oder eventuellen Aufnahme schwedischer Besatzungen, andere sogar zur Unterstellung und Vereidigung ihrer Truppen unter den König verpflichtet. Bleiben wir jedoch bei den Fürsten. In den mit ihnen vereinbarten Bundesakten hatte Gustav Adolf sich alles gewähren lassen, was das hessische Bündnis ihm gewährte: die Anerkennung seines Schutzes, die militärische und politische Diktatur, die immerwährende Dauer des Bundes. Auch die schon im Frühjahr 1631 in Aussicht genommene Fortentwicklung dieser Einzelverträge (S. 486/7) wurde jetzt vertrauensvoll vorweg genommen, indem der König in der mit den Wolfenbütteler Gesandten im Februar 1632 definitiv vereinbarten Bundesakte als „Haupt und Direktor der evangelischen Defensionsverfassung“ bezeichnet wurde. Aber da, mitten in diesem Vordringen, trat eine merkwürdige Stockung ein. Der König erteilte nur dem mit Anhalt und dem definitiv erst im März 1632 mit Mecklenburg vereinbarten Bündnis die Ratifikation, die andern Fürsten dagegen ließ er durch ihre Unterschrift sich binden, selber aber schob er die letzte Genehmigung hinaus. Wo lagen die Gründe dieses plötzlichen Zögerns?

Um sie zu finden, müssen wir die widerspruchsvolle Lage ins Auge fassen, in welche der König durch den Sturm der Ereignisse geführt wurde, wie er einerseits zu neuen Ansprüchen fortschritt, welche über das, was die Bundesverträge gewährten, weit hinausgingen, andererseits in neue Schwierigkeiten geriet, welche das, was er zu ergreifen suchte, wieder in Frage stellten.

Neue Ansprüche drängten sich dem Könige auf, als ihm infolge seines großen Sieges ganze Lande seiner Feinde als Beute zufielen, und damit die Frage der Verwendung der Eroberungen, die er bei seinen früheren Erwägungen noch im Unbestimmten gelassen hatte (S. 486), brennend wurde. Die Gier nach Ländergewinn, bis dahin wohlweislich in Schranken gehalten, brach damit offen hervor. Sie ergriff den Feuergeist des Königs, und sie drängte sich an ihn heran aus dem Kreise der zu ihm haltenden Fürsten und Stände: sie alle suchten sich unter dem Titel der Restitution, der Entschädigung, der wohl anstehenden Vergrößerung ihren Lohn zu sichern. In diesem Gedränge half sich Gustav Adolf in seiner Weise, indem er fürs erste alle Erfolge mit allen Konsequenzen ergriff. Zugrunde legte er dabei den Satz, daß jedes Gebiet, welches er dem Feinde entriß, kraft Kriegsrechtes ihm zufalle, mit sämtlichen Befugnissen der früheren Besitzer, einschließlich des kaiserlichen Oberherrn. Daß bei der einen oder anderen Eroberung einer seiner fürstlichen Bundesgenossen der Ausführende gewesen war, konnte seine Rechte nicht schmälern, denn die in den Bundesverträgen ihm vorbehaltene absolute Direktion ließ ja überall ihn als den Urheber erscheinen. Seine Eroberung war also das protestantische Herzogtum Mecklenburg ebensowohl, wie das katholische Stift Würzburg, und von seiner Entscheidung hing es mithin auch ab, was er von den gemachten Eroberungen behalten, was er seinen Verbündeten und den früheren Besitzern zuwenden wollte, und unter welchen Vorbehalten diese Zuwendungen erfolgen sollten. Da kam denn zunächst der Erwerb des Königs. Als einen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur vorläufigen, sondern dauernden Gewinn hatte er längst das Herzogtum Pommern ins Auge gefaßt. Jetzt schweiften seine begehrlichen Absichten weiter längs der Meeresküste hin: die Herzöge von Mecklenburg mußten ihm in Wismar und Warnemünde bis zu den weiteren Anordnungen eines Friedensschlusses das militärische Kommando, das Recht einer Flottenstation und eines neuen Zolles einräumen, ja die Stadt Hamburg wünschte er, wenn auch vergeblich, zur förmlichen Unterwerfung zu bringen und also auch an der Nordsee festen Fuß zu fassen. Als er aber dann auch in den Binnenlanden des Reichs die Würzburger Stiftslande unterworfen hatte, nahm er von den dortigen Ständen und Unterthanen die dem Landesfürsten zustehende Erbhuldigung ein; die gleiche Unterwerfung forderte er von den Stiftern Magdeburg und Halberstadt, und nach der Eroberung der Mainzer Lande nahm er als Gebieter derselben die Rechte eines Kurfürsten in Anspruch. Allerdings über diesen Erwerbungen, vornehmlich denen im Herzen des Reichs, stand ein Vorbehalt, der ihnen einen Teil des abenteuerlichen Aussehens nahm. Wir erkennen denselben z. B. in dem Bundesvertrag mit Braunschweig-Wolfenbüttel in der Bestimmung, daß der Herzog so lange zur Bundeshilfe verpflichtet ist, bis der Friede zustande kommt, und durch denselben der König entweder für seine

„Kosten, Bemühungen und Präensionen“ Ersatz erhalten hat, oder ihm die eroberten Lande in der Hand gelassen sind. Also als Faustpfand sollten die Eroberungen dem König dienen für diejenigen Forderungen, die er beim Friedensschluß unter dem zweifachen Titel des Ersatzes der Kosten und der Belohnung seiner Mühen zu erheben gedachte.

Weiter nun der Anteil der Verbündeten und Diener des Königs! Auch hier war die Losung, zunächst herzlichst zuzugreifen und der Zukunft die definitive Regelung zu überlassen. Da trat als der Mann, der vor allem auf des Königs Erkenntlichkeit rechnen durfte, der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel an ihn heran. Ihm wurde sein Lohn zu teil in der Form einer von Gustav Adolf am 9. März 1632 ausgestellten Zusage: zu erblichem Eigentum, so lautete sie, sollte er die Stifter Paderborn, Fulda und Corvey erhalten, und als Ersatz, für den Fall daß sich Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt mit Gustav Adolf vertragen und dann die dem Kasseler Vetter abgewonnenen Gebiete behalten sollte, wurde ihm das Stift Münster zugesprochen. In demselben Geiste wurde dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel in der mit des Königs Bevollmächtigten vereinbarten Bundesakte das Stift Hildesheim, und zwar nicht nur der vor alters erworbene und jüngst ihm entriessene Teil desselben (S. 421), sondern auch das stets in des Bischofs Händen gebliebene „kleine Stift“ verbürgt, dem Herzog Georg von Lüneburg wurde der erbliche Besitz des Stiftes Minden versprochen, und dem Herzog Wilhelm von Weimar auf Erfurt und das Eichsfeld wenigstens Aussicht eröffnet. Von den Fürsten kam man zu Grafen und Reichsstädten, vor allen den in Franken und Schwaben geseffenen. Für sie waren verfügbar Gebietsstücke, die man von den Stiftern Würzburg und Mainz, von den Deutschordens-Herrschaften und bald noch anderen katholischen Landen abtrennte, vornehmlich aber auch die Güter mittelbarer Stifter und Klöster. Was die letzteren anging, so verstand es sich von selbst, daß diejenigen Stände, die unter Gustav Adolfs Schutz traten, die ihnen durch das Restitutionsedikt oder Hofratsurteile entriessenen geistlichen Güter und Anstalten nach Kräften wieder an sich nahmen; aber bei solchen Rücknahmen blieb es nicht. Am 12. Januar 1632 erklärte der königliche Kanzler Fabricius in Würzburg, daß alle Klöster in Franken, deren Mönche entwichen und auf das königliche Revokationsedikt nicht zurückgekehrt seien, eingezogen werden sollten. Teils mit, teils ohne solche besondere Gründe wurden nun, wohin die siegreichen Waffen der Schweden vordrangen, Klöster, oder auch Güter und Abgaben, die auswärtigen, als Feinden angesehenen Geistlichen zustanden, in Beschlag genommen und mit vollen Händen ausgeteilt.

Bei diesem Segen wollten auch die Schweden nicht zurückbleiben. Den Löwenanteil unter ihnen trug der Feldmarschall Gustav Horn davon, da ihm im März 1632 ein kleines Fürstentum, nämlich das dem Deutschen Orden entriessene Meistertum Mergentheim übertragen wurde. Schon vor ihm hatte aber auch Dietrich Sperreuter die Reihe der bloßen Obersten eröffnet, welche mit Schlössern und Herrschaften bedacht wurden.

Indes mit diesen Schenkungen waren neue Vorbehalte zugunsten des Königs verbunden. Es war Ausnahme, wenn das geschenkte Gut zu vollem Eigentum überwiesen wurde; in der Regel geschah es unter Bedingungen, die in einer

gewissen Stufenreihe auftraten. Bei der Schenkung an den Landgrafen Wilhelm wurde nur der Vorbehalt gemacht, daß die Lande im Fall des Erlöschens seiner Nachkommenschaft an die Krone Schweden zurückfallen sollten; dagegen mußten sich schon Grafen, wie die von Hohenlohe oder Löwenstein-Wertheim, Städte, wie Schweinfurt und Heilbronn, durch einen förmlichen Revers verpflichten, der Krone Schweden „jederzeit getreu und hold zu sein“, und über jeden Zweifel wurde die Tragweite dieses Treuversprechens erhoben, wenn Gustav Horn sein kleines Fürstentum geradezu als ein Lehen der Krone Schweden empfing. Eben die Begründung eines solchen Lehensverhältnisses wurde auch dem Herzog Friedrich Ulrich hinsichtlich des Stiftes Hildesheim, sowohl des früher von ihm besessenen großen, wie des neu zu erwerbenden kleinen Stiftes, zugemutet und nur infolge des zähen Widerstandes des Herzogs in das Versprechen umgewandelt, diese Gebiete unter dem Titel des Schutzes oder der Vogtei vom König und seinen Nachfolgern zu „reknogoszieren“. Selbst die schwedische Lehensherrlichkeit bezeichnete aber noch nicht die letzte Höhe von Gustav Adolfs Ansprüchen. Als er am 12. März 1632 der Stadt Schweinfurt vierzehn Würzburgische Dörfer schenkte, behielt er sich das „Recht der Oberherrlichkeit“ vor, ein Vorbehalt, der dann öfter wiederkehrte und gegen Ende des Jahres als regelmäßiger von ihm vorgeschrieben wurde. Im engeren Sinne verstand er darunter die nutzbaren Rechte der Zölle und Kriegskontribution, aber im weiteren Sinne die gesamte Oberhoheit des Kaisers, in dessen Recht er, als Eroberer, eingetreten sei.

Es ist klar, mit diesen neuen Forderungen und Zugriffen ging der König über die Ziele, die er bis zum Herbst 1631 aufgestellt hatte, weit hinaus, und da war es denn erklärlich, daß die Bundesverträge mit den Fürsten ihm nicht mehr genügten, und er die Ratifikation derselben aufschob. Aber indem wir zu diesem Punkte zurückkehren, kommen wir zugleich auch zu der Rehrseite seiner Erfolge. Es war, wie oben schon bemerkt, doch nicht bloß der Flug stolzer Pläne, welcher den König auf dem eingeschlagenen Wege inne halten ließ, sondern nicht minder neue und große Schwierigkeiten, welche ihm entgegentraten.

Eine erste Schwierigkeit lag schon darin, daß die neuen Forderungen und Anordnungen, mit denen Gustav Adolf hervortrat, weder als unverbrüchlich galten, noch von inneren Widersprüchen frei waren. Jene Vorbehalte der schwedischen Lehenshoheit und „des Rechtes der Oberherrlichkeit“ deuteten, wenn sie streng genommen wurden, auf die Absicht, das Reich als geeinten Staat in Trümmer zu schlagen und dann aus den Trümmern ein protestantisches Gemeinwesen unter der Hoheit der schwedischen Krone heraustreten zu lassen, eine Absicht, welche durch die bei den Mecklenburger Bundesverhandlungen zwar nur gelegentlich, aber, wie es scheint, nicht bloß als vorübergehender Einfall an die Herzöge gestellte Zumutung, aus dem Reichsverbande auszutreten, oder ein anderes Mal durch den Hinweis auf die Freiheit der Niederlande und der italienischen Fürsten, als nachahmungswertes Beispiel für die Reichsstände, bestätigt zu werden schien. Aber andererseits beteuerte der König doch wieder, daß er die Reichsverfassung nicht völlig auflösen, sondern nur innerhalb derselben einen dauernden protestantischen Bund unter schwedischer Führung und allerdings mit höchst selbständiger Stellung begründen wolle, ja im September 1632 sprach er den Nürnbergern

die Absicht aus, Pommern als Reichsland zu erwerben und selber ein Stand des Reiches zu werden. Barg sich etwa hinter dieser Absicht der weitere Gedanke, daß die Wahl eines protestantischen Kaisers, die der König schon im Frühjahr 1631 als letzte Errungenschaft bezeichnet hatte, demnächst auf diesen neuen Reichsstand fallen sollte? Schwerlich geschah es ohne des Königs Ermächtigung, daß am 21. Juni 1632 sein Gesandter dem Nürnberger Rat von der Möglichkeit einer solchen Wahl sprach, und schwerlich war die am 27. Mai gethane Aeußerung eines Mitgliedes des brandenburgischen Geheimen Rats, daß Gustav Adolf eine solche Wahl nicht ausschlagen werde, einfach aus der Lust gegriffen.

Das waren Widersprüche, die allerdings unerklärlich waren, wenn der König alle seine Forderungen und Anordnungen als unverbrüchlich ansah. Aber dies war eben nicht der Fall. Sichtlich unterschied er zwischen dem, was unbedingten und dem, was nur bedingten Bestand haben sollte: seine Bundesverträge mit Fürsten und Reichsständen betrachtete er als unbedingt gültig und als verträglich mit der Reichsverfassung, aber was von seinen Verfügungen über die im Reich gemachten Eroberungen Bestand haben sollte, das hing von dem Fortgang des Krieges und dem endlich zu schließenden Frieden ab. Und da, um den Fortgang des Krieges zu sichern, gab es eine Forderung, die für den König viel dringender war, als die saubere Ausgestaltung der politischen Zukunftspläne: das war die Befestigung und Erweiterung seiner Allianzen und die weitere Lähmung der Widerstandskraft des Kaisers und seiner Verbündeten. Hier aber war es auch, wo den großen Erfolgen neue große Schwierigkeiten entgegen traten. Zunächst in dem erstrebten Ausbau der Allianzen.

Das vornehmste politische Ziel, das Gustav Adolf in Deutschland verfolgte, war die Ausbildung der mit Fürsten und Städten geschlossenen Einzelbündnisse zu einem allgemeinen protestantischen Bunde. Dieses Ziel aber war nicht zu erreichen, solange die Führer der protestantischen Stände, die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, nur jene losen und unzuverlässigen Verträge vom 20. Juni und 11. September anerkannten. Deren Umwandlung in ein festeres Bündnis, war demnach die nächste Aufgabe der Politik des Königs. Um sie zu fördern, erwies er dem sächsischen Kurfürsten die für diesen nicht gerade erfreuliche Ehre, seit November 1631 einen Residenten in der Person des Laurentius Nikolai an seinem Hofe zu halten, und sie hatte er vor allem im Auge, als im Februar 1632 der kurbrandenburgische Kanzler Göke in Frankfurt bei ihm erschien. Aber hier erneuerte sich das alte Mißgeschick.

Was zunächst den Kurfürsten von Brandenburg anging, so war allerdings bei ihm der Einfluß der Räte, welche auf ein thatkräftiges Eingreifen in den Krieg und auf die Verbindung mit Schweden drangen, gewachsen, allein auch das Hindernis, das in der pommerschen Frage lag, war eher verstärkt als vermindert. Vergeblich war es, wenn Gustav Adolf den Kurfürsten durch die Aussicht auf Entschädigung aus den eroberten geistlichen Landen zu locken suchte; denn Georg Wilhelm wollte keine sichere Anwartschaft gegen eine unsichere, kein Küstenland gegen ein Binnenland vertauschen. Vergeblich war es auch, wenn der König den gelegentlich schon im Januar 1631 hingeworfenen Gedanken einer

verführerischen dynastischen Verbindung jetzt nachdrücklicher in die Verhandlungen einmischte, nämlich den Vorschlag einer künftigen Heirat zwischen seiner einzigen Tochter Christine und des Kurfürsten damals elfjährigem Sohn Friedrich Wilhelm; denn abgesehen von der Ungewißheit, ob die an die Verbindung geknüpften Successionshoffnungen nicht durch die Geburt von Söhnen des Königs durchkreuzt werden könnten, ja ob der Vorschlag ihm überhaupt ernst gemeint sei, scheiterte der Plan schon an des Königs gebieterischer Forderung, daß der Prinz das lutherische Bekenntnis annehmen und an seinen Hof zur Erziehung geschickt werden solle, daß also auf eine unsichere Aussicht hin der Kurfürst das kostbarste Unterpfand seiner Ergebenheit ausliefern sollte. Indes gesetzt auch, daß man über all diese Hindernisse hinweggekommen wäre, noch immer wäre dann ein letztes übrig geblieben: Georg Wilhelm wollte sich nicht ohne Kurachsen entschließen, hier aber war der Widerstand vollends unüberwindlich.

Kurfürst Johann Georg hatte sich jetzt freilich in den Entschluß gefunden, für die Entscheidung der zwischen der katholischen und protestantischen Partei schwebenden Rechts- und Machtstreitigkeiten die Hilfe der Schweden anzunehmen, und im Feuer des Kampfes, in den er hineingerissen war, polterte er wohl gelegentlich heraus, daß die Reichsverfassung in ein „neues Modell“ zu gießen, und den geistlichen Stiftern der Garau zu machen sei, wohl erlebte man es auch, daß der Hofprediger Hoö nach seiner Bekehrung zur Politik des Widerstandes (S. 481) sich gar herbeiließ, den Vertrauten und Helfer der schwedischen Geschäftsträger zu spielen, nicht ohne daß Gustav Adolf dafür dem habgierigen Theologen die Aussicht auf eine seiner Schenkungen eröffnete, — aber in Wahrheit lehnte sich doch gegen die immer klarer aufsteigende Gefahr der Zertrümmerung der Reichsverfassung und des Eindringens fremder Herrschaft der konservative Sinn des Kurfürsten und seiner Räte auf; ihre Gedanken gingen mehr und mehr darauf aus, der Diktatur des schwedischen Königs ein Gegengewicht zu geben. Und da entsannen sie sich, wie schon bemerkt (S. 502/3), plötzlich wieder der Leipziger Beschlüsse: aufgrund derselben verlangten sie nichts Geringeres, als daß die Unterzeichner dieser Beschlüsse zum Unterhalt der sächsischen Armee nach der damals gemachten Umlage — natürlich mit Geld statt mit Truppen — beizusteuern hätten, das will sagen, daß der sächsische Kurfürst, als Haupt einer kriegerischen Organisation, neben den schwedischen König treten sollte. Solchen Bestrebungen entsprach denn auch jene eigenmächtige Änderung des in Halle aufgestellten Kriegsplanes, die Arnim durch die Wendung von Schlesien gegen Böhmen vornahm, es entsprach ihnen auch die Eifersucht, mit welcher die kurfürstliche Regierung, als sie seit Anfang 1632 schwedische Hilfstruppen zur Deckung ihres Landes erbat, doch zugleich einem Eingriff in den Oberbefehl des Kurfürsten vorzubauen suchte.

Nicht genug jedoch, daß die Regierung Johann Georgs den Bundesbestrebungen Gustav Adolfs widerstand, sie wußte ihre ablenkende Wirksamkeit auch auf den Gang seiner großen Politik auszudehnen. Den Anlaß dazu boten zwei von verschiedenen Seiten herkommende Friedensbemühungen. Die erste derselben kam vom König Christian IV. von Dänemark, allerdings unter Vorgängen, die sich fürs erste nicht eben friedlich ausnahmen. Wider-

willig und nicht ohne sich die Möglichkeit des Entschlüpfens frei zu halten, hatte dieser König im Lübecker Frieden den Verzicht auf die niederländischen Bistümer ausgestellt (S. 413). Als nun seit Gustav Adolfs Einbruch kaum drei Monate vergangen waren, trat er plötzlich am 10. Oktober 1630 an den Kaiser heran mit der Empfehlung der von seinem Sohn Friedrich ausgesprochenen Bitte, daß ihm der Besitz seines Verdener Bistums, Bremer Koadjutorats und Halberstädter Kanonikats bis zum anderweitigen einhelligen Beschluß eines Reichstags vergönnt werden möge. Der betroffene Kaiser wies auf den Lübecker Frieden, der König jedoch antwortete ihm mit der Berufung auf des Reiches Recht und Herkommen, welches durch die Entsetzung seiner Söhne verletzt sei. Er scheint, so meinte darauf der Kaiser, indem er in seiner Verlegenheit die katholischen Kurfürsten um ihren Rat befragte (28. August 1631), „eine Ursache zu neuem Krieg zu suchen“. — Daß Christian in der That seinen kriegerischen Neigungen nicht völlig abgesagt hatte, zeigte er in einem gleichzeitigen Streithandel mit Hamburg. Im Widerspruch mit dem dieser Stadt im Jahr 1628 erteilten kaiserlichen Privileg (S. 414) ging er ans Werk, nicht nur seinen Elbplaz Glückstadt zu erweitern und zu befestigen, sondern auch seit Anfang 1630 von den Hamburger Schiffen dort einen Zoll und andere Auflagen zu erzwingen. Die Hamburger erwiderten darauf mit einem Angriff gegen die in Glückstadt liegenden dänischen Schiffe, und da Christian Gewalt mit Gewalt erwiderte, so begann zwischen ihm und der Stadt ein kleiner Krieg, den der Kaiser vergeblich beizulegen suchte.

Indes dieses drohende Vorgehen Christians war doch nur ein Schreckmittel. Wohl nahm er den Gedanken der Machterweiterung im Reiche jetzt wieder auf, aber verwirklichen wollte er ihn nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß er als Vermittler zwischen den Kaiser und den schwedischen König trat. Zunächst mehr ausforschend, als anbietend, knüpfte er zu diesem Zweck im November 1631 mit Wallenstein, zu Anfang 1632 mit Kurachsen geheime Verhandlungen an. Einen raschen Fortgang hatten diese Besprechungen nicht, aber die Wirkung hatten sie doch alsbald, daß Sachsens Wunsch nach baldiger Beendigung des Krieges gestärkt wurde, — und dies um so mehr, da sie mit einer zweiten, auf das gleiche Ziel gehenden Anregung zusammentrafen.

Unter den protestantischen Fürsten hatte keiner an dem passiven Gehorsam gegen den Kaiser so unverbrüchlich festgehalten, wie Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt; keiner schien darum auch durch das siegreiche Vordringen Gustav Adolfs so sehr bedroht, wie er: von Gustav Adolf hatte er über seine politische Haltung, vom Landgrafen Wilhelm über den der Kasseler Linie abgerungenen Gewinn eine unbarmherzige Abrechnung zu gewärtigen. Aber all diesen Gefahren wußte er zu entschlüpfen, indem er in den Mittelpunkt einer die Aufmerksamkeit beider Parteien fesselnden Unterhandlung trat. Wie er einst zusammen mit dem Kurfürsten von Mainz den ersten Anstoß zu dem Frankfurter Ausgleichstag gegeben hatte, so war er, als die Entscheidung bei Breitenfeld gefallen war, alsbald bei der Hand, mit seinem geistlichen Freund ein neues Friedensprojekt aufzustellen (18. Oktober): ein aus den Kurfürsten und einigen versöhnlichen Fürsten zusammengesetzter Ausschuß sollte, vereint mit dem Kaiser, das in Frank-

furt mißlungene Werk des Ausgleichs abermals in die Hand nehmen, und zwar jetzt in dem weiten Sinn einer Verständigung über alle das Reich spaltenden kirchlichen und politischen Streitfragen. Noch meinten sie dabei, den Krieg als einen inneren Krieg des Reiches, seine Beilegung als Reichssache bezeichnen zu sollen, und darum vom schwedischen König, als der eigentlich kriegführenden Partei, wenigstens vorläufig absehen zu können, ja mit erstaunlicher Naivität meinte anfangs Landgraf Georg, Gustav Adolf könne seine Forderungen durch den Mund der verbündeten Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg vorbringen. Begreiflicherweise fand der Vorschlag beim Kaiser, wie bei den Kurfürsten von Baiern und Köln bereitwillige Aufnahme. Aber wie verhielt sich Gustav Adolf zu ihm? Jedenfalls nahm auch er die Sache nicht leicht; denn als am 27. Oktober ein Gesandter des Landgrafen vor ihm erschien, um zunächst nur die Bitte um Schonung seines Landes vorzubringen, gab er, den man so unbedacht beiseite hatte schieben wollen, selber die Anregung zur Eröffnung des Konferenzplanes, und wie sich nun daran weitere Unterhandlungen anknüpften, erwies er dem Landgrafen die außergewöhnliche Gunst, gegen Einräumung der Festung Rüsselsheim seine Lande mit Kontribution und Einquartierung zu verschonen. Aber der Vorschlag war ihm an sich verdächtig, als ein Versuch, seinen Erfolgen vorzeitig Stillstand zu gebieten und seine deutschen Verbündeten von ihm zu trennen. Darum, indem er sich im Grundsatz wohl mit ihm einverstanden erklärte, hatte er doch alsbald eine Fülle von Gründen bei der Hand, besonders auch die Einwendung, daß er sich vorher mit seinen deutschen Verbündeten, zunächst mit den beiden Kurfürsten, verständigen müsse, um die Ausführung in unbestimmte Ferne zu rücken. Anders jedoch, als er, dachte wieder die kursächsische Regierung: sobald die Vorschläge des Landgrafen am Hofe Johann Georgs kund wurden, wallte hier das Verlangen nach der Zusammenfügung des Reichs, nicht minder auch die Sorge um die Dauerhaftigkeit der protestantischen Triumphe neuerdings auf und rief eine wahrhaft heiße Sehnsucht nach der Friedenskonferenz hervor. Es kam darüber zu einer Reihe von Auseinandersetzungen mit Gustav Adolf, die ihren Höhepunkt fanden, als der König zum Zweck einer gründlichen Aussprache den Pfalzgrafen August von Sulzbach nach Dresden schickte, und man nun bei den von ihm geführten Unterhandlungen (23. Juni bis 21. Juli) von der formalen Frage, ob die Konferenz zu beschleunigen oder zu verschleppen sei, zu dem Kern der Sache, nämlich zu den Bedingungen eines etwaigen Friedens fortschritt. Gustav Adolf gestattete, daß seine Hauptforderungen zwar noch immer in bloßen Umrissen, aber doch zusammenhängender und eingehender dargelegt wurden, als es bisher geschehen war.

Zugrunde wurde dabei der Fortbestand des deutschen Reiches gelegt, und damit die aus manchen Eingriffen des Königs hervorgehende Furcht, daß er dieses Staatswesen förmlich auflösen wolle, zerstreut. Auf diesem Boden schieden sich dann des Königs Forderungen in solche, welche das öffentliche Recht des Reiches, und solche, welche die territorialen Umwälzungen in demselben betrafen. In ersterer Beziehung ließ er merken, daß ihm als Norm der kirchlichen Rechte der Protestanten und der Neuordnung der Reichsverfassung die alten Ansprüche der pfälzischen Partei vorschwebten. Wie er jedoch die genauere Fassung dieser

Ansprüche den protestantischen Ständen anheimgab, so rückte er als seinen eigenen Vorschlag die alte Grundforderung des immerwährenden protestantischen Bundes in den Vordergrund, jetzt mit der schärferen Betonung, daß die Verbürgung des zu treffenden Friedens die besondere Aufgabe des Bundes sein müsse, und daß Waffenbereitschaft der Verbündeten und „absolutes Direktorium“ des schwedischen Königs die nächsten Erfordernisse desselben seien. Dann kam er zu der territorialen Umwälzung. Entsprechend den von Anfang an aufgestellten Zielen, hatte er dreierlei zu fordern: Restitution der verjagten oder beraubten protestantischen Stände, Belohnung der deutschen Verbündeten, Vergrößerung des schwedischen Reiches, und zur Durchführung dieser Forderungen stand nach seiner Theorie vom Kriegsrecht die Masse der eroberten Reichslande zu seiner Verfügung. Als seinen Anteil an der Masse verlangte er zunächst das Herzogtum Pommern, auch jetzt freilich noch in nicht ganz bestimmter Form und mit der lockenden Andeutung, daß er vielleicht nicht auf dem ganzen bestehen werde; auch nicht losgerissen vom Reich, so erklärte er jetzt bestimmter, wollte er das Land besitzen, sondern so, wie der dänische König das Herzogtum Holstein, also eintretend in die Reihe der deutschen Reichsstände. Ob er sich mit Pommern begnügen werde, sagte er nicht, für die nicht zu umgehende Frage aber, wie Kurbrandenburg entschädigt werden solle, wies er teils auf die schon eroberten, vornehmlich also geistlichen Lande, teils auf die noch zu erobernden, d. h. vor allem dem Hause Österreich zu entziehenden Gebiete hin und auf den großen Handel, der über ihre Verteilung bevorstand. Je nach der Art des Ausgleichs konnte dieser Vorrat selbst zur Entschädigung bisheriger Feinde, z. B. Wallensteins für Mecklenburg, Maximilians von Baiern für die pfälzischen Lande, ausreichen.

Diese Aufklärung über des Königs Absichten hatte die Folge, daß jetzt auch Sachsen mit seinen Zielen deutlicher herausrückte. Da aber zeigte sich's, daß der Reichsfürst, und zwar der Reichsfürst mit konservativer Gesinnung, über die Zukunft Deutschlands ganz anders dachte, als der schwedische Eroberer. In den Fragen der Umgestaltung der Reichsverfassung im Sinne einer noch weiteren Ausbildung der Selbstherrlichkeit der Reichsstände hatte Johann Georg sich inzwischen allerdings dem alten pfälzischen Standpunkt mehr genähert, aber doch so, daß er auch jetzt noch eine mittlere Linie zwischen diesem und seinen früheren zugunsten der Einheit des Reichs und der Autorität des Kaisers verfochtenen Grundsätzen einzuhalten suchte. Statt der radikalen Bestreitung der Jurisdiktion des Reichshofrats z. B. verlangte er nur Ausschluß der Religionsfachen und derjenigen Fälle, die den Stand und die Lande der Reichsstände betrafen. Dann aber, in den besonderen Fragen, wo es sich um entzogene Lande, Güter und Rechte handelte, trat er der summarischen Forderung, die auf Rückgabe aller den Protestanten seit 1618 entzogenen Güter und Rechte ging, mit sehr unbequemen Unterscheidungen entgegen. Zuerst schieb er zwischen den Restitutionsforderungen, die kirchlich-politisch, und solchen, die weltlich-politisch-er Art waren. Indem er die letzteren vorläufig ausgesetzt wissen wollte, vermied er es, in der schwierigen Frage der Rückgabe der pfälzischen Kur und Lande sich irgendwie zu binden. Scharf war er gegen den Kaiser und die katholische Partei eigentlich nur in den kirchenpolitischen Ansprüchen. Selbstverständlich sollte das Restitutionsedikt mit allen

thatsächlichen und theoretischen Folgen fallen. Aber auch zur Aufhebung der schon vor dem Edikt erlittenen Verluste der Protestanten — wobei denn das dem sächsischen Prinzen August entzogene Recht an das Erzstift Magdeburg (S. 423) ausdrücklich in Anspruch genommen wurde —, weiter zur Schlichtung des alten Streitens, welche Rechte denn eigentlich der Religionsfriede den Katholiken und den Protestanten gewähre, hatte der Kurfürst ein Mittel in Bereitschaft, welches er schon bei Gelegenheit des Frankfurter Ausgleichstags angedeutet hatte, und das jetzt nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden sollte; es bestand darin, daß das Recht jedes Teiles, wo der Sinn des Gesetzes streitig war, nach dem nicht so leicht zu bestreitenden Besitzstand eines bestimmten Jahres zu regeln sei. Als Normaljahr nahm er das Jahr 1620 an, in welchem der vor dem Krieg vorhandene protestantische Besitz an Kirchengut noch nicht geschmälert und durch die Mühlhausener Versicherungsakte in gewissem Maße anerkannt war. Nicht versagen konnte sich dabei der Kurfürst den Zusatz, daß diese Rechte nur den Bekennern der ungeänderten Augsburger Konfession zukommen sollten.

Wenn der sächsische Kurfürst mit diesen Forderungen dem Kaiser die Preisgabe derjenigen Erfolge zumutete, in denen er in Bezug auf das Reich die eigentliche, die Opfer des Krieges lohnende Frucht erblickte, so hatte er ihm andererseits eine wertvolle Konzession in Aussicht zu stellen. Gustav Adolf hatte bei seiner Restitutionsforderung als selbstverständlich auch die Herstellung aller Rechte und alles Besitzes der Protestanten in Böhmen, in den kaiserlichen Erblanden überhaupt, angesehen: Johann Georg beschränkte seine Forderungen auf das Reich und eröffnete damit dem Kaiser die Aussicht auf einen Handel, in dem er den Ertrag der monarchischen und katholischen Reaktion in den Erblanden retten konnte. Das war abermals ein den schwedischen Absichten keineswegs entsprechendes Verhalten des sächsischen Kurfürsten. Noch schärfer aber trat dieser Gegensatz bei den ganz speziellen Forderungen zu Gunsten der schwedischen Krone hervor. Daß an Schweden ein Lohn gezahlt werden solle, erkannte Johann Georg als billig an, aber, so fügte er hinzu, dieser Lohn sollte auf Kosten der Katholiken, nicht des brandenburgischen Anrechtes auf Pommern gezahlt werden, und endlich sagten seine Räte, unter unbequemer Erinnerung an des Königs Beteuerungen seiner Uneigennützigkeit, deutlich heraus, daß eine Geldentschädigung ihnen am besten gefalle. Und nun gar das dauernde Bündnis unter schwedischer Hoheit! Hier schnitten die Sachsen die Erörterung mit der einen Entgegnung ab, daß es ja gerade die Aufgabe des künftigen Friedens sei, den das Reich zerreisenden Sonderbündnissen ein Ende zu machen.

Was war nun das Ergebnis all dieser Aussprachen über die Friedensfrage? Zunächst bestand es in der Erkenntnis, daß die Wege Gustav Adolfs und desjenigen Fürsten, dessen Bundesgenossenschaft ihm in Deutschland am wichtigsten war, nicht zusammen, sondern weiter auseinander führten. Wie aber, so müssen wir nun fragen, gestaltete sich das Verhältnis zu dem mächtigsten seiner Bundesgenossen, den er außerhalb des Reiches gewonnen hatte, zu dem Könige von Frankreich?

Im Frühjahr 1631, als Richelieu den Kampf gegen die spanisch-österreichische Macht, den er in Italien geführt hatte, siegreich abschloß (S. 460),

fühlte er die Hände frei, um nunmehr den gleichen Kampf, den er in Deutschland vorbereitet hatte, mit ungeteilter Kraft aufzunehmen. Zeitweilig schien es freilich, als ob nochmals, wie es im Jahre 1625 geschehen war (S. 313), sein Unternehmen durch eine Erhebung der inneren Faktionen gekreuzt werden sollte: nicht mehr der Hugenotten, sondern einer Verbindung, in der die Königin Mutter, des Königs Bruder, Herzog Gaston von Orleans, und Häupter des katholischen Abels sich zusammenfanden. Aber diesmal fühlte sich Richelieu, gestützt auf das Vertrauen eines Königs, der die ihm selber fehlende Sicherheit in der Hingabe an den gewaltigen Geist des Kardinals fand, stark genug, um die Gegner seiner Politik und seiner Vorherrschaft rasch und schrecklich niederzuwerfen und sich nicht in seiner auswärtigen Politik beirren zu lassen. Die Königin Mutter wich vor ihm unter den Schutz der spanisch-niederländischen Regierung (18. Juli 1631), der Marschall Marillac und der Herzog von Montmorency wurden hingerichtet (10. Mai und 30. Oktober 1632), und nur der Herzog von Orleans, dem für den Fall des Todes des damals noch kinderlosen Königs die Thronfolge gebührte, vermochte, seitdem er im März 1631 nach Lothringen entwichen war, in einem verächtlichen Wechsel von Aufstand und Unterwerfung über drei Jahre lang den Gang von Richelieus Politik zu erschweren, wenn auch nicht zu hindern. Im übrigen war es nicht mehr das Inland, sondern das Ausland, wo die zu überwindenden Schwierigkeiten sich erhoben, und zwar zunächst in Folge seiner entgegengesetzten Verbindungen mit Gustav Adolf und mit Maximilian von Baiern.

Wie er freilich fürs erste diese Gegensätze zum eigenen Vorteil zu verbinden hoffte, zeigten die Aufträge, mit denen er im Juli 1631 den Herrn von St. Etienne an die Kurfürsten von Baiern und Sachsen abfertigte: die Waffen Gustav Adolfs, das war der Sinn derselben, sind, statt gegen die gesamte katholische Partei, ausschließlich gegen das Haus Oesterreich zu wenden; diesem Zweikampf gegenüber sollen sich die katholischen wie protestantischen Reichsstände neutral, aber wohl gerüstet halten, und zwar in einem von ihren Häuptern, den Kurfürsten von Baiern und Sachsen, zu schließenden Einvernehmen, unter der Losung des Schutzes der gemeinsamen Freiheit gegen die Tyrannei des Hauses Oesterreich und in enger Verbindung mit der schützenden Macht Frankreichs. Frankreich und die Reichsstände werden dann im geeigneten Zeitpunkt zwischen die beiden Kämpfer treten und den Frieden im Reich nach ihrem Willen vermitteln können.

Indes, hier konnte man fragen, ob Richelieu selber an einen unmittelbaren Erfolg dieser eigennützigen Vorschläge glaubte. Wie sollten die kirchlichen Machtinteressen, welche seit dem Erlaß des Restitutionsediktes die katholischen und protestantischen Reichsstände unerbittlich geschieden hatten, eine Verbindung Sachsens mit dem Haupt der Liga, eine Lossagung der Protestanten von Gustav Adolf, der Liga vom Kaiser gestatten! Rasch mußte denn auch der Kardinal erfahren, wie die Parteien nicht nur über seine Vorschläge hinweggingen, sondern ihn selber in Anspruch nahmen aufgrund der entgegengesetzten Verpflichtungen, die er in seinem schwedischen und seinem bairischen Bündnisse übernommen hatte. Da mußte er denn andere Entschlüsse fassen. Zunächst suchte er sich zu helfen, indem er Gustav Adolf gegenüber seine Subsidienverpflichtung erfüllte, dagegen die dringenden, schon mit Ende Mai 1631 beginnenden Hülfeersuche

Maximilians unter dem Vorwande ablehnte, daß in dem Kampfe mit Gustav Adolf er, Maximilian, in Folge der Verbindung seiner Streitkräfte mit denen des Kaisers der Angreifende sei; daß folglich das rein defensive französisch-bairische Bündnis nicht in Anwendung komme. Dann aber machte er sich auf, um in die großen Verwickelungen nach seinem eigenen Sinne einzugreifen.

Vorsichtig mitten im Drange seiner Thatkraft, hielt er allerdings noch daran fest, daß der Zeitpunkt zum offenen Eintritt Frankreichs in den großen Krieg nicht gekommen sei. Was ihn in dieser Zurückhaltung noch besonders bestärkte, war der Zweifel an der militärischen Ebenbürtigkeit Frankreichs mit den großen Kriegsmächten der Zeit: wir haben, wiederholte er mehrfach, zu wenig Männer, die zur Kriegsführung geeignet sind.¹⁾ Einstweilen also sollten die Künste diplomatischer Verhandlung, daneben kleinere Gewaltstreiche, die gleichsam aus dem Versteck geführt würden, ihre Wirkung thun. Und wie er nun zu dem Zweck einerseits einen wahren Schwarm von Gesandten aufbot, andererseits eine kleine Armee unter dem Marschall La Force in der Champagne an der deutschen Grenze aufstellte, griff er zunächst, in den letzten Tagen des Oktobers 1631, noch einmal zu dem Versuch, die Stände der Liga durch einen Neutralitätsvertrag aus dem Krieg herauszuziehen und dem Schutze Frankreichs, als Bürgen der Neutralität, zu unterstellen. Darüber unterhandelte im Dezember der Herr von Charnacé mit Maximilian in München, um dann, mit des Kurfürsten Anerbietungen versehen, im Januar 1632 bei Gustav Adolf sich einzustellen, zu einem Zeitpunkt, da diesen sein Siegeslauf bereits bis nach Mainz geführt hatte. Auch jetzt wieder konnte man freilich fragen, ob Richelieu selber auf den Erfolg seiner Vorschläge hoffte, ob es ihm nicht zunächst nur darauf ankam, wenigstens grundsätzlich dem Krieg den Charakter des Religionskrieges abzusprechen und ihn nur als einen Kampf gegen das Haus Oesterreich erscheinen zu lassen. Jedenfalls genügten schon zwei Forderungen, die ihm entgegengehalten wurden, um die Verhandlung trotz aller Weitschweifigkeit scheitern zu lassen: Maximilian verlangte Rückgabe der den Ligisten entriessenen Gebiete, Gustav Adolf dagegen wollte, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht nur die eroberten geistlichen Lande „bis zu einem allgemeinen Friedensschluß“ behalten, sondern er verstieg sich auch zur Forderung der Rückgabe aller den Protestanten in Niedersachsen, wie in Oberdeutschland²⁾ seit 1618 entriessenen Gebiete. Solche Bedingungen, so schrieb Maximilian am 28. Januar an seinen dringend nach der Neutralität verlangenden Bruder in Köln, können „ohne gewisse Gefahr des allgemeinen katholischen Wesens, besonders der katholischen Bundesstände“, nicht bewilligt werden. Der einzige Grund, so meinte dagegen Gustav Adolf, seinerseits auf die Neutralität einzugehen, sei die Rücksicht auf Frankreichs Freundschaft; übrigens werde sie, wenn auch geschlossen, schwerlich gehalten werden.

Bei diesem diplomatischen Versuch trug also Richelieu eine Niederlage davon; um so größer war sein Erfolg bei den kleinen, wie aus dem Versteck vollführten Eingriffen in den Krieg. Der leitende Gedanke war hier der ihm

¹⁾ Mémoires VII S. 40, 276, 355.

²⁾ Ueber den Einfluß der Germania superior vgl. Traktater V 1 S. 649.

längst vor seiner Seele stehende Plan, die Macht und die Grenzen Frankreichs gegen Deutschland vorzuschieben (S. 401). Wie nun bei diesem Vorrücken die geistlichen Fürstentümer von Metz, Toul und Verdun gleichsam die erste Station bilden sollten, so kam es ihm gerade hier als eine erwünschte Herausforderung, daß seit dem Jahr 1630 kaiserliche Truppen in das Stift Metz geworfen waren (S. 447), und dort die kleine Festung Moyon-Vic von ihnen besetzt und in ihrer Befestigung verstärkt wurde. Jetzt nun, da die Bedrängnis des Kaisers stieg, erging plötzlich in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1631 an La Force die Weisung, diesen Platz ohne eine Stunde Versäumnis anzugreifen und zu nehmen. Es war, wie gesagt, die Gunst der Gelegenheit, die den Kardinal zum Handeln vorantrieb, aber daneben noch ein Antrieb der Eifersucht. Er sah, wie der Siegeslauf Gustav Adolfs den Rhein nicht nur erreichte, sondern bereits überschritt, und da trat ein neuer Gedanke in seine Politik ein: am Rhein sollten die schwedischen Fortschritte gehemmt, und am linken Ufer des Stromes die führende Macht in Frankreichs Hände gelegt werden. Das Städtchen Moyon-Vic wurde denn auch am 27. Dezember genommen, und damit die Herrschaft Frankreichs in den drei Stiftern neuerdings gefestigt.

Schon war aber neben diesem kleinen Zugriff ein größerer im Gange, abzielend auf die Vändigung des Herzogs Karl von Lothringen. Der hatte seit der Zeit, da er Spanien gegenüber seine Bereitwilligkeit zu einem Bündnisse ausgesprochen hatte (S. 403), sein verzweifeltstes politisches Spiel weiter gespielt. Das Bündnis war bei den hohen Forderungen des Herzogs — er verlangte den Eintritt auch des Kaisers und der Liga und für sich ein Kommando über die ligistischen Stände des oberrheinischen Kreises¹⁾ — nicht zustande gekommen, aber dafür hatte er sich im Juni 1631 mit dem Kaiser über die Aufbringung eines in kaiserlichen Dienst zu stellenden Heeres von 12—17 000 Mann geeinigt und alsdann den Versuch gemacht, in den Krieg gegen Gustav Adolf einzugreifen. Allerdings mit kläglichem Erfolg! Mit einer kleinen Armee ging er gegen den 10. Oktober bei Oppenheim über den Rhein und stieß, wie schon erwähnt, gegen Ende des Monats in Miltenberg zu Tilly. Hier indes war ihm nur beschieden, an der Entschliebung teil zu nehmen, daß ein neuer Waffengang mit Gustav Adolf nicht gewagt werden könne, worauf er denn einige Wochen später sich von Tilly wieder trennte, und seine verwahrlosten von den nachdrängenden Schweden verfolgten Haufen über den Rhein zurückführte. Das waren Thaten, die an sich freilich nicht geeignet waren, besondere Furcht einzulösen; aber bedenklicher erschienen sie in ihrer gleichzeitigen Verbindung mit den Antrieben des Herzogs von Orleans. Dieser Fürst hatte bei seinem Austritt aus Frankreich am lothringischen Hof Aufnahme gesucht und gefunden, und kaum war er dort, so machte er ihn zum Schauplatz einer neuen Intrigue: er warb um die Hand der Schwester seines Gastfreundes. Der lothringische Herzog, der seine Unabhängigkeit gegen Frankreich verteidigte, und der königliche Prinz, der damals noch der Thronfolge am nächsten stand, zwei Fürsten, die zugleich dem

¹⁾ Philipp IV. an Isabella, 1630 Juni 21. (Brüsseler Archiv. Secrétairerie d'état et de guerre n. 203.)

Kardinal und seiner Politik tödlich verfeindet waren, sollten also auch verwandtschaftlich in Verbindung treten.

Solchen Herausforderungen gegenüber erschien nun Richelieu wiederum der Zeitpunkt zum Durchgreifen gekommen. In den Tagen, da der Angriff auf Moyen-Vie vorbereitet wurde, befanden er und der König Ludwig sich persönlich auf dem Weg nach Metz; nichts Geringeres drohten sie dem Herzog, als daß die Truppen, die das Metz'er Städtchen belagerten, sich von dort auf seine Lande werfen würden, und das zu einem Zeitpunkt, da seine eigenen Streitkräfte zerrüttet aus Deutschland zurückwichen, und Gustav Adolf siegreich am Rhein stand. Da sah Herzog Karl keinen anderen Rat, als sich selber beim König in Metz einzufinden (26. Dezember) und sich vor dem unerbittlichen Kardinal zu einem Vertrag zu verstehen, der zu Vic am 6. Januar 1632 zum Abschlusse kam und den Verzicht auf alle dem König nachteiligen Verbindungen, besonders mit dem Hause Oesterreich, dem Herzog von Orleans und der Königin Mutter, an die Spitze stellte: künftig, so hieß es weiter, sollte der Herzog keine Bündnisse ohne des Königs Zustimmung schließen, in seinen Landen sollte er weder Feinde des Königs, noch Truppenwerbungen, die ihm nachteilig seien, dulden, dagegen bei einem etwaigen kriegerischen Eingreifen des Königs in Deutschland ihm Beistand leisten; endlich seine Festung Marsal hatte er auf drei Jahre einer königlichen Besatzung einzuräumen. — Natürlich mußte nun der Herzog von Orleans seine Zuflucht alsbald anderwärts suchen, und er fand sie da, wo seine Mutter sie gefunden hatte, nämlich in den spanischen Niederlanden. Allein gerade an seine Person knüpfte sich auch gleich eine neue Verwicklung an: drei Tage vor Abschluß des Vertrags wurde in tiefem Geheimnis seine Trauung mit Prinzessin Margarete vollzogen. Was konnte dieser Vorgang anders bedeuten, als daß des königlichen Prinzen neuer Schwager sich nur scheinbar dem aufgezwungenen Vertrage gefügt hatte?

Indes Richelieu fühlte sich einstweilen gesichert; und so, in rastlosem Vordringen, säumte er nicht, eine dritte Gelegenheit zu ergreifen. Der hab- und streitsüchtige Erzbischof Philipp von Sötern (S. 370), der die Stifter Trier und Speier unter seiner Herrschaft verband, hatte lange Zeit seine Interessen in dienstfertiger Anschließung an Spanien zu wahren gesucht. Dann aber mußte er erfahren, daß Spanien dem alten Gedanken, wie von Mailand aus die kleinen italienischen Mächte, so von Brüssel aus die benachbarten deutschen Reichsstände seinem Einfluß zu unterwerfen, auch in diesen kritischen Zeiten keineswegs entsagte. Als er die reiche Abtei St. Maximin auf Grund päpstlicher Kommende in Besitz nahm (1625), der Kaiser aber als oberster Schutzherr der Reichsstifter dagegen Einsprache erhob, entdeckte die Brüsseler Regierung, daß ihr, als Erbin des Hauses Luxemburg, die Vogtei über das Kloster zustehe, und durch den Einmarsch einer Anzahl Truppen zwang sie dem Erzbischof eine von diesem hinterher als nichtig angesehene Verzichtsurkunde ab. Als dann in den landständischen Verhandlungen des Trierer Stifts die hohen Steuerforderungen und die ungerechte Verteilung der Abgaben einen scharfen Widerstand der Städte hervorriefen, in dessen Durchführung freilich am Ende nur die Hauptstadt ausharrte, wußte die Brüsseler Regierung mit verwegener Sophistik auch ein Schutzrecht über die Stadt Trier zu beweisen und warf im März 1630 eine Anzahl Soldaten in

ihre Mauern, um sie gegen ihren gewalthätigen Landesherren zu verteidigen. Darüber geschah, was bei dem herrischen Prälaten nicht ausbleiben konnte: seine Ergebenheit gegen Spanien schlug in Feindschaft um. In dieser Stimmung sah er im Dezember 1631 die schwedischen Scharen heranfluten und im ersten Anlauf auch schon die meisten Plätze seiner rechtsrheinischen Besitzungen einnehmen; er sah sich unversehens vor die Wahl gestellt, entweder an der von ihm bisher vertretenen Sache festzuhalten und sich dann gleich dem Erzbischof von Mainz durch die Schweden vertreiben zu lassen oder sich dem Schutz einer der katholischen Nachbarmächte, Spaniens oder Frankreichs, zu ergeben. Daß er kein Mann war, der gerne Opfer brachte, hatte die Liga seit 1627 schon an den gewaltigen Rückständen seiner Beiträge und im Jahr 1631 an der völligen Einstellung derselben erfahren.¹⁾ Daß er den spanischen Schutz verabscheute, verstand sich von selbst. Also sah er keinen anderen Ausweg, als die Anerbietungen der französischen Gesandten ohne Rücksicht auf seine Verbündeten zu ergreifen. Die Liga, so erklärte er am 23. Dezember 1631, sehe er als aufgelöst an; Frankreich möge ihm bei Schweden die Neutralität seiner beiden Stifter vermitteln und ihn darin schützen.

Da war denn Richelieu bei der Hand, einerseits mit Gustav Adolf sich dahin zu vertragen, daß er dem Erzbischof die Neutralität und die Abführung der schwedischen Truppen aus den Stiftern bewilligte, allerdings nicht ohne des Erzbischofs Gegenversprechen, alles den Evangelischen in seinen Diözesen seit Beginn des Krieges Entzogene zu restituieren, andererseits mit dem Trierer Kurfürsten sich dahin zu einigen, daß Frankreich zum Zweck seiner Beschützung im Stift Trier die Festung Ehrenbreitstein, im Speirer Stift Philippsburg bis zum künftigen Frieden besetzen sollte (April 1632). — Mit der Ausführung dieses Vertrags ging es dann freilich nicht so geschwind; denn eben die Gefahr des Eindringens Frankreichs in die beiden Stifter rief alsbald einen Wettkampf der spanisch-kaiserlichen und der französisch-schwedischen Streitkräfte um die festen Plätze hervor. Erst am 5. Juni bemächtigte sich eine französische Besatzung des Ehrenbreitsteins, und am 19. August fiel die Stadt Trier nach Kapitulation der dortigen spanischen Besatzung in französische Hände, während Philippsburg durch den zum Kaiser übergetretenen Befehlshaber behauptet wurde. Unmittelbar indes trat unter diesen Verhandlungen und Abmachungen eine andere Folge hervor, nämlich wachsende Spannung zwischen Frankreich und Schweden.

Ungern wich Gustav Adolf den französischen Besatzungen im Trierischen. Wie dann aber bei diesen und ähnlichen Verhandlungen immer wieder die französische Absicht hervortrat, den schwedischen Fortschritten am Rhein eine Grenze zu setzen, wie daneben die französischen Gesandten mit immer neuen Anträgen auf Neutralisierung der katholischen Reichsstände kamen, und daraus die Absicht hervorleuchtete, dem schwedischen Protektorat über die deutschen Protestanten ein fran-

¹⁾ Forst, Franz von Wartenberg n. 496 S. 553—554. Goetz in den Forschungen zur Geschichte Baierns XII S. 112. Die an letzterem Ort aufgeführten niedrigen Beiträge Kurkölns wurden nach Angabe des Kurfürsten durch unmittelbare Zahlungen und Lieferungen an die Bundesstruppen mehr als aufgewogen (an Kurf. Maximilian, 1630 März 24. Münchener Staatsarchiv 41/10).

zösisches über die Katholiken entgegenzustellen, oder gar die Häupter protestantischer und katholischer Reichsstände mit Frankreich zu vereinigen, um vereint das Amt der Vermittler in dem Kriege zu ergreifen, da gab es förmliche Weiterungen. Wiederholt kam es seit Januar 1632 zwischen dem feurigen König und den zungenfertigen französischen Gesandten zu heftigen Aussprachen; der König war erbittert über das Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen und den kriegerischen Leistungen Frankreichs; beiden Teilen kam die Verschiedenheit der von ihnen verfolgten Ziele scharf zum Bewußtsein, und die Empfindung, daß es zwischen ihnen zum Bruch kommen könne, wurde nur durch die Einsicht, daß man sich gegenseitig nicht entbehren könne, zurückgehalten. Das Ergebnis aber, welches sich hierbei Gustav Adolf aufdrängte, war, daß sein Verhältnis zu dem vornehmsten Verbündeten außerhalb Deutschlands ebenso gebrechlich war, wie das zu Kursachsen innerhalb des Reiches.

Und wie endlich sah es im Lager des Feindes aus? Sichtlich entwickelte sich auch hier eine größere Kraft des Widerstandes, als man in den ersten Monaten nach der Breitenfelder Schlacht hatte ahnen mögen. Schon ist ja erzählt, wie die Versuche, die Liga aus dem Kampfe herauszuziehen, an der Festigkeit Maximilians gescheitert waren. Der Kaiser aber, weit entfernt, sich durch die Friedensvorschläge verlocken zu lassen, war eben im Werk, den Schweden ein neues gewaltiges Heer entgegen zu werfen, und die Organisation und Führung desselben vertraute er dem großen Heereschöpfer an, dessen Rücktritt die Siege Gustav Adolfs erleichtert hatte. Das waren Vorgänge, angesichts deren Gustav Adolf sich vollends sagen mußte, daß er den größten Entscheidungen erst entgegenging. Damit aber wird auch für uns seine oben besprochene Zurückhaltung, mit der er die unwiderrufliche Feststellung der Ziele, denen er nachstrebte, und die unwiderrufliche Verpflichtung auf die Bündnisse, die er in Deutschland vereinbart hatte, aufschob, erst recht verständlich. Es war ihm, als der Frühling des Jahres 1632 heranrückte, klar, daß nicht durch die Fortführung der Verhandlungen, sondern durch große kriegerische Schläge die Lösung der politischen Fragen anzubahnen sei. Indem er aber zu dem zweiten Gang des großen deutschen Kampfes sich aufmachte, hatte er vor allem zu rechnen mit den neuen Entschlüssen des Kaisers und dem neuen Heer, das er ihm unter Wallenstein entgegenwarf.

Dritter Abschnitt.

Gustav Adolf und Wallenstein.

Kaifer Ferdinand war eigentlich nur mit einem Gedanken in den furchtbaren Krieg eingetreten: er wollte seine Pflicht zur Verteidigung der katholischen Kirche ohne Wanken erfüllen. Zweimal war ihm dabei die Gefahr des Verzagens nahe getreten: das erste Mal bei dem allgemeinen Aufstand des Jahres 1619, das zweite Mal auf die Nachricht von der Niederlage bei Breitenfeld. Dieser zweite Schlag drohte seiner Regierung geradezu die Besinnung zu rauben: man dachte an die Flucht nach Graz, ja bei größerer Not bis nach Italien. Aber auch diesmal gewann der Kaiser seine Festigkeit wieder; bald waren seine Räte an der Arbeit, neue Mittel zur Fortführung des Krieges zu ersinnen. Die Auswege, welche sie fanden, waren vornehmlich zwei: einmal das Projekt eines großen Bündnisses der katholischen Mächte, welches, den religiösen Charakter des Krieges anerkennend, den schwedischen Verfechter des Protestantismus nebst anderen „Fremden“ aus dem Reiche verjagen und den vor Gustav Adolfs Einbruch bestandenen Zustand wieder herstellen sollte, — sodann der Plan der Schaffung einer starken und selbständigen kaiserlichen Armee.

Bei den Verhandlungen über den ersten Plan drängte sich aber dem Kaiser sofort die niederschlagende Erfahrung auf, daß die Politik der katholischen Mächte sich durch das Schicksal, das ihrer Kirche in Deutschland drohte, nicht bestimmen ließ, — nicht einmal die des Hauptes der katholischen Kirche selber. Urban VIII., wie er, noch erfüllt von seiner Feindschaft gegen das Haus Oesterreich, vor die Wahl gestellt wurde, entweder diese Feindschaft in ein Bündnis umzuwandeln oder den Fortschritten des Protestantismus in Deutschland zuzusehen, entschied sich, wenn auch nicht ohne Einschränkungen und Verhüllungen, für das letztere. Er suchte den Anstand zu wahren, indem er dem Kaiser und der Liga, wie früher so auch jetzt kärgliche Geldzuschüsse bewilligte; wenn diese ihn aber ersuchten, er möge wenigstens dem katholischen Frankreich die unleugbare Unterstützung der Reher legen, so ließ er sich von Richelieu beweisen, daß der wahre Feind der katholischen Religion das Haus Oesterreich sei, weil es die Religion als Vorwand für seine Machterweiterung gebrauche, und daß der Mitschuldige Oester-

reichs die Liga sei, weil sie im Dienst des Kaisers Gustav Adolf herausgefordert habe. Selbst der Hinweis auf die große katholische That des Restitutionsediktes ließ diesen Papst kalt: er erinnerte den kaiserlichen Gesandten, daß ihm dieser Erlaß von Anfang an noch lange nicht genügt habe (S. 452), ja er wagte die wie gräßlicher Hohn klingende Andeutung, daß vielleicht eben diese Mängel des Ediktes, daneben die vielfache Entfremdung der wiedergewonnenen Güter von ihrem gottesdienstlichen Zweck die Strafe Gottes auf den Kaiser gezogen hätten.¹⁾

Wie beim Papst, so sah der Kaiser sich auch sonst überall abgewiesen. Wohl kam seinem Verlangen nach einem größeren und festeren Bündnis die spanische Regierung entgegen, aber nur unter der alten Voraussetzung, daß dieser Bund ihr Hilfe gegen die Generalstaaten einbringe. Als statt dessen eine lediglich im Sinn der kaiserlichen Wünsche gehaltene Bundesakte mit dem spanischen Gesandten in Wien vereinbart wurde, versagte ihr Philipp IV. die Ratifikation.²⁾ Nur zu einem, allerdings tief greifenden Zugeständnis ließ er sich herbei: um die in der linksrheinischen Pfalz gewonnene Machtstellung zu behaupten, zugleich um eine neue Erhebung, die der Herzog von Lothringen mit dem Herzog von Orleans plante, zu unterstützen, versprach er, jetzt wieder, wie im Jahr 1620, eine spanische Armee aus den Niederlanden in der Richtung auf die Mosel und die Pfalz zu senden (März 1632).

Abgesehen hiervon erwies sich die Rechnung der kaiserlichen Regierung auf fremde Hilfe als trügerisch. Um so dringender mußte da die Aufstellung einer eigenen starken Armee erscheinen. In dieser Beziehung war nun auch am kaiserlichen Hof schon bald nach der ersten bei Sarz erlittenen Niederlage die Einsicht durchgebrochen, daß die halb aufgelöste kaiserliche Armee neu geordnet und verstärkt werden müsse, und daß sie vor allem einem besonderen obersten Befehlshaber, unter Auflösung der unglücklichen Doppelstellung Tillys, zu unterstellen sei. Die Auswahl des neuen Befehlshabers wurde dabei als die wichtigste angesehen. Es kamen in Vorschlag Tilly selber, die Herzöge von Savoyen und Lothringen und besonders der nach kriegerischer Bethätigung dürstende Sohn des Kaisers, König Ferdinand. Aber am Ende geschah es, daß die Armut an hervorragenden Kräften und die träge Vertrauensseligkeit der kaiserlichen Regierung zu einem verhängnisvollen Entschlusse führten. Die alten Gönner Wallensteins, voran der Hofkriegsrat Duestenberg und der Fürst Eggenberg, wiesen mit zunehmendem Eifer auf den gestürzten Feldherrn als den einzigen, der der gewaltigen Aufgabe der Schaffung und Führung der Armee gewachsen sei; und in dem Streit, der nun zwischen Wallensteins Freunden und Gegnern entstand, neigte der Kaiser sich immer mehr auf die Seite der ersteren. In welchem Maße er sich aber hiermit einer unheimlichen Gewalt überlieferte, lehrt ein Blick auf Wallensteins damalige Absichten und Entwürfe.

¹⁾ Barberini an Rocci, 1632 April 10. (Abschriften Gindelys im böhmischen Landesarchiv.)

²⁾ Für das Verhältnis des Kaisers zu Spanien in den Jahren 1632 und 1633 verweise ich auf meine Abhandlung „Der Untergang Wallensteins“, *Histor. Zeitschrift* Bd. 97. Dasselbst auch über die mit Wallensteins Anstellung, Kriegführung und Politik zusammenhängenden Vorgänge.

Seit seiner Entlassung lebte der Herzog in scheinbarer Zurückgezogenheit und feierlicher Pracht in seinem Fürstentum Friedland; aber in seiner Seele war die alte Leidenschaft, bestimmend in die großen Kämpfe einzugreifen, zur verzehrenden Gier gesteigert. Gegen die kaiserliche Regierung, die er niemals sonderlich respektiert hatte, empfand er ein Gefühl der Verachtung, und zu seiner Gleichgültigkeit gegen das Herrscherhaus und vollends gegen das Reich und seine Stände hatte sich das Verlangen nach Rache an den Urhebern seines Sturzes gestellt. Sein Geist arbeitete unausgesetzt an den Plänen neuer Heereserschöpfung und neuer Heeresführung, sei es nun mit, sei es gegen den Kaiser; und schon machte er sich auch ans Werk, sich den einen wie den anderen Weg zu eröffnen. Während er dem Kaiser, der ihm gegenüber von Schuldbewußtsein gedrückt war, Ergebenheit und Dienstbeflissenheit zeigte, knüpfte er im Lager der Feinde desselben zwei vertraute Beziehungen an: die eine, und zwar schon seit November 1630, mit seinem früheren Untergebenen, dem in sächsische Dienste übertretenden Arnim (S. 483), die zweite, und zwar seit Mai 1631, mit dem Haupt der böhmischen Emigranten, dem Grafen Thurn (S. 504). So nach beiden Seiten Vertrauen suchend und Vertrauen heuchelnd, wußte er dem Kaiser, mit seinem Rat in politischen und militärischen Fragen, mit Mittlerdiensten in den Bemühungen um die Gewinnung des Königs von Dänemark (S. 513) zur Hand zu gehen, dem König Gustav Adolf aber ließ er durch den Grafen Thurn eröffnen, daß er, wenn von einem starken Hülfscorps unterstützt, eine Schilderhebung vornehmen wolle, durch welche des Kaisers Macht in seinen eignen Erblanden vernichtend getroffen werden sollte, und seinen Freund Arnim, der in die Mitwissenschaft dieser Anschläge gezogen wurde, wagte er bereits, als derselbe seinen schlesisch-böhmischen Feldzug angetreten hatte, zur Besprechung eines gemeinsamen Aktionsplanes einzuladen.

In diesem Gewebe begann sich Wallenstein zu verstricken, als endlich im Rat Ferdinands II. der Kampf seiner Gegner und Freunde im Sinne der letzteren entschieden wurde: am 10. Dezember 1631 fertigte der Kaiser den Fürsten Eggenberg an Wallenstein ab, um ihm die Wiederannahme des Amtes eines „General-Obersten-Feldhauptmanns“ der kaiserlichen Armee anzutragen. Noch glaubte er damals, sich die Dienste Wallensteins sichern zu können, ohne auf eine wirksame Aufsicht über denselben zu verzichten: es sollte nämlich zugleich mit ihm König Ferdinand ins Feld ziehen, und dann der höchsten Autorität des Thronfolgers gegenüber der Feldhauptmann doch wieder nur als der „Assistierende“ erscheinen. Es war eine Auskunft, die vor allem auch von dem spanischen Gesandten begünstigt wurde, aber ohne daß auf dieser Seite Mißgunst gegen den Feldherrn im Spiel gewesen wäre. Denn bei der spanischen Regierung galt Wallenstein seit seinem Auftreten im Jahr 1627 (S. 377 fg., 418) als Verfechter des Bündnisses zwischen dem Kaiser und Spanien und der Verflechtung des deutschen mit dem niederländischen Kriege. Deshalb hatten auch die Staatsmänner Philipps IV. widerwillig die Entlassung Wallensteins angesehen, und deshalb hatten seine Gesandten jetzt die Wiederanstellung desselben nach Kräften zu fördern.

Gleich in dieser Frage indes, ob Ferdinand III. am Kriege teilnehmen dürfe, stieß der Kaiser auf die entgegengesetzten Absichten Wallensteins. Daß

dieser die ersehnte Heeresführung viel lieber aus der Hand des Kaisers, als Gustav Adolfs annahm, verstand sich nach seiner Stellung und Vergangenheit von selber, aber in seinem Sinne sollte die Annahme unter Bedingungen erfolgen, welche ihm die unbeschränkte Führung des Krieges sicherten. So lautete denn die erste Forderung, die der Kaiser zugestehen mußte, daß der Erbe des Thrones dem Heere fern zu bleiben habe. Die zweite Bedingung, die man ihm ebenfalls zugestehen mußte, entsprach dem schon in seinem ersten Generalat angewandten Kunstgriff, den Kaiser durch die Aussicht auf seinen baldigen Rücktritt hinzuhalten (S. 349): bloß für die Zeit bis Ende März 1632 und nicht zur Kriegsführung, sondern nur zur Schaffung einer dem Feinde gewachsenen Armee nahm er den Oberbefehl an. Für diese Armee sollte aber auch — und das war Wallensteins dritte Bedingung — eine wenigstens leidliche finanzielle Grundlage geschaffen werden. Statt der kümmerlichen Zuschüsse, die er in seinem ersten Generalat erhalten hatte, verlangte er Geldzuschüsse vom Kaiser in einem Jahresbetrag von 2400000 Gulden, von Spanien in einem Monatsbetrag von mindestens 50000 Gulden. Eine sofortige klare Abmachung wurde über diese Forderung wohl nicht getroffen, aber in Wirklichkeit wurden von Spanien jene Zuschüsse gezahlt, und was die kaiserlichen Erblände an Geld erlegten, dürfte kaum unter der angegebenen Summe geblieben sein, abgesehen davon, daß, solange Wallensteins Armee noch nicht Fuß im Reich zu fassen vermochte, ihnen auch die noch größere Last der Verpflegung derselben zufiel. Jetzt, wie früher, erfolgte die Verteilung dieser Geld- und Naturalleistungen bald bezirksweise auf die Bürger und Bauern, bald in einer Summe auf ein ganzes Land, bald kraft ständischer Bewilligung, bald, wie man sagte, impositionsweise. In Umlage und Erhebung wirkten zusammen und durcheinander ständische Ausschüsse, landesherrliche Kommissarien und brutale militärische Exekution.

Unter solchen Bedingungen nahm Wallenstein um die Mitte des Monats Dezember 1631 den vorläufigen Oberbefehl über die kaiserliche Armee, zunächst ohne Titel und Besoldung, an. Seine Aufgabe war, die alten Regimente, die z. B. in der Infanterie statt des eigensinnig festgehaltenen Normalsatzes von 3000 Mann Bestände von 1500 bis 300, ja 100 Mann, und auch diese bei genauerer Prüfung noch vielfach zu hoch angegeben, aufwiesen, zu ergänzen, neue zu schaffen, die bis in den Grund ruinierte Armee materiell und moralisch wieder zu heben. Kaum aber hatte er sich zur Uebernahme des Oberbefehls entschlossen, als auch schon sein Oberst Flow in schlichten Worten melden konnte: der Nutzen, den Czer fürstlichen Gnaden Resolution bei den Truppen bereits geschafft hat, ist groß. Neue Mannschaften strömten in die gelichteten Regimente, um sie, wenn nicht vollzählig, so doch wieder kriegstüchtig zu machen; neben den alten Regimenten erstanden neue, wie denn die Infanterie im Lauf des neuen Jahres von 45 auf 54 Regimente und die Reiterei in noch stärkerem Verhältnis anwuchs,¹⁾ als Männer des nächsten Vertrauens und zu höheren Stellungen erhoben, scharte sich um Wallenstein selber eine Auswahl seiner früher bewährten

¹⁾ Ueber Wallensteins Armee 1632—1634 verweise ich auf F. Ronze, Die Stärke, Zusammensetzung und Verteilung der Wallensteinischen Armee. Bonner Doktor-dissertation 1906.

Obersten: so der jetzt — gleichzeitig mit Matthias Gallas — zum Rang eines Oberst-Feldzeugmeisters emporsteigende Johann Aldringen, dem er am 18. Januar 1632 den Oberbefehl über die noch im Reich liegenden kaiserlichen Truppen übertrug, so auch der im Jahr 1627 als glänzender Reiterführer erprobte Graf Heinrich von Schlick, der für den verstorbenen Collalto an die Spitze des Hofkriegsrates trat. Natürlich fehlte es bei diesen kostspieligen Organisationen wieder nicht an den dem Kaiser so teuer zu stehen kommenden Vorschüssen aus Wallensteins Kasse.

Indem aber so die Neuschaffung der Armee vor sich ging, neigte sich zugleich die Zeit von Wallensteins vorläufigem Generalat ihrem Ende zu. Schwerlich hatte man sich von Anfang an darüber getäuscht, daß die starke Hand, welche die Organisation der Armee begonnen hatte, sie auch allein vollenden und allein die Führung des Heeres übernehmen konnte. Aber der Vorteil Wallensteins war es, daß der Kaiser abermals als Bittender — jetzt um die dauernde Annahme des Oberbefehls — an ihn herantreten mußte. Ueber die Bedingungen der Annahme mußte mit ihm in den letzten Tagen des Monats März der Bischof Anton von Wien, am 13. April zu Göllersdorf der Fürst Eggenberg unterhandeln, und da endlich, am 14. April, konnte letzterer dem Kaiser die Kunde bringen, daß Wallenstein sich seiner „Intention akkommodiert“ habe.

Die Zugeständnisse, die man dem „General-Obersten-Feldhauptmann“ der kaiserlichen Armee, wie er fortan wieder betitelt wurde, gewähren mußte, bezogen sich natürlich an erster Stelle auf den Oberbefehl. Früher, z. B. im Jahr 1627, hatte Wallenstein für seinen Feldzugsplan erst die kaiserliche Genehmigung eingeholt (S. 361), ja es war ihm gelegentlich, wie im Mantuanischen Krieg, eine gegen seinen Willen gehende Verwendung der Armee auferlegt (S. 419); jetzt mußte der Kaiser — wir wissen nicht genau in welcher Form — den herrischen Feldherrn darüber beruhigen, daß er gegenüber all seinen militärischen Bewegungen und Maßnahmen dieses Recht der Befehlserteilung zwar nicht förmlich aufgabe, aber doch nicht ausüben werde. Sein Verhältnis zu Wallensteins Kriegführung gestaltete sich demgemäß so, daß der Feldherr regelmäßig berichtete, er, der Kaiser, dagegen seine bescheidene Einwirkung in die Form von Fragen und Vorschlägen einkleidete. Wie von selber fiel auch die kaiserliche Autorisation bei Ergänzung und Vergrößerung der Armee hinweg; die dafür erforderlichen Werbepatente stellte Wallenstein mit voller Eigenmacht aus, selbst Bestallungspatente für Regimentsobersten fertigte er gelegentlich statt des Kaisers aus, und wenn, wie früher, die Ernennung zu den höheren Kommandos dem Kaiser vorbehalten blieb, so erschien dies jetzt noch mehr, wie früher, als eine bloße Form: das Wesentliche war der von Wallenstein ausgehende Vorschlag.

Hinsichtlich der Unterhaltung der Armee wurde neben den schon vor drei Monaten gemachten, jetzt vielleicht genauer gefaßten Zusicherungen auch die Geldquelle der Konfiskationen, die man bei dem Wechsel von Abfall und Unterwerfung in den Erbländern sowohl, wie im Reich zu verhängen gedachte, ins Auge gefaßt: ihr Ertrag wurde dem Feldherrn zur ausschließlichen Verwendung für die Armee zugewiesen. Daneben kam man dann auch auf die schwere Frage der Belohnung Wallensteins selber. Hier war es eine bloße Abschlagszahlung

für die unerfättliche Gier des Mannes, wenn ihm der Kaiser eine von seinen Gutskäufen rückständige Summe von 400 000 Gulden erließ; ein großes Opfer dagegen brachte er, indem er die Verpflichtung anerkannte, dem Feldherrn das in Feindes Hand gekommene Herzogtum Mecklenburg oder ein gleichwertiges Fürstentum zu verschaffen, und ihm bis zur Erfüllung dieser Pflicht das schlesische Fürstentum Großglogau übergab, und unzweifelhaft endlich, wenn auch wahrscheinlich nicht in verbindlicher Form ausgesprochen, war das Einverständnis der kaiserlichen Regierung, daß ihm, wenn seine Heerführung zu einem neuen Siegeslaufe führen sollte, auch neue Belohnungen nach Art der im ersten Generalat gewährten zuteil werden sollten.

So konnte man denn sagen, daß der Kaiser teils infolge wirklicher Zugeständnisse, teils infolge seines falschen Verhältnisses zu einem Manne, vor dem er sich demütigen mußte, und der diese Demütigung ins Maßlose auszubeuten entschlossen war, die Herrschaft über das Heer, die Leitung des Kriegs und zum Teil auch die Früchte des erhofften Sieges aus der Hand gegeben hatte. Was aber diese Preisgabe kaiserlicher Autorität vollendete, das war die Leichtfertigkeit, mit welcher zu den militärischen Befugnissen Wallensteins auch noch politische hinzugefügt wurden.

Man wußte am kaiserlichen Hof von vertrauten Beziehungen Wallensteins zu Arnim, man wußte auch, daß der sächsische Kurfürst nur widerstrebend in das Bündnis mit Schweden eingetreten war, und daß Arnim diesen Widerwillen seines Kriegsherrn reichlich teilte. Ließ sich nun diese Stimmung nicht benutzen, um den Kurfürsten gegen Zugeständnisse, die dem Umschwung des Kriegsglücks entsprachen, zu einem Separatfrieden zu vermögen? Und waren nicht für die möglichst geräuschlose Unterhandlung dieses Ausgleichs die beiden befreundeten Feldherrn die geeigneten Männer? Dies waren Erwägungen, unter denen zum erstenmal am 14. Oktober 1631, also noch vor Wallensteins Wiedereintritt in des Kaisers Dienst, ein vertraulicher, durch Eggenberg übermittelter kaiserlicher Auftrag, zum zweitenmal, am 20. April 1632, eine förmliche Vollmacht zu Verhandlungen der bezeichneten Art an Wallenstein abging. Nicht zum erstenmal erhielt damit Wallenstein einen diplomatischen Auftrag; als politischer Bevollmächtigter war er ja schon bei Unterhandlung des Lübecker Friedens hervorgetreten. Wenn man sich jedoch erinnerte, wie er damals die Friedensbedingungen nicht so sehr vom kaiserlichen Hof empfang, als seinem Auftraggeber diktierte, so hätte man erwarten dürfen, daß ihm diesmal eine feste Linie des Verhaltens vorgezeichnet werden würde. Aber auch diesmal konnte man sich nicht zur Erteilung einer genauen Instruktion aufraffen, schon deshalb nicht, weil man gegenüber den von Kursachsen zu erwartenden Friedensbedingungen (S. 515) selber noch unentschlossen war. Klar war der Kaiser sich allerdings darüber, daß die in den Erblanden durchgeführte Umgestaltung aufrecht erhalten werden müsse; aber sollte er im Reich das, was er hier als den eigentlichen Kampfespreis ansah, nämlich die reichsunmittelbaren und mittelbaren geistlichen Güter und Fürstentümer, wie sie vor und nach dem Restitutionsedikt von den Katholiken wiedergewonnen, inzwischen unter den Triumphen der protestantischen Waffen größtenteils wieder verloren waren, aber bei einem neuen Wechsel des Kriegs-

glücks neuerdings erobert werden konnten, in einem übereilten Frieden preisgeben? Sollte er dabei unter anderem das Anrecht seines Sohnes Leopold Wilhelm auf die geistlichen Fürstentümer von Magdeburg, Bremen und Halberstadt aus der Hand geben? Daß Ferdinand sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigte, erkannte man, als er unter dem Eindruck der Auflösung des Frankfurter Ausgleichstags und der Breitenfelder Niederlage von seinen Theologen einen Gewissensrat über die Erlaubtheit derartiger Zugeständnisse einforderte. Deren Gutachten aber — ein Zeichen der tiefen Entmutigung, die den kaiserlichen Hof ergriffen hatte — besagte: die Suspension des Restitutionsediktes, die Rückgabe der norddeutschen Bistümer an ihre protestantischen Besitzer, besonders auch die zeitweilige Ueberlassung der von Kursachsen und Kurbrandenburg okkupierten geistlichen Güter sei erlaubt, wenn größerer Schaden der katholischen Religion dadurch verhütet werde. Aber nun, da es sich darum handelte, diese Entscheidung in eine klare politische Entschließung über den Umfang und die Grenzen der, sei es an Sachsen allein, sei es an die protestantischen Reichsstände insgesamt zu machenden Zugeständnisse umzusetzen, da versagte dem Kaiser und seinen Räten doch wieder der Mut, und so wählten sie den schlimmsten Ausweg, dem Feldherrn keine feste Linie seines Verhaltens vorzuzeichnen und ihre eigene Entscheidung auf die künftige Ratifikation eines etwaigen Abkommens zu verschieben.

Zum zweitenmal, und jetzt unter unvergleichlich schwereren Umständen, sah also Wallenstein die Frage von Krieg oder Frieden in seine Hand gegeben. In welchem Sinne er sie zu lösen gedachte, muß aus den nur lückenhaft bekannten Thatsachen erschlossen werden. Zunächst trug er den auf das Sonderabkommen mit Sachsen weisenden Aufträgen so weit Rechnung, daß er die vorher mit Gustav Adolf angeknüpfte Unterhandlung einstellte, daß er dann in der Zeit von Oktober 1631 bis zum Juni 1632 seinen kriegerischen Anstalten unausgesetzte Verhandlungen mit Arnim zur Seite gehen ließ, deren Gegenstand die Vorfrage war, ob sich der Kurfürst von Sachsen zur Unterhandlung eines Sonderfriedens, der durch Ausdehnung auf die deutschen Reichsstände ein allgemein deutscher werden sollte, verstehen wolle. Unmittelbaren Erfolg hatten diese Verhandlungen nicht, da Johann Georg trotz seiner Mißhelligkeiten mit Gustav Adolf doch an dem Bündnis mit ihm, welches derartige Sonderverhandlungen verbot, festhalten wollte. Aber welche Aussichten eröffneten sich, wenn man auf Wallensteins begleitende Aeußerungen hörte! In ihnen unterschoob er dem Kaiser kurzweg die Bereitwilligkeit, zugunsten Sachsens und aller Reichsstände, die den Frieden annehmen würden, den kirchlichen Besitzstand von 1618 zu genehmigen; ja nach Eröffnungen, die er gleichsam als Einleitung vorausschickte, bestand zwischen den Mächten, welche die Waffen gegen, und dem Feldherrn, der sie für den Kaiser führte, eine Gemeinsamkeit der Interessen: wie jene die protestantenseindliche Politik des Kaisers, so hatte dieser die „jesuitische Faktion“ am kaiserlichen Hof zu bekämpfen und sich Genugthuung zu schaffen für den durch seine Absetzung ihm widerfahrenen Schimpf. Das waren Aeußerungen, welche, wenn nicht bei Gustav Adolf, so doch bei Männern, wie dem Grafen Thurn, die Hoffnung wach hielten, daß auch von ihrer Partei sich Wallenstein nicht dauernd getrennt habe. Einen einheitlichen Grund aber hatte dies widerspruchsvolle Verhalten nur dann, wenn

Wallenstein gleichmäßig den Kaiser und alle Feinde des Kaisers auf sich hoffen lassen wollte, und sich dabei vermaß, schließlich Sachsen nebst den protestantischen Reichsständen zu sich hinüberzuziehen, die Schweden abzufinden oder zu verjagen, dem Kaiser die von ihm gewollte Ordnung der Dinge aufzuerlegen und bei dieser Abrechnung seine eignen Ansprüche nicht zu vergessen. War er solchen Riesenaufgaben gewachsen? Offenbar hing dies in erster Linie von dem Gang des Krieges ab, ob er hier durch überwältigende Erfolge jeden Widerstand werde brechen können. Und so wiesen am Ende auch ihn, ähnlich wie den schwedischen König, seine Pläne von den Verhandlungen auf den nachdrücklich zu führenden Krieg.

Die Zeit zur Wiederaufnahme des großen Kriegs kam mit dem Frühjahr 1632 heran. Im Sinn Gustav Adolfs sollte jetzt Oberdeutschland der Hauptschauplatz der Kämpfe sein: hier gedachte er in kühn ausgreifender Offensive die Donaulinie zu gewinnen, dann den Feind im Sitze seiner Macht, erst in Baiern, weiter in Oesterreich zu treffen. Daneben sollte ihm Norddeutschland als sicheres Rückzugsgebiet, zugleich als Sammelplatz für die Reserven und Nachschübe von Truppen dienen. Diesem Plan gemäß bestimmte er zum eigentlichen Feldzug zunächst die beiden Armeen, welche, die erste unter seiner persönlichen Führung um den Mittelpunkt von Mainz, die andere unter dem Kommando Gustav Horns um Würzburg herum, in die Quartiere verteilt waren. Beide waren keineswegs zahlreich; nach einer, wie es scheint, leidlich genauen Aufnahme zählte die erste zu Anfang des Jahres 10 500 Mann zu Fuß und 5300 zu Pferde, die andere 5160 Mann zu Fuß und 2500 Reiter, ein Bestand, der im Vergleich mit der Sollstärke der Regimente bei der Infanterie der ersten Armee einen Abgang von etwa 40 Prozent ergab. Aber als Reserve hatte der König in Norddeutschland nicht weniger als fünf kleine Armeen: zwei, die unter den schwedischen Offizieren Baner und Tott standen (S. 504), von denen letzterer im Mai durch den Herzog Georg von Lüneburg nebst dem schwedischen Generalmajor Baudissin ersetzt wurde, zwei, welche die deutschen Fürsten Herzog Wilhelm von Weimar von Erfurt aus und Landgraf Wilhelm von Hessen von Kassel her, als schwedische Unterführer, gebildet hatten, und eine fünfte, welche der sächsische Kurfürst, als Verbündeter Gustav Adolfs, ins Feld stellte.

Natürlich war Gustav Adolf, als er nun in der ersten Hälfte des Monats März sein Feldheer zusammenführte, bemüht gewesen, die gelichteten Truppenkörper zu ergänzen. Aber auch hier traten ihm schwere Hemmnisse in den Weg. Die Truppen sendungen aus der Heimat wurden in diesem Jahr völlig eingestellt, und ebenso sanken die Geldzuschüsse auf einen verhältnismäßig kärglichen Betrag herab (S. 487); jetzt erst recht mußte er also seine Kriegsführung der Hauptsache nach auf die in Deutschland geworbenen Söldner und die in Deutschland eingetriebenen Kontributionen begründen. Daß er aber mit solchen Mitteln den Bestand seiner rheinischen Armee in der kurzen Zeit von Januar bis März gewaltig zu verstärken vermochte, ist nicht wahrscheinlich; und da kam nun noch hinzu, daß er von dieser rheinischen Armee einen Teil unter Dyenstiernas Oberleitung und dem Kommando zweier deutschen Fürsten, des Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld und des Herzogs Bernhard von Weimar, in den Mainzer Gebieten zurücklassen mußte. Wenn er trotzdem zum unverzüglichen Angriffe voranstürmte, so

mochte ihn einerseits die Empfindung beherrschen, daß er die auf dem fremden Boden anstürmenden Gefahren durch doppelten Wagemut überwinden müsse, andererseits mußte aber auch die Schwäche des Gegners sein Vertrauen bestärken.

Denn wie weit waren damals die Gegenanstalten Wallensteins gediehen? Langsamkeit in den Zuriistungen und Scheu vor einem großen Schlag, so lange er nicht die erdrückende Uebermacht in seiner Hand wußte, hatte Wallensteins Kriegführung schon in seinem ersten Generalat bezeichnet; jetzt unter dem Eindruck der maßlos gewachsenen Schwierigkeiten, wohl auch unter Einwirkung der Ausgleichsverfuche mit den Sachsen, die er nicht abschrecken wollte, trat diese Methode in verdoppelter Stärke hervor. Er ließ die zweite Hälfte des Monats April herankommen, ehe er seine Regimenter bei Tabor zusammenführte, und noch einen Monat dauerte es, ehe er seinen Feldzug antrat. So hatte Gustav Adolf zunächst fast nur mit den Streitkräften der Liga zu rechnen. Nun bestand dieser Bund dem Namen nach weiter, zog man aber die Mitglieder ab, die sich entweder losgesagt hatten (Trier und Speyer) oder vertrieben waren, wie Mainz und Würzburg, oder sich in schwerster Bedrängnis befanden, wie die bischöflichen Regierungen in Bamberg, Worms, Straßburg und bald auch in Augsburg, so blieben als wirklich leistungsfähige Mitglieder nur der Kurfürst Maximilian im Oberland, sein Bruder, der Kölner Erzbischof Ferdinand, im rheinischen Directorium übrig. Kein Wunder, daß da der Versuch Maximilians, im Dezember 1631 einen Bundestag zu veranstalten, fehl schlug; eher war es zu verwundern, daß dank der unbeugsamen Festigkeit Maximilians doch noch zwei Heere im Namen der Liga weiter kämpften. Das eine und kleinere derselben wurde in dem rheinisch-westfälisch-niederländischen Gebiet von Pappenheim geführt, dem auch die Reste der dort liegenden kaiserlichen Truppen untergeordnet wurden. Dank seiner Beweglichkeit wußte sich dieser tapfere Offizier gegen die protestantische Uebermacht mit Mühe, wenn auch nicht ohne Verluste — im Januar mußte er Magdeburg, im Mai Stade, die letzten katholischen Posten an der Elbe, preisgeben — zu behaupten. Wohl durfte er auch zeitweilig seine Hoffnung auf jene spanische Armee setzen, die dem Kaiser versprochen war (S. 524); allein wie von den spanischen Niederlanden seit Februar 1632 erst kleinere Abteilungen im Moselgebiet erschienen, dann, als Führer eines größeren Corps, Gonzalo de Corduba sein Hauptquartier in Trier aufschlug, um von da einerseits in der linksrheinischen Pfalz die zusammenbrechende spanische Herrschaft wieder aufzurichten, andererseits gegen Frankreich dem Herzog von Lothringen zu einer neuen Erhebung, dem Herzog von Orleans zu einem bewaffneten Einbruch die Hand zu bieten, sah sich dieses Hülfsheer doch alsbald wieder der von Metz-Toul-Berduin aus operierenden französischen Grenzarmee gegenüber und von ihr in allen größeren Unternehmungen gehemmt.

Die Hauptarmee der Liga, bei der noch ein Rest kaiserlicher Truppen unter Aldringen aushielt, hatte gleichzeitig in Oberdeutschland zu kämpfen. Als Tilly sie aus den Winterquartieren führte und nach Hinterlassung einer kleinen Abtheilung an der Donau am 29. Februar 1632 bis nach Amberg vorgegangen war, zählte sie 72 Compagnien zu Fuß und 60 zu Pferde, freilich nach Zahl und Schlagfertigkeit sehr verschieden von den früheren Ligaheeren. Aldringen schätzte

die Infanterie auf 12000 Mann; Horn erfuhr über 42 Reitercompagnien und 6 Fußregimenter, die ihm am 17. März gegenüberstanden, daß unter ersteren nur dreizehn vollzählig, die übrigen nicht über 50—60 Mann stark seien: unter den sechs Regimentern sei eines aus den Bauern des Landesaufgebots gebildet und die übrigen auch nicht „zum besten beschaffen“. Das stolze Siegesvertrauen, das die schwedischen Führer durchdrang, kehrte sich hier natürlich in sein Gegenteil um; vor allem Tilly hatte seit der Breitenfelder Niederlage die Zuversicht verloren; nur eines war dem alten Soldaten treu geblieben: die Bereitwilligkeit, seine Pflicht ohne Zagen und Bedenken zu erfüllen. Und so konnte es geschehen, daß er seinem überlegenen Gegner noch einmal die Richtung des Kriegszugs diktierte.

Als Gustav sich noch mit dem Plane trug, seinen Zug nach der Donau hin, und zwar zunächst durch die Pfalz und Württemberg, zu nehmen, erfuhr er plötzlich, daß sich Tilly mit seiner ganzen Armee gegen den Feldmarschall Horn gewandt habe. Am 2. Februar hatte letzterer sich der Bischofsstadt Bamberg bemächtigt und damit einen weiteren Schritt in der Richtung nach der Oberpfalz und dem von den Sachsen besetzten böhmischen Gebiete gethan. Vor jener Stadt erschien nun Tilly am 9. März und nötigte nach einem scharfen Gefecht das kleine Schwedenheer zum Rückzug nach Schweinfurt. Das war für Gustav Adolf der Anlaß zu einer der jähen Aenderungen seiner Pläne, wie sie so oft bei ihm vorkamen; statt nach Süden zog er am 15. März von Höchst aus in der Richtung nach Schweinfurt, nichts Geringeres hoffend, als Tilly zu einer neuen Entscheidungsschlacht zu nötigen. Indes wohlweislich ging dieser mit seiner zweifelhaften Armee ins Oberpfälzische zurück, gab aber dadurch die Entscheidung über den weiteren Gang der kriegerischen Bewegungen in die Hand seines Gegners. Glücklicher als Tilly, konnte dieser sich rasch verstärken. Wie er jetzt einen Teil von Horns Armee an sich zog, so hatte er auch schon von den norddeutschen Reserven den General Baner und den Herzog Wilhelm von Weimar mit einem Teil ihrer Streitkräfte zu sich beschieden, so daß einen Monat später seine Feldarmee ihren höchsten, durch Verluste, Besatzungen und Detaschierungen allerdings rasch wieder geminderten Stand von rund 19000 Mann zu Fuß und 16000 Mann zu Pferde erreichte. Mit solchen Streitkräften getraute er sich, seinem vorigen Plan gemäß und ohne weitere Rücksicht auf die feindliche Armee, die er links zur Seite ließ, den Marsch nach der Donau wieder aufzunehmen. Schon am 30. März langte seine Armee in Fürth, nahe den Thoren des befreundeten Nürnbergs, an, und am 5. April stand sie vor Donauwörth.

In dem Geleit des Königs fand sich damals ein Mann, dessen Name eine neue Bedrohung seiner Gegner bedeutete: Friedrich V. von der Pfalz. Wie vor acht Jahren, so war er jetzt noch einmal, auf den Ruf von Gustav Adolfs Siegeszug nach dem Rhein, aus seinem holländischen Asyl aufgebrochen; den Feinden unerwartet, den Freunden erst kürzlich angemeldet, erschien er am 21. Februar 1632 in Frankfurt vor dem schwedischen König, arm an eigenen, sei es geistigen, sei es materiellen Mitteln, aber voll harmlosen Vertrauens, daß der Sieger ihn schleunigst in den Besitz der rheinischen Pfalz und der Kurwürde zurückzuführen habe. Gustav Adolf, der das Land den Spaniern, die sich vornehmlich

in Frankenthal, und den Baiern, die sich vor allem in Heidelberg hielten, noch gar nicht völlig entrissen hatte, der außerdem ein besonderes Interesse hatte, für die noch immer mögliche Verständigung mit Baiern und dessen französischem Schutzherrn die Kurpfalz als Unterpfand in der Hand zu behalten, brachte diesem Wunsche dennoch eine gewisse Bereitwilligkeit entgegen, in der Hoffnung, daß der englische König trotz seiner stetig fortgehenden inneren Bedrängnisse diese Bereitwilligkeit mit einer ausgiebigen Geld- und Truppenhilfe vergelten werde. Aber diese Hoffnung trog; und da stellte denn der König für des Pfalzgrafen Restitution Bedingungen auf, welche seine Regierung politisch, militärisch und finanziell in noch härtere Dienstbarkeit gebracht hätten, als die mecklenburgischen Herzöge. Friedrich nun zeigte darin wieder seinen fürstlichen Sinn, daß er die Forderungen ablehnte. Wie er aber zugleich, den Schein des Einvernehmens wählend, in Gustav Adolfs Umgebung bis zum September verharrte, und sein Schutzherr ihm äußerlich die Ehren nicht nur eines pfälzischen Kurfürsten, sondern auch eines böhmischen Königs erwies, diente er immerhin dazu, dem Kaiser wie dem bairischen Kurfürsten das Aeußerste, was ihnen Gustav Adolf zu bieten vermochte, vor Augen zu halten.

Wenden wir uns aber wieder zu dem Feldzug, auf dem sich jetzt der schwedische Eroberer den bairischen Landen näherte. Um dies Unternehmen zu durchkreuzen, hatte Kurfürst Maximilian bereits im Februar, als Tillys Zug gegen Bamberg im Werke war, die Mitwirkung Wallensteins in Anspruch genommen: er sollte das Ligaheer durch ein ansehnliches Hülfscorps verstärken und gleichzeitig mit seinen gesammelten Streitkräften gegen die in Böhmen stehenden Sachsen vorgehen; es sollten außerdem die spanischen Hülfstruppen rascher bei der Hand sein, um Gustav Adolfs Rheinarmee zu beschäftigen. Aber alle diese Hoffnungen schlugen, wie aus dem oben Erzählten hervorgeht, fehl. Und so blieb denn Tilly nichts übrig, als sich dem vordringenden Feind, vorsichtig folgend, an der Seite zu halten. Am 4. April erreichte er auf diese Weise bei Ingolstadt die Donau, einen Tag bevor sie Gustav Adolf 50 Kilometer höher bei Donauwörth erreichte. Wie ernst aber jetzt die Lage für das Haupt der Liga wurde, erkannte alle Welt, als plötzlich in der Nacht vom 4. zum 5. April Kurfürst Maximilian zu seinem Heere stieß. Er, dem nur wohl war in der Stille seines Arbeitszimmers, sah jetzt furchtbare Katastrophen für seine Sache und sein Land herankommen, und da trieb ihn sein Pflichtgefühl, die eigene Person ohne Rückhalt einzusetzen.

Das nächste, was er denn auch erlebte, war, daß Gustav Adolf am 7. April die Stadt Donauwörth nach eintägiger Beschießung einnahm und damit den Uebergang aufs rechte Donauufer gewann. Den Entsatz der Stadt zu wagen, schien unmöglich; aber noch hoffte Tilly, das bairische Gebiet verteidigen zu können, und zog zu dem Zweck seine Armee an den Lech, oberhalb des Städtchens Rain, um hier dem Feind den Uebergang zu wehren. Gerade damit bot er aber dem König, was dieser heiß ersehnte, nämlich die Gelegenheit zu einem neuen großen Waffengang.

Vertrauend auf die Ueberlegenheit seiner Streitkräfte, besonders seiner Artillerie, vermochte Gustav Adolf in der Nacht vom 14. zum 15. April auf

dem erhöhten linken Ufer seine Geschütze, angeblich 72, aufzupflanzen und unter dem Schutze des Dunkels und eines dichten Morgennebels mit der Arbeit des Brückenschlagens zu beginnen. Erst als das Werk schon weit gediehen war, kam eine kräftige Gegenwehr in Zug, und nun gab es einen heißen, vornehmlich mit Artillerie geführten Kampf. Als der Abend herankam, war die Brücke noch nicht fertig, aber anderes war geschehen, was den Sieg der Schweden entschied. Tilly und Aldringen waren, der erstere tödlich, der andere wenigstens bis zur Kampfunfähigkeit verwundet, und wie nun noch die Kunde kam, daß ein Teil der feindlichen Macht stromaufwärts gen Augsburg marschiere, und somit eine Umgehung drohe, glaubte Maximilian, seine Stellung nicht behaupten zu können; unter dem Schutze der Nacht führte er das Heer in der Richtung auf Ingolstadt zurück, und von da, nachdem er die Besatzung dieser seiner Hauptfestung verstärkt hatte, nach der zu den Schweden neigenden Reichsstadt Regensburg, die er zur Aufnahme einer bairischen Besatzung und eines bairischen Kommandanten nötigte. Selber nahm er dann in Stadthof bei Regensburg mit seinem Heer eine feste Stellung.

Die Absicht, die der Kurfürst hierbei verfolgte, war, sich an der Donau die Verbindung mit Wallenstein, wenn er endlich heranziehe oder starke Hülfe sende, frei zu halten; aber der Preis, den er dafür zahlte, war ein furchtbar hoher: er gab das Gebiet südlich von der Donau, und damit sein eigenes Land, dem erbarmungslosen Sieger preis. In diesen Stunden zeigte Maximilian, daß er bei aller Selbstsucht seiner territorialen Politik in dem Augenblick, da die gemeine Sache auf dem Spiel stand, doch auch sein eigenes Land zu opfern vermochte. Und rasch genug sollte er die Folgen seines Entschlusses erproben.

Gustav Adolf hatte seinen anfänglichen Plan, gegen Baiern und Oesterreich mit verwegener Offensive anzustürmen, zeitweilig verschoben; jetzt, nach dem Siege von Rain, nahm er ihn wieder auf, und als Vorbereitung der Ausführung griff er zunächst zwei Unternehmungen an: von Westen her wollte er sich der Stadt Augsburg versichern, von Norden her wollte er durch Eroberung von Ingolstadt und Regensburg die Herrschaft über die Donaulinie gewinnen. Unter den westlichen Nachbarn Baierns hatte Ulm, der Vorort der schwäbischen Städte, bereits am 23. Februar sein Bündnis mit Gustav Adolf geschlossen (S. 507), und noch früher, im Januar 1632, war in Württemberg die Erhebung gegen den Kaiser in Gang gekommen, beginnend mit der Rücknahme der der herzoglichen Regierung entzogenen Klöster und dem Abzug der einquartierten kaiserlichen Truppen. Nun galt es, die Stadt Augsburg zu gewinnen, in der eine bairische Besatzung hinter schlechten Befestigungswerken und unter einer feindseligen Bürgerschaft zagend dem Angriff entgegenah. Vier Tage nach dem Gefechte bei Rain erschien denn auch der König vor der Stadt; am folgenden Tage, dem 20. April, erfolgte die Uebergabe und dann eine Reihe durchgreifender Anordnungen, durch welche hier wie anderwärts die kirchliche und politische Reaktion Ferdinands II. nicht nur aufgehoben, sondern in ihr Gegenteil verkehrt wurde: die Stadt erhielt statt des paritätischen ein ausschließlich protestantisches Regiment. Aber zugleich hatte auch gerade sie den unerbittlichen Sinn des Eroberers zu erproben. Nicht als verbündete, sondern als eroberte Stadt wurde sie behandelt; nicht als ihrem

Schutzherrn, wie die Ulmer, wurden Bürgerschaft und Rat dem König und der Krone Schweden vereidigt, sondern als „Untertanen ihrem natürlichen Herrn“. Es wiederholte sich der Vorgang, den man im Stift Würzburg erlebt hatte (S 508), freilich auch das Rätselhafte seiner Bedeutung. Er wolle, so erklärte Gustav Adolf, die Stadt ihrer Reichsunmittelbarkeit nicht berauben, er wollte vielmehr, wie es bald nachher, als bei der Neuwahl des kleinen Rats in dem Wahleid überall der Name des Kaisers durch den des Königs von Schweden ersetzt wurde, zutage kam, einfach an die Stelle des Kaisers, als bisherigen Herrn der Stadt, treten. Abermals wurde also eines jener weitausgehenden Herrschaftsverhältnisse gegründet, welche der schwedischen Macht bei einer künftigen Regelung der deutschen Dinge eine unüberwindliche Position verschaffen sollten.

Nicht lange weilte Gustav Adolf in Augsburg; bereits am 29. April erschien er, nachdem er nordwärts zurückgegangen war, am rechten Donauufer vor der gegenüberliegenden Festung Ingolstadt. Es war die Zeit, da Maximilian eben für die stärkere Besetzung Ingolstadts und Regensburgs gesorgt und seine Feldarmee unter dem Schutz der letzteren Festung gelagert hatte; es war einen Tag, bevor Tilly in Ingolstadt seinen bei Rain erhaltenen Wunden erlag. Sofort eröffnete Gustav Adolf den Angriff gegen die Stadt. Aber hier traf er, der schon so viele schlecht bewehrte Plätze eingenommen hatte, auf eine trefflich ausgebaute und tapfer verteidigte Festung, und nach viertägigen Versuchen sah er sich vor der Wahl, entweder abzuziehen, oder seine Armee in einer langwierigen Belagerung festzulegen. Er entschied sich für das erstere, womit denn die Donaulinie von Ingolstadt bis Regensburg, von Regensburg bis Passau für ihn geschlossen, und die bairische Armee in ihrer festen Stellung vor Regensburg unangefochten blieb.

Dieses Mißlingen bildet einen wichtigen Abschnitt in des großen Königs Eroberungszügen; man darf sagen, daß von jetzt ab eine gewisse Unsicherheit in seiner Kriegsführung eintrat, die bis zu seinem Untergang bei Lützen dauerte. Das Nächste, womit er rechnen mußte, war das endlich zu erwartende Heranrücken Wallensteins; und wie er nun die beiden Möglichkeiten vor sich sah, entweder daß Wallenstein südwärts dem bairischen Heere zuziehen, oder nordwärts sich auf Kurachsen werfen würde, so wechselten auch seine Gedanken zwischen den beiden Plänen, entweder den Offensivstoß auf bairischem Boden durchzuführen, oder dem unsicheren sächsischen Bundesgenossen zeitig zur Hilfe zu eilen. Zunächst gab er der ersteren Idee Raum: er schlug, indem er am 4. Mai aufbrach, den Weg über Landshut und Freising nach München ein. Da es ihm aber als zweifelhaft erschien, ob eine dauernde Festsetzung in Baiern jetzt noch möglich sein werde, hatte er schon am 23. April das furchtbare Wort niedergeschrieben, daß er das Land „zum wenigsten verderben“ wolle. Und darnach wurde jetzt gehandelt. Er, der sonst die scheußlichen Ausschreitungen der Soldaten, die er so wenig, wie andere Feldherrn, zu hindern vermochte, doch im Glauben an ein höheres Ziel des Krieges in Schranken zu halten suchte, ließ jetzt gegen die Dörfer und das platte Land die Raub-, Mord- und Zerstörungslust der Soldaten planmäßig los; während die Städte sich noch durch schwere Brandschakungen loskaufen durften, wurden Dörfer und Schlösser erbarmungslos verbrannt, ein meilen-

breiter Streifen von Verwüstung und Greueln bezeichnete den Weg, den die Schweden gezogen waren, und es war nur ein Eintreten in diese barbarische Kriegsführung, als Maximilian am 20. Mai seinen Unterthanen befahl, jeden Schweden, der ihnen in die Hände falle, totzuschlagen.

Nennenswerten Widerstand fand übrigens Gustav Adolf nicht, am wenigsten bei dem einst von Maximilian so eifrig gepflegten Landesaufgebot. Schon am 17. Mai konnte er in der mit einer Brandschatzung von 300 000 Reichsthalern belegten Hauptstadt seinen Einzug feiern. Und hier schlug er nun einen Hofhalt auf, welcher, die Unterbrechung eines Streifzugs nach Augsburg und Memmingen eingerechnet, bis zum 7. Juni dauerte. Aber da trat die längst erwartete Wendung ein, herbeigeführt durch den Ausbruch Wallensteins.

Endlich, im Monat Mai, war Wallenstein in Bewegung gekommen; seine Armee zählte 27 Regimenter Infanterie und etwa ebensoviele Kavallerieregimenter (244 Compagnien); die Kopfbzahl der von ihm wirklich ins Feld geführten Truppen gab er auf 40 000 Mann an, eine Ziffer, die indes Arnim (31. Mai) auf etwa 30 000 ermäßigen zu können glaubte. Jedenfalls, sobald er jetzt zu ernsthaftem Angriff voranging, zeigte sich das sächsische Heer — Arnim berechnete es nach Abzug der Besatzungen auf rund 10 000 Mann — unfähig zum Widerstand. Am 25. Mai zog Wallenstein nach der Kapitulation der Besatzung in Prag ein, und bis zu Anfang des folgenden Monats war Arnim vor ihm nach Pirna auf sächsischen Boden gewichen; am 17. Juni sodann erschien Wallenstein in der von seinem Untergeneral Golt genommenen Stadt Eger und stand nun vor dem geöffneten Thore des fränkischen Kreises. Nicht erst diese Wendung nach Westen, sondern zunächst der Fall Prags und die Vermutung, daß Wallenstein geradeswegs in Sachsen einbrechen werde, war es nun, was Gustav Adolf von seinen bairisch-schwäbischen Operationen zurückführte und ihn alsbald mit dem jähen Wechsel seiner Gedanken, der ihm eigen war, einen neuen Kriegsplan entwerfen ließ. Die vornehmste Rolle nach seiner eigenen Person übertrug er dabei dem nach Charakter und militärischer Begabung gleich unzuverlässigen Herzog Wilhelm von Weimar: den ernannte er am 5. Juni zu seinem Generalleutnant und ließ ihn vier Tage darauf nach Thüringen abgehen mit dem Auftrage, dort seine Regimenter schleunigst wieder zu einer kriegsfähigen Armee zu ergänzen; er, der König selber, so sprach er mit ihm ab, wollte mit seinem Heer über Nürnberg folgen, um dann für die gegen Wallenstein und gegen Sachsen zu richtenden Bewegungen mit dem inzwischen reorganisierten Corps des Herzogs zusammenzustößen. Um aber gleichzeitig an den Grenzen Baierns seine Stellung zu behaupten und teils am westlichen Saume dieses Landes, teils in dem angrenzenden Schwaben die Unterwerfung des Gebietes bis zum Bodensee und der Tiroler Grenze weiter zu führen, ließ er dort mit einem Teil seiner Truppen den General Baner zurück und beschied ebendahin vom Rhein her den zum General der Infanterie ernannten Herzog Bernhard von Weimar. Deren Gegner waren die aus Söldnern und Bauern zusammengesetzten Streitkräfte, die teils von Maximilian bei seinem gleich zu erwähnenden Abzug zurückgelassen, teils von der vorderösterreichischen Regierung aufgebracht waren.

Aber wie Gustav Adolf auf dem wohlbekanntem Weg über Donauwörth

zurückzog und am 18. Juni in Fürth sein Quartier nahm, erfuhr er eine neue Enttäufchung. Wallenstein hatte sich nicht gegen Sachsen, sondern nach Eger gewandt, und der Kurfürst Maximilian war am 15. Juni zur Vereinigung mit Wallenstein aufgebrochen. Der Versuch Gustav Adolfs, ihm in letzter Stunde noch den Weg abzuschneiden, kam zu spät, und so strömten denn in den letzten Tagen des Juni die bairischen und kaiserlichen Heeresmassen von Weiden und von Eger her zusammen, um von da zu einer offensiven Bewegung sich aufzumachen: am 11. Juli standen sie in Schwabach, zwei Meilen südlich von Nürnberg. Soweit sie hier vereinigt waren, wurden sie — wohl stark nach oben abgerundet — auf 45 000 Mann angegeben,¹⁾ während Gustav Adolf seine eigene Armee nur auf 15 500 Köpfe bezifferte. Er fand sich also einer Uebermacht gegenüber, vor der er sich genötigt sah, in ein wohlverschanztes Lager an der Süd- und Westseite Nürnbergs zurückzuweichen.

In dieser so plötzlich geänderten Lage kam es ihm zunächst zu statten, daß sich alsbald zwischen Wallenstein und Maximilian ein Zwist erhob, ähnlich dem, der einst im böhmischen Krieg zwischen Maximilian und Buquoy ausgebrochen war (S. 100), aber mit dem Unterschied, daß er jetzt ungleich tiefer griff und unausgleichbar weiter wucherte bis zum Untergang Wallensteins. Es war der Gegensatz zwischen offensiver und defensiver Kriegführung. Maximilian, so wenig er sich als Meister der Kriegskunst im Einzelnen ausgab, hatte doch ein einfach starkes Gefühl dafür, daß man überlegene Kräfte dazu gebrauchen müsse, um auf den Feind loszugehen, in Wallenstein dagegen war die alte Vorliebe für das Hinhalten und Ermatten des Gegners nur noch gewachsen. So gab es denn einen fortgesetzten Streit, in welchem der kaiserliche Feldherr mit gewohnter Schroffheit seinen Willen durchsetzte. Von Schwabach eine Strecke an der Rednitz hinabgehend, ersah er bei Zirndorf, zwei Stunden westlich von Nürnberg, ein Plateau, das links vom Flusse etwa 25 Meter aus den Wiesen emporstieg und rückwärts durch Waldungen gedeckt war. Hier ließ er vom 17. Juli ab ein gewaltiges, festungsartig ausgebautes Lager errichten; es zog sich 6—7 Kilometer längs der Rednitz hin; am nördlichen Ende, wo eine 70 Meter hohe bewaldete Kuppe sich erhob, wurde ein vorgeschobenes Werk erbaut, das von steil abfallender Höhe auf die am rechten Ufer gelegene Ortschaft Fürth hinabschaute; die Hauptmasse der Armee — mit einer kleineren Abteilung wurde Holt nach Forchheim gelegt — fand in dieser Umwallung Aufnahme. Und nun begnügte sich Wallenstein, einen sechswöchentlichen kleinen Krieg der Streifparteien zu führen, in dem beide Teile durch Abschneidung der Zufuhr einander auszuhungern suchten; daneben aber sah er unbeweglich zu, wie Gustav Adolf sich nunmehr beeilte, das Mißverhältnis der Kräfte auszugleichen. Ungehindert konnte der König von Thüringen her den Herzog Wilhelm von Weimar, vom Rhein den Landgrafen Wilhelm und den Kanzler Drenstierna, von Schwaben und Baiern Baner und Bernhard von Weimar zu sich entbieten. Und wie nun alle diese

¹⁾ Diese bei Niezler (bairische Geschichte V S. 425/6) mitgeteilte Ziffer ist nicht Ergebnis einer Zählung, sondern einer Rechnung, bei der die 201 Compagnien zu Fuß zu je 150 Mann, die 239 Compagnien zu Pferd zu je 60 Mann angeschlagen sind. Für das Zirndorfer Lager rechnete Gustav Adolf nachher die Zahl von höchstens 22 000 Mann aus.

Abteilungen in Bewegung kamen, am 19. August bei Windsheim ihre Vereinigung vollzogen, dann am 23. den Marsch auf Nürnberg antraten, da wurde mit einemmale das Verhältnis umgekehrt: der König stand jetzt in starker Ueberlegenheit seinem Feinde gegenüber. Was aber, so mußte man fragen, hatte Wallenstein bei dieser seiner Unthätigkeit bezweckt? Vermuthlich rechnete er mit zwei Umständen: der Proviantnot, welche dem König das Zusammenhalten der vermehrten Truppenmassen nicht gestattete, und dem Temperament seines Gegners, das diesen, wie vor vier Monaten zu dem gewagten Uebergang über den Lech, so jetzt zu dem noch gewagteren Ansturm auf das feindliche Lager treiben werde. Und diese Rechnung war allerdings richtig.

Am 31. August vollzog Gustav vor der dem Fluß zugekehrten Ostfront des Wallensteinschen Lagers seine Vereinigung mit dem zugezogenen Hülfsheer; und da wollte er auch keine Stunde mehr mit dem Beginn des Angriffs verlieren. Noch an demselben Tag eröffnete er den Kampf, der nun mit steigender Hitze vier Tage lang, bis zum Vormittag des 4. September, geführt wurde und seinen Höhepunkt erreichte, als am 3. September gegen die schwierigste Stellung, die aber zugleich den Schlüssel zu dem ganzen Lager abgab, nämlich jene gegen Norden vorgeschobene Bergkuppe, die sogenannte alte Feste, der Sturm gewagt wurde. Es war ein zehnstündiges Ringen, in dem alle Waffen eingesetzt wurden: die Artillerie, die sich diesmal aufseiten der Kaiserlichen am wirksamsten erwies, die Infanterie, deren Massen vielfach, besonders an der alten Feste, Brust an Brust rangen, die Kavallerie, von der besonders die leichten Reiter aus dem Lager Ausfälle machten und die Angreifer in Verwirrung brachten. Als die Dunkelheit hereinbrach, hatten die Schweden keine Position gewonnen mit Ausnahme einer rückwärts von der alten Feste gelegenen Höhe, die Herzog Bernhard erstürmte, die er aber, da man kein Geschütz heraufzubringen vermochte, nicht benutzen konnte und am Vormittag des folgenden Tages räumen mußte. An diesem Vormittag führte denn auch der König sein Heer zurück, in ein Lager, das er an der Nordseite von Fürth aufschlug. Seine stolze Hoffnung, durch einen großen Schlag die Macht des Kaisers und der Baiern zugleich zu brechen und damit das deutsche Reich zu seinen Füßen zu sehen, war vereitelt. Was aber sollte nun geschehen?

Im Lager Wallensteins erhob sich als erste Folge des Sieges abermals der Streit zwischen Maximilian, der auf tapferes Nachsetzen gegen den Feind drang, und Wallenstein, der, in seine Unbeweglichkeit zurücksinkend, das Selbstgefühl des Fürsten durch offenen Hohn zu reizen wagte. Auf dem Heere Gustav Adolfs aber lasteten jetzt mit verdoppelter Wucht die alten und die neuen Uebel: der bis zur Hungersnot gesteigerte Proviantmangel, die Seuchen, die seit vielen Wochen schon ausgebrochen waren, die Entmutigung, die aus dem fehlgeschlagenen Unternehmen und den dabei erlittenen schweren Verlusten hervorging. Am greifbarsten erkannte man die Folgen aller Mißgeschicke an dem erschreckenden Rückgang der Mannschaften. Von der Kavallerie behauptete Gustav Adolf, daß sie von 16000 Mann auf 4000 Mann zurückgegangen sei, allerdings ein Rückgang, der sich durch Sammlung der wegen Brot- und Futtermangel Verlaufenen ermäßigen ließ; aber auch als diese Sammlung vollzogen war, zählte der bestgeordnete Teil des

Heeres, der als die eigentlich „königliche Armee“ von Gustav Adolf selber geführt wurde, in 120 Fußcompagnien nur 6854 Mann, also auf die Compagnie statt 150 nur 57 Mann. Es war überhaupt die Zeit gekommen, da in den schwedischen Armeen, unter unausgesetzten Werbungen, die Zahl der Regimenter und Compagnien, und damit die Masse der zu unterhaltenden Offiziere, sowie der entseßliche Druck der Musterplätze ins Maßlose wuchs, die Mannschaften aber nur Bruchtheile, oft geradezu nichtsagende Fragmente des angeblichen Truppenkörpers abgaben. In den katholischen Heeren war es nicht viel anders. Wie die königliche Armee unter den Schweden, so wies hier das von Wallenstein unmittelbar geführte Heer die verhältnismäßig vollzähligsten Truppenkörper auf; aber auch sie waren schwer geschwächt, und vollends zerrüttet waren diejenigen Abteilungen, die in ausgesetzte Stellungen vorgeschoben waren.

Trotz dieser Bedrängnisse hielt Gustav Adolf noch vierzehn Tage in seiner Stellung hart vor dem Lager des Gegners aus. Es war ein Glück, meinte der damals bei ihm weilende brandenburgische Oberst Burgsdorf, daß der Feind keine Schlacht liefern wollte. Am Ende mußte jedoch der König der unerträglich gewordenen Not weichen: am 18. September zog er westwärts ab, um bei Windsheim in reicherer Gegend und näher den Quellen seiner Kraft, eine beobachtende Stellung einzunehmen. Hierauf, nachdem er noch fünf Tage das Feld behauptet hatte, brach auch Wallenstein auf, und zwar diesmal in der Richtung, die Gustav Adolf zu Anfang des Monats Juni vermutet hatte, nämlich gegen Kursachsen. Hatte er diesen Kurfürsten durch gütliche Unterhandlung und Schonung seines Landes und Heeres bisher vergeblich zu dem Separatfrieden mit dem Kaiser zu bringen gesucht, so sollte jetzt sein Starrsinn durch Gewalt gebeugt werden. In diesem Sinne war bereits in der zweiten Hälfte des August der nach Forchheim detaillierte Generalwachtmeister Holt angewiesen, mit seiner kleinen Truppenabteilung über Hof nach dem Meißener Land zu marschieren, nicht ohne einen weiteren Auftrag, der dem von Gustav Adolf gegen Baiern erteilten entsprach, nämlich das Land zu ruinieren. Nunmehr trat auch Wallenstein mit der Hauptarmee denselben Weg an. Anfangs begleitete ihn Maximilian; dann aber, als man schon Coburg erreicht hatte, war es eine neue Wendung in Gustav Adolfs Bewegungen, welche den Kurfürsten nebst einem ihm beigegebenen kaiserlichen Corps unter Aldringen zur Rückkehr in sein Land veranlaßte (13. Oktober).

Der schwedische König, statt, wie man erwartete, sich zur Rettung Sachsens an die Spuren Wallensteins zu heften, hatte sich mit einemmale von Erwägungen anderer Art leiten lassen. Er hielt die kaiserlich-bairische Armee für schwächer, als sie war, und vollends durch die letzten Kämpfe für so zerrüttet, daß die Sachsen sich selber gegen sie würden verteidigen können. Unwiderstehlich erfaßte ihn darüber der alte Gedanke, seine beiden Hauptfeinde in Baiern und Oesterreich heimzuzuchen; und so schritt er frischweg zu einer neuen Verteilung seiner Streitkräfte: den Landgrafen von Hessen ließ er mit seiner auf etwa 2500 Mann zurückgegangenen Abteilung nach Hause ziehen, Drensterna blieb mit rund 4400 Mann zum Schutz Nürnbergs zurück, der Herzog Bernhard von Weimar, als Vertreter seines erkrankten Bruders Wilhelm, hatte nach Schweinfurt zu ziehen, um von

dort nach dem Maingebiet, nach Hessen, vor allem aber nach Sachsen hin den Bewegungen des Feindes entgegenzutreten; er, der König, selber aber schlug mit einer anfangs nur reichlich 11000 Mann betragenden Armee wieder den alten Weg nach Donaumörth ein. Am 5. Oktober überschritt er dort den Strom und drang nun auf beiden Ufern des Lech vor, um fürs erste auf der Grenzscheide zwischen Baiern und Schwaben die Unterwerfung des Landes bis zum Bodensee wieder aufzunehmen. Aber noch fand er sich in den Anfängen dieser Operationen, als ihn die Nachrichten ereilten, daß Wallenstein unaufgehalten die Straße nach Sachsen hinabziehe, daß Pappenheim in Westfalen und Niedersachsen Meister im Felde und auf dem Wege zu Wallenstein sei, daß unter seinen in Norddeutschland stehenden Generalen Zwist und Ratlosigkeit herrsche. Da erfaßte ihn, wie so oft in solchen Lagen, der Drang, unverweilt dorthin zu eilen, wo die unvorhergesehenen Gefahren aufgetaucht waren. Am 15. Oktober war er bereits zurückgegangen nach Neuburg an der Donau; am 18. wollte er von dort aufbrechen zur Rettung Sachsens, und Erfurt, als nächstes Ziel seines Marsches, sollte der Ort sein, wo die zerstreuten Teile seiner Streitkräfte sich zusammenzufinden hatten. Damit aber inzwischen auch in Baiern der Krieg nicht ruhe, ließ er hier den Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld mit einer Abteilung seiner Truppen zurück.

Gustav Adolf, wie er sich nun zu den neuen Kämpfen im Norden aufmachte, zählte erst 37 Jahre. Die ungeheuren Umwälzungen, die er in Gang gebracht hatte, schienen seine machtvolle Leitung noch auf lange Jahre zu erfordern. Aber wie er es bei seinem Abschied von Schweden bereits vorahnend ausgesprochen hatte, diese Zeit war ihm nicht gewährt, und der Gang, den er jetzt antrat, war der letzte. Vergewärtigen wir uns, bevor wir ihm dabei folgen, noch einmal seine gesamte Lage, den damaligen Stand des Krieges auf den verschiedenen Schauplätzen, den Fortgang der politischen Verhandlungen und die Pläne und Ausichten der Zukunft.

Zu Anfang des Jahres, als Gustav Adolf sich nach dem Innern des Reiches wandte, waren seine Festsetzungen in den westlichen Grenzländern noch durch zwei feindliche Armeen stark bedroht, eine spanische unter Gonzalo de Corduba und die kaiserlich-ligistische unter Pappenheim (S. 531). Beide erfuhren jedoch im Sommer eine unerwartete Ablenkung. Wie im Jahre 1629 gegen Herzogenbusch (S. 418 fg., 439), so hatten im Jahre 1632 die Generalstaaten einmal wieder ihre Kräfte zu einem großen Unternehmen zusammengefaßt: es ging unter Prinz Friedrich Heinrichs Führung gegen die limburgischen Maasstädte, vor allem die vornehmste derselben, die Stadt Maastricht. Am 10. Juni wurde deren Belagerung begonnen, und am 22. August errang der Oranier den zweiten großen Triumph seiner Kriegführung, indem die Stadt sich ihm ergab. Die hartnäckigen Kämpfe, welche diese Belagerung begleiteten, hatten nun für Deutschland gleich die erste Folge, daß Corduba bereits im Juni zu dem spanischen Entsatzheer abgehen mußte; dann aber war es Pappenheim selber, an den die Brüsseler Regierung mit dem Ansinnen um einen ähnlichen Zuzug, wie er ja auch vor drei Jahren für Herzogenbusch geleistet war, herantrat. Kurfürst Maximilian wollte von diesem Eingreifen in den niederländischen Krieg, wie immer, nichts wissen; aber auch

in Pappenheim steckte etwas von dem Eigenwillen und Eigennutz eines Mansfeld und Wallenstein, und diesmal konnte er sich um so leichter entschuldigen, da sein Kriegsherr ihn fast völlig ohne Geld ließ, die spanische Regierung ihm aber eine ansehnliche Zahlung anbot. So unternahm er denn Anfang August einen abenteuerlichen Zug aus dem Paderbornischen nach Maastricht, freilich nur, um an den letzten zehn Tagen des vergeblichen Ringens sich zu beteiligen. Im September kehrte er dann auf den zu ungelegener Zeit verlassenen westfälischen und nieder-sächsischen Kriegsschauplatz zurück, wo die drei kleinen Heere von Herzog Georg, Baudissin und Landgraf Wilhelm, wenn vereinigt, ihm weit überlegen gewesen wären. Glücklicherweise konnte er ihre Trennung und die Zwietracht der Führer mit der ihm eigenen Kühnheit und Schnelligkeit seiner Bewegungen benutzen und ihnen allen empfindliche Schlappen beibringen. Es gelang ihm dabei, Wolfenbüttel zu entsetzen (5. Oktober) und das verlorene Hildesheim wieder zu erobern (10. Oktober). Dann aber mußte er, den seit August an ihn gerichteten Befehlen Baierns, Wallensteins, des Kaisers endlich gehorchend, mit zehn, natürlich höchst defekten Regimentern, fünf zu Fuß und fünf zu Pferde, den Marsch nach Sachsen antreten, um Wallenstein die Hand zu bieten.

Wie er jetzt dem Generalwachtmeister Gronsfeld mit dem übrigen Teil der Truppen die weitere Kriegführung in Westfalen überließ, konnte er sich doch nicht verhehlen, daß seine glänzenden Unternehmungen im Grunde nur eine mühsame Verteidigung gegen überlegene Kräfte gewesen waren. Trotz seiner Anstrengungen waren die katholischen Streitkräfte, wie anfangs auf die Elbe, so jetzt in der Hauptsache auf die Weserlinie zurückgedrängt. Die einzigen wirklich bedeutenden Plätze, die jenseits derselben behauptet wurden, waren Wolfenbüttel und Hildesheim, letzteres zugleich der Sitz des einzigen östlich von der Weser behaupteten katholischen Bistums.

Größer jedoch waren die Triumphe der protestantischen Streitkräfte am Oberrhein. Zur Uebernahme des Kommandos in diesen Gegenden hatte Gustav Adolf um die Zeit, da er von München aufbrach, den Feldmarschall Gustav Horn abgeordnet, den Mann, der nach Unternehmungslust und Thatkraft dem königlichen Feldherrn wohl am nächsten stand. Im August warf sich der, indem er Heidelberg und Philippsburg umging, ins Badische und in die Ortenau und unterwarf hier in raschem Siegeslauf das Land bis Offenburg und bis ins Kinzigthal; dann erschien er im Elsaß: am 7. November nahm er nach längerer Belagerung das starke Bensfelden, am 12. Dezember Schlettstadt. Hagenau nötigte er hierauf zur Aufnahme einer Besatzung, Colmar fesselte er durch einen Vertrag an die schwedische Sache, und dann stand er vor der weiteren Aufgabe, die vorder-österreichische Herrschaft im Oberelsaß und Breisgau zu stürzen und darnach etwa mit den benachbarten protestantischen Kantonen der Schweiz die von Gustav Adolf längst erstrebte Verbindung zu schließen.

Bei diesem Zusammenbruch der katholischen Waffenmacht im Westen wollten auch die Franzosen sich mit den in Ehrenbreitstein und Trier erhaschten Vorteilen (S. 521) nicht begnügen: ihnen galt es, dem Herzog von Lothringen, der im Gefolge des spanischen Heeres unter Corduba eine neue Erhebung geplant hatte, den Fuß noch fester auf den Nacken zu setzen. Da mußte denn wiederum,

jobald der Schrecken der spanischen Armee sich verzog, König Ludwig persönlich, und mit ihm ein französisches Heer in Lothringen erscheinen; und wiederum mußte da der schutzlose Karl IV. sich zu einem den Januarvertrag ergänzenden Abkommen (Rivedun, 26. Juni) verstehen, kraft dessen er zu Marsal noch die Festungen Stenai und Jamets den königlichen Besatzungen auf vier Jahre einräumen und dem König seine Unterstützung für jeden Krieg ohne Ausnahme zusagen mußte.

Fast noch überraschender, als diese Niederlagen des Kaisers und seiner Verbündeten im Westen, war ein gleichzeitiger Triumph seiner Feinde im Osten. Es war wieder der vielgewandte Arnim, der in der Zeit, da Wallenstein statt gegen Sachsen gegen Nürnberg marschierte, mit dem Plan eines unversehehenen Angriffs gegen Schlesiens hervortrat. Der ängstliche Kurfürst von Sachsen war anfangs voll Bedenken, aber schließlich wurde ihm die Zustimmung durch die Erwägung erleichtert, daß man dadurch ein von Schweden fast unabhängiges Operationsgebiet gewann; auch konnte er rechnen, daß die Verteidigungsanstalten in Schlesiens nicht viel besser, und die Treue der Herzöge von Liegnitz und Brieg, sowie des Magistrates von Breslau noch zweifelhafter sein würden, als im Jahre 1626. So marschierte denn Arnim gegen Ende des Monats Juli aus, und bald zeigte sich's, daß auch die kühnsten Hoffnungen nicht zu kühn waren. Gleich die ersten Tage des Einbruchs waren durch die Einnahme von Sagan und Großglogau (3. und 6. August) bezeichnet, und wie dann gegen Ende des August von Brandenburg her noch eine Abteilung brandenburgischer und schwedischer Truppen zuzog, wurde der Siegeszug vollends unaufhaltsam. Nicht alle Plätze, die gewonnen wurden, konnten freilich behauptet werden, aber gewonnen und behauptet wurde auf der linken Seite der Oder das Land bis an die Grenzen der Fürstentümer Münsterberg und Neisse, am rechten bis über die Stadt Oppeln hinaus.

Wenn Gustav Adolf all diese Fortschritte seiner Waffen übersah, durfte er sich sagen, daß dieselben durch den Stoß der Wallensteinschen Armee gegen Sachsen wohl zeitweilig gehemmt waren, aber doch die Aussicht auf die Ueberwältigung des gesamten deutschen Reiches offen hielten. Und darnach richtete er nun auch seinen neuen politischen Feldzug ein. In den Bundesgenossenschaften, die er bisher in Deutschland errungen hatte, trat ihm ein durchgehender Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden entgegen: dort waren Fürsten und Städte von dem Bewußtsein ihrer geschlossenen Macht erfüllt und eifersüchtig auf ihre Selbständigkeit; hier gab es eine bunte Masse von Reichsständen, in der jeder für sich wenig bedeutete, und die dem fremden Herrscher, der Schutz gegen Oesterreich und Baiern gewährte, ohne Rückhalt sich hingab. Diese Masse war es darum, vor der jetzt Gustav Adolf die Methode der Einzelbündnisse aufgab; er wollte mit ihr den Anfang einer die Gesamtheit umspannenden bundesgenössischen Organisation machen, natürlich mit dem Vorbehalt, das hier Begonnene hinterher über das gesamte Reich zu erweitern. Zugrunde legte er dabei, wie er es schon ein Jahr früher in Niedersachsen versucht hatte (S. 506), die Kreisverfassung. Thatsächlich fühlte er sich ja schon als Meister im kur- und oerrheinischen, im schwäbischen und fränkischen Kreis: in ersterem lag die Ver-

waltung von Mainz und Pfalz in seiner Hand, der Trierer Kurfürst war kraft seiner Neutralität ausgeschaltet, nur der Kölner harrte noch im Kriege gegen Schweden aus; im oberrheinischen Kreis waren ihm ergeben Hessen-Kassel, die pfälzischen Nebenlinien von Zweibrücken, Beldenz und Birkenfeld, alle führenden Reichsstädte (Frankfurt, Speier, Worms, Straßburg) nebst den Wetterauer Grafen; im fränkischen Kreis stand das Stift Würzburg unter seiner, das Deutschordensland Mergentheim unter seines Feldmarschalls Horn Verwaltung, zu ihm hielten die Markgrafen von Ansbach und Kulmbach, die fränkischen Grafen, die Reichsstadt Nürnberg, nebst den vier kleinen fränkischen Reichsstädten; in Schwaben folgten ihm Württemberg und Baden-Durlach, die Grafen von Dettingen, fast alle angeseheneren Reichsstädte, voran Ulm, Augsburg, Schwäbisch-Hall. Der Gedanke des Königs war nun, diese Mehrheiten als Vertreter ihrer Kreise und die vier Kreise als ein einheitlich zu organisierendes Gebiet zu behandeln.

Zu dem Zwecke ernannte er am 3. November den Kanzler Orenstierna zu seinem Vertreter in den genannten Kreisen: er sollte als solcher „den Krieg dirigieren“ und die Stände in des Königs „Devotion halten“; vor allem sollte er einen gemeinen Kreistag nach Ulm berufen — was am 11. November auf den Termin des 12. Dezember geschah — und mit den Versammelten den Krieg gegen den Kaiser und seine Anhänger in eine feste Form bringen. Diese Form sollte bestehen einmal in einem Bündnis der Kreise unter sich und mit dem König zur Durchführung des Kriegs, sodann in der aufgrund der Kreisverfassung anzuordnenden Aufstellung und Unterhaltung von vier Armeen. Es war ein Vorschlag, der einerseits freilich im Vergleich mit den Einzelbündnissen ein Zurückweichen von den den Fortbestand des Reichs bedrohenden Unterjochungstendenzen bezeichnete; denn es fehlte die Bestimmung über die ewige Dauer des Bündnisses, und der Anschluß an die Kreisverfassung enthielt die Anerkennung des fortbestehenden Reichsverbandes. Aber andererseits, ob eben dieser Fortbestand möglich war, mußte gegenüber den weiteren Forderungen des Königs doch wieder zweifelhaft erscheinen. Der Kreisverfassung gemäß wurde die Aufgabe der vier Armeen als Kreisdefension bestimmt: zugleich jedoch wurde ihnen angeschlossen, den Krieg offensiv in des Feindes Land zu tragen. Verfassungsmäßig hätte jeder Kreis den Führer seiner Armee nebst dem Kriegsrat der „Zugeordneten“ selber erwählen müssen: der König jedoch nahm die Ernennung der Generale, die unter Orenstiernas Oberleitung den Krieg zu führen hatten, für sich selber in Anspruch und bestimmte alsbald zur Führung der Armee im Rheingebiet den Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld, im Elsaß den Feldmarschall Horn, in Schwaben den General Baner, in Franken bis auf weiteres den Grafen Kraft von Hohenlohe. Die alte Forderung des „absoluten Direktoriums“ leuchtete hieraus klar hervor. Und nun gar der letzte Vorschlag: die Stände sollten den Kaiser wegen Bruchs der Kapitulation für abgesetzt erklären! Es war nicht möglich, diesen Schritt ernsthaft zu fordern, ohne sich die im Feuer des Kriegs unabweisable Folge desselben zu vergegenwärtigen, nämlich die weitere Forderung der protestantischen Stände, daß das Kaisertum auf einen Mann ihres Bekenntnisses übertragen werde. Wer sollte

dann ihr Kandidat sein? Gustav Adolf hütete sich, diese Frage vorzeitig anzurühren. Er hatte aber früher, im April 1630, im Hinblick auf das Bevorstehen einer polnischen Königswahl den Wunsch geäußert, daß seine Kandidatur in die dortigen Wahlverhandlungen hineingeworfen werde; er hatte ferner im vergangenen Oktober auf die Kunde von Arnims Fortschritten in Schlessien einem vertrauten Agenten den Auftrag erteilt, bei den schlesischen Ständen seine Annahme als Haupt ihres Verbandes, womöglich geradezu als Landesfürst, zu betreiben. Wäre es bei dieser Art, jeden Kampfespreis zu ergreifen, anders als folgerichtig gewesen, wenn er zur gelegenen Stunde auch seine Hand nach der deutschen Kaiserkrone ausgestreckt hätte?

Allein die Tage des gewaltigen Eroberers waren gezählt. Wallenstein, dem er auf dem Fuße folgte, war am 27. Oktober in Altenburg angelangt und hatte hier Holf, sowie den ihm nachgeschickten Gallas wieder an sich gezogen, nachdem beide die Städte Chemnitz, Zwickau und Freiberg besetzt und gebrandschatzt und den Schrecken ihrer raubenden und mordenden Scharen bis nach Meissen getragen hatten. Von Altenburg zog der kaiserliche Feldherr nach Leipzig, das sich mitsamt der Pleißenburg bis zum 2. November ergeben mußte; dann nahm er seinen Zug bis auf Torgau, um sich hier der Brücke nach dem rechten Elbufer zu versichern. Da jedoch stieß er zuerst auf die Gegenanstalten des Feindes. Herzog Georg von Lüneburg war auf die Hülfserufe Kursachsens mit etwa 2000 Reitern herbeigeeilt und stand nun, nachdem er sich mit drei sächsischen Kavallerieregimentern unter Hofkirchen vereint hatte, bereit, den wichtigen Stromübergang zu verteidigen. Vor dieser Macht, da außerdem die Nachricht eintraf, daß der sehnlichst erwartete Pappenheim endlich heranziehe, wich Wallenstein zurück, überschritt am 6. November bei Eilenburg die Mulde und traf dann mit Pappenheim in Leipzig zusammen. Seine Absicht war jetzt, die vereinten Streitkräfte westwärts nach der Saale zu schieben. Aber wie seine Truppen am 8. November Weißenfels erreicht hatten und von da aus Naumburg zu besetzen versuchten, stießen sie zum zweitenmal auf den Feind, und zwar diesmal auf den König selber.

Bei seinem Anzug von der Donau nach Thüringen hatte Gustav Adolf in Nürnberg einen Teil seiner dortigen Besatzung unter dem Generalmajor Rnyphausen an sich gezogen, dann in Arnstadt am 2. November seine Verbindung mit Herzog Bernhard vollführt und einige Tage später vom Landgrafen Wilhelm einige Hülfstruppen erhalten. Seine weitere Hoffnung, die jedoch bei der Entscheidungsschlacht von Lützen noch nicht erfüllt war, stand auf den Zuzug Arnims und des Herzogs Georg; immerhin verfügte er über eine Feldarmee, die sich auf 23—24000 Kampffähige belief. Die Armee Wallensteins war anfangs bedeutend überlegen; aber dieser Vorteil wurde zum mindesten sehr reduziert, da auf die Kunde von dem Heranrücken Arnims ein ansehnliches Corps unter Gallas abgezweigt wurde, um ihm den Weg sowohl gegen die kaiserliche Hauptarmee, wie gegen Böhmen zu verlegen.

Von Arnstadt nahm die schwedische Armee ihren Weg auf Erfurt und wandte sich dann nach der Saale. Die Spitze führend, kam der Oberst Brandenstein am 8. November den Kaiserlichen mit der Besetzung Naumburgs zuvor,

und hier war es, wo dann auch Gustav Adolf seine Armee in einem verschanzten Lager konzentrierte. Das Gleiche that eine Strecke flussabwärts, bei Weißenfels, Wallenstein, und so standen die beiden Gegner wiederum, wie vor einigen Monaten bei Nürnberg, noch keine zwei Meilen von einander getrennt, sich gegenüber. In dieser erwartungsvollen Lage faßte nun aber Wallenstein einen Entschluß, den man bis auf genauere Erkenntnis seiner Berechnungen und Motive wohl als unbegreiflich bezeichnen muß. Wie es in seiner Kriegsführung Grundsatz war, daß die Erholung der Armee in zeitig bezogenen Winterquartieren ein Erfordernis sei, das keine Ausnahme gestatte, so traf er im Angesicht der schlagfertigen Armee und ihres schlachtenbegierigen Führers die Vorbereitungen zur Beziehung der Winterquartiere. Unterschätzte er die Stärke des Feindes, oder hatte er aus den zwischen den beiderseitigen Heeren unternommenen Manövern die Meinung geschöpft, daß Gustav Adolf nicht schlagen wolle, oder rechnete er mit der Möglichkeit, die auseinander gelegten Truppen im Falle eines Angriffs zeitig zusammenführen zu können? — genug, am 14. November ließ er Pappenheim mit fünf oder sechs Regimentern zu Fuß und einigen zu Pferde zur Besetzung Halles abgehen, um von da, wie nachher Gallas dem Kaiser berichtete, „den Paß in die Stifter“ zu öffnen, d. h. in die von Schweden nur schwach besetzten Fürstentümer Magdeburg und Halberstadt mit ihren dem kaiserlichen Feldherrn so wohlbekannten Quartieren; selber marschierte er südwärts auf Lützen, um die Verteilung der Hauptmasse seiner Armee in Altenburg und dem linkselbischen Sachsen vorzunehmen.

Wenn aber Wallenstein bei diesen Bewegungen auf die Unentschlossenheit seines Gegners gerechnet hatte, so sollte ihm rasch das Gegenteil kund werden. Als er am 15. November in Lützen war, hörte er, daß sich Gustav Adolf auf dasselbe Ziel in Marsch gesetzt habe, um ihn im freien Felde, und nachdem er durch die Ausendung Pappenheims sich geschwächt hatte, zur Schlacht zu nötigen. Hals über Kopf sandte er jetzt an Pappenheim den Befehl zur Rückkehr, aber als der Abend anbrach, waren die beiden Heere einander schon so nahe, daß nur die Nacht zur Vorbereitung des großen Waffenganges noch übrig blieb. Es war ein Glück für die Kaiserlichen, daß am folgenden Morgen ein dicker Nebel die Verschiebung des Angriffes bis gegen 10 Uhr nötig machte; denn hierdurch gewann Pappenheim Zeit, wenigstens mit seiner Reiterei einzutreffen und in die beginnende Schlacht einzugreifen. Wie nun am Vormittag des 16. Novembers die beiden Heere schlagfertig gegen einander aufzogen, das kaiserliche im Norden, das schwedische im Süden, war die Aufstellung der Schweden ähnlich wie bei Breitenfeld: je 4 Brigaden Infanterie das erste und zweite Treffen des Zentrums bildend, die Reiterei mit Musketiern untermischt und in zwei Treffen geordnet, auf beiden Flügeln. Wallenstein hatte ebenso, wie damals Tilly, seine Infanterie in 4 Bataillonen, welche die Ecken eines mit der Spitze gegen den Feind verschobenen Quadrates bildeten, aufgestellt, rechts und links von ihnen aber die Reiterei in zwei Treffen geordnet. Die rechte Seite seines Heeres war gedeckt durch Lützen, die linke durch einen Nebenarm des Flüsschens Perse, den sogenannten Flossgraben. Vor seiner Front lief die Landstraße nach Leipzig; hier hatte er auf beiden Seiten einen Schützengraben ausheben lassen, aus dem die Muske-

tiere zugleich mit der vor der Front aufgestellten Artillerie den heran kommenden Feind mit verheerendem Feuer zu empfangen hatten. Denn herankommen sollte der Feind, um ähnlich wie vor dem Zirndorfer Lager, vor einer festungsartigen Stellung zu zerschellen. In der That fiel denn auch der Angriff — anders als bei Breitenfeld — den Schweden zu, und so kraftvoll gestaltete sich die Abwehr, daß diese Schlacht die erbittertste und hartnäckigste wurde, die man in diesem Kriege noch erlebt hatte. Etwa acht Stunden, bis zum Einbruch voller Dunkelheit, dauerte das Ringen. Während auf dem rechten Flügel der Kaiserlichen, dem linken der Schweden, den Herzog Bernhard führte, keine durchgreifende Entscheidung erfolgte, war der rechte Flügel der Schweden und die Infanterie des Zentrums der Schauplatz stürmischer Wechselfälle und ergreifender Katastrophen. Persönlich führte hier Gustav Adolf die Reiterei nebst den Infanteriebrigaden des Vordertreffens zum Angriff gegen die entsprechenden feindlichen Streitkräfte vor; und wie bei dem nun entbrennenden Kampfe Pappenheim mit seinen wohl am äußersten linken Flügel der Kaiserlichen stehenden Reiterregimentern eine Attacke unternahm, wurde er mitten im Gewühl von einer Kugel tödlich getroffen. Die Folge war Verwirrung und Flucht der Pappenheim'schen Regimentern, denen sich die nächststehenden Kroaten angeschlossen. Aber diese Niederlage wurde in doppeltem Sinne wett gemacht: die kaiserliche Infanterie, flankiert von einigen Kavallerieregimentern, an deren Spitze Piccolomini und Götz sich vor allen hervorthaten, warf nach zeitweiligem Weichen das Vordertreffen des feindlichen Zentrums unter schweren Verlusten zurück, und dann, in dem Gewirre dieser Kämpfe, traf den großen König dasselbe Geschick, wie seinen Gegner Pappenheim. Von jeher war das Ungezügelm, mit dem er, wie ein Regimentsführer, in das Handgemenge eingriff, der Schrecken seiner Getreuen gewesen, diesmal sollte ihre Sorge sich erfüllen: er hatte sich an der Spitze eines seiner Reiterregimentern gesetzt; da wurde er im Kampf mit feindlichen Kürassieren durch drei Schüsse niedergestreckt.

Wie weiter unter dem noch erbitterter fortgehenden Kampfe die Massen sich verwickelten, und die Truppenteile sich verschoben, ist im einzelnen unaufgeklärt. Als die Helden des Tages erscheinen auf schwedischer Seite der junge Herzog Bernhard von Weimar, der als Vertreter seines Bruders Wilhelm, des Generalleutnants des gefallenen Königs, die Führung der Armee übernahm und sie mit fester Hand zusammenhielt, ferner der Generalmajor Knyphausen, der als Führer des zweiten Treffens der schwedischen Infanterie das erschütterte Zentrum wieder zum Stehen brachte. Die Gesamtlage gestaltete sich bis zu der Stunde, da die Sonne sich zum Untergang neigte, dahin, daß die schwedische Reiterei auf beiden Flügeln ihre Gegner zum Teil geworfen hatte, die Infanteriemassen aber gleichsam Stirn an Stirn einander gegenüberstanden. In diesem Augenblick trafen die fünf oder sechs Infanterieregimentern, die Pappenheim nach Halle geführt hatte, ein. Aber wie ihre Offiziere verlangten, gegen den Feind geführt zu werden, hatte Wallenstein bereits einen anderen Entschluß gefaßt: er sah seine Truppen, deren Verluste an Toten und Verwundeten er in dem Bericht seines Generalquartiermeisters Diodati gewiß viel zu niedrig auf 3000 Mann angeben ließ, am Ende ihrer Kraft angelangt, die feindliche Reiterei im wesentlichen siegreich

und mit der Aussicht, durch den Zuzug der bei Torgau stehenden lüneburgischen und kursächsischen Kavallerie eine erdrückende Ueberlegenheit zu gewinnen; daraufhin entschloß er sich, noch in der Nacht nach einem etwa achtstündigen Kampfe seine Armee nach Leipzig zurückzuziehen. Es war eine Räumung des Schlachtfeldes, die vollends dadurch, daß das Geschütz, dessen Bespannung verloren war, zurückgelassen werden mußte, das Eingeständnis der Niederlage in sich faßte.

Und wie schwer fielen die Folgen der Niederlage alsbald auf den Kaiser! Da Wallenstein, wie auf dem Schlachtfelde, so auch im feindlichen Lande sich nicht zu behaupten wagte, so ging sein Rückzug von Leipzig geradeswegs nach Böhmen. Daß er dabei in mehreren Plätzen, besonders in der Pleißenburg, in Chemnitz und Zwickau Besatzungen ließ, wollte nicht viel besagen, da sie sich in den nächsten zwei Monaten dem nachdrängenden Gegner ergeben mußten. Aber was bedeutete dieser Rückzug für den Kaiser? Nichts Geringeres, als daß die furchtbare Last der Winterquartiere und der damit verbundenen Ergänzung des Heeres jetzt zum zweitenmal auf die kaiserlichen Erblande fallen sollte. Ferdinand konnte sich dieser Zumutung nicht entziehen, zumal der kurz angebundene Feldherr jeden Widerstand durch die Drohung, sonst seinen Abschied zu nehmen und also die Verwirrung zu vollenden, niederschlug¹⁾; aber unmittelbarer als die Niederlage selbst, rief nun der Druck der Kontributionen und Musterplätze beim Kaiser sowohl, wie seiner Umgebung, das alte Mißtrauen wach, ob dieser General der Mann sei, der die kaiserliche Sache zu retten vermöge.

Indes, groß wie diese Not war, sie trat doch fürs erste weit zurück vor den gewaltfamen Schwankungen, die der Tod Gustav Adolfs auf der gegnerischen Seite hervorrief. Hier hing jetzt alles davon ab, ob und wie weit man dieser Schwankungen Herr wurde.

¹⁾ Antelmi, Nov. 25. (Archiv f. österr. Geschichte XXVIII S. 360/1.)

Vierter Abschnitt.

Der Untergang Wallensteins und der Prager Friede.

Mit Gustav Adolf war aus den Wirren der deutschen Kämpfe die Kraft hinweggenommen, welche dem großen Kriege eine neue Wendung gegeben, neue Ziele desselben aufgestellt und die auseinanderstrebenden Kräfte zu vereintem Wirken gezwungen hatte. War diese Kraft zu ersetzen? Am wenigsten durfte man den Ersatz von Schweden her erwarten. Der königliche Name kam hier an Gustav Adolfs sechsjährige Tochter Christine, die Regentschaft an das Kollegium der Reichsräte. Letzteres, seiner Zusammensetzung nach eine Vertretung der Häupter der Aristokratie und des Beamtentums zugleich, hatte sich daran gewöhnt, in den Fragen der auswärtigen Politik die Gedanken des großen Königs nachzusprechen, und jetzt vollends ließen die Sorgen um die Sicherung ihrer Macht und ihrer Interessen in dem Heimatsland ihnen keine Zeit zu einer kraftvollen Leitung des deutschen Krieges. Zum Glück für sie und für Schweden bot sich ihnen in Deutschland ein Mann, der fähig war, ihnen diese Sorge aus der Hand zu nehmen, und zwar aus dem doppelten Grunde, weil er der vertrauteste und unentbehrlichste Mitarbeiter des verstorbenen Königs gewesen war, und weil er den klaren Blick und die feste Hand eines großen Staatsmannes besaß: ein Mann von einer gewaltigen Vielseitigkeit und Arbeitskraft, ebenso bewandert in den inneren, wie in den auswärtigen Geschäften des schwedischen Staates, ebenso erfahren in der Leitung der Diplomatie, wie der militärischen Verwaltung und, wenn es sein mußte, auch eines Kriegsheeres. Es war der Reichskanzler Axel Oxenstierna.

Gestützt darauf, daß er vom verstorbenen König wenigstens in den vier oberen Reichskreisen zu dessen Vertreter ernannt war, mehr noch darauf, daß er sich als den einzigen Mann fühlte, der in Deutschland überhaupt das Steuer zu führen verstand, ergriff er sofort die Leitung von Krieg und Politik. Eine schriftliche Vollmacht übersandte ihm der Reichsrat bereits am 25. Dezember, die ihm aber nicht weit genug war, eine zweite wurde für ihn am 22. Januar, eine dritte am 6. April 1633, im Namen der Königin allein, ausgefertigt. Räumlich

wird hier sein Auftrag erstreckt über Deutschland, die Deutschland benachbarten Staaten und alle dort stehenden Heere; inhaltlich erscheint er als „absolute Vollmacht“: im Namen der Königin soll er die Geschäfte des Krieges und Friedens leiten, alle Kriegsoffiziere und Beamten sollen ihm untergeben sein, die Anordnung der Feldzüge, der Abschluß von Waffenstillständen, Frieden und Bündnissen steht ihm zu, alles, was er in dieser Beziehung anordnet, wird die Königin ratifizieren. Es war eine Vollgewalt, wie man sie wohl irrtümlich in den Händen Wallensteins zu sehen glaubte. Drenstierna selber hatte allerdings zum Schein eine Einschränkung durch eine die Vollmacht begleitende Instruktion vorgeschlagen. Was aber die Instruktionen des Reichsrats bedeuteten, erkennt man leicht, wenn man sie im Hinblick auf die beiden wichtigsten Fragen der Ziele und der Mittel des Krieges betrachtet.

Als Gustav Adolf im September 1632 vor Nürnberg lag, hatte er den erfolglosen Versuch einer Friedensunterhandlung mit Wallenstein dazu benutzt, um seine Forderungen wieder um einen Grad bestimmter, als es vorher (S. 514) geschehen war, durch Drenstierna aufsetzen zu lassen. Mit aller Bestimmtheit wurde da gesagt, daß die Restitution der Personen und Rechte sich nicht nur aufs Reich, sondern auch auf die kaiserlichen Erblände beziehen müsse; nach pfälzischem Muster wurde die Freistellung der evangelischen Religionsübung auch in den Territorien der Katholischen, das Recht der Einziehung der geistlichen Güter auch in den Territorien der Evangelischen gefordert, es wurde dann das für die künftigen Friedensverhandlungen so folgenschwere Wort ausgesprochen, daß neben Herstellung des früheren Besitzstandes auch die Zweifel über den Sinn des Religionsfriedens, überhaupt die Gravamina der Reichsstände, d. h. die Summe aller auf Religionsfrieden und Reichsverfassung bezüglichen Rechts- und Machtansprüche ausgetragen werden müßten. Hatte man endlich noch zweifeln können, ob der König ganz Pommern oder nur einen Teil beanspruche, so lautete jetzt die Forderung: ewige Abtretung beider Pommern unter Wahrung des Lebensverbandes mit dem Reich. Vorschläge, die dabei über die Entschädigung Brandenburgs, die Vergrößerung Kurpfalzens und anderer Verbündeter des Königs gemacht wurden — auch Wallenstein, der mit dem Stift Würzburg, und der Kurfürst Maximilian, der mit Oberösterreich entschädigt werden sollte, waren nicht vergessen —, gaben zugleich einen Vorgeschmack des künftigen Länderhandels.

Indem nun Drenstierna dem schwedischen Reichsrat diese Bedingungen als eine nach Gunst oder Ungunst der Gelegenheiten festzuhaltende oder zu mildernde Norm vorlegte, zeigten die Räte wirkliches Interesse nur für die territoriale Vergrößerung Schwedens an der Meeresküste: wenn hierin, so meinten sie, die deutschen Stände statt Hülfe Widerstand leisteten, so könnte der Beistand Frankreichs oder Englands oder der Staaten durch einen Anteil an den in Deutschland gemachten Eroberungen erkaufte werden, oder es könnte gar Schweden seine ganze Kriegführung auf die Behauptung der Lande zwischen Elbe und Oder beschränken. Aber das letzte Wort in dieser Frage, wie in der der Friedensbedingungen überhaupt war, daß das nach der jeweiligen Lage der Dinge Thunliche der Entscheidung des Kanzlers heimgestellt bleibe. Der Erteilung einer eigentlichen Instruktion entzog sich der Reichsrat.

Einfacher noch war das Einverständnis über die Mittel des Krieges. Oxenstierna, wohl bekannt mit den Gegensätzen zwischen dem verstorbenen König und seinen deutschen Bundesgenossen, meinte von den letzteren: sie werden, wenn aus ihren Gefahren befreit, der Krone Schweden nicht den geringsten Dank wissen. Darum müsse man den Krieg nur mit ihren Mitteln durchzuführen suchen und von Schweden nicht nur keine weiteren Gelder und Truppen senden, sondern auch die ausgesandten Truppen unmerklich zurückziehen; eine Ausnahme sei nur zu machen an den „Rüsten“, d. h. in Pommern, daneben wohl auch in Wismar und Stade, weil man hier keine Unzufriedenheit über maßlose Kontributionen erwecken dürfe. — Natürlich war der Reichsrat mit dieser Entlastung Schwedens sehr zufrieden. Die deutschen Schützlinge mußten sich damit abfinden, daß für den Krieg, der unter schwedischer Diktatur geführt wurde, die Kosten fortan lediglich aus Deutschland gezogen, die Truppen zur Verstärkung und Ergänzung der Heere lediglich in Deutschland angeworben wurden.

So trat denn, soweit es von der schwedischen Regentschaft abhing, Oxenstierna an die Stelle Gustav Adolfs. Aber es gab noch drei andere Gewalten, die hier mitzureden hatten: die protestantischen Reichsstände, der König von Frankreich und die Heere mit ihren Führern. Unter den ersteren war es vor allem Kurfürst Johann Georg von Sachsen, dessen Machtgefühl durch die große Krisis erregt wurde. Er zog jetzt abermals den Vorgang des Leipziger Tages (S. 512) hervor und faßte den großen Plan, eine neue allgemeine Versammlung der protestantischen Reichsstände zu veranstalten, wo denn unter kursächsischer Leitung über die beiden großen Fragen der Kriegsführung und des Friedensschlusses zu entscheiden wäre. Klar war ihm hinsichtlich des ersten Punktes, daß jedenfalls nicht die alleinige Direktion des Krieges an Schweden fallen dürfe; er neigte einer Teilung zu, kraft deren Schweden in Oberdeutschland, Sachsen aber im eigentlichen Sitz protestantischer Macht, nämlich im ober- und nieder-sächsischen Kreise die Führung übernehmen sollte. Und dann der Friedensschluß? Eben jetzt hatte der alte Rivale Schwedens, König Christian IV. von Dänemark, die Zeit günstig gefunden, um mit einem förmlichen Vermittlungsangebot am 11. Dezember 1632 an den Kaiser, am 3. Januar 1633 an Sachsen, Brandenburg, selbst Oxenstierna heranzutreten. Dies Anerbieten war gleich willkommen am kaiserlichen, wie am kursächsischen Hofe, und für letzteren ergab sich daraus der Schluß, daß die Annahme desselben ein Hauptgegenstand der erstrebten protestantischen Versammlung sein müsse.

Solche Anschauungen fand Oxenstierna vor, als er in den letzten Tagen des Dezember 1632 in Dresden erschien, um vor allen anderen mit dem sächsischen Kurfürsten eine Verständigung zu versuchen. Natürlich sah er in ihnen die Absicht, die Vorherrschaft Schwedens in Deutschland zu brechen, und da hatte er denn zunächst seine feste Hand zu bewahren. Seine erste Antwort bestand darin, daß er jene Versammlung der vier oberländischen Kreise, die unter dem Schrecken über des Königs Tod vertagt war, am 18. Januar von neuem beschrieb, um so der von Sachsen betriebenen Tagsatzung zuvorzukommen; der zweite Gegenzug war, daß er an den Hof des brandenburgischen Kurfürsten eilte, um ihn, statt unter die sächsische, unter die schwedische Führung zu bringen.

In Berlin fand er Georg Wilhelm in dem alten Kreise befangen, dem Verlangen nämlich, einerseits sich mit Schweden entschiedener zusammenzuschließen, andererseits Pommern nicht aufzugeben. Im Gegensatz gegen Sachsen und unter dem doppelten Eindruck der wieder so kritisch gewordenen Lage der deutschen Protestanten und des geringen Vertrauens auf die sächsische Leistungsfähigkeit war aber jetzt das Verlangen nach festerem Anschluß an Schweden wieder um einen Grad stärker geworden; und so konnte Orenstierna hier einen ersten Erfolg erringen: Georg Wilhelm, als er bald darauf, am 22. Februar, zu persönlicher Besprechung mit Johann Georg in Dresden erschien, erklärte sich gegen eine einseitig von Kursachsen, ohne vorherige Verständigung mit Orenstierna, zu berufende Tagfagung.

Damit war der allgemeine protestantische Konvent durchkreuzt, und nun säumte Orenstierna nicht, die Versammlung der vier oberländischen Kreise am 18. März zu eröffnen, nicht in Ulm, sondern in dem gegen die kämpfenden Heere besser gesicherten Heilbronn. Es war das ein Vorgehen, welches den sächsischen Kurfürsten derart erbitterte, daß er ohne weitere Rücksichten die vornehmeren Stände von der Beteiligung an der Sonderversammlung abmahnte; aber wiederum mußte er erfahren, daß man einer sächsischen Führung kein Vertrauen entgegenbrachte: die protestantischen Stände der vier Kreise schlossen am 23. April den Bund mit der schwedischen Krone ab, wie ihn Gustav Adolf gefordert hatte, nur mit einigen der neuen Lage entsprechenden Milderungen der schwedischen Diktatur, andererseits aber auch unter Anerkennung der sich nun immer schärfer vordrängenden schwedischen Eroberungsabsichten. So wurde als Zweck des Bundes neben der Erkämpfung eines guten Friedens die durch diesen Frieden zu gewährende „Satisfaktion“ Schwedens aufgestellt; es wurden dann wohl zugunsten der Reichsstände die Rechte und Grundgesetze des Reiches ausdrücklich vorbehalten, und dem schwedischen Kanzler, indem man ihn zum Direktor des Bundes ernannte, ein teils von der Krone Schweden, teils von den Ständen im Verhältnis von drei zu sieben ernannter Beirat zur Seite gesetzt; allein diese Beschränkung erfolgte mit dem die Forderung Gustav Adolfs in der Hauptsache rettenden Zusatz, daß in Kriegssachen die „endliche Resolution“ dem Kanzler verbleibe. Auf diesen grundlegenden Bestimmungen ruhte dann die für die Gegenwart wichtigste Aufgabe, nämlich die Ordnung des Heerwesens. Hier errang Orenstierna mit seinem Vorschlag, das Königreich Schweden von weiteren Opfern freizuhalten, wiederum einen lautlosen Triumph. Indem nämlich beschlossen wurde, daß die Verbündeten „die notwendigen Armeen“ zu unterhalten hätten, gelten als diese Verbündeten in der Hauptsache nur die Stände der vier Kreise, Schweden erkannte für seinen Teil nur eine Beitragspflicht von den den katholischen Reichsständen entrisenen Gebieten an. Die Last selbst bestand vorzugsweise in Geldbeiträgen, die fürs nächste Jahr auf 144 Römermonate gesetzt wurden, sowie in Naturalleistungen, die sich auf das Servis für die einquartierten, auf die Verpflegung durchziehender Truppen beschränken sollten.

Ueber diesen der Organisation des Bundes dienenden Beschlüssen vergaß Orenstierna auch nicht die durch Dänemarks Anerbieten neu angeregte Frage des künftigen Friedens. Er, wie der schwedische Reichsrat waren darüber einig, daß

die dänische Vermittelung, wenn wirklich eintretend, allen Sondervorteilen Schwedens im Wege sein, wenn offen abgelehnt, sie in den Ruf der Friedensstörer bringen werde; es galt also, diese Friedensverhandlung durch die Kunstgriffe der Verschleppung zu vereiteln. Und da war es denn ein neuer Erfolg, daß der Kanzler in die Bundesakte eine Satzung hineinbrachte, welche besagte: Verhandlungen über den Frieden sind nur auf vorhergehenden Beschluß des Direktors und der Verbündeten statthaft.

Gleichzeitig führte er eine Maßregel durch, welche die Schwierigkeit der Vereinbarung des Friedens ins hellste Licht setzte: das war die Restitution des pfälzischen Kurfürsten. Wir wissen, wie die Rücksicht auf Baiern sowohl Frankreich, wie Sachsen vor dieser Maßregel zurückschrecken ließ; ein neuer Vorgang schien auch geeignet, sie eben jetzt zu vertagen, der Umstand nämlich, daß Friedrich V. dreizehn Tage nach Gustav Adolf, nur 36 Jahre zählend, aus dem Leben geschieden war. Aber wie nun dessen Bruder, Philipp Ludwig von Simmern, sich als Vormund der unmündigen Kinder des Verstorbenen meldete, setzte Orenstierna es zunächst durch, daß er in der Heilbronner Versammlung das kurpfälzische Votum führte, dann schloß er am 24. April das Abkommen mit ihm, kraft dessen die Rheinpfalz nebst der Kurwürde den Erben Friedrichs V. wieder eingeräumt wurde, allerdings unter einschränkenden Bedingungen, welche Schweden die Verfügung über die Festungen und das gesamte Kriegswesen, den Lutheranern vollste Religionsfreiheit und Teilnahme am Kirchengut sicherten. Der neue Herrscher konnte darauf, da die letzten vom Feind noch behaupteten Festungen, nämlich Frankenthal und Heidelberg, ersteres am 6. Dezember 1632, letzteres am 3. Juni 1633, wiedergewonnen wurden, in den Vollbesitz der rheinpfälzischen Lande treten.

Auf solche Weise gewann Orenstierna festen Boden für seine Herrschaft in Deutschland. Aber unvermeidlich war es, daß sich darüber sein Verhältnis zu Kursachsen noch schwieriger gestaltete. Wohl hatte Johann Georg bei den vorherigen Besprechungen erklärt, daß er an dem mit Gustav Adolf geschlossenen Bündnis auch unter dem Nachfolger festhalten werde, aber abgesehen davon, daß dieses Bündnis an sich ein loses war, wurde es jetzt noch mehr unterwühlt durch des Kurfürsten steigenden Unwillen über die Vorherrschaft Schwedens, über die Vereitelung der dänischen Friedensbemühungen, über den Gegensatz zwischen den gemäßigten Friedensbedingungen, die Sachsen, und den maßlosen, die Schweden im Auge hatte. Und dazu kam nun für Orenstierna die Aufgabe, mit dem zweiten großen Verbündeten, mit dem König von Frankreich, das durch Gustav Adolfs Tod erschütterte Verhältnis zu regeln.

Als Richelieu die Kunde von dem Tode Gustav Adolfs erhielt, war sein erster Eindruck, daß die große Stunde, da Frankreich durch die Ermattung und die Zwistigkeiten zum Eintritt in den offenen Krieg gegen Oesterreich und Spanien in Deutschland, in den Niederlanden und in Italien, genötigt sein werde, abermals näher gekommen sei. Wie es seine Art war, sagte er sofort die kühnsten Vergrößerungsentwürfe ins Auge, um aber dann sich zu besinnen und zu sagen, daß einstweilen der entscheidende Moment noch nicht gekommen sei: einstweilen sollte die neue Lage mit den alten Mitteln der Diplomatie und des gewaltsamen

Zugreifens im kleinen ausgenutzt werden. Wieder ging da der Schwarm seiner Agenten über Deutschland nieder; der bedeutendste unter ihnen war der Marquis von Feuquières, der am 8. Februar 1633 an Drenstierna und die protestantischen Reichsstände abging. Die nächste Aufgabe desselben war, das mit Gustav geschlossene Bündnis (S. 479) zu erneuern. Gleich hier aber erstrebte der Kardinal eine einschneidende Neuerung: der Gesandte sollte einen Dreibund betreiben, in dem Kursachsen als Führer der geeinten protestantischen Fürsten und Stände das dritte Glied bildete. Diese deutsche Vereinigung sollte dann den alten Gedanken, Baiern und die katholischen Fürsten durch Gewährung einer vorteilhaften Neutralität zu sich hinüberzuziehen, mit neuer Kraft aufnehmen, wobei denn zugleich der in dem schwedisch-französischen Bündnis befindliche Artikel zugunsten der katholischen Religion (S. 480) noch günstiger für die Katholiken zu fassen war, es sollte endlich Schweden bestimmt werden, wichtige Rheinplätze, die bereits erobert waren oder noch erobert werden mußten — in ersterer Hinsicht dachte der Kardinal vornehmlich an die Elsäßer Städte, in letzterer an die beiden Ausfallsthore rechts des Rheins, an Philippsburg und Breisach —, bis zum künftigen Frieden an Frankreich zu überlassen. Mit anderen Worten: der schwedischen Vorherrschaft in Deutschland gedachte der Kardinal die französische, der protestantischen Schutzherrschaft Schwedens das katholische Protektorat Frankreichs, den Eroberungen Schwedens an der Ostsee die Vergrößerung Frankreichs am Rhein entgegenzusetzen. Es waren die gleichen Tendenzen, die Gustav Adolf zurückgewiesen hatte, die jetzt aber dem schwächeren Nachfolger gegenüber verwirklicht werden sollten.

Indes auch jetzt war die günstige Stunde noch nicht gekommen. Der Kurfürst von Sachsen, den Richelieu gegen Schweden auszuspielen wollte, zeigte auch jetzt wieder gegen das französische Bündnis noch größeren Widerwillen, als gegen das schwedische. Am Heilbronner Tag, zu dem Feuquières sich begab, bekundeten die Versammelten wohl das Verlangen nach festerer Anlehnung an Frankreich, waren auch zum Teil den ihnen gebotenen Pensionen und sonstigen Vorteilen sehr zugänglich, aber abgesehen davon, daß sie noch Bedenkzeit brauchten, waren ihnen die Forderungen zugunsten der Katholiken ebenso widerwärtig, wie den Schweden. Und so konnte Drenstierna auch den französischen Zumutungen gegenüber seine volle Festigkeit bewahren. Das Ende war, daß am 19. April das französisch-schwedische Bündnis erneuert und nur durch einige Zusätze modifiziert wurde. Die wichtigste dieser Aenderungen lag in einer Bestimmung, nach der den deutschen Fürsten und Ständen der Zutritt ausdrücklich offen gehalten wurde, eine Bestimmung, die indes nach der Lage der Dinge höchstens zum Eintritt der lockeren Masse der Heilbronner Verbündeten führen konnte. Im ganzen bekundete der Vertrag das gleiche Ergebnis, das aus den Abmachungen mit den Deutschen hervorging: der Kanzler hatte den Zusammenbruch der Politik Gustav Adolfs abgewandt.

Aber daneben galt es noch die Abwehr eines zweiten Unheils, nämlich der Auflösung der Armee und der Zersplitterung der Kriegsführung. Wer konnte, das war hier die erste Frage, an die durch den Tod des gewaltigen Heerführers frei gewordene Stelle treten? Eine vorläufige Lösung bestand darin, daß in der von Gustav Adolf persönlich geführten Armee das Kommando an Herzog

Wilhelm von Weimar als Generalleutnant überging und dieser, wie bisher, von seinem Bruder Bernhard vertreten wurde. Die definitiven Anordnungen erfolgten dann im Januar 1633 unter der festen Hand Drensternas. Die Armee, die bei Lützen gesiegt hatte, wurde zu einem Teil dem Herzog Georg von Lüneburg, zum anderen dem Herzog Bernhard unterstellt: ersterer sollte gegen die vom Grafen von Gronsfeld geführten ligistisch-kaiserlichen Truppen die Weserlinie zu nehmen und von da den Krieg ins Westfälische zu tragen versuchen, letzterer sollte zunächst im Stift Bamberg und den benachbarten Maingegenden Winterquartiere nehmen und mit der kleinen Armee, die südlich der Donau gegen Baiern aufgestellt war, zusammenwirken. Dieses letztere Corps war von Gustav Adolf dem General Baner zugebracht; da dieser aber an einer bei Zirndorf erhaltenen Wunde noch darniederlag, so wurde er durch den Feldmarschall Horn ersetzt, der einen Teil seiner eigenen Truppen nach sich zog und nun vom Oberelsaß her im ganzen schwäbischen Kreis und von da gegen Baiern das Kommando führte, während die Führung der Streitkräfte im ober- und kurrheinischen Kreis dem Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld übertragen wurde. Zwischen diesem und dem Herzog Georg von Lüneburg führte dann wieder Landgraf Wilhelm von Hessen seinen eigenen Krieg gegen die westfälischen geistlichen Lande, und weithin zerstreut fanden sich noch andere und kleinere Corps: in Thüringen unter Wilhelm von Weimar, in Bremen-Verden unter Lesley, in Magdeburg und die Elbe abwärts unter Lohausen, in Schlesien zur Seite der sächsisch-brandenburgischen Truppen unter Oberst Duwal.

Nun aber, über diesen bunten Massen einem der Führer den obersten Befehl zu erteilen, das durfte Drensterna bei der Eifersucht, welche die Generale, besonders die deutschen und die schwedischen, gegen einander hegten, nicht wagen; es blieb nichts anderes übrig, als daß er selber neben der Leitung der Politik auch die des Krieges übernahm. Wenn nun aber schon Gustav Adolf der Eigenmächtigkeit und Zwietracht der Führer nur in beschränktem Maße hatte steuern können, so drohte dieses Anwesen dem Manne, der den Krieg vom Schreibtisch her leitete, bald über den Kopf zu wachsen. Konnte er sich's doch auch selber nicht versagen, den Wunsch des ihm verhassten Arnim, daß ihm in Schlesien neben den sächsischen und brandenburgischen Truppen auch die kleine schwedische Abteilung unterstellt werden möchte, damit zu beantworten, daß er ihm, als Befehlshaber der Schweden, den Grafen Matthias Thurn zur Seite stellte, einen Mann, der bei seiner erprobten Unfähigkeit und an Verrücktheit grenzenden Großsprecherei sich nur durch seine gehässige Feindschaft gegen Arnim empfahl.

Weniger günstig war es also mit der einheitlichen Führung der schwedischen Heere bestellt. Darunter aber wirkte noch ein anderer Uebelstand, der noch viel schlimmere Sorgen nach sich zu ziehen drohte: das war die mangelhafte Bezahlung und die Ueberanstrengung der Truppen, die Gustav Adolfs Kriegführung von Anfang an bezeichnet hatten. Um die Unzufriedenheit, die daraus hervorging, niederzuhalten, hatte es der machtvollen Persönlichkeit des großen Königs bedurft; als nun aber unter der Verwirrung, die seinem Tode folgte, die Soldzahlungen erst recht stockten, als nicht einmal der bei Lützen verdiente „Schlachtmont“, d. h. die einem Monatssold entsprechende Belohnung gezahlt wurde,

erkannten die Führer an der Unlust der Soldaten, gelegentlich auch an Massen-
desertionen die Zeichen einer drohenden Katastrophe: noch wußte man die Truppen
monatelang zu beschwichtigen; aber im Frühjahr 1633, als gerade die schwedischen
Kerntruppen, die von Horn und die von Bernhard von Weimar führten,
in Neuburg an der Donau vereinigt waren, erfolgte ein recht gefährlicher
Ausbruch.

Die Führung dabei übernahmen nicht gemeine Soldaten, sondern Oberste
der Regimenter. Diese waren es ja, welche im Auftrag des Kriegs- oder Feld-
herrn die Werbung und Ergänzung ihrer Regimenter — wie in ihrem Namen
wieder die Compagnieführer die der Compagnien — durchführten, und durch
deren Hände die Soldzahlungen gingen; regelmäßig traten sie, besonders wenn
die bei der Anwerbung nötigen ersten Zahlungen ausblieben, für die Forderungen
von Soldaten und Offizieren mit baren Vorschüssen oder doch mit ihrer Bürg-
schaft ein; je höher also die Rückstände ausliefen, um so empfindlicher sahen sie
ihren eigenen Besitz und Kredit gefährdet. Und waren sie nicht auch noch un-
mittelbarer getroffen? Es war auch ihr eigener Sold, der unberichtigt blieb,
und vor allem jene Gier nach außerordentlicher Bereicherung, die Gustav Adolf
durch seine Schenkungen geweckt und durch freigiebig erteilte Versprechungen
gesteigert hatte, wuchs nun gegenüber einer weniger respektierten und mit Miß-
trauen angesehenen Regierung zu ungestümer Ungeduld. So geschah es, daß
am 30. April ein großer Teil der Obersten und höheren Offiziere der genannten
beiden Armeen in einen förmlichen Bund zusammentraten. Was sie verlangten,
war: der rückständige Sold für Soldaten und Offiziere, die „Recompensen“ für
verdiente Offiziere, die Sicherstellung der weiteren Soldzahlung. Zur Befriedi-
gung ihrer Forderungen setzten sie einen Termin von vier Wochen an; bei ver-
geblichem Ablauf desselben, stellten sie eine Meuterei in aller Form in Aussicht,
d. h. Verweigerung der Operationen gegen den Feind, Bemächtigung der er-
oberten Lande als Unterpfand ihrer Soldforderungen.

Was wäre wohl geschehen, wenn nun auch die beiden Generale aus Eifer-
sucht gegen Örenstierna mit den Meuterern gemeinsame Sache gemacht hätten!
Aber zum Heil für die schwedische Sache wählten beide den Weg der Vermitte-
lung: Horn in voller Hingabe an das schwedische, Bernhard unter Einmischung des
eigenen Interesses. Es kam also zu Unterhandlungen zwischen dem Kanzler und den
verbündeten Obersten, deren vorläufiges Ergebnis ein am 22. Juli getroffenes Ab-
kommen bildete: zur Befriedigung des nächsten Bedürfnisses sollte Offizieren und
Soldaten der bare Betrag eines Monatsoldes gezahlt werden — dies nach der
Erfahrung, daß, wenn man den Ertrag der in Geld und Naturalien gezogenen
Contributionen von dem Sold abrechnete, nur noch ein mäßiger Rest übrig blieb,
mithin ein voller Monatsold die Rückstände vieler Monate decken konnte. Zur
völligen Berichtigung der Forderungen von Gemeinen und Offizieren sollten
sodann den Regimentsobersten eroberte Lande und Güter überwiesen werden,
mit der Verpflichtung, aus dem Werte derselben nicht nur ihre eigenen Schuld-
forderungen, sondern auch diejenigen ihrer Regimentsangehörigen zu tilgen. Die
Ausführung dieses Abkommens erforderte alsbald weitere Verträge, die zwischen
Örenstierna und jedem Regimentsobersten geschlossen wurden. Und da wurde

denn wieder das Füllhorn der schwedischen Schenkungen, bei denen über den Obersten auch andere Bittsteller nicht vergessen wurden, ausgegossen. Klöster und Stifter, oder auch Stücke, die von katholischen Fürstentümern, wie Würzburg, Bamberg, selbst Baiern, abgetrennt wurden, bildeten den Gegenstand der Schenkung; die Verpflichtung des Obersten ging dahin, daß er sich selber für Sold und „Recompens“ abgefunden erkannte und die Rückstände der Offiziere und Gemeinen im Laufe eines Jahres (bis zum 11. August 1634) zu tilgen übernahm. Nicht vergessen wurden dabei auch die von Gustav Adolf angehängten Beschränkungen (S. 509 ff.). Es war Ausnahme, wenn z. B. der Oberst Sperreuter das bairische Amt Wemding ohne jeden Anhang erhielt; regelmäßig wurde der Vorbehalt des „Rechts der Oberherrlichkeit“ eingesetzt und dazu die Verpflichtung, der Krone Schweden „getreu, hold und gegenwärtig“ zu sein, oder auch, das Gut geradezu als Lehen derselben zu übernehmen¹⁾.

Bezeichnend war bei diesem Handel die passive Rolle der gemeinen Soldaten. Wie bei der fortgehenden Verstümmelung der Regimenter dafür gesorgt wurde, daß der Stab der hohen Offiziere nebst ihren Einkünften unvermindert erhalten blieb (S. 539), so wurde auch jetzt die Befriedigung der Kriegsknechte und der niederen Befehlshaber mit einem schwerlich gerechtfertigten Vertrauen den spekulierenden Obersten anheimgegeben. Nicht minder bezeichnend war aber noch ein anderer Umstand: der glänzende Vorteil, den bei diesen Kaufhändeln der Herzog Bernhard für sich herauszuschlagen verstand.

Der junge Feldherr — er vollendete eben sein 29. Lebensjahr — gehörte, gleich seinem verstorbenen Bruder Johann Ernst (S. 143), zu der kleinen Auslese fürstlicher Kriegsmänner, die als Frucht ihrer Erziehung sich eine ideale Auffassung der öffentlichen Angelegenheiten bewahrt hatten. Evangelische Freiheit und deutsche Libertät waren ihm keine leeren Worte, und ähnlich wie Gustav Adolf zeichnete ihn ein fleckenloses Privatleben und fromme Übung seiner Religionsgebräuche unter den täglich mehr verwildernden Kriegsmännern aus. Aber auch ihn, der mit siebzehn Jahren sich dem Kriegsberuf ergeben und jetzt bereits das Ansehen eines hervorragenden Generals gewonnen hatte, stachelte der Ehrgeiz und trieb ein verwegener Wagemut voran, das Höchste zu erringen, was das Glücksspiel der Kriege bieten konnte: ein mächtiges Fürstentum, die führende Stellung im schwedischen Heer und kraftvolles Eingreifen in die politischen Verhältnisse. Er war durchdrungen von dem hochfahrenden Selbstgefühl des deutschen Reichsfürsten, und wie er seinen Stolz gelegentlich schon gegen Gustav Adolf gekehrt hatte, wandte er ihn jetzt in vollem Maße gegen die beutegierigen Schweden, die statt des großen Königs befehlen wollten. Wohl erkannte er an, daß der Krieg unter der Autorität der schwedischen Krone fortgeführt werden müsse, aber wie die Mittel zu diesem Kriege fortan aus Deutschland allein erpreßt wurden, so schien es ihm auch billig, daß der Oberbefehl über die Heere einem deutschen Fürsten zufalle.

¹⁾ Vgl. u. a. Stälin, in den Württembergischen Vierteljahrsheften 1894, 4 n. 45, 3, 5, 21. Zweifel erweckt die in dem Formular bei Röse I n. 36 S. 448 befindliche Bezeichnung „unmittelbar Erblehen des hl. Römischen Reichs“. Sollte damit vielleicht nur die Lösung einer Unterlehensherrlichkeit ausgedrückt sein?

Die gelegene Stunde, seine Forderungen zur Geltung zu bringen, kam für den Herzog heran, als er die Vermittelung zwischen Orenstierna und den meuternden Obersten übernahm. Damals trug er dem bedrängten Kanzler auch seine eigenen Wünsche vor; die aber bestanden in zwei Punkten: einmal, mit Berufung darauf, daß Gustav Adolf seine Freigiebigkeit in Versprechungen in ganz besonderem Maße gerade ihm gegenüber bethätigt hatte und — wir wissen freilich nicht, ob in loser oder verbindlicher Form — ihm die Aussicht auf ein aus den geistlichen Fürstentümern Würzburg und Bamberg zu bildendes Herzogtum Franken eröffnet hatte, verlangte er jetzt die Erfüllung dieser Zusagen. Sodann, unter dem Titel einer zweckmäßigeren Anordnung der Heeresführung beanspruchte er ein höheres Kommando, und zwar, wenn der Feldmarschall Horn seine Absichten richtig erkannt hatte, den Rang eines Generalleutnants. Unter diesem Titel hatte einst Tilly die Armee der Liga geführt; unter demselben Titel erstrebte Bernhard nach Horns Ansicht ein oberstes Kommando über „alle Armeen“.

Hätte Orenstierna die Tragweite dieser zweiten Forderung, deren Bewilligung ungefähr seine eigene Abdankung bedeutet hätte, nicht selber erkannt, so würde Horn sie ihm deutlich gemacht haben, indem er für den Fall der Gewährung seine eigene Entlassung nachsuchte. Allein je entschiedener der Kanzler sie ablehnte, um so weniger glaubte er — auch hierin von Horn bestärkt — der Begierde Bernhards nach einem Fürstentum widerstehen zu sollen. Und so kam denn am 20. Juni 1633 die Schenkungsurkunde¹⁾ zustande, kraft deren Orenstierna im Namen der Krone Schweden das „Herzogtum Franken“ und, als territoriale Grundlage, die allerdings durch anderweitige Verfügungen erheblich geschmäler-ten Fürstentümer Würzburg und Bamberg dem Herzog Bernhard zu erblichem Recht, das auf das gesamte Haus Sachsen ausgedehnt wurde, übertrug. Nicht ohne scharfe Bedingungen wurde indes die Schenkung gewährt. Die einfachste, die auch bei den anderen vorerwähnten Schenkungen sich von selbst verstand, war Uebnahme der durch den Heilbronner Bund auferlegten Abgaben. Schwerer schon war es, daß sich der Herzog zu einer unter verschiedenen Titeln berechneten Entschädigungssumme von 600 000 Reichsthalern verstehen und in Würzburg und Königshofen sich eine unmittelbar von Orenstierna abhängende schwedische Besatzung gefallen lassen mußte. Am schwersten aber drückten die Bande, mit denen, ganz im Sinne Gustav Adolfs, der Herzog an die Krone Schweden gefesselt wurde: er mußte für sich und seine Nachfolger eine „ewige und unwiderrufliche Conförderung“ mit der Krone Schweden, deren Satzungen, besonders auch über die gegenseitige Kriegshilfe, im einzelnen formuliert wurden, abschließen; er mußte ferner das Herzogtum als „ein rechtes Mannlehen“ der Krone Schweden anerkennen. Allerdings gaben diese letzteren Verpflichtungen dem Herzog doch auch wieder Anlaß, die Schranken derselben zu bestimmen: von den Feinden, gegen die er Bundeshilfe zu leisten hatte, wurde das Reich ausgenommen, und zu den Anordnungen der Schenkungsurkunde über das Lehensverhältnis mußte auf sein Verlangen die Klausel zugesetzt werden: bis die Sachen im Reich

¹⁾ Vgl. meine Bemerkung in den Göttinger Gelehrten Anzeigen 1905, S. 205 Ann. 1.

durch einen allgemeinen Frieden geordnet und „wegen dieser und anderer Donationen im Grund verglichen“ sein werden.

Nach solchen Abfindungen des Herzogs und der Obersten konnte Orensierna das schwere Werk der Regelung der politischen und militärischen Angelegenheiten endlich als erledigt ansehen. Aufatmend mochte er sich auch sagen, daß, wenn während all dieser Schwankungen ihm von seiten des Kaisers ein schlagfertiges Heer und ein Feldherr von der Beweglichkeit und dem Wagemut eines Pappenheim gegenüber gestanden hätte, diese Zeit des Ueberganges wohl nicht ohne schwere Niederlagen dahin gegangen wäre. Aber zu ihrem Glück hatten die Schweden sich ein Heer gegenüber, das der Wiederherstellung ebenso dringend bedurfte, wie sie selber, und einen Feldherrn, der mit jedem Jahr in seinen Vorbereitungen langsamer, in seinen Operationen behutsamer, in seinen Absichten unergründlicher und starrsinniger wurde. Von seinem Schlosse in Prag aus hielt Wallenstein die kaiserlichen Truppen unbeweglich in der Ruhe der Winterquartiere beisammen, selber ausschließlich mit der Aufgabe der Verstärkung und Ergänzung des Heeres beschäftigt. Soviel brachte er denn auch mit gewohnter Meisterschaft zustande, daß bis zum Frühjahr 1633 die Armee nach der Zahl der Truppenkörper noch über den Stand von 1632, die Infanterie z. B. von 54 auf 60 Regimenter anwuchs; aber freilich er konnte auch nicht hindern, daß die alte Geldnot, welche den Kaiser in die Abhängigkeit von seinem Feldherrn gebracht hatte, den Feldherrn wieder abhängig von seinen Obersten machte. Wie für die Kosten der Neuerwerbung die Vorschüsse der Regimentsobersten jetzt in viel höherem Grade in Anspruch genommen wurden als vorher, so mußte dafür Wallenstein ihnen mit seinem Wort für die Erstattung Bürgschaft leisten; wie man früher schon nach Gunst oder Geld einem Obersten zwei oder mehr Regimenter übergab, so griff dieser Mißbrauch jetzt, da er zum Erkaufen von Vorschüssen diente, noch weiter um sich, bis denn Wallensteins Schwager, Graf Adam Trzka, ein ehrgeiziger Tollkopf, in dem die Gelüste der böhmischen Rebellen fortlebten, im Lauf des Jahres 1633 auf sieben Regimenter kam. Vielleicht hing mit diesem Bedürfnis, die Willigkeit der Offiziere zu erkaufen, auch die im Verhältnis zu Wallensteins erstem Generalat überreiche Besetzung der unter dem Namen der „Generalspersonen“ begriffenen höchsten Kommandos zusammen, ein Luxus, der grell gegen die Geldnot abstach.

Bis zum Mai 1633 war Wallenstein mit diesen Vorbereitungen so weit fertig, daß er die Armee, mit der er ausziehen wollte, in Königgrätz zusammenkommen ließ. Wohin sollte nun der Hauptstoß gerichtet werden? Wäre der Grundsatz maßgebend gewesen, den Feind vor allem da zu treffen, wo seine Kraft sich am stärksten und gefährlichsten erwies, so hätte man sich wohl in erster Linie die Ueberwältigung von Horn und Bernhard von Weimar zum Ziel setzen müssen. Beide hatten sich durch die Rücksicht auf die Winterrast nicht abhalten lassen, den Gedanken Gustav Adolfs, daß die Kraft des Feindes zunächst in Baiern gebrochen werden müsse, wieder aufzunehmen. Der erstere war noch in den letzten Tagen des Dezember mit Streitkräften, die denen des Feindes nicht gewachsen waren, über den Rhein vorgebrochen und hatte, gestützt auf das verbündete Württemberg, seine Ver-

suche, über den Lech ins Bairische einzudringen, begonnen. Etwas später, Anfang Februar 1633, drangen Bernhards Regimenter im Stifte Bamberg vor, Ende März führte der Herzog sie auf dem alten Wege nach Donauwörth, und am 9. April hatte er sich mit dem ihm entgegenziehenden Horn bei Augsburg verbunden, um nun gemeinsam mit ihm einen Vorstoß bis in die Nähe von München zu wagen. Behaupten ließ sich freilich diese Stellung nicht. Am 24. April waren beide Feldherrn nach Neuburg zurückgegangen, aber nur um ihre Kräfte zu neuer Offensive zu sammeln. Denn, meinte Bernhard, das einzige Mittel, die mißvergnügte Armee beisammen zu halten, bestehe darin, daß man sie gegen den Feind führe.

Nicht diesen thatendurstigen Gegnern galten jedoch die nächsten Anstalten Wallensteins. Während er zur Deckung des nordwestlichen Böhmens gegen das Fränkische, Thüringische und Meißnische eine kleinere, ihre Spitze über Eger hinaus richtende Armee unter dem Feldmarschall Holt bildete, wandte er sich mit der Hauptarmee nach Schlesien, wo den Winter über der Feldmarschall Gallas den Fortschritten der Feinde zu wehren hatte: mit ihm stieß er am 31. Mai in Münsterberg zusammen. Er hatte damit einen Zug gethan, von dem Arnim schon Anfang März dem schwedischen Gesandten erklärt hatte, daß er das sächsische Heer in eine verzweifelte Lage bringen werde. Denn wie stellte sich nun das Stärkeverhältnis der Gegner? In der sächsischen Armee wurden allerdings 167, in der schwedischen 111 Compagnien gezählt¹⁾; aber wenn Thurn die Kopfszahl der Schweden auf 12000 angab, so mußte er seine Angabe einige Monate später auf 4000 herabsetzen, und Arnim wollte gar nur von 2500 Mann wissen; und wenn neben den Schweden die durch brandenburgische Truppen verstärkte sächsische Armee allerdings um vieles zahlreicher war, so werden doch auch wieder die hohen Angaben über ihre Zahl durch die spätere Versicherung Arnims, daß seit der Breitenfelder Schlacht die von ihm geführten sächsischen Truppen niemals viel über 7000 Mann betragen hätten, stark herabgestimmt. Mögen nun diese untersten Zahlen zu niedrig gegriffen sein und jedenfalls die Besatzungen, die Kranken und nur zeitweilig Versprengten nicht einschließen, gewiß berechtigen sie doch zu dem Zweifel, ob aus den verfügbaren sächsisch-schwedischen Truppen eine Feldarmee von viel mehr als 12000 Mann gestellt werden konnte. Wenn jetzt diesen Streitkräften gegenüber Wallenstein eine Armee in Schlesien vereinigte, die amtlich auf 485 Compagnien mit rund 45000 Mann angegeben wurde, so mögen hier alle Elemente eingerechnet sein, die bei den Berechnungen seiner Gegner ausgeschlossen waren, und auch sonst die Ansätze nach oben abgerundet sein, aber als sicher wird man annehmen dürfen, daß er dem Feinde mit doppelter Stärke entgetreten konnte, daß also, wie im vorigen Jahre in Böhmen, so jetzt in Schlesien die Lage desselben eine verzweifelte war, wenn Wallenstein mit einem wuchtigen Angriffe vorging.

Und dazu schien er, nach den stolzen Worten, die er seinem Ein-

¹⁾ Chemnitz II S. 59. Im Oktober zählte man in der schwedischen Armee bei Steinau noch 79 Compagnien. (Hallwich II n. 1173, S. 345.) Für das folgende vgl. Gädeke n. 55, S. 159; Hildebrand n. 18, S. 31; Gädeke n. 107, S. 219. — Vgl. auch die Liste der im Februar 1633 zu Feld gezogenen sächsisch-schwedischen Truppen bei Hallwich I n. 159 S. 129.

marsch in Schlesien vorausschickte, in der That entschlossen zu sein. Die Zeit der Verhandlungen, sagte er, sei vorbei, der Kaiser werde jetzt die Sachen mit den Waffen entscheiden. Er, Wallenstein, wolle „gleich auf den Feind gehen“; bis Mitte Juni denke er mit ihm in Schlesien fertig zu sein und sich dann nach dem Reich, d. h. nach Oberdeutschland, zu wenden, „wodurch allen Sachen geholfen“ werde. Aber Welch ein Gegensatz stellte sich alsbald zwischen seinen Worten und seinen Thaten heraus! Als Wallenstein in Münsterberg anlangte, war Arnim schon seit einigen Tagen gegen den dort lagernden Gallas vorgegangen. Natürlich wich er vor der nun mächtig anwachsenden kaiserlichen Armee zurück, aber als Wallenstein ihm in nordwestlicher Richtung bis nach Heidersdorf folgte, und Arnim ihm gegenüber Halt machte, schien es zu einem Treffen zwischen den ungleichen Gegnern kommen zu müssen. Da jedoch wurde die Welt durch die Nachricht überrascht, daß am 7. Juni zwischen beiden Feldherrn ein vierzehntägiger Waffenstillstand abgeschlossen sei. Als die nachträglich noch etwas verlängerte Waffenruhe ablief, wiederholte sich das gleiche Spiel. Am 3. Juli unternahm Wallenstein einen wenig rühmlich ablaufenden Versuch der Ueberrumpelung der Festung Schweidnitz; dann beobachteten sich beide Gegner in festen Lagern, die sie bei Schweidnitz aufschlugen, um am 22. August einen neuen, diesmal vierwöchentlichen, später noch bis zum 2. Oktober verlängerten Waffenstillstand zu schließen.

Und nicht nur daß Wallenstein in Schlesien jede Entscheidung hintanhalt, er sorgte auch dafür, daß auf den anderen seiner Einwirkung zugänglichen Kriegsschauplätzen nichts gewagt wurde. Die Holksche Armee mußte, abgesehen von der Episode eines vierzehntägigen, am 13. August angetretenen Plünderungszugs in die kursächsischen Lande, unbeweglich zusammenbleiben, um Böhmen gegen die verschiedensten Feinde zu decken, von denen keiner kam. Und nun gar der von Horn und Herzog Bernhard rastlos angegriffene bairische Kurfürst? Mit seiner alten Standhaftigkeit und Thatkraft, die, seitdem das Glück ihn verlassen, nur noch gewachsen war, hatte Maximilian es fertig gebracht, daß das oberländische, jetzt fast ausschließlich aus bairischen Mitteln aufzubringende Ligaherz wieder auf 6½ Regimenter zu Fuß und 13 Regimenter zu Pferde kam. Allein diese Zahl reichte nicht aus, um den Feind zu bestehen, und vollends, es fehlte, seitdem Tilly und Pappenheim gefallen waren, der geeignete Führer. Nach beiden Richtungen also bedurfte der Kurfürst der Aushilfe der kaiserlichen Armee. Nun gewährte ihm Wallenstein, wenn auch nur langsam und stückweise, den Zuzug kaiserlicher Truppen, die schließlich bis auf 19 sogenannte Regimenter stiegen, er ließ ihm auch in dem Feldmarschall Johann von Aldringen einen wohl bewährten General; aber eben den letztern band er an die strenge Weisung, sich in kein Treffen, keine Belagerung, überhaupt kein gewagtes Unternehmen einzulassen. Die bairisch-kaiserliche Armee war hierdurch angewiesen, den bald hier und bald dort vordringenden Angriffen des beweglichen Feindes in mühsamer Defensiv zu folgen. Vergeblich suchte Maximilian die ihm angelegte Fessel zu sprengen, indem er den Kaiser und Wallenstein selber mit Eingaben bestürmte, daß Aldringen seinem obersten Befehl untergeordnet werden möchte: er, der stolze Reichsfürst mußte sich dem Willen des

böhmischen Emporkömmlings fügen und die grausame Vergeltung seines in Regensburg über ihn gewonnenen Sieges durchkosten.

Fügen wir nun noch hinzu, daß im Elsaß und am Oberrhein der kaiserliche Feldmarschall Hannibal von Schauenburg dem Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld mit unzureichenden, jede Offensive ausschließenden Kräften gegenüberstand, daß in Norddeutschland der Herzog Georg mit der Eroberung von Hameln (13. Juli) einen erfolgreichen Angriff gegen die Weserlinie begann und während der Belagerung dem zum Entsatz heranziehenden Befehlshaber der kaiserlich-ligistischen Truppen, dem Grafen Maximilian von Gronsfeld, bei Oldendorf eine schwere Niederlage beibrachte (8. Juli), so liegt am Tage, daß die durch den Tod Gustav Adolfs verursachte schlimme Lage der Schweden und ihrer Verbündeten von den katholischen Gegnern nirgends ausgenutzt war. Für letztere war das Jahr 1633 eine Zeit tatenloser Defensiv.

Was war nun aber der tiefere Grund, der diese lahme Kriegsführung Wallensteins bewirkte? Der Schlüssel des Rätsels lag in jener kaiserlichen im April 1632 ausgestellten und jetzt entweder erneuerten oder fortwirkenden Vollmacht zur Vereinbarung eines Separatfriedens mit Sachsen. Auf dieses eine Ziel seine Gedanken heftend, hatte er schon vor der Eröffnung des Feldzugs seinen alten Vertrauten Arnim zur Wiederaufnahme der früheren Verhandlungen aufgefordert, und die erste Frucht dieser Bemühungen waren denn auch die Waffenstillstände vom Juni und vom August. — Wenn man nun erwägt, in welchem Maße der Abscheu des sächsischen Kurfürsten gegen den fortgehenden Krieg und den Geist, in dem Schweden ihn fortgehen ließ, zunahm, so wird man allerdings die Hoffnung, gerade ihn auf die Seite des Kaisers zurückzuführen, für wohl berechtigt halten —, aber doch nur unter der doppelten Voraussetzung, daß erstens dem Kurfürsten klare Friedensbedingungen, die er als genügend nicht nur für sich, sondern auch für die protestantischen Reichsstände insgesamt erkannte, geboten wurden, und daß zweitens er selber im Falle seines Uebertritts auf den vollen Schutz des Kaisers und auf den Beitritt seiner deutschen Glaubensgenossen rechnen durfte. Davon, ob er diese Voraussetzungen zu erfüllen vermochte, hing der Wert oder Unwert von Wallensteins Verhandlungen ab.

Verhängnisvoll war es da, daß der Kaiser in den beiden Kernfragen, der Aufhebung des Restitutionsediktes und der Rückgabe der auch in dem Jahrzehnt vor Erlaß desselben den protestantischen Reichsständen entzogenen Besitzungen und Rechte, sich noch immer nicht zum Nachgeben entschließen konnte, sondern mit halben, den Protestanten fast verächtlich erscheinenden Konzessionen durchzukommen hoffte. Dagegen nun hatte sich Wallenstein schon im vorigen Jahre aufzulehnen begonnen (S. 529), und jetzt vollends war er wesentlich weiter gekommen: er hatte sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, von der halben zur ganzen Auflehnung fortzuschreiten. In diesem Sinne lockte er seinen sächsischen Unterhändler nicht nur mit Friedensformeln, nach denen im Reich, also in den Beziehungen der Reichsstände unter einander und zum Kaiser, die kirchlichen wie die politischen Verhältnisse auf den Fuß von 1618 zurückgeführt werden sollten, er fügte auch den weiteren Vorschlag hinzu, daß Anordnung und Durchführung des Friedens

den Fürsten und Staatsmännern von den Generalen aus der Hand gerissen werden müsse. Seine Gedanken gingen auf eine plötzlich zu vollziehende Verbindung der kaiserlichen und der sächsisch-brandenburgischen Armee in Schlesien, deren Führer dann den Kaiser und den sächsischen Kurfürsten ihrem Friedensprogramm zu unterwerfen, die übrigen katholischen wie protestantischen Reichsstände zur Nachfolge zu nötigen und schließlich mit den geeinten Kräften des Reichs die fremden Eindringlinge aus Deutschland herauszuschlagen hatten.

Gewiß ein großartiger, von grenzenlosem Selbstvertrauen getragener Entwurf! Aber wurde dieses Vertrauen auch von den Widersachern geteilt, die Wallenstein zu sich herüberziehen wollte? Das Gegenteil zeigte schon die erste Verhandlung, die am 6. Juni mit einer Unterredung zwischen Wallenstein und Arnim eingeleitet wurde, und deutlicher noch eine zweite Verhandlung, die mit einer Besprechung der beiden Generale am 16. August begann.

Gleich der erste Gedanke Wallensteins, den Frieden durch die Feldherrn diktieren zu lassen, scheiterte in dem Augenblick, da er ausgesprochen wurde; denn der vorsichtige Arnim nahm die ihm gemachten Vorschläge nur entgegen, um sie seinen beiden Kriegsherrn, den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, vorzutragen. Bei diesen fand dann wie der erste, so auch der zweite Gedanke, die Deutschen von den Schweden zu trennen, durchaus keinen Anklang: der Brandenburger bestand rückhaltlos, der Sachse wenigstens einstweilen auf der Zustimmung Schwedens zu dem geplanten Frieden. Selbst die in Aussicht gestellte Trennung Wallensteins vom Kaiser hatte für den sächsischen Kurfürsten nichts Verlockendes; ihm schien nur ein solcher Friede verlässlich, der im klaren Auftrag des Kaisers geschlossen würde. Und nun gar der Inhalt der Friedensvorschläge! Zweideutig schon in den gewählten Ausdrücken, ließ die Wallensteinsche Restitutionsformel alle Fragen, wie sie auf die großen und kleinen Rechts- und Machtstreitigkeiten im einzelnen angewandt werden sollte, in beabsichtigter Ungewißheit. Da war es denn unmöglich, daß man trotz aller Konferenzen einander wirklich näher kam; ein breiter Strom von Mißtrauen und Furcht hielt die Unterhändler voneinander getrennt.

Aber darüber geschah es, daß jene Verschwörer, die ihr Augenmerk nicht auf das Reich, sondern auf die kaiserlichen Hauslande richteten und hier den Zustand herstellen wollten, der durch das Bündnis der böhmischen und österreichischen Lande von 1619, die Absetzung Ferdinands und die Wahl Friedrichs V. bezeichnet war, ebenfalls wieder ihren Zugang zu Wallenstein fanden. Der Anlaß ging auf Umwegen von rebellisch gesinnten, aber aus ihrem Vaterlande nicht vertriebenen Böhmen, auf geradem Wege von dem Grafen Thurn aus, und Wallenstein konnte auch jetzt, wie im Jahre 1631 (S. 525), der Versuchung, mit diesen Elementen in ein besonderes Spiel sich einzulassen, nicht widerstehen. Er begann die Intrigue, indem er in der Nacht vom 15. zum 16. Mai einen Sendling des Grafen Thurn empfing und sich alsbald in kühnen Vorschlägen zur Verwirklichung jener Ziele der böhmischen Malkontenten erging, ja die Hoffnung erweckte, daß er sich mit den Schweden, die er doch nach jener ersten Reihe von Projekten aus dem Reiche hinaustreiben wollte, verbünden und in diesem Bunde die böhmische Krone für sich selber gewinnen würde.

Aber wie er sich bei alledem wohl hütete, sich zu irgend etwas wirklich zu verpflichten, so hatten diese Verhandlungen in ihrem Fortgang nur ein greifbares Ergebnis: dem verschlagenen Arnim gelang es, sich nicht nur in die Mitwisserschaft, sondern auch in die Leitung derselben einzudrängen und damit wenigstens sich und seinen sächsischen Herrn gegen Ueberraschungen zu sichern. Andererseits der Mann, auf den alles ankam, nämlich Drenstierna, verharrte in abweisendem Mißtrauen; er hatte auf alle blendenden Projekte nur die eine kalte Antwort: Wallenstein möge den Ernst seiner Absichten durch Abfall vom Kaiser beweisen, dann werde Schweden bereit sein, ihn in die untertänige Masse seiner deutschen Verbündeten aufzunehmen. So lief denn diese zweite Reihe von Verhandlungen nur auf ein häßliches Spiel von Locken und Zurückweichen heraus, und nur weitschichtiger wurde sie, als einer der böhmischen Vertrauten Wallensteins, der in Dresden weilende Graf Wilhelm Kinsky, obendrein noch die Franzosen hineinzog, indem er im Mai 1633 dem französischen Gesandten Feuquières, und durch diesen der französischen Regierung die Bereitwilligkeit Wallensteins eröffnete, einen Pakt mit Frankreich zur Erkämpfung der böhmischen Krone zu schließen; denn hier ließ sich erst recht nicht erkennen, wie weit Kinsky in Wallensteins Auftrag oder im eigenen Namen sprach.

Ein Fortschritt in dem Sinne, daß die bisher getrennten zwei Reihen von Verhandlungen verbunden würden, schien endlich einmal auf einer am 25. und 26. September zwischen Wallenstein und Arnim gehaltenen Konferenz erfolgen zu sollen. Denn damals verlangte Arnim von Wallenstein eine klare Entscheidung zu Gunsten seiner Verbindung nicht nur mit Sachsen, sondern auch mit Schweden zugleich. Aber da antwortete Wallenstein, indem er auf seinen ursprünglichen Vorschlag der einseitigen Verbindung mit Sachsen und der Vertreibung der Schweden zurückfiel. Natürlich hatte dies den Bruch der Konferenz zur Folge, und da auf einmal schien Wallenstein den Weg einschlagen zu wollen, der allein zum Ziele zu führen versprach, nämlich den protestantischen Kurfürsten zu zeigen, daß der Kaiser stärker sei, als ihr schwedischer Bundesgenosse.

Arnim traf damals seine Anordnungen nach der Vermutung, daß Wallenstein seine Hauptmacht nach dem Reiche, und zwar zunächst gegen Sachsen wenden werde; demgemäß ließ er den Grafen Thurn mit seinen Schweden und einigen ihm beigegebenen Verstärkungen in einem befestigten Lager bei Steinau rechts und links der Oder zurück, indem er gleichzeitig die schlesischen Städte zum Teil räumte und mit stärkeren Besatzungen nur Glogau, Liegnitz, Brieg und den Dom zu Breslau versah; er selber mit seiner Hauptarmee schlug den Weg über Liegnitz (1. Oktober), Görlitz und Baugen nach Dresden ein, wo er am 13. Oktober eintraf. Aber umgekehrt war Wallenstein von der Annahme beherrscht, daß Arnim zwar nach Sachsen strebe, jedoch nur, um von dort in Böhmen einzubrechen. Darum ließ er den General Schaffgotsch zur Beobachtung Thurns zurück und folgte selber in ansehnlicher Entfernung dem sächsischen Heere. Als er indes eine Strecke über Goldberg hinaus gelangt war und bei Pilgramsdorf halt machte (5.—9. Oktober), änderte er seine Entschlüsse: zur weiteren Verfolgung Arnims nur noch einen Schwarm leichter

Kavallerie voranschickend, machte er selber kehrt gegen die Oder, um mit Schaffgotsch zusammen das Lager in Steinau zu überfallen. Die hier versammelten Truppen — 34 Infanterie- und 45 Kavalleriecompagnien, die Arnim wohl zu hoch auf 6000 Mann angab — waren durch Seuchen, Entbehrungen und Zuchtlosigkeit heruntergebracht und dazu von einem General von bewährter Kopflosigkeit geführt. So konnte denn Schaffgotsch in der Nacht vom 10.—11. Oktober ein paar Stunden unterhalb Steinau ungehindert auf das rechte Ufer der Oder übergehen und dann die ihm entgegenziehenden Reiter leichten Kampfes theils zersprengen, theils ins Lager zurüctreiben. Während aber hier die Mannschaft sich zu sammeln suchte, sah sie plötzlich am linken Ufer Wallenstein mit seiner Hauptarmee und reichlichem Geschütz anrücken. Da war kein anderer Rat als Ergebung, die denn auch am folgenden Tag (12. Oktober) erfolgte. Die Gemeinen lösten sich aus der Gefangenschaft durch Eintritt in Wallensteins Heer, Thurn rettete sich vor der Auslieferung an die kaiserliche Justiz durch den schimpflichen Befehl an die Festungskommandanten zur Uebergabe ihrer anvertrauten Plätze. Mit Ausnahme von Brieg, Oppeln und dem Dom zu Breslau wurde diese Uebergabe denn auch im Lauf der nächsten Tage durchgeführt.

Es war ein leichter Triumph; aber die Folgen desselben konnten unberechenbar groß werden. Da von den drei feldtichtigen schwedischen Heeren das eine unter Herzog Georg auf dem nordwestlichen Kriegsschauplatz, die beiden anderen unter Herzog Bernhard und Gustav Horn in Süddeutschland vom Feinde festgehalten waren, die übrigen Truppenabteilungen aber, welche in Pommern, im Stift Bremen, in Magdeburg-Halberstadt und Thüringen lagen, für eine kräftige Verwendung kaum in Betracht kamen, also in Wirklichkeit nur die jetzt mit außerordentlicher Beweglichkeit geführte, aber ganz unzureichende Armee Arnims, welche dieser bei Ausgang des Jahres auf nur noch 5000 Kampffähige angab, gegen Wallenstein aufzukommen hatte, so sahen die Schweden zwei gleich schreckhafte Möglichkeiten aufsteigen: entweder der kaiserliche Feldherr setzte seinen Siegeslauf bis nach Pommern fort, um ihnen die Ein- und Ausgangspforten des Reiches zu verschließen, oder er warf sich auf Sachsen und Brandenburg, um den Separatfrieden der beiden Kurfürsten mit dem Kaiser nunmehr zu erzwingen. Brachten doch auch die nächsten drei Wochen nach der Steinauer Niederlage die weiteren Schreckenskunden, wie ein von Wallenstein ausgesandtes Corps in das Brandenburgische eingedrungen war und die verwahrlosten Festungen Crossen, Frankfurt und Landsberg mit ebenso leichter Mühe einnahm, wie sie einst Gustav Adolf den Kaiserlichen entrisen hatte.

Aber Wallenstein bewährte abermals seine feierliche Langsamkeit. Von der Oder, an deren Ufer er bis in die Nähe von Crossen vorging, wandte er sich nach der Oberlausitz und nahm hier bis zum 7. November Görlitz und Bautzen ein. Da er inzwischen auch von der in Eger stehenden Armee (S. 559), deren Kommando nach dem plötzlichen Tode Holks dem zum Generalleutnant beförderten Grafen Gallas von ihm anvertraut war (16. September), den Hauptteil nach Leitmeritz gezogen hatte, so dachte er, mit der einen Hälfte dieser Truppen sich verstärkend, die andere zur Deckung Böhmens an dem Elbeeingang

zurücklassend, sich an dem rechten Ufer der Elbe gegen die sächsischen und brandenburgischen Lande vorzuschieben und so mit einem an der Oder gelassenen und dort abwärts marschierenden Corps zusammenzuwirken. Gleichzeitig aber war er, und zwar nach Anregungen, die bis auf einige Tage vor den Steinauer Ueberfall zurückreichten, wieder in die Verhandlungen mit Sachsen und Brandenburg eingetreten, so daß er, wie gewöhnlich, zwei Ziele verfolgte: entweder die Verhandlungen blieben erfolglos, dann sollte die Frucht der kriegerischen Bemühungen darin bestehen, daß die kaiserliche Armee ihre Winterlager in norddeutschen Feindeslanden, von den sächsisch-brandenburgischen Gebieten bis ins Thüringische und Magdeburg-Halberstädtische hinein, aufschlug; oder die beiden Kurfürsten vollzogen ihren Uebertritt zum Kaiser, dann löste Wallenstein noch in letzter Stunde seine Zusage ein und wandte sich mit seinen freigewordenen Kräften nach Oberdeutschland, um auch dort, wie er versprochen hatte, „allen Sachen zu helfen“ (S. 560).

Aber eben in Oberdeutschland hatte sein eigenwilliges Schalten die im eignen Lager befindlichen Gegner zum offenen Widerstand getrieben. Den Vortritt nahm dabei Kurfürst Maximilian von Baiern. Dessen Verhältnis zu Wallenstein hatte sich bereits im Sommer (Juli/August) wieder zu einer nur noch schwach verhüllten Feindschaft gewandt, teils auf Grund sachlicher Gegensätze, da Maximilian nunmehr bestimmt den Grundsatz verfocht, daß der Schauplatz auf dem die nächsten Entscheidungen fallen müßten, nicht in Norddeutschland, sondern in Oberdeutschland liege, teils auch aus persönlichen Motiven, da Maximilian es jetzt ohne Rücksicht aussprach, daß Wallenstein, der weder seinem Kriegsherrn zu gehorchen noch seine Armee zu führen verstehe, zum Kommando nicht geeignet sei.

Ein zweiter noch gefährlicherer Feind erwuchs dem Feldherrn in dem König Philipp IV. von Spanien.

Unablässig hatte die spanische Regierung seit 1625 das Ziel im Auge behalten, ihre Verbindung mit Kaiser und Liga in ein festes Bündnis umzuwandeln und so die beiden Kriege, die bisher in den Niederlanden und dem Reich nebeneinander hergingen, in einen einzigen gewaltigen Kampf zu verschmelzen. Im Jahre 1633 kam nun eine Reihe von Umständen zusammen, um sie in dieser Richtung zu einem neuen Vorstoß zu treiben: einmal die immer drohender sich erhebende Aussicht auf den Eintritt Frankreichs in den Krieg, sei es gegen Spanien allein, sei es gegen Spanien und den Kaiser zugleich, sodann der Glaube, daß Wallenstein im Dienste der spanischen Interessen stehe (S. 525), endlich eine Aenderung in der Regierung der Niederlande, welche einen geeigneten Vorwand darbot, spanische Truppen ins Reich zu führen. Mit dem Auftrag nämlich, die ihrem Ende entgegengehende Erzherzogin Isabella zu unterstützen und im Falle ihres Todes zu ersetzen, begab sich im April 1633 Philipps Bruder, der Kardinal-Infant Ferdinand, nach Mailand, von wo er dann mit einem neu aufzustellenden Heere durch Deutschland nach den Niederlanden ziehen sollte. Eben die hiermit zusammenhängenden Zurüstungen riefen nun das Projekt hervor, die aufzubringende Armee nicht nur zum Geleit des Infanten zu verwenden, sondern mit kaiserlicher Zulassung dauernd im Reich zusammen-

zuhalten, um vom Boden des Oberelsaß und der Franche-Comté die Schweden zu bekämpfen und die Franzosen im Zaum zu halten.

Im Mai wurde dieser Plan dem Kaiser und zugleich dem kaiserlichen Feldherrn, auf dessen Zusammenwirken mit dem spanischen Heer ja durchaus gerechnet wurde, vorgelegt. Aber fürs erste trat da den Spaniern ein allseitiger Widerstand entgegen: der Kaiser wies ihre Vorschläge aus Furcht vor der zu gewärtigenden Erbitterung der protestantischen Reichsstände und Frankreichs zurück; und vollends Wallenstein! wie hätte er, der eben an der Arbeit war, die protestantischen Kurfürsten zu gewinnen, gleichzeitig die ihnen über alles verhaßten Spanier ins Reich ziehen können! Wie konnte er das mit jenen Kurfürsten und den Schweden geführte zweideutige Spiel sich dadurch verderben, daß er die Spanier als Aufpasser an seine Seite nahm! und wie konnte er, der den Frieden erstrebte, eine Maßregel begünstigen, die den offenen Eintritt der Franzosen in den deutschen Krieg zur sicheren Folge haben mußte! So tat Wallenstein alles, um den Kaiser in seiner Ablehnung zu bestärken. Indes dieses Zusammengehen des Kaisers und seines Feldherrn sollte bald durch eine unvorhergesehene Wendung im Gang des Krieges gestört werden.

In Oberdeutschland gab es damals vier noch im katholischen Besitz befindliche Städte, die als Ausfallstore, Stützpunkte und Verbindungsglieder den kriegenden Parteien über alles wertvoll erschienen: am Rhein Philippsburg und Breisach, am Bodensee Konstanz und an der Donau Regensburg. Unter diesen erjah sich der schwedische General Horn, nachdem er sich von Herzog Bernhard seit dem zeitweiligen Zusammenwirken (S. 558/59) wieder getrennt, dann durch die meuterischen Bewegungen seiner Truppen (S. 555 f.) kostbare Zeit verloren hatte, die Stadt Konstanz zum Angriff aus. Am 28. August brach er von Donaunwörth auf, und am 8. September begann er die Belagerung. Schon vorher hatte jedoch auch die Bedrängung der rheinischen Plätze begonnen, und gerade sie wurde verstärkt in Folge eines der Zwischenfälle, an denen der Krieg damals so reich war. In den letzten Tagen des Juli nämlich war der rast- und treuloße Herzog Karl von Lothringen, um sich der Fesseln der französischen Verträge (S. 520, 542) zu entledigen, mit einem Heerhaufen, den er im Dienste des Kaisers zu führen vorgab, im Elsaß erschienen, getragen von der Hoffnung auf einen gleichzeitigen Losbruch des Herzogs von Orleans gegen Frankreich und auf das zeitige Eintreffen der Armee Ferias im Elsaß. Seinem Unternehmen wurde jedoch ein rasches Ende gemacht: am 11. August sprengte der Pfalzgraf Christian in einem Treffen bei Pfaffenhofen die lothringischen Truppen auseinander, und am 20. September mußte der Herzog mit dem persönlich gegen Nancy herangezogenen König Ludwig XIII. einen dritten Vertrag unterzeichnen, kraft dessen auch Nancy einer französischen Besatzung eingeräumt, und jegliche Kriegsrüstung des Herzogs, solange der deutsche Krieg dauere, an des französischen Königs Zustimmung gebunden wurde.

Infolge dieser Ereignisse wurden die beiden Rheinfestungen noch schutzloser, als sie es vorher schon waren. Philippsburg, das schon seit Juni von einer schwedischen Heeresabteilung belagert wurde, Breisach, das neuerdings, in

den ersten Tagen des Juli, vom Rheingrafen Otto und dem Markgrafen Philipp von Baden auf beiden Rheinseiten eingeschlossen wurde, schienen ihrem Fall schwer entgehen zu können. Eben die Gefährdung dieser letzteren Festung war es nun aber, was innerhalb der kaiserlichen Regierung eine außerordentliche Bewegung hervorrief. Breisach, so rechnete man, erhält allein die Verbindung der rechtsrheinischen vorderösterreichischen Lande mit dem österreichischen Oberelsaß und der spanischen Franche-Comté; in der Gewalt Schwedens würde es dem Bundesgenossen dieser Macht, nämlich Frankreich, in ähnlicher Weise als Ausfallstor gegen Oberschwaben und Baiern dienen, wie Philippsburg gegen den oberrheinischen und fränkischen Kreis. Die Frage des Entsatzes Breisachs war es daher, welche mit einemmal des Kaisers Haltung gegenüber der spanischen Zwischenkunft in ihr Gegenteil verkehrte: er ließ jetzt seine Hülferufe, wie an die kaiserlich-bairische Armee unter Aldringen, so auch an die Spanier ergehen.

Und diese Gesuche waren nicht vergeblich. Nachdem der Infant Ferdinand den Kaiser schon vorher dadurch seinen Wünschen günstiger gestimmt hatte, daß er als Aufgabe der nach Deutschland zu werfenden Truppen nur noch die Deffnung und Sicherung seines Weges nach den Niederlanden vorwandte, also auf die dauernde Aufstellung eines Heeres auf dem Reichsboden verzichtete, erhielt jetzt der spanische Stolz die Genugthuung, daß der Kaiser den Infanten um die Sendung des Heeres ausdrücklich bat (30. Juli), wobei denn, da der Infant persönlich durch Krankheit und andere Hindernisse bis zum folgenden Jahr in Mailand zurückgehalten wurde, als Vorwand nicht seine Begleitung, sondern die Bereitung seiner Wege, als wahrer Zweck der Entsatz Breisachs und die weitere Verdrängung des Feindes aus der Nachbarschaft aufgestellt wurde. Am 10. September erschien demgemäß der Mailänder Statthalter, der Herzog Feria, an der Spitze von etwa 9000 Mann in Innsbruck. Er hatte einen Weg genommen, der an sich schon den alten Streit zwischen Frankreich und Spanien über das Veltlin wieder aufregte. Da nämlich die rätischen Bünde den Vertrag von Monzon als zu unvorteilhaft nicht angenommen hatten (S. 359), so war auch das Veltlin nicht unter ihre Herrschaft zurückgekehrt und dann abermals dem herrschenden Einfluß der spanisch-mailändischen Regierung verfallen. Das Veltlin gab sich daher bereitwillig als Durchzugsgebiet her, durch welches jetzt, wie auch im folgenden Jahr die spanischen Truppen ihren Weg über Bormio nach Tirol einschlugen.

Fürs erste sah Frankreich diesem und den folgenden Durchzügen widerstandslos zu, und da inzwischen auch der Kurfürst Maximilian seine Zustimmung dazu gegeben hatte, daß Aldringen zum Entsatz Breisachs mitwirke, so stießen beide Generale, der spanische und der bairisch-kaiserliche, am 29. September in Ravensburg zusammen und traten nun den Zug nach dem Rheine an. Nur einer setzte all diesen Maßregeln den hartnäckigsten Widerstand entgegen: das war Wallenstein. Er ging so weit, dem Infanten und dem Herzog Feria direkte Vorstellungen gegen den Einmarsch der Spanier zu machen, ja dem Feldmarschall Aldringen noch am 20. September den Befehl zu erteilen, daß er mit den Spaniern sich durchaus nicht einlasse. Natürlich wurde aber damit sein

früheres Verhältnis zu Spanien völlig umgekehrt; den Vertretern Philipps IV. am kaiserlichen Hofe erschien er nunmehr als verdeckter Feind. Und auch zum Kaiser trat er in ernstlichen Gegensatz. Ferdinand hatte nämlich, um weiteren Gegenzügen Wallensteins vorzubeugen, sich das unablässig wiederholte Verlangen des bairischen Kurfürsten, daß Aldringen ihm, Maximilian, unterstellt werde (S. 560), angeeignet und demgemäß Wallenstein zur Erfüllung desselben aufgefordert (1. und 10. August). Als Antwort darauf erfolgten neue Winkelzüge: dem Kaiser sprach Wallenstein seine Zustimmung aus, seinem Generalleutnant Gallas aber übertrug er gleichzeitig neben dem Kommando über die bei Eger stehende Armee (S. 564) den Oberbefehl über alle im Reich „hin und wieder sich befindenden“ kaiserlichen Truppen und wies Aldringen an ihn als ordentlichen Vorgesetzten (16., 19. September). Da griff endlich der Kaiser mit der unmittelbaren Ankündigung an Aldringen durch, daß er den Befehlen Maximilians ohne weitere Beschränkungen zu gehorchen habe (18. September). Aldringen aber, zwischen den Kaiser und den gefürchteten Feldherrn gestellt, nahm sich vor, beiden nach Möglichkeit dadurch zu genügen, daß er bei der übervorsichtigen, den Wagnissen der Schlacht oder einer größeren Belagerung ausweichenden Kriegsführung beharrte.

Ruhmvoll verlief unter solchen Umständen der Feldzug keineswegs. Allerdings mußte Horn die Belagerung von Konstanz aufheben, aber nur, um sich am folgenden Tag (4. Oktober) mit dem aus Franken herangezogenen Herzog Bernhard bei Stockach zu vereinigen. Und nun begann zwischen den feindlichen Heeren, die am 7. Oktober an der oberen Donau, zwischen Tuttlingen und Mößkirch, kurze Zeit einander gegenüberstanden, eine Reihe künstlicher, auf strategische Vorteile abgesehener Manöver; ihr Ergebnis war, daß Aldringen mit Feria in südwestlicher Richtung bei Waldshut die Rheinlinie gewann, dann den Weg in den Breisgau und Sundgau einschlug und am 20. Oktober in das glücklich entsetzte Breisach einzog, daß dagegen Horn sich nordwestlich ins Kinzigthal schlug, dann, über die Straßburger Rheinbrücke verfügend, weiteren Fortschritten des Feindes links und rechts des Rheines entgegentrat. Da aber erfolgte eine verhängnisvolle Wendung.

Vertrauend auf Verstärkungen, die seiner im Elsaß warteten, hatte Horn vor dem Abzug nach der Kinzig den Herzog Bernhard von seiner Armee losgelöst. Der Herzog zog nun zunächst hinter Aldringen her in der Richtung auf Schaffhausen, als ihn am 14. Oktober die unerwartete Mahnung Drensternas erreichte, dem Kurfürsten von Sachsen, der von Wallenstein nach dem Abbruch der Verhandlungen mit Arnim schwer bedroht sei, durch eine Diversion Luft zu machen. Anfangs unschlüssig, ob er zu diesem Zweck gegen Baiern oder durch die Oberpfalz gegen Böhmen vorgehen solle, ließ er fürs erste seine Truppen die Donau abwärts marschieren, dann aber, nachdem er zur Verständigung mit Drenstierna nach Frankfurt geeilt und des Zuzugs der jüngst verstärkten schwedischen Truppen aus dem Fränkischen versichert war, beschloß er, seinen Angriff gegen Regensburg zu richten, die Stadt, von der man viel unmittelbarer als von Donauwörth aus die bairischen Lande heimsuchen konnte, und von der man für den Einbruch in Desterreich nur noch das wenig wider-

standsfähige Passau im Wege hatte. Obgleich das Heer, das er vereinigte, wohl nicht über 12000 Mann zählte, war er doch den in Baiern zurückgelassenen Truppen, die von dem tapferen Reiteroberst Johann von Werth geführt wurden, weit überlegen. Regensburg selbst war von etwa 1500 bairischen Söldnern verteidigt, die einst Maximilian der Reichsstadt aufgezwungen hatte (S. 534), die aber jetzt bei dem Umfang der Stadt und der feindlichen Gesinnung der Bürger zu einer nachhaltigen Verteidigung nicht ausreichten. So kam denn für Bernhard alles auf die Ueberraschung eines schlecht vorbereiteten Gegners an, und diese Aufgabe löste er glänzend: am 4. November stand er vor Regensburg, am 10. begann die eigentliche Beschießung, und am 14. wurde die Uebergabe erzwungen. Ein Streifzug ins Niederbairische, der über die Donau und bis zum unteren Lauf der Isar führte, setzte dann sofort die Bedeutung der gewonnenen Position ins rechte Licht.

Es gab nur einen, der diesen Angriff gegen Baiern seit drei Wochen vorausgesehen und deshalb unausgesetzt beim Kaiser, bei Wallenstein und bei Albringen nach Hülfe gerufen hatte: es war Maximilian von Baiern. Seine Meinung war, daß Albringen fürs erste nur ein paar tausend Reiter senden, übrigens mit seiner Hauptmacht die Streitkräfte Horns festhalten und sich zur Sicherung leistungsfähiger Winterquartiere in den benachbarten Feindeslanden von Baden und Württemberg ausbreiten sollte. Wallenstein dagegen sollte von seinen in Böhmen liegenden Truppen die entscheidende Hülfe leisten: wenn er ohne Säumen etwa 2000 Reiter und 3000 Mann zu Fuß gegen die Donau vorgehen lasse, so könne, meinte Maximilian, Regensburg und Baiern noch gerettet werden. Aber Wallenstein war eben mit seinen schwerfälligen Operationen gegen Sachsen und Brandenburg beschäftigt, und stets auf Deckung seiner eigenen Positionen bedacht, war er alsbald mit der Rechnung fertig, daß Herzog Bernhard nur zum Schein gegen Regensburg vorgehe, sein wahres Ziel aber ein Einbruch in Böhmen oder die Verbindung mit Arnim in Meissen sei. Gegen diese neue Gefahr erklärte er seine Kräfte an der Nordwestgrenze Böhmens zusammenhalten zu müssen, wie denn selbst eine Reiterabteilung unter dem Generalwachtmeister Strozzi, die er am 9. November zur Unterstützung der Baiern bestimmte, vorerst mit Arbeiten zur Sperrung der böhmischen Grenze beschäftigt wurde. Und so ging Regensburg, ohne daß ein Mann aus Wallensteins Armee zur Rettung erschienen wäre, verloren. Aber wie das Unglück geschehen war, trat mit einemmal in des Feldherrn Entschlüssen eine jähe Wendung ein.

Der Anlaß dazu scheint vom Kaiser gekommen zu sein. Auch der hatte nämlich mit steigender Dringlichkeit den Beistand für Maximilian verlangt, endlich aber, da alles nichts half, wie vorher in der Frage der Unterstellung Albringens unter Maximilian, durchgegriffen, indem er am 11. November dem Generalleutnant Gallas unmittelbar befahl, die Sendung eines ausreichenden Hilfscorps zu bewirken. War es nun der Zorn eines Mannes, der, weil ihm sein Wille nicht gethan wird, sein eigenes Werk zerstört, oder war es die Unfähigkeit, an zwei Stellen zugleich einzugreifen? — genug, am 16. November, als der Fall Regensburgs schon erfolgt, aber Wallenstein noch nicht bekannt

war, kündigte er plötzlich einen Zug nach dem Westen an: nicht Gallas, sondern er selber brach mit der gesamten bei ihm befindlichen Kavallerie und angeblich 6000 Mann zu Fuß quer durch Böhmen gegen Herzog Bernhard auf, dem Gallas aber, als seinem Stellvertreter, überließ er den Oberbefehl über die im östlichen Böhmen und Schlesien zurückbleibende Armee. Natürlich wurde damit die in Norddeutschland geplante Offensive aufgegeben; allein da, wo der Feldherr selber hineilte, schien doch noch eine größere Entscheidung bevorzustehen: er zweifelte nicht, so verkündete Wallenstein noch am 22. November, daß den Herzog von Weimar sein Zug nach Regensburg gereuen werde. Indes was geschah, als er am 26. November sein Hauptquartier in Pilsen aufgeschlagen hatte und dem Feinde wirklich nahe kam? Er wagte sich über den Böhmerwald bis zu dem bairischen Grenzstädtchen Furth. Wie er aber hier (1. Dezember) Rat hielt, ob er die benachbarte, vor zehn Tagen von den Schweden eroberte Stadt Cham wieder nehmen oder dem damals jenseits der Donau befindlichen Herzog Bernhard folgen sollte, wagte er weder das eine noch das andere und zog sich bald wieder, zufrieden damit, daß er die Besatzungen in Passau und Oberösterreich verstärkt und dem bairischen Obersten Werth jene kleine Reiterabteilung unter Strozzi zur Abwehr der Fortschritte Bernhards beigegeben hatte, in die sichere Stellung bei Pilsen zurück. Fortan ließ er sich weder durch das erneute Drängen Maximilians noch durch den gebieterischen Befehl des Kaisers zu einem nochmaligen Vorgehen bestimmen.

Dieser eine Fehlschlag war nicht der einzige. Um dieselbe Zeit waren auch Aldringen und Feria aus der Stellung, die sie nördlich von Freiburg und Breisach dem Feldmarschall Horn gegenüber einnahmen, verdrängt. Letzterer, um ihnen die beabsichtigte Ausbreitung nach Württemberg unmöglich zu machen, war unversehens am 19. November über den Schwarzwald nach dem württembergischen Städtchen Balingen abgescwenkt. Da war es denn die Sorge, daß sie von der Donaulinie abgeschnitten und in den ausgefogenen Gebieten des Breisgaus und Oberelsaß eingesperrt werden möchten, welche Aldringen und Feria auf dem kürzeren Wege von Freiburg über Neustadt zur Donau trieb, mit dem Vorsatz, nun weiter abwärts zwischen Ulm und Donauwörth, rechts und links der Donau, die Winterquartiere zu suchen. Aber da traf sie weiteres Mißgeschick. Wallenstein, auf dessen Anzug gegen die Donau auch sie rechneten, kam nicht; ihre eigene Armee war durch Hunger und Seuchen furchtbar gelichtet und entkräftet, Horn aber, im Bewußtsein der Ueberlegenheit und bereit, auf günstigem Boden eine Schlacht zu liefern, folgte ihnen auf dem Fuße nach. Um jetzt nicht an der Donau zwischen Horn und Herzog Bernhard zu geraten, bogen die beiden Feldherrn vor Ulm in südöstlicher Richtung ab nach Schwaben und Oberbaiern. Erst in Perchting, zwischen Ammer- und Würmsee, fand Aldringen am 22. Dezember eine längere Rast, während Feria sich todkrank in Starnberg niederlegte und am 11. Januar 1634 verschied.

Nun aber kam noch, als bitterer Schlußakt, die Frage der Winterquartiere. Noch im August hatte Wallenstein die ihm schon damals drohende Entziehung des kaiserlichen Vertrauens unter anderem dadurch abgewandt, daß er die Verlegung der Winterquartiere in Feindesland neuerdings zusicherte, wie er denn

auch nach seinen bald gegen Norddeutschland, bald gegen Süddeutschland gerichteten Entwürfen für seine Quartiere nebeneinander das Herzogtum Württemberg und die Lande von der Lausitz bis nach Thüringen bestimmt hatte. Allein jetzt war, abgesehen von dem Gebiet zwischen dem oberen Lech und der Iller und von da nach dem Bodensee hin, nur das Freundesland, d. h. vornehmlich die bairischen und österreichischen Lande verfügbar. Jetzt also sollten der Kaiser und Maximilian neben allem anderen auch noch die furchtbare Last der Winterquartiere ihren Unterthanen aufbürden. Von Albringen wurde das flehentlich erbeten, von Wallenstein kurz, als ob er nichts zu entschuldigen hätte, vom Kaiser verlangt. Und nach vergeblichem Sträuben und verdrießlichen Verhandlungen blieb denn auch nichts übrig, als daß Maximilian die bairischen und den Rest der spanischen, Ferdinand die kaiserlichen Truppen in seine Lande verteilte. Aber auch damit war des Unglücks kein Ende. Vor Ausgang des Winters trieb Horn die kaiserlichen Besatzungen aus den meisten in Oberschwaben noch festgehaltenen Plätzen heraus, und in den elsässisch-oberrheinischen Gebieten, wo der Rheingraf Otto Ludwig den protestantischen Bundestruppen wieder die Oberhand verschaffte, mußte sich ihnen im Januar 1634 die Stadt Philippsburg ergeben.

Auch im westlichen Norddeutschland schloß das Jahr 1633 übel ab. Herzog Georg fügte zu der Einnahme von Hameln (S. 561) am 12. September die von Stadt und Stift Osnabrück hinzu, und der zuverlässigste unter den fürstlichen Bundesgenossen Schwedens, der Landgraf Wilhelm von Hessen, der sich, nicht zufrieden mit dem Heilbronner Bund, am 27. Mai durch ein Sonderbündnis noch besonders an Schweden gefesselt und der fremden Macht dabei auch ihre Befriedigung mit Reichslanden verbürgt hatte, konnte nunmehr auf Grund der Schenkung Gustav Adolfs (S. 509) von den eroberten Stiftern Fulda, Corvey und Paderborn in aller Form Besitz ergreifen (Juni-August).

Daß man bei solchen Niederlagen im kaiserlichen Lager nach dem Schuldigen suchte, verstand sich von selbst, und selbstverständlich war es nach allem, was vorgegangen war, daß nicht nur Maximilian und die spanischen Gesandten, sondern auch der Kaiser den Schuldigen in der Person Wallensteins erkannten. Besonders des Kaisers Unzufriedenheit mit Wallensteins Kriegführung hatte ihren Höhepunkt erreicht, als jene Konflikte über die Bekämpfung Weimars und über die Winterquartiere ausbrachen. Gleichzeitig hatte sich ein nicht minder tiefes Mißvergnügen über Wallensteins politisches Verhalten eingestellt. Wallenstein hatte den Kaiser über seine Unterhandlungen mit den Feinden durch die Vorpiegelung zu beruhigen gesucht, daß er in der entscheidenden Frage der Rückführung der kirchlichen und politischen Verhältnisse auf einen früheren Stand nicht über die bisher vom Kaiser in Aussicht gestellten Zugeständnisse hinausgegangen sei; aber nun waren seit Juli und August am bairischen und am kaiserlichen Hof Berichte eingekommen, in denen der verräterische Inhalt dieser Verhandlungen nicht nur offen gelegt, sondern auch übertrieben war. Da sie Glauben fanden, so gesellte sich am kaiserlichen Hof zu der Verurteilung von Wallensteins Kriegführung die Furcht vor seinem Verrat. Wie aber sollte man da zu einem anderen Schluß kommen, als daß ihm der Oberbefehl entzogen werden

müsse? Zu diesem Schluß gelangte in der That der Graf Schlick, das Haupt der Kriegsverwaltung, und, wenn auch zögernd, der Fürst Eggenberg, das Haupt der gesamten Regierung. Wie dann vollends — es war in den letzten Tagen des Jahres — der Kurfürst Maximilian es gegen seine Gewohnheit übernahm, den Absetzungsantrag durch seinen Gesandten offen vor dem Kaiser zu vertreten, da faßte auch Ferdinand den Entschluß, sich von dem Feldherrn zu befreien. Aber indem er ihn faßte, hatte er auch schon mit der Gegenwehr Wallensteins zu rechnen.

Für Wallenstein war die Ungnade, in die er gefallen war, kein Geheimnis. Er sah sich dadurch vor die Wahl gestellt, ob er sich einer gewiß nicht ehrenvollen Absetzung, vielleicht auch einer gefährlichen Rechenenschaft unterwerfen, oder unter den in seinen Unterhandlungen mit den Feinden eröffneten Wegen den zweiten, der auf einen Pakt mit allen Feinden des Kaisers und auf die Zerstümmung der österreichischen Macht hinauslief, einschlagen sollte. Und da war es nun sein durch dreijährige perfide Umtriebe vorbereitetes Verhängnis, daß seine Wahl auf diesen zweiten Weg fiel. Zum Ziel sollten ihn dabei führen: einmal die jetzt untereinander zu verbindenden und zum Abschluß zu treibenden Verhandlungen mit Schweden und Frankreich, mit Sachsen und Brandenburg, sodann die durch gemeinsame Interessen verbürgte Ergebenheit der Armee. Aber indem er sich nach beiden Seiten ans Werk machte, war es wieder ein anderes Verhängnis, das ihn verfolgte: die Zweideutigkeit, die er nicht abzulegen, das Zaudern, das er nicht zu überwinden vermochte.

Am 26. Dezember hatte er, als Mittelsmann für seine an Schweden, Frankreich und Sachsen zu richtenden Anträge, den Grafen Wilhelm Rinsky, für die noch besonders an Sachsen und Brandenburg zu überbringenden Vorschläge den Herzog Franz Albert von Lauenburg — diesen statt des unabhkömmlichen Arnim — zu sich eingeladen, worauf denn auch der erstere am 8., der andere am 20. Januar im Lager zu Pilsen erschien. Auf Grund der ihnen hier zuteil werdenden Eröffnungen konnten alsbald beide an all die genannten Mächte ihre persönliche Ueberzeugung berichten, daß der erbitterte Feldherr bereit sei, sich zu gemeinsamer Aktion gegen den Kaiser mit ihnen zu verbünden; aber greifbare Vorschläge, bei denen Wallenstein festgehalten werden konnte, vermochten sie auch jetzt nicht vorzulegen. So war es denn nur eine Macht, die ihr Mißtrauen so weit überwand, daß sie bestimmte Verpflichtungen und Gegenverpflichtungen, auf die ein Vertrag zu gründen sei, formulierte: nämlich Frankreich. Am 1. Februar ließ Richelieu für den Gesandten Feuquières eine Instruktion abfassen, in welcher er in seiner methodischen Art die beiden Möglichkeiten, daß Wallenstein sich offen gegen den Kaiser erkläre, oder daß er dieser Erklärung ausweiche, unterschied. Im ersteren Fall und unter der Voraussetzung, daß Wallenstein alsdann mit 14—15 000 Mann die Lande des Kaisers angreifen werde, war Frankreich erbötig, ihm jährlich eine Million Livres zu zahlen und an Herrschaften im Reich ihm ebensoviel zu verbürgen, wie er früher dort besessen hatte. Mündlich durfte Feuquières ihm auch für den Fall treuen Zusammenhaltens mit Frankreich den Erwerb weiterer Würden und Lande versprechen und nötigenfalls sogar anerkennen, daß dieser Erwerb womöglich im

Königreich Böhmen bestehen solle, nur daß er eine schriftliche Verpflichtung in dieser Beziehung zu vermeiden hatte. — Zu einer wirklichen Verhandlung über diese Anerbietungen ist es indes gar nicht gekommen, da der Agent, den Feuquièrez statt seiner an Wallenstein abschickte, ihn nicht mehr unter den Lebenden fand.

Mit festerer Hand, als diese auswärtigen Beziehungen, schien Wallenstein anfänglich sein Verhältnis zur Armee anzufassen. Zustatten kam ihm hier einerseits die Verflechtung seiner Interessen mit denen der Regimentsobersten, da deren große Vorschüsse gutenteils auf seine persönliche Bürgschaft gestellt waren (S. 558), andererseits die den Offizieren vielfach beigebrachte Meinung, daß die Schuld an der launenhaften Kriegsführung, der Erschwerung der Winterquartiere und den unaufhörlich anschwellenden Soldrückständen auf den Kaiser falle. Gerade damals wurde die aus dieser Auffassung entspringende Erbitterung verstärkt, da nach dem eben erfolgten Tode der Infantin Isabella (3. Dezember 1633) die spanische Regierung darauf drang, daß der Infant Ferdinand seine Reise nach Brüssel ohne weiteren Aufschub mitten im Winter antreten und dabei von einer starken Kavallerieabteilung Wallensteins geleitet werden sollte: eine Zumutung, die am 5. Januar 1634 mit kaiserlicher Befürwortung dem Feldherrn vorgetragen und von ihm verworfen wurde. Da schien sich denn ein einfaches Mittel zu bieten, die längst gesammelte Erregung zum Ausbruche zu bringen, nämlich die in ihren Wirkungen schon früher erprobte Drohung des Rücktritts vom Kommando. Um diesen Kunstgriff ins Werk zu setzen, versammelte Wallenstein in der ersten Hälfte des Januar 1634 neunundvierzig Regimentsführer, darunter neun Angehörige der Generalität, in seinem Hauptquartier zu Pilsen. Als Werkzeuge dienten ihm zwei Vertraute, nämlich der schon genannte Graf Trzka (S. 558), der ihm von Anfang an in seinen strafbaren Verhandlungen als Werkzeug gedient hatte, und der Feldmarschall Christian Flow, dessen Künste in der Verhezung der Befehlshaber Wallenstein früher getabelt hatte und jetzt für seine Zwecke gebrauchte. Vor die versammelten Offiziere traten diese beiden Männer mit der Eröffnung, daß der Feldherr zurückzutreten entschlossen sei; als dann die Offiziere darüber in lärmende Aufregung gerieten, waren sie bei der Hand, zwischen ihnen und dem Feldherrn einen Ausgleich zu vermitteln, kraft dessen Wallenstein sein vorläufiges Verbleiben im Amt bewilligte, aber nur gegen eine von sämtlichen Offizieren unterzeichnete Verpflichtung, des Inhalts, daß er, der Feldherr, seinen Posten nicht ohne Zustimmung der Offiziere verlassen, diese aber bei Eidespflicht zu ihm halten, alles bis zum letzten Blutstropfen für ihn einsetzen und einen Abfall von dieser Pflicht an Leben und Gut des Abtrünnigen rächen würden (12. Januar).

Dieser Gegenschlag Wallensteins wurde nun aber sofort der kaiserlichen Regierung kund, und sofort sah diese in dem „Pilsener Revers“ das, was er im Sinn seiner Urheber auch war, nämlich eine Verschwörung der Offiziere, um die Stellung des Generals seinem Kriegsherrn gegenüber unangreifbar zu machen. Damit trat neben der Absetzung Wallensteins als zweite Aufgabe seine Bestrafung an sie heran, und in diesem Sinne wurde jetzt, am 24. Januar, der erste entscheidende Schlag geführt: in einem an alle Offiziere gerichteten Patent verkündete

der Kaiser die Absetzung des Feldherrn und behielt sich gegen ihn, wie gegen Trzka und Flow, die Bestrafung vor. Aber veröffentlicht wurde der Erlaß fürs erste noch nicht; vorher wollte man erproben, wie weit der Pilsener Revers den von den Urhebern verfolgten Zweck wirklich erreicht hatte, vor allem ob drei Männer im Geiste desselben zu handeln geneigt waren: der Generalleutnant Gallas, der im Kommando auf Wallenstein folgte, daher auch kraft jenes kaiserlichen Absetzungspatentes vorläufig an dessen Stelle zu treten hatte, der Feldmarschall Aldringen, der noch immer sein voriges gemischtes Kommando führte, der Generalwachtmeister Ottavio Piccolomini, den Wallenstein Mitte Januar von Pilsen aus zur Uebernahme des Befehls über die Truppen in Passau und Oberösterreich abfertigte. Aber gerade diese hatten in Wahrheit ihre Entscheidung schon vorher getroffen. Aldringen und wahrscheinlich auch Gallas und Piccolomini hatten sich seit den letzten Monaten mit Unzufriedenheit und Argwohn gegen Wallensteins Kriegführung und Politik erfüllt; als daher der Kaiser den beiden ersteren seinen bei Ablauf des Jahres 1633 im allgemeinen gefaßten Entschluß der Absetzung Wallensteins sofort im Vertrauen eröffnete, hatte er die Freude, daß sich ihm beide und mit ihnen der von Gallas herangezogene Piccolomini ohne Zögern zur Verfügung stellten, zunächst freilich ohne mit Wallenstein zu brechen, in der Hoffnung vielmehr, daß er sich gütlich zur Abdankung werde bestimmen lassen, wie denn auch Piccolomini, um sein Vertrauen nicht zu verscherzen, sich bei seiner Anwesenheit in Pilsen zur Unterzeichnung des verhängnisvollen Reverses herbeiließ.

Aber nun eilte am 31. Januar zu Piccolomini, der sich des ihm übergebenen Kommandos wegen in Linz befand, ferner zu Aldringen, der in Passau weilte, ein Bote des Kaisers und übergab beiden jenes kaiserliche Patent vom 24. Januar; gleichzeitig erhielt Piccolomini seine Beförderung zum Feldmarschall, daneben aber einen höchst gefährlichen Auftrag: er sollte in Pilsen die Wallenstein umgebenden Offiziere durch Vorlage des kaiserlichen Befehls von ihrem General losreißen und dann diesen selbst, als notorischen Rebellen, gefangen nehmen oder im Falle des Widerstandes töten. Gehorsam diesem Befehl und im Bewußtsein, daß er sein Leben aufs Spiel setze, stellte sich darauf Piccolomini um den 11. Februar zum zweitenmal in Pilsen ein. Hier konnte er sich mit dem zeitweilig von Wallenstein dorthin beschiedenen Gallas bereden, und die Frucht dieser Unterredung war, daß Gallas, als nunmehriger Höchstkommandirender, vor seiner Abreise, die am 13. Februar erfolgte, einen Befehl an die Regimentsobersten hinterließ, durch den sie nochmals zur Losjagung von Wallenstein aufgefordert und an die Befehle von Gallas, Aldringen und Piccolomini gewiesen wurden. Indes diese Befehle gleich zu übergeben, durfte Piccolomini doch noch nicht wagen; er kehrte unverrichteter Dinge zurück, und die drei Generale mußten nun die Regimentsobersten durch Mitteilung des kaiserlichen Patentes einzeln zu gewinnen suchen. Damit aber kamen sie desto rascher zum Ziel. Im Lauf des Monats Februar erklärten fast alle Regimentsführer und höheren Befehlshaber in Böhmen und Oesterreich ihre Ergebenheit gegen den Kaiser, sogar die Oberstleutnants der fünf Kavallerieregimenter des Grafen Trzka folgten dem allgemeinen

Strom und wurden dafür zu Obersten an die Stelle ihres bisherigen Vorgesetzten befördert.

Gallas war inzwischen von Pilsen nicht zurück nach Schlesien, sondern vorwärts nach Linz geeilt. Wie er nun von hier aus das Werk der Vereinigung der getreuen Regimente leitete, bildete er bald von Prag bis Budweis eine Linie von Truppen, die in unwiderstehlichem Vormarsch das Pilsener Hauptquartier überwältigen sollten. Daneben gingen auch wieder vom Kaiser am 18. Februar zwei neue Erlasse aus: der eine, an die Truppenführer und an hohe Behörden einzeln gerichtet, untersagte ausdrücklich den Gehorsam gegen Wallenstein, Trzka und Slow und wies die Obersten neben Gallas an Aldringen, Marradas, Piccolomini und Suys für Böhmen und Oesterreich, an Colloredo, Hatfeld und Göz für Schlesien und Mähren; der andere, an die gesamte Armee, Offiziere wie Gemeine, gerichtet und zur öffentlichen Verkündigung bestimmt, bezichtigte Wallenstein der Verschwörung zum Sturz des Kaisers und seines Hauses und gab den gleichen Wechsel des Oberbefehls kund.

Was that nun Wallenstein gegen das unerbittlich herannahende Geschick? Unter fortschreitendem Alter, gequält von seinem alten Leiden, der Sicht, ging er sichtlich in seinen Kräften zurück; neben der Fähigkeit raschen Handelns, die er nie besessen hatte, ließ er jetzt auch die innere Sicherheit vermissen. In dem Gefühl, daß die Anhänglichkeit seiner Armee wankte, berief er nochmals seine hohen Offiziere auf Mitte Februar nach Pilsen, um die Verpflichtung vom 12. Januar zu erneuern. Aber wie sich nur etwa dreißig einstellten, und der Mehrzahl sichtlich schon vor den Folgen jenes ersten Reverses graute, suchte Wallenstein sie zugleich zu beschwichtigen und festzuhalten, indem er dem Revers die Klausel zusetzen ließ, daß die Verpflichtung in dem Augenblick aufhöre, da des Feldherrn Vorgehen sich gegen den Kaiser und die Religion richte (20. Februar). In dieser Form wurde die Urkunde unterzeichnet, aber eigentlich entkräftet.

Daneben griff er wieder zu dem alten Doppelspiel. Mit dem kaiserlichen Hof versuchte er, wenn auch vergeblich, über einen ehrenvollen und vorteilhaften Rücktritt zu verhandeln, zugleich aber, am 19. Februar, fertigte er jenen Herzog Franz Albert von Lauenburg, der im Auftrag des Kurfürsten von Sachsen zu ihm gekommen war, an den Herzog Bernhard von Weimar ab, mit dem Gesuch, ihm zur Unterstützung seiner bevorstehenden Waffenerhebung gegen den Kaiser eine Kavallerieabteilung an die oberpfälzisch-böhmische Grenze entgegenzusenden, und um eine ähnliche Truppensendung an den Saum von Meissen und Böhmen ließ er brieflich den General Arnim ersuchen; endlich, obgleich doch das Bündnis mit Schweden und Sachsen noch gar nicht fertig war, richtete er an die eigenen Regimente in Böhmen den Befehl, zu einer großen Konzentration nach Prag auszurücken, ja er bestimmte auch schon den Tag für seinen eigenen Abgang: es sollte der 22. Februar sein.

Da aber, am Abend des 21. Februar, traf ihn eine Nachricht, die ihm zeigte, daß seine Sache verloren war: der Feldmarschallleutnant Suys, einer von denen, an welche die von Wallenstein abkommandierten Truppen gewiesen waren, hatte sich in Prag am 20. eingefunden und alsbald bei den anwesenden

Regimentern die Versicherung der Treue gegen den Kaiser empfangen; entweder sofort, oder doch spätestens am 22. ließ er auch jenes geschärste kaiserliche Patent vom 24. Januar öffentlich kundmachen. Da kam denn für Wallenstein die Zeit der letzten verzweifelten Gegenwehr. Am 22. Februar brach er von Pilsen statt nach Prag nach Eger auf, von wo er nach Franken hin dem Herzog Bernhard, nach Sachsen dem Arnim die Hand zu bieten hoffte. Vor und nach dem Aufbruch ließ er zugleich an Herzog Bernhard durch Flow seine letzten Hülferufe ergehen: der Bruch mit dem Kaiser sei vollzogen; der Herzog möge mit einem Truppcorps ihm schleunigst nach Eger entgegenziehen. Auf diese Botschaft bedachte sich Bernhard einige Tage lang, ob nicht alles eine Kriegslist sei; dann, am 26. Februar, machte er sich auf, um, sei es zur Verbindung mit Wallenstein, sei es zur Abwehr eines hinterlistigen Schlags, von Regensburg nach Eger zu ziehen: wenn, so rechnete er, Wallensteins Anerbieten ernsthaft ist, so wird er die noch in seiner Gewalt befindlichen Truppen und Plätze der Krone Schweden übergeben müssen und dafür in seinen persönlichen Ansprüchen deren Beistand zur Erlangung einer gewissen Befriedigung erhalten. Was war aber, so fragt man, der Sinn dieser Rechnung? Für Wallenstein doch nur die Aussicht auf das Los eines entehrten Ueberläufers, der bei einem wenig großmütigen Feinde eine Unterkunft finden möchte? Da war es in der That ein Glück für seinen Nachruhm, daß in jenen selben Tagen sich sein Geschick in ergreifenderer Weise vollendete.

Von Pilsen aus hatte der Feldherr außer seiner Leibcompagnie nur noch fünf Compagnien von dem Kavallerieregiment des Herzogs Heinrich Julius von Lauenburg, zwei Compagnien von dem Fußregiment desselben und fünf Compagnien von einem Fußregiment des Grafen Trzka mitführen können. Als er am 24. Februar nachmittags, begleitet von Trzka, Flow, Kinsky und seinem Rittmeister und Bizkanzler Niemann, in Eger eintraf, hatten jene Reitercompagnien auf Anordnung ihres Herzogs ihn bereits verlassen, dagegen hatte er das auf dem Wege getroffene Dragonerregiment des Irländers Butler mit sich geführt und fand in Eger selbst, als Besatzung der Stadt, ein weiteres Infanterieregiment Trzkas vor, das von dessen Oberstleutnant, dem Schotten Gordon, befehligt wurde. Beide Männer, der katholische Irländer und der calvinische Schotte, die als dritten den Oberstwachmeister Gordons, namens Lesley, in ihr Vertrauen zogen, sollten ihm zum Verderben werden. Sie hatten einen Einblick in Wallensteins rebellische Absichten gewonnen und waren sofort entschlossen, sich nicht daran zu beteiligen. Aber sollten sie den Verrat auch gewaltsam hindern? und wenn ja, war dann nicht die Ermordung Wallensteins und seiner Vertrauten das einzige zum Ziel führende Mittel? Darüber beriethen sie am Abend des 24. bis zum folgenden Morgen; als da aber ein blinder Lärm erscholl, daß Arnim schon bis auf zwei Meilen herangekommen sei, fiel die Entscheidung für die blutige That. Ein Gelage, zu dem Gordon die genannten vier Vertrauten Wallensteins auf den Abend des 25. Februar einlud, mußte die Gelegenheit zur Ausführung geben. Mitten in dem Jubel der Festschergenossen drangen plötzlich von Butler bestellte Dragoner in den Saal, fielen über die vier Offiziere her und machten sie nieder. Von da ließ Butler seine Leute unter dem Oberstwachmeister Geraldine und dem Hauptmann Deveroux nach dem Stadthaus, in dem sich Wallen-

stein zur Ruhe gelegt hatte, stürmen, und hier war es Deveroux, der an der Spitze der Mordgesellen dem gefürchteten Feldherrn mit einer Partisane den Todesstoß versetzte.

Erstaunlich war die Leichtigkeit, mit der sich die Greuelthat vollzog: keine Hand erhob sich, um den Feldherrn zu schützen oder zu rächen, und der einzige Versuch einer Erhebung, den der General Schaffgotsch in Schlesien machte, wurde alsbald unterdrückt und brachte den Urheber aufs Blutgerüst. Aller Welt wurde damit kund, daß der Schöpfer der kaiserlichen Armee, dieser prahlerische und despotische Feldherr, dieser eigennützig und zweideutige Staatsmann, weder Anhänglichkeit an seine Person, noch Zustimmung zu seinen Zwecken gewonnen hatte. Und wie lautete vollends das sittliche Urtheil über die Bluttat? In den Kreisen des Kaisers, seiner Diener und Verbündeten kam kein Zweifel daran auf, daß die Mörder kraft eines unerbittlichen Notrechtes gehandelt hätten und des Lohnes würdig seien. So konnte man denn auch, ohne über Recht oder Unrecht lange Erörterungen anzustellen, sich alsbald der unmittelbar drängenden Aufgabe widmen, durch die That zu beweisen, daß die Armee unter kräftiger Führung der Sache des Kaisers emporzuhelfen vermöchte. Hierzu waren die Vorbereitungen schon in vollem Gange. Der Oberbefehl wurde, entsprechend einem Plan, den man schon vor Wallensteins zweiter Ernennung ins Auge gefaßt hatte (S. 525), dem jungen König Ferdinand III., unter Verweisung desselben auf den Rat und die Oberleitung des Generalleutnants Gallas, übergeben. Am 27. April wurde seine Ernennung den Obersten kundgetan. Die Armee suchte man zugleich durch Abschlagszahlungen zufrieden zu stellen und die Ergänzung ihrer Regimenter nach Kräften zu fördern, vor allem aber, es wurde der Feldzugsplan, wie es Maximilian seit Monaten verlangt hatte, jetzt dahin festgestellt, daß die Hauptmacht auf den süddeutschen Kriegsschauplatz zu werfen sei: hier, so rechnete man, kann man die vornehmsten Kräfte des Feindes mit einemale treffen, einerseits nämlich die Organisation des Heilbronner Bundes, andererseits die Heere Gustav Horns und Herzog Bernhards; hier vor allem sah man auch die schwachen Seiten des Feindes hervortreten, nämlich die Zwietracht und Ohnmacht der verbündeten Stände, die Entfernung der schwedischen Streitkräfte von dem Boden ihrer Kraft; hier endlich konnte eine Vereinigung verschiedener Streitkräfte erzielt werden, wie sie seit den Zeiten des böhmisch-pfälzischen Krieges dem Kaiser kaum zu statten gekommen war. Denn nicht nur daß der Kurfürst von Baiern selbstverständlich bereit war, seine Armee mit der des Kaisers zu verbinden, es stand jetzt auch für den Sommer der An- und Durchzug des Infanten Ferdinand mit einer ansehnlichen Armee in sicherer Aussicht, und am 6. April bereits erteilte der spanische Prinz auf ein vom spanischen Gesandten Dñate übermitteltes Gesuch den Bescheid, daß er bei Gelegenheit des Durchzugs, und soweit es seine eigentliche Aufgabe gestatte, bereit sei, sich mit der kaiserlichen Armee zu einer gemeinsamen Aktion zu verbinden, wenn nur von kaiserlicher Seite ihm der Weg ins Reich gesichert werde.

Ueber diesen kriegerischen Zurüstungen vergaß man auch nicht die mit Kurpfalzen angeknüpften Friedensverhandlungen: wie früher Wallenstein, so erhielt jetzt Ferdinand III. Vollmacht zur Fortführung derselben, und schon im März

konnte dieser an Johann Georg die Einladung zu einer in Leitmeritz zu haltenden Friedenskonferenz ergehen lassen. Mit Genugthuung bemerkte man, daß die Neigung des Kurfürsten zu einer wenigstens vorläufigen, den Bundesgenossen nicht vorgreifenden Verständigung durch Wallensteins Beseitigung durchaus nicht vermindert, daß vielmehr sein Vertrauen zu der Ehrlichkeit der gemachten Anerbietungen eher gestärkt war. Aber freilich, bis diese Konferenz eröffnet werden konnte, kam der Juni heran, und bis man vollends über die Bedingungen, auf die ein Friede geschlossen werden sollte, einander näher kam, mußte erst noch das Verhältnis der kriegerischen Kräfte klarer ins Licht gesetzt werden. Den Vortritt hatten also die Waffen.

In Pilsen, dem Ort, wo Wallensteins Hauptquartier aufgeschlagen war, wurde am 22. Mai die kaiserliche Armee gemustert. Der im Feld verwendbare Teil zählte zwanzig Regimenter zu Fuß und achtzehn zu Pferde, dazu Dragoner und leichte Kavallerie. Hiervon wurde der kleinere Teil nach Schlessien geschickt, der größere Teil, etwa 25 000 Mann, nahm den Weg auf die Donau zu, wo die von Albringen geführte bairische Armee — sieben sehr schwache Infanterie- und neun ebenfalls schwache Kavallerieregimenter — die Kaiserlichen bei Straubing erwartete. In der letzten Woche des Monats Mai vereinigten sich beide Heere bei Donaustauf und setzten sich nun als erstes Ziel die Wiedergewinnung Regensburgs.

In diesen spannenden Momenten traten auf der gegnerischen Seite alle Schwächen der Kriegführung und der Organisation ins Licht. Die beiden Feldherrn, Horn und Herzog Bernhard, standen von dem vergangenen Jahre her in einem Verhältnis stiller Feindschaft, hervorgerufen durch die Begierde Bernhards nach der obersten Kriegsleitung, genährt durch die abweichenden strategischen Entwürfe beider Männer und auf den Höhepunkt getrieben durch den Widerwillen, der zwischen Schweden und Deutschen bestand. Das harte Geschick der deutschen Nation wollte es, daß ihr Gemeingefühl vornehmlich durch die Auflehnung gegen ihre Mißhandlung wachgerufen und genährt wurde, und merkwürdig genug war es, daß diese Auflehnung vielfach bei denselben Männern hervortrat, die ihren Arm in den Dienst der fremden Eroberer stellten. Horn selber machte einmal im Hinblick auf die im Frühjahr 1633 meuternden Offiziere (S. 555) das bittere Geständnis, daß sie ihm vornehmlich deshalb feind seien, weil sie einem Fremden „die Ehre, Armeen bei ihnen zu kommandieren,“ nicht gönnten. Der Mann nun, in dem dies zwiespältige Gefühl mit voller Bitterkeit wühlte, war eben der Herzog Bernhard.

Unter solchen Umständen war schon im Jahr 1633 ein stetiges Zusammenwirken beider Generale ausgeschlossen gewesen: genug, daß sie über die Ziele ihrer selbständigen Operationen unter Drenstiernas Oberleitung sich zu verständigen und in kritischen Zeiten ihre Kräfte zu vereinigen hatten. In diesem Sinne wählten sie auch im Frühjahr 1634 ihre besonderen Operationsgebiete: Horn suchte seine so glücklich begonnene Unterwerfung Oberschwabens zu vollenden und legte, wie im vorigen Jahr gegen Constanx, so jetzt gegen Ueberlingen seine Streitkräfte in einer vierwöchentlichen, schließlich aber mißlungenen Belagerung fest (24. April bis 26. Mai); des Bodensees Meister hätte er, wie

er meinte, Tirol bedrohen und der anziehenden spanischen Armee den Weg verlegen können. Herzog Bernhard wollte die Reste feindlicher Positionen in Franken und der Oberpfalz überwältigen und versuchte es schließlich, in der zweiten Hälfte des Juni, mit der ebenfalls erfolglosen Belagerung der Bamberger Festung Forchheim; seine weiter gehende Hoffnung war, in Böhmen mit den sächsischen und schwedischen Heeren, die unter Arnim und Banér seit dem Mai von Osten und Norden her gegen Schlesien heranzogen, zusammenzustoßen und dann der kaiserlichen Armee ihre Operationen im Reiche gründlich zu legen. Aber mitten unter diesen getrennten Unternehmungen mußten die beiden Generale nun erfahren, wie der Feind, der sie überholt hatte, seinen eisernen Kreis um die Stadt Regensburg zu ziehen begann, und zwar mit Streitkräften, denen sie, auch vereint, wohl höchstens zwei Drittel entgegensetzen konnten. Da ließen sie zunächst einmal unter entgegengesetzten Erwägungen und Bewegungen die Zeit bis zum 12. Juli verstreichen, bis sie ihre Heere bei Augsburg vereinigt und einen Operationsplan entworfen hatten.

Ihre nächste Absicht war, durch einen Einbruch ins Bairische den Gegner abzulenken, und noch einmal hatten sie denn auch das Glück, die Stadt Landshut, gegen die sie vordrangen, in heißem Kampf mit dem ihnen entgegengeschickten Albrington, der dabei seinen Tod fand, zu erobern (22. Juli). Aber während sie nun überlegten, wie dem Belagerungsheer weiter beizukommen sei, mußte die Stadt, die sie retten wollten, nach fast zweimonatlicher Verteidigung am 26. Juli übergeben werden, und damit schien dem katholischen Heere der Weg zu einem großen Siegeszuge die Donau aufwärts eröffnet zu sein. Noch einmal wurde es dann freilich aufgehalten. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz, auf dem, wie schon bemerkt, der durch die Lausitz anziehende sächsische General Arnim und der durch die Neumark vordringende schwedische General Banér, dem auch das brandenburgische Corps unterstellt war, operierten, hatte der erstere bei Liegnitz am 13. Mai über die kaiserliche Armee unter Colloredo einen glänzenden Sieg errufen, worauf man in Wien mit Schrecken vernehmen mußte, wie die von Wallenstein in der Neumark, Lausitz und Schlesien leicht errungenen Erfolge einer nach dem anderen wieder zerstört wurden, und wie dann vollends die Vorgänge vom Ende 1631 sich zu wiederholen schienen: das schwedische, hierauf das sächsische Heer brachen in Böhmen ein, und nach einem unaufhaltbaren Siegeszug konnten beide sich am 26. Juli unter den Mauern von Prag, angeblich etwa 30 000 Mann stark, vereinigen. Allerdings diese Stadt war jetzt besser befestigt und besser verteidigt als zwei Jahre vorher, und wie die nachgezogene Armee Colloredos nebst anderweitigen Verstärkungen ihre Aufstellung zum Schutz der bedrohten Hauptstadt nahm, auch die Ernährung der Invasionsarmee sich äußerst schwierig gestaltete, erschien die Behauptung der von ihr gewonnenen Stellung alsbald sehr fraglich; allein fürs erste wirkte die Furcht, daß der Feind im Herzen der österreichischen Monarchie weiter um sich greifen oder in Süddeutschland seinen Genossen die Hand bieten könne, doch so stark, daß Ferdinand III. einen Wechsel seines Kriegsplans ins Auge faßte: am 1. August setzte er seine Hauptarmee zum Abmarsch nach Böhmen in Bewegung. Zum Glück für die katholische Sache war jedoch dieser Entschluß kaum gefaßt,

als die Zwietracht zwischen Sachsen und Schweden auch schon seine Rücknahme ermöglichte. Beide Mächte hatten ihre Augen auf die eben begonnenen kaiserlich-sächsischen Friedensverhandlungen gerichtet: Schweden in der Absicht, sie dadurch zu durchkreuzen, daß gegen den Kaiser ein vernichtender Schlag geführt werde, Sachsen in der Absicht, sie zu fördern, indem man den Kaiser mürbe mache, nicht aber ihn vernichtend treffe. Die Folge war, daß Sachsen mit verdoppelter Entschiedenheit ein weiteres offensives Vorgehen in Böhmen bekämpfte, ja daß schon drei Tage nach der Ankunft der Armee vor Prag ein Rückzug angetreten werden mußte, der dann gegen Ende September zur völligen Räumung Böhmens führte.

So konnte die kaiserlich-bairische Armee am 8. August ihren Marsch die Donau aufwärts wieder antreten. Der Feind wich langsam bis auf Günzburg zurück. In seinem Angesichte erstürmten die Gegner am 16. August Donauwörth, den Platz, der bis dahin den in Franken stehenden schwedischen Streitkräften die Verbindung mit Augsburg sicherte, dann zogen sie zwei Tage später vor Nördlingen auf. Wie Regensburg als Schlüssel des bairischen, so galt Nördlingen als Schlüssel des schwäbischen Kreises. Um diesen Platz nun nicht ebenso ruhmlos preiszugeben, wie Regensburg, faßten die schwedischen Generale — Bernhard ungestüm drängend, Horn schweren Herzens nachgebend — den verzweifelten Entschluß, den Entsatz zu erzwingen, wenn nötig um den Preis einer Schlacht. Verzweifelt war dieser Entschluß, weil das Verhältnis der Streitkräfte sich seit dem Kampfe um Regensburg für ihre Gegner eher günstiger als ungünstiger gestaltet hatte. Wohl hatte die katholische Armee für Besatzungen und vor allem zur Verstärkung des in Böhmen gebildeten Heeres ansehnliche Truppenteile abgeben müssen, aber dafür hatte inzwischen jenes spanische, vom Infanten Ferdinand geführte Heer seinen Weg über das Wormser Joch zurückgelegt: am 3. September traf es zur Leistung der versprochenen Hülfe vor Nördlingen ein, etwa 15 000 im Gefecht verwendbare Streiter zählend, während die Kaiserlichen und Baiern nach ungefähren Schätzungen an die 24 000 Mann für die Schlacht zu stellen vermochten. Ihnen gegenüber hatten allerdings auch die schwedischen Generale Verstärkungen an sich gezogen, aber schwerlich konnten sie mehr als zwei Drittel der feindlichen Macht ins Feld führen und auch das nur unter Einrechnung von 5—6000 Mann württembergischen Landesaufgebots. Nur das kühnste Vertrauen auf die Ueberlegenheit der schwedischen Kampfweise konnte unter solchen Umständen den Mut zum Angriffe geben.

In den ersten Tagen des September kam die Entscheidung heran. Die schwedische Armee hatte damals ihre Stellung bei Bopfingen, zwei Wegstunden westlich von Nördlingen, genommen. Am Südrande des Thales des von Bopfingen nach Nördlingen laufenden Egerflüßchens ziehen sich Vorberge von mäßiger Höhe hin, deren letzte vorspringende Kuppe, der Altbuch, sich eine Stunde gerade südlich von Nördlingen erhebt und die Stellungen des katholischen Heeres, das zwischen ihm und seinen westlich anstoßenden Nachbarbergen einerseits und der belagerten Stadt anderseits stand, beherrschte. Gegen diese Höhen nun, die sie von Bopfingen aus in weitem Bogen südlich umgangen hatten, brachen am Nachmittag des 5. September die schwedischen Scharen von rückwärts plötzlich

vor. Die Katholischen waren durch die Umgehung überrascht, und wie sie nun zu spät ihre Kräfte sammelten, gelang es den Angreifern, sich in hitzigem Kampfe der Nachbarberge des Altbuchs zu bemächtigen, bis auf diese letzte, beherrschende Höhe selbst. Die Gewinnung oder Behauptung des Altbuchs wurde damit der eigentliche Kampfespreis zwischen beiden Heeren; um ihn entspann sich am folgenden Tag (6. September) die große Schlacht.

Gallas, der auf katholischer Seite die Leitung hatte, ließ den Berg in der Nacht mit Schanzen besetzen und häufte auf und um ihn eine Truppenmasse an, die schließlich auf acht Regimente zu Fuß und ebensoviel zu Pferde stieg und den gewaltigen Eckfeiler des linken Flügels der weiterhin an den Fuß der vom Feind besetzten Höhen herandrängenden Armee bildete. Gegen diese Flanke hatte Horn, als Kommandant des rechten Flügels, zum Angriffe einzuschwenken, während Bernhard, der den linken Flügel führte, ihm Seite und Rücken decken sollte. Und nun schienen sich die Scenen, die man vor zwei Jahren in Nürnberg erlebt hatte, zu wiederholen. In einem fünfständigen Ringen, in dem alle Waffen zur Verwendung kamen, setzte Horn die äußersten Kräfte daran, den Altbuch zu erstürmen; aber jeder seiner Stürme wurde von dem von oben und von den Seiten vordringenden Gegner abgeschlagen. Darüber wurde die Kraft der Angreifer schließlich gelähmt. Als es zehn Uhr morgens war, erkannte Horn, daß der Angriff mißlungen und nur noch ein geordneter Rückzug zu erkämpfen war. Zu dem Zweck suchte er seine Truppen zurückzunehmen und sich zunächst hinter Bernhards Streitkräfte zu schieben. Aber wie diese Bewegung begann, brach das Verderben über die schwedische Armee herein. Auch Bernhards Flügel hatte nämlich in den Kampf gegen den ihm gegenüberstehenden Feind eingegriffen, und auch er war durch die kräftige Zurückweisung seiner Angriffe ins Schwanken gebracht. Jetzt nun gingen die gegenüberstehenden Streitkräfte gerade auf dieser Seite zum Angriffe vor, und diesmal mit solcher Wucht, daß die Höhen erstürmt und die Regimente in den Grund, der sich zwischen den Vorbergen und den weiter rückwärts aufsteigenden Ausläufern der Schwäbischen Alb hinzieht, herabgestürzt wurden, d. h. in dieselbe Enge, in die sich Horns Scharen ergossen. Widerstandslos war damit die geschlagene Armee dem von allen Seiten nachstürmenden Feinde preisgegeben; nur noch ein Teil der Kavallerie vermochte zu entkommen; die Artillerie war verloren, die Infanterie wurde niedergemacht oder gefangen, Horn selber geriet in Gefangenschaft, in der er sieben Jahre lang dem Getriebe des Krieges entzogen blieb.

Nach so vielen Niederlagen und Verlusten hatten jetzt die Katholiken einmal wieder einen Sieg errungen, der dem von Breitenfeld ebenbürtig war, ebenbürtig vor allem in seinen kriegerischen sowohl, wie politischen Folgen. Betrachten wir zunächst die ersteren. Die kaiserlich-ligistische Armee hatte jetzt, wenn gleich das Heer des Infanten alsbald seinen eigenen Weg, der nach den Niederlanden führte, einschlug, das Uebergewicht in Oberdeutschland errungen —, allerdings nicht ohne auch jetzt noch mit einem gefährlichen Gegner rechnen zu müssen.

Herzog Bernhard hatte die Reste seiner Armee, die auf etwa 14 000 Mann

geschächt wurden, in das Gebiet zwischen dem unteren Lauf des Neckars und Mains und den beiderseitigen Rheinufern geführt. Hier wußte er sich zunächst unter kunstreichen Bewegungen zu halten, hier ging ihm aber auch, da hinter ihm seine Herrlichkeit im Herzogtum Franken in Trümmer sank, um so grimziger der Entschluß auf, seine Macht nunmehr auf die ihm treu gebliebene Armee zu gründen. Er wurde ein zweiter Mansfeld, nur verklärt durch einen Schimmer aufrichtigen protestantischen Glaubenseifers. Gleich jenem verstand er es, seine hungernden, überangestregten Soldaten an sich zu fesseln und Freunde wie Feinde durch Erpressungen und aus Not geduldete Räubereien in Schrecken zu halten; seinen jeweiligen Kriegsherrn wußte er durch ein bis zur Brutalität getriebenes Selbstbewußtsein zu imponieren und dabei niemals das Ziel seines Ehrgeizes, die Gewinnung eines neuen Fürstentums, aus dem Auge zu lassen.

Indes einstweilen konnte auch er es nicht hindern, daß sich während der nächsten Monate, bis zum Frühjahr 1635, die feindliche Armee Schritt für Schritt der meisten Positionen in Oberdeutschland bis zum Rhein, zum Neckar und zum mittleren und oberen Main bemächtigte. Das erste Ziel ihres Angriffs war das Herzogtum Württemberg. In den Zeiten des Restitutionsediktes war dieses Land neben der Reichsstadt Augsburg gleichsam als ein Versuchsfeld für die Leistungsfähigkeit der katholischen Restauration ausersehen. Dann wieder, unter dem Schutze Gustav Adolfs, waren alle katholischen Errungenschaften zerstört und das Herzogtum, in dem Herzog Eberhard im Jahr 1633 die selbständige Regierung aus den Händen der Vormundschaft übernahm, an das schwedische Bündnis gefesselt. Als jetzt Ferdinand III. heranzog, erfolgte die dritte Umwälzung: der junge Regent floh nach Straßburg, der Sieger zog am 20. September in Stuttgart ein, und Württemberg wurde unter die Verwaltung kaiserlicher Kommissarien gestellt, zu deren nächsten Aufgaben es gehörte, die kirchlichen Besitzverhältnisse auf den Fuß von 1629—30 zurückzuführen. Hiermit wurde eine Benützung des Sieges aufgestellt, bei der vor allem auch das benachbarte Augsburg nicht außer acht gelassen werden durfte. Allerdings zog sich der Widerstand dieser Stadt bis zum 13. März 1635 hin; da aber, in einer mit Gallas abgeschlossenen Kapitulation, mußte auch sie sich wieder allen im Jahr 1629 angebahnten kirchlichen und politischen Neuordnungen (S. 432 fg.) unterwerfen. Sie erhielt eine kaiserlich-bairische Besatzung, und kaiserliche Kommissarien, die sich einfanden, wußten in unbarmherziger Abrechnung mit der überwundenen Partei das von Gustav Adolf gegebene Beispiel noch zu überbieten.

Derselbe Grundsatz, den Sieg zum Sturz oder zur Demütigung der rebellischen Reichsstände und zu neuer Erhebung der katholischen Kirche zu benutzen, stand überhaupt über den Fortschritten der katholischen Waffen, vor allem auch als sie die Gebiete des Markgrafen Friedrich von Baden-Durlach und der in der Kurpfalz waltenden Regentschaft erreichten. Ersterer hatte sein schwedisches Bündnis dazu benützt, daß er bei der neuen Flut von Schenkungen, die Drenskierna ausgoß (S. 556), die Lande seiner katholischen Bettern in Baden-Baden, die der Kaiser einst seinem Vater abgesprochen hatte (S. 190), ja noch weiter die österreichischen Lande im Breisgau und in der Ortenau sich zuwenden

ließ. Zur Vergeltung dafür wurde ihm nun das Schicksal Eberhards bereitet: seine Lande wurden kaiserlichem Sequester unterstellt, und auch er mußte seine Zuflucht in der gastlichen Stadt Straßburg suchen. In der Rheinpfalz war es vor allem das bairische Interesse, das den Sturz der dortigen, die Rechte der Kinder Friedrichs V. vertretenden Regentschaft erforderte. Aber leicht wurde hier den kaiserlich-ligistischen Truppen ihre Aufgabe nicht gemacht. Denn nicht nur Herzog Bernhard, auch die französische Armee, die unter La Force in der Gegend von Metz auf der Wacht stand, sah in der Pfalz ein Gebiet, das nicht preisgegeben werden durfte. Letztere rückte im Monat Oktober in die linksrheinische Pfalz, Ende Dezember sogar zum Entsatz Heidelbergs in das rechtsrheinische Gebiet ein, um dann freilich im Februar 1635 aufs linke Ufer und endlich im April ins Lothringische zurückzugehen. So gewannen die katholischen Truppen zunächst nur in der rechtsrheinischen Pfalz festen Fuß, und auch hier dauerte es bis zum 27. Juli 1635, ehe Heidelberg ihnen zufiel, während Mannheim und das linksrheinische Frankenthal sich noch bis in den Oktober hinein behaupteten.

Das Ergebnis dieser und ähnlicher hier nicht weiter zu verfolgender Kämpfe war, daß die katholischen Streitkräfte in der Unterwerfung wenigstens des rechtsrheinischen Süddeutschlands ihrem Ziel immer näher kamen. Gleichzeitig aber kündete sich ein noch schwererer Schlag für die schwedisch-protestantische Sache an: die Auflösung des Heilbronner Bundes. Eine Tagsatzung desselben hatte Drenstierna zu Frankfurt am 7. April eröffnet, die dann unter mehrfachen und langen Unterbrechungen ihren Schluß erst am 13. September, unter dem Eindruck der Nördlinger Katastrophe, fand. Daß hier für das Jahr 1634 eine neue, nur etwas niedriger als für das Jahr 1633 bemessene Beisteuer bewilligt wurde, daß dabei das ganze Register der gewöhnlichen Klagen — Drenstiernas über die maßlosen Rückstände, der Verbündeten über die Mißhandlung ihrer Lande durch die Soldaten und ihre Führer — wieder aufgezogen wurde, war nichts Besonderes; aber eine große Bedeutung gewann die Versammlung dadurch, daß Drenstierna den Plan verfolgte, den unvollkommenen Heilbronner Bund zu einem leistungsfähigen protestantischen Bündnisse zu erweitern. Zu diesem Zwecke hatte er alle übrigen protestantischen Stände — die in Westfalen gesessenen und die Stände des ober- und niedersächsischen Kreises — zur Teilnahme eingeladen, und alles hing nun davon ab, ob die beiden Kurfürsten, voran der sächsische, bereit waren, der Einladung zu entsprechen. Allein gerade des letzteren Entscheidung war in Wahrheit schon durch seine Annäherung an den Kaiser getroffen, und jeder neue Vorgang im Kriege war nur geeignet, seine Abneigung gegen die Schweden zu verstärken. So schickte er denn allerdings Gesandte nach Frankfurt, aber nur um sich mit einer Schärfe, die ganz wieder an die Zeiten vor Gustav Adolf erinnerte, gegen die Sonderbündnisse der Reichsstände im allgemeinen und ihre Bündnisse mit fremden Mächten im besonderen zu erklären und die Konzentration aller Kräfte auf den Abschluß eines maßvoll gehaltenen Friedens als die dringendste Aufgabe zu bezeichnen. Ungleich entgegenkommender erschien freilich fürs erste die Gesinnung des Kurfürsten von Brandenburg, sowohl nach den Erklärungen, die er schon im vorigen Jahr gegeben hatte, als

nach der im laufenden Jahr bewilligten Unterstellung seiner Truppen unter Banérs Oberbefehl; indes gerade dieser Kurfürst sollte es sein, der den eigentlichen Grund des Scheiterns in die Verhandlungen hineintrug. Ihm nämlich schien jetzt die Zeit gekommen zu sein, um endlich über die pommerische Frage zur Klarheit zu kommen, und so stellte er zuerst durch eine im November 1633 an die schwedischen Regenten geschickte Gesandtschaft, dann durch seine nach Frankfurt abgeordneten Vertreter die Anerkennung und Sicherung seines pommerischen Successionsrechtes als Preis seines Anschlusses an Schweden auf.

Dieses Vorgehen der beiden Kurfürsten wirkte entscheidend auf diejenige Gruppe ein, deren Gewinnung nächst ihnen am wichtigsten war, nämlich die niedersächsischen Stände, unter denen das Haus der Welfen den Ausschlag gab. Im Februar hatten diese bei einem Kreistag zu Halberstadt die Umwandlung der von Herzog Georg geführten Streitkräfte in eine vom Kreis unterhaltene, in erster Linie für den Schutz des Kreises, in zweiter Linie, soweit der engere Zweck es gestattete, aber auch für größere Unternehmungen zu verwendende Armee beschlossen, dann sich bereit erklärt, auf Grundlage dieses Beschlusses ein Bündnis einzugehen, und zwar zunächst mit dem obersächsischen Kreise, hierauf mit ihm zusammen mit dem Heilbronner Bund. Zur Verhandlung über die Ausführung dieser Erklärung beschieden sie nicht nur den Frankfurter Tag, sondern traten zugleich mit Brandenburg ins Einvernehmen. Aber dabei geschah es, daß sie vom letzteren für seine Auffassung der pommerischen Frage gewonnen wurden, und dies um so leichter, da sie selber durch die Vergrößerungsabsichten Schwedens, die sich weiterhin auf Wismar und das Stift Bremen richteten, erregt waren. In Frankfurt traten demgemäß Brandenburg und die Niedersachsen, ausgehend von der in der Heilbronner Bundesakte niedergelegten Verpflichtung zum Eintreten für Schwedens „Satisfaktion“ (S. 551), mit der Forderung hervor, daß vor ihrem Eintritt in den Bund eine Verständigung über Inhalt und Umfang dieser Satisfaktion erfolgen müsse, und daß dabei wohl Landabtretungen, aber nur aus dem Bestand der den Katholiken entrisenen und fern von der Ost- und Nordseeküste gelegenen Gebiete zu bewilligen seien. Damit geriet Orenstierna in eine Lage, welche die ganze Unabhängigkeit und Kühnheit seiner Willensentscheidung forderte. Aus den Weisungen, die er von seiner Regierung im Laufe des Jahres 1634 empfing, konnte er nur ersehen, daß sie die Begründung schwedischer Herrschaft in Pommern, in Wismar, im Stift Bremen ersehnte, daß sie aber zugleich vor dem offenen Bruch mit den protestantischen Reichsständen zurückschrak und nun angesichts dieser Gefahr über die Frage, was und wieviel, ja ob im äußersten Falle nur Geld mit Einräumung eines Teils der ersehnten Lande als Hypothek, oder auch gar nichts, als ein Bündnis mit den deutschen Protestanten, unter elastischem Vorbehalt aller weiteren Ansprüche herauszuschlagen sei, die letzte Entscheidung dem Kanzler zuschob. Sie war dabei um so ängstlicher, da der Waffenstillstand mit Polen am 11. Juli 1635 ablief, und der Neuausbruch des Krieges nicht gerade wahrscheinlich, aber doch möglich war.

Orenstierna nun traf die Entscheidung, indem er die Landabtretungen, die er forderte, zwar nicht erschöpfend und unzweideutig angab, aber um so unzwei-

deutiger den ihm angebotenen Verzicht auf Pommern zurückwies. Da war denn die unvermeidliche Folge: Rücktritt Brandenburgs und der Niedersachsen von der Bundesverhandlung und verschärfte Mißstimmung unter den deutschen Protestanten über den Eigennutz des schwedischen Verbündeten. Mit besonderer Schärfe wandte dieser Unwille sich gegen den allmächtigen Reichskanzler. Denn jenen gebieterischen und drohenden Ton, den einst Gustav Adolf gegen die deutschen Fürsten angeschlagen hatte, glaubte unter den gegenwärtigen Auseinandersetzungen auch Orenstierna sich erlauben zu dürfen, und jene Beutegier, mit der seine Landsleute über deutsche Gebiete herfielen, schien auch ihn zu erfüllen; hatte er doch, wie aus französischen Kreisen verlautete, für sich keinen geringeren Anteil als das Kurfürstentum Mainz ausersehen, an dessen Ergreifung er nur, wie es weiter hieß, durch die Eifersucht Frankreichs gehindert werde.

Was aber sollten nun, angesichts dieses Fehlschlags, die im Heilbronner Bunde bereits eingefangenen Reichsstände thun? Es bedurfte nicht erst der Nördlinger Katastrophe, um ihnen klar zu machen, daß sie gegen die katholischen Streitkräfte nicht aufzukommen vermochten, und daß sie von Schweden nur Forderungen, nicht aber Zuschüsse an Truppen und Geld zu gewärtigen hatten. Da sahen sie sich denn vor die Wahl gestellt, entweder den Lockungen Sachsens zum Ausgleich mit dem Kaiser zu folgen, oder die starke Hand einer anderen Macht zu ergreifen, die sich ihnen entgegenstreckte —, nämlich Frankreichs. Eine Bindung zu Gunsten Frankreichs war es nun schon gewesen, als am 15. September 1633 die verbündeten Stände der vier Kreise den ihnen offen gelassenen Eintritt in das französisch-schwedische Bündnis (S. 553) wirklich beschlossen, allerdings eine Bindung von geringer praktischer Bedeutung, da sie im wesentlichen hier nur als ein passives Anhängsel erschienen. Aber eine Annäherung viel wirksamerer Art brachte jetzt das Jahr 1634, da Frankreich die Gelegenheit zu neuen Schlägen aus dem Hinterhalt ergriff. Eine erste derartige Gelegenheit bot sich gleich in den ersten Tagen des Jahres, als der Rheingraf Otto Ludwig die protestantischen Truppen im Elsaß zu neuen Erfolgen führte. Er brachte damals den bischöflich-straßburgischen Statthalter, den Grafen Salm, in solche Not, daß derselbe am 28. Januar die Städte Hagenau und Zabern, um sie wenigstens nicht den protestantischen Schweden preiszugeben, für die Zeit bis zum Friedensschluß dem Schutz der in der Nachbarschaft stehenden französischen Armee unterstellte, von der sie denn auch alsbald mit Besatzungen versehen wurden. Dies war der Anfang der Festsetzung Frankreichs im Elsaß. Drei Tage später erschien in Breisach bei dem dort stehenden Feldmarschall Schauenberg mit einem kleinen Truppencorps der Herzog Karl von Lothringen. Er hatte sich den Schlingen des jüngsten französischen Vertrags zu entwinden vermeint, indem er sein Land durch einen Scheinvertrag seinem Bruder Franz abtrat (19. Januar) und sich selber wieder, als General des Kaisers, in den Krieg stürzte. Die Antwort, die Richelieu darauf erteilte, war, daß er nunmehr die volle Unterwerfung Lothringens in Angriff nahm: durch gerichtliches Urteil wurden dem Herzog die französischen Lehensstücke wegen Majestätsverbrechens aberkannt (September), durch die bei Metz auf der Wacht stehende Armee des Marschalls La Force wurden alle Teile des Landes besetzt, endlich das ganze

Herzogtum französischer Verwaltung und einem in Nancy niedergesetzten französischen obersten Gerichtshof unterstellt (Oktober). Triumphierend schrieb Richelieu schon nach einigen Jahren die Worte nieder: die Lothringer begannen den König als den Herrscher anzusehen, unter dessen Obrigkeit sie leben und sterben sollten. Einstweilen übersah er dabei freilich die Stärke des Widerstandes, den das lothringische Herrscherhaus der französischen Eroberung noch entgegenzusetzen vermochte. Vor allem der gestürzte Herzog Karl betrat jetzt erst recht die Bahn, auf welcher im anderen Lager der Herzog Bernhard wandelte: sein Reich war fortan die Armee, die er zusammenzuhalten verstand, mit der er den Kampf gegen Frankreich unermüdtlich und allgegenwärtig fortsetzte, bald im Dienste des Kaisers, bald unter dem Kurfürsten von Baiern oder dem König von Spanien einen Rückhalt findend, immer ein Schrecken für die Lande, in denen seine wilden Scharen Quartier nahmen. Aber, wie gesagt, über diese Gefahr durfte Richelieu einstweilen hinwegsehen; von dem Boden, den er gewonnen hatte, machte er sich vielmehr sofort bereit, einen neuen Anlaß zur Vorschübung der französischen Streitkräfte ins Reich zu ergreifen.

Diesen Anlaß bot ihm der frühere Vertrag mit dem Kurfürsten von Trier (S. 521), kraft dessen unter anderem auch Philippsburg einer französischen Besatzung eingeräumt werden sollte. Noch lagen nun die protestantischen Streitkräfte vor dieser Stadt und warteten auf ihre Ergebung (S. 566, 571), als Richelieu seine Ansprüche auf die Einräumung derselben beim Heilbronner Bund anmeldete. Drenstierna zog die Sache zunächst hin; aber wie unter den wachsenden Bedrängnissen der Verbündeten das französische Ansinnen in aller Form dem Frankfurter Bundestag vorgetragen wurde, da setzten gegen den Widerspruch der Städte Drenstierna und die verbündeten Fürsten am 26. August einen Vertrag durch, kraft dessen Philippsburg bis zum Abschluß eines allgemeinen, Frankreich einschließenden Friedens in französische Verwahrung gegeben wurde. Was die Verbündeten zu diesem Abkommen bestimmte, das war die vom französischen Gesandten eröffnete Aussicht nicht nur auf wirksame Truppenhilfe, sondern auch auf den offenen Eintritt Frankreichs in den Krieg, der sich dann vonseiten Frankreichs gegen Spanien und den Kaiser zugleich kehren mußte. Und in dieser Richtung wurde denn auch ein weiterer, der am tiefsten greifende Beschluß der Versammlung gefaßt, daß nämlich eine Gesandtschaft nach Frankreich abgehen sollte, um über den gemeinsamen Krieg und die hierbei auf beide Teile fallenden Leistungen und Gewinne einen Vertrag zu vereinbaren.

In der That konnte jetzt die Stunde für Frankreichs offene Waffenerhebung nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Aber je näher sie kam, um so unerbittlicher stellte sich Richelieus Rechnung über den Preis, den seine Verbündeten zahlen sollten. Den nach Schluß des Frankfurter Bundestages ankommenden Gesandten erklärte er die Absicht, durch Aussendung eines Armeecorps aufs rechte Rheinufer zur Offensive gegen die kaiserlich-ligistischen Streitkräfte überzugehen: allein ob und wann die französische Regierung diese Absicht verwirklichte, blieb ihrer freien Entscheidung vorbehalten; schon daraufhin sollten jedoch die Verbündeten eine Reihe überschwerer Bedingungen bewilligen, unter

anderem die Einräumung der schon eroberten Elsäßer Plätze und der noch zu erobernden Festung Breisach nebst einigen weiteren rheinaufwärts sich anschließenden Plätzen bis Konstanz. So sehr nun die Gesandten sich auch sträubten, der Kardinal verstand es, so kräftig auf sie einzuwirken, daß sie schließlich am 1. November 1634 den Vertrag, wie er ihn verlangte, eingingen. Als vertragsschließende Parteien erschienen Frankreich, Schweden und die deutschen Verbündeten, zu denen man noch die beiden sächsischen Kreise hinzuzuziehen gedachte. Der frühere französisch-schwedische Vertrag vom 19. April 1633 (S. 553) sollte durch dieses neue Abkommen aufgehoben werden, es sollten auch, solange Frankreich die Offensive verschob, die kraft des älteren Vertrags an Schweden allein zu zahlenden Hülfsgelder fortan an beide mit Frankreich verbündeten Parteien entrichtet werden.

Offenbar der Gedanke, der Richelieu leitete, war der alte Wunsch (S. 553), der schwedischen Vorherrschaft unter den deutschen Fürsten die französische zur Seite zu setzen, und die schwedischen Festsetzungen im Rheingebiet durch französische Besitzergreifung einzuschränken. Darum erhob sich aber auch sofort ein Streit um die Ratifikation des Vertrags. Bei einem neuen in Worms gehaltenen Bundestag (Dezember 1634) wurde sie von Drenstierna im Namen Schwedens verweigert und nur von den deutschen Grafen und Fürsten, unter denen aber Ansbach und Culmbach durch die siegreiche katholische Armee schon von dem Bunde abgesprengt waren, und nur der Landgraf Wilhelm von Hessen noch über eine kleine Armee gebot, bewilligt, während die Städte sich ebenfalls zurückhielten. Sehr begreiflich, daß bei solcher Haltung der Verbündeten Frankreich den offenen Eintritt in den Krieg noch einmal vertagte.

Allein lange konnte dieser Aufschub um so weniger währen, da die französischen Uebergriffe im kleinen auch jetzt wieder fortgingen. Da sah sich im Oberelsaß der Rheingraf Otto Ludwig in den von den Schweden besetzten Plätzen nach der Nördlinger Niederlage von überlegenen katholischen Streitkräften umstellt und angegriffen. Rettung konnte ihm nur die französische Armee unter La Force bringen. Der aber zögerte auf des Rheingrafen Hülfserufe, bis auf dessen Veranlassung der schwedische Resident im Elsaß, Reinhard Model, am 9. Oktober 1634 mit dem französischen Gesandten De l'Isle einen Vertrag unterzeichnete, kraft dessen außer Bensfelden sämtliche von den Schweden besetzten Festungen im oberen und einige benachbarte Plätze im unteren Elsaß, darunter die Reichsstädte Colmar, Schlettstadt, Oberehnheim, Münster, Kaisersberg und Türkheim, in Frankreichs Verwahrung bis zum künftigen Frieden gegeben wurden. Hierauf vollzog Frankreich die Besetzung und damit seine zweite Festsetzung im Elsaß. Aber auch das war nicht genug. Für seine eigene Person verfolgte damals Richelieu den ungeheuerlichen Plan, dem Trierer Kurfürsten Philipp von Sötern die Ernennung zum Koadjutor im Erzbistum Trier und im Bistum Speier abzapfen, und so weit brachte er es in der That, daß der Kurfürst im März 1634 ihm in Trier die Dompropstei übertrug und in Speier im September ihn als Koadjutor proklamieren ließ. Allerdings, abgesehen von dem Widerstand des Kaisers, verweigerte diesmal auch Papst Urban VIII. seine Genehmigung; aber Richelieu war gewohnt, Widerstände zu brechen, und wußte

ein Hohn auf die Unabhängigkeit des Reiches war es, wenn der Cardinal einen Platz unter den deutschen Kurfürsten wirklich gewann!

Das also war die Lage in der Westhälfte von Deutschland: der Heilbronner Bund im Krieg mit dem Kaiser beharrend, aber zugleich in sich zerfallend, die schwedische Kriegsmacht in Gefahr, den festen Boden und die Mittel des Unterhalts in Deutschland zu verlieren, und doch an den Eroberungsabsichten unerbittlich festhaltend, Frankreich in die Grenzen des Reichs Bresche auf Bresche legend und stark genug, um, wenn es in den Krieg eintrat, auch alle Bundesgenossen seinen Zwecken dienstbar zu machen. Diese Verhältnisse im Auge behaltend, müssen wir nunmehr jene Friedenskonferenzen verfolgen, in welche Kurfürsten mit dem Kaiser zu Leitmeritz im Juni 1634 eingetreten war (S. 578), und die im folgenden Monat, da Nordböhmen von schwedischen und sächsischen Truppen überschwenmt ward, nach Pirna verlegt wurden.

Die Absicht Johann Georgs war ursprünglich nicht auf einen Separatfrieden gegangen, sondern auf eine vorläufige Verständigung, durch welche die noch immer erhoffte Vermittelung Dänemarks und vollends die weitere Verhandlung mit Schweden und den protestantischen Reichsständen nicht überflüssig gemacht werden sollte. Aber sehr bald traten dagegen die kaiserlichen Unterhändler mit dem Vorschlag nicht nur eines Separatfriedens, sondern auch einer Verbindung hervor, mittelst deren die Schweden und Reichsstände zur Annahme des Friedens genötigt werden sollten. Und die Nördlinger Niederlage, dann die bezeichnete Gestaltung der kriegerischen und politischen Verhältnisse, daneben auch der Einfluß des Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt, der im Herbst des Jahres herbeieilte, um die Sache des Friedens zu fördern, zogen den sächsischen Kurfürsten auf diesen Standpunkt hinüber. So kam denn am 24. November 1634 zu Pirna ein von den beiderseitigen Gesandten unterzeichneter Präliminarvertrag zu stande.

Entscheidend für das Gelingen der Verhandlungen war es, daß sich der Kaiser jetzt bereitwilliger zu Konzessionen zeigte als im Jahr vorher (S. 561), allerdings mit großen Abstufungen, je nach der Verschiedenheit der zu regelnden Fragen. Weit und rasch kam er vor allem den kursächsischen Sonderinteressen entgegen. Wie früher dem bairischen, so gewährte er jetzt dem sächsischen Kurfürsten eine territoriale Vergrößerung, indem er ihm die bisher als Pfand eingeräumten Lausitzen — die Schuldbforderung war nach sächsischer Rechnung auf rund 6400000 Reichsthaler gestiegen — endgültig abtrat, als Lehen der böhmischen Krone, vererblich im Mannesstamm Johann Georgs, mit subsidiärem Erbrecht der Altenburger Linie und weiterhin der Töchter des Kurfürsten und ihrer männlichen Nachkommen. Hinzugesügt wurde dann noch die Abtretung von vier Aemtern des Erzstiftes Magdeburg, und das Zugeständnis, daß dieses Erzbistum selber dem sächsischen Prinzen August mit Rücksicht auf den darauf erworbenen Anspruch (S. 423) auf Lebenszeit überlassen bleiben solle.

Von dieser Befriedigung des sächsischen Interesses kam man dann zu der allgemeinen Frage, wie weit die von den kämpfenden Parteien aus Anlaß des Krieges gewonnenen Gebiete und Einkünfte behauptet oder zurückgegeben, wie weit die im Krieg verübten Feindseligkeiten und Empörungen vergeben oder zur

Strafe gezogen werden sollten. Hier nun entschloß sich der Kaiser zu einer weiteren Einräumung, die sich fortan als unverrückbares Fundament der ferneren Friedensstiftung zwischen den Reichsgliedern bewährte: sie war befaßt in den Worten Restitution und Amnestie, besagte also gegenseitige, d. h. zwischen den Ständen des Reichs untereinander und dem Kaiser gegenüber eintretende Rückgabe des Entzogenen und Verzicht auf die Ahndung verübter Feindseligkeiten. Aber diese Einräumung, so folgenschwer sie kraft des ihr zu Grunde liegenden Prinzips war, so eng wurde sie doch zunächst durch die Einzelbestimmungen umgrenzt. Gleich die erste derselben besagte, daß Restitution und Amnestie allein für das seit der Landung Gustav Adolfs Vorgegangene gelten sollte, womit also vor allem die beiden schwersten Territorialstreitigkeiten im Innern des Reichs, die pfälzische und hessische, ausgeschlossen waren. Nur das war hinsichtlich der ersteren zugegeben, daß sie neuer gütlicher Verhandlung auf einer baldigen Tagsatzung unterstellt werden sollte. — Weiter folgten dann andere Einzelbestimmungen, die zum Teil allerdings eine Erweiterung, zum anderen Teil aber wieder eine Beschränkung des Gewährten enthielten. Halb Erweiterung, halb Beschränkung war es, wenn der doppelte Verlust, den kurz vor Gustav Adolfs Ankunft das Braunschweig-Wolfenbütteler Land durch die Abtretungen an Tilly und die Herausgabe des seit hundert Jahren besessenen Teils von Hildesheim (S. 421) erlitten, dann mit Gustav Adolfs Hilfe wieder eingebracht hatte (S. 509), nun auch rechtlich aufgehoben wurde, aber dabei doch wieder der Vorbehalt folgte, daß die Entscheidung des Hildesheimer Streits einem neuen gütlichen und in höherer Instanz rechtlichen Verfahren unterstellt, und daß an Tillys Erben die Schuldsomme von 400 000 Thalern in acht Jahresraten ausgezahlt werden sollte. — In ähnlicher Weise wurden auch andere Restitutionsbeschränkungen. Aber alle derartigen Differenzen traten weit zurück vor den Schwierigkeiten, die mit den auf Kirchengut und Religionsfreiheit bezüglichen Restitutionsverhandlungen verbunden waren.

Daß diese Fragen von den weltlichen Streithändeln geschieden und in besonderen Artikeln erledigt werden mußten, nahm man von vornherein als selbstverständlich an; ein bedeutsamer Unterschied war es aber, daß Sachsen auch an sie, getrennt von seinen Glaubensgenossen, herantrat, der Kaiser dagegen von Anfang an einen doppelten Rückhalt suchte: bei seinen Theologen, in deren Gutachten er in gewohnter Weise die Erleuchtung seines Gewissens fand, bei den katholischen Kurfürsten von Mainz, Köln und Baiern, die er bereits im Juli über die von Sachsen gemachten Vorschläge zu Rate zog. So verschieden nun auch jetzt und in den folgenden Jahren bis zum Schluß des Westfälischen Friedens diese katholischen Ratschläge ausfielen, der Grundsatz von dem Recht der katholischen Kirche auf die Alleinherrschaft und von der Pflicht der christlichen Staatsregierung, dieses Recht den Ketzern gegenüber mit ihrer Zwangsgewalt durchzuführen, war trotz aller Fehlschläge des fürchterlichen Religionskrieges nicht erschüttert, sondern noch härter den Gemütern eingepreßt. Den Protestanten Religionsfreiheit einzuräumen, ihnen ihren Teil an den kirchlichen Anstalten und Gütern zu überlassen, erschien allen als Zulassung schwerer Frevel, die allein durch den sonst zu gewärtigenden Einbruch noch

größeren Unheils für Kirche und Religion gerechtfertigt werden könne. Nur darüber konnte also zwischen ihnen gestritten werden, ob die Notlage, welche jene Zulassung entschuldigen sollte, wirklich vorhanden sei, und wie weit die Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Widersacher gehen dürfe.

Nun waren aber die ersten Forderungen, mit denen Sachsen in die Verhandlungen eintrat, über die Maßen hoch: nicht nur die Herstellung des Besitzstandes von 1612, auch der freie Uebertritt der geistlichen Fürsten, also die Beseitigung des geistlichen Vorbehaltes, wurde verlangt. In der Zurückweisung solcher Extreme waren die katholischen Ratgeber des Kaisers einig; wie man aber von da herabging zu dem, was geboten werden könne, begann der Streit zwischen den Unnachgiebigen und den Nachgiebigen. Unter den Theologen Ferdinands waren diese Gegensätze vor allem durch zwei mächtige Beichtväter vertreten: Lamormain, der des Kaisers Gewissen lenkte und, wie es scheint, lieber Einräumungen an Frankreich, als an die Kexer sehen wollte, that es allen in der Bekämpfung des Ausgleichs mit Sachsen zuvor, der Kapuziner Quiroga dagegen, welcher der Gemahlin Ferdinands III. als Beichtvater diente und sicherlich auch die Bestrebungen der spanischen Regierung, die Kräfte des Reichs durch einen Ausgleich mit den Protestanten gegen Frankreich zu einigen, unterstützte, faßte seinen Rat in die Worte: der Kaiser sei zu Zugeständnissen an die sächsischen Forderungen nicht nur berechtigt, sondern unter einer Todsünde verpflichtet.

Ähnliche, wenn auch nicht so scharfe Gegensätze wiederholten sich im Kreise der befragten drei Kurfürsten. Hier war der Unnachgiebige der Kurfürst Ferdinand von Köln, der sich freilich auch wieder, als Bischof von Hildesheim, durch die vorher erwähnte, auf dieses Stift bezügliche Bedingung gereizt fühlte. Er verständigte sich mit seinem Mainzer Kollegen, dem Erzbischof Anselm Kasimir, über ein am 2. Oktober ausgefertigtes, auch von einigen anderen geistlichen Fürsten gebilligtes Gutachten, in dem sie zu dem Einwand, daß solche Dinge vor einen Reichstag gehörten, die noch viel empfindlichere Berufung auf die nötige Zustimmung des Papstes hinzufügten. Vorsorglich hatten sie auch schon in Rom angefragt und konnten als Bescheid des Papstes mitteilen, daß sie zu irgendwelchen Einräumungen an die Protestanten weder befugt seien, noch vom Papst ermächtigt werden würden. — Aus dem Gutachten sprach die durch den Nördlinger Sieg geschwellte Zuversicht der geistlichen Herren, ein Gefühl, in dem auch einige Monate später (10. Mai 1635) der Bischof von Würzburg mit dem Antrag an den Kaiser herantrat, ihm die Uebung seiner geistlichen Jurisdiktion in der Markgraffschaft Ansbach wieder zu ermöglichen, da die im Religionsfrieden verfügte Suspension derselben „mit dem Schwerte durchschnitten“ sei.

Aber eben in dieser Beurteilung der Sachlage, in der Frage also, ob es möglich sei, durch fortgesetzten Kampf die Macht der deutschen Protestanten zu brechen, bekannnten diejenigen, welche die Hauptlast des Kampfes trugen, die entgegengesetzte Ansicht: in erster Linie der Kaiser, in zweiter der Kurfürst Maximilian von Baiern. Allerdings mit dessen Gutachten hatte es noch gute Weile. Getreu seiner alten Maxime, sich bedenklicher Verantwortung zu entziehen, gab

er einstweilen nur halbe Aussprüche von sich: der Kaiser, meinte er, möge vorläufig mit Sachsen einen Entwurf vereinbaren, über den dann „in allgemeiner Handlung dem Reichsstilo gemäß“ zu beschließen sei; die geistlichen Stände möchten inzwischen in der Wahrung der sie „am nächsten“ angehenden Interessen den Vortritt nehmen.

Offen sah sich somit der Kaiser nur von zwei Seiten unterstützt, von dem spanischen Gesandten und von den zum Nachgeben ratenden Theologen. Aber daraufhin wagte er's, in den Verhandlungen über die geistlichen Güter, die reichsunmittelbaren wie die mittelbaren, mit einem für alle ferneren derartigen Verhandlungen maßgebenden Zugeständnis vorzugehen: es war die in den letzten fünf Jahren, ja bereits im Jahr 1613, wiederholt angeregte, aber niemals vom Kaiser und den katholischen Ständen angenommene Auskunft, daß das Recht der Reichsstände an jene Güter und Anstalten nach dem Besitzstand eines bestimmten Zeitpunktes festzusetzen sei, und zwar eines Zeitpunktes, der vor die durch das Restitutionsedikt bewirkten Verschiebungen falle. Zunächst hatte er freilich bei Aufstellung dieses Vorschlags wieder einen Ansturm der unnachgiebigen Katholiken auszuhalten. Ihr Widerspruch richtete sich einerseits gegen die Befugnis der Staatsgewalt, solche Zugeständnisse ohne päpstliche Erlaubnis zu machen, andererseits gegen die unbegrenzte Dauer derselben; denn wie könne eine Einräumung, die nur durch die Not einer dem Wechsel unterworfenen Zeitlage entschuldigt werde, eben diesem Wechsel der Zeit entrückt werden! Dieser letztere Einwand hatte schon bei Aufrichtung des Religionsfriedens solchen Eindruck gemacht, daß man ihm wenigstens zum Scheine Rechnung trug, indem man, als Grenze aller Satzungen des Friedens, eine freiwillige Wiedervereinigung der Bekenntnisse aufstellte. In noch viel ausgiebigerer Weise gab auch jetzt der Kaiser ihm statt, indem das den Protestanten zugestandene Besitzrecht auf vierzig Jahre eingeschränkt wurde; während dieser Frist sollte eine paritätische Stände-*deputation* einen definitiven Ausgleich versuchen; wenn dann der Versuch mißlang, so mochten die Parteien nach den vierzig Jahren die nun wieder auflebenden rechtlichen Ansprüche, doch nur unter Achtung des dermaligen Besitzstandes, verfolgen.

Nunmehr handelte es sich um die Bestimmung des Normaljahrs. Hier errang der Kaiser einen neuen Sieg, indem er den Termin vom Jahr 1612 oder 1618 auf den 12. November 1627 hinabrückte. Als ein weiterer Vorteil für die Katholiken kam dann hinzu die sorgfältig abgewogene Fassung der Sätze über die Rückgabe der den Protestanten entzogenen reichsunmittelbaren Güter, d. h. vor allem der norddeutschen Bistümer. Sie sollten an diejenigen Reichsstände erfolgen, die bis November 1627 in ihrem Besitz gewesen waren. Keine Schwierigkeiten machten in dieser Beziehung die kursächsischen, weiter die jenseits der Elbe gelegenen Bistümer, weil sich hier trotz des Restitutionsediktes die protestantischen Inhaber oder deren Nachfolger behauptet hatten; auch das zeitweilig an Wallenstein preisgegebene Bistum Schwerin (S. 382) war längst wieder an seinen früheren Besitzer und von diesem neuerdings an den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg im Namen seines unmündigen Sohnes gekommen, und über Magdeburg war die erwähnte besondere Abrede getroffen.

Allein zwischen Elbe und Weser stand es anders. Im Bistum Minden war kein im Jahr 1627 im Besitz gewesener Administrator vorhanden; denn der Besitzer aus jener Zeit, der Herzog Christian von Lüneburg, war im November 1633 gestorben, ebenso war in Bremen der frühere Administrator, Herzog Johann Friedrich aus dem Hause Holstein, im September 1634 verschieden, und wenn hier der dänische Prinz Friedrich, kraft seiner Roadjutorie (S. 124) die Nachfolge antrat, bald auch das früher von ihm besessene Verden (S. 239) aus der Hand der schwedischen Eroberer empfing, so stand diesem Vorgehen doch im Weg, daß der Lübecker Friede das Anrecht des Dänen auf Bremen sowohl, wie auf Verden aufgehoben hatte (S. 407, 413, 513). Halberstadt vollends war im Sinne des Kaisers schon im Jahr 1623 durch den Rücktritt Christians von Braunschweig herrenlos geworden (S. 299). Wer waren nun die rechtmäßigen Besitzer dieser Stifter. Ausdrücklich bestimmte der Prager Friede nur, daß, wie Magdeburg dem sächsischen Prinzen August, so Halberstadt dem Erzherzog Leopold Wilhelm bleiben, ferner, daß im Innern sämtlicher von dem Normaljahr betroffener Stifter „in geistlichen und weltlichen Sachen“ der Stand vom 12. November 1627 erhalten werden, und den Kapiteln freie Wahl, auch zu Gunsten katholischer Kandidaten, zustehen sollte. Nach der Auffassung der Kaiserlichen war aber hiermit teils ausdrücklich, teils stillschweigend das Recht der katholischen Bischöfe, welche in all jenen vier Bistümern in den Jahren 1628—1630 an die Stelle der protestantischen Inhaber ernannt waren (S. 423, 428), nämlich des Erzherzogs Leopold Wilhelm in Bremen und Halberstadt, des bairischen Prinzen Franz Wilhelm in Verden und Minden, anerkannt, mochten die Stifter sich auch mit Ausnahme von Halberstadt zur Zeit in der Gewalt der Protestanten befinden.

Nimmt man nun noch hinzu, daß für die protestantischen Bistumsadministratoren die so schwer empfundene Suspension ihres Sitzes an Reichs- und Deputationstagen bestätigt wurde, daß dann weitere Sonderbestimmungen die Reichsritter und die Reichsstädte von den Vorteilen des Normaljahres ausschlossen und sie auf den Religionsfrieden verwiesen, daneben auch die vom Kaiser mit einzelnen Städten, vor allem mit Augsburg, getroffenen besonderen Abmachungen aufrecht gehalten wurden, ja daß eine unergründliche Klausel von den nach dem Normaltermin zu restituierenden Gütern und Anstalten doch wieder die im ordentlichen Streitverfahren vom Kammergericht oder Reichshofrat ab-erkannten ausschloß, so ist unverkennbar, daß der Kaiser mit dem Normaljahr zwar ein weitreichendes Prinzip aufstellte, dasselbe aber zugleich zum Vorteil der Katholiken aufs stärkste einschränkte. Bei solcher Haltung Ferdinands konnten vollends die Anstrengungen des sächsischen Kurfürsten, den Lutheranern in des Kaisers deutschen Erblanden irgend eine Religionsfreiheit zu erringen, keinen Erfolg haben. Nur in dem außerhalb des Reichsverbandes stehenden Schlesien wollte der Kaiser der Stadt Breslau und den Fürstentümern Liegnitz, Brieg, Dels und Münsterberg ihre vorige Religionsfreiheit unter bestimmten Bedingungen fortgewähren, besonders unter Beschränkung auf die „ungeänderte Augsburger Confession“. Gleich also bei dem ersten Versuch, dem deutschen Reich den Frieden zurückzugeben, sprang hier die scharfe Grenze heraus, welche der Kaiser

zwischen seinen Erbländen und dem Reiche zog: in ersteren sollte der volle Ertrag der während des Krieges durchgeführten kirchlichen und politischen Neuordnungen behauptet werden.

Während so die Auseinandersetzung über die kirchlichen Machtfragen vor sich ging, trat kraft alten und engen Zusammenhanges noch eine andere Bedingung des Friedens hervor: die Schlichtung der auf Sinn und Handhabung der Reichsverfassung bezüglichen Streitfragen. Mehr als anderswo zeigte sich indes gerade hier die ängstliche Nachgiebigkeit des sächsischen Kurfürsten. Was von ihm vorgeschlagen und vom Kaiser angenommen wurde, beschränkte sich, abgesehen von den gleich zu erwähnenden Artikeln über Bündnisse und Krieg, auf einige Versuche, den kläglichen Zustand der Reichsjustiz zu bessern, und auch hier wurde die tiefer greifende Anregung einer paritätischen Besetzung sowohl des Reichskammergerichtes, wie des Reichshofrates auf eine andere Gelegenheit verschoben.

Damit blieb nur noch eine, allerdings die eigentlich entscheidende Frage übrig, die Frage der Durchführung des Friedens. Da derselbe, wie bemerkt, als ein allgemeiner Friede zwischen allen Reichsgliedern gedacht war, so handelte es sich um die allgemeine Annahme desselben vonseiten der Reichsstände. So groß nun war das Vertrauen auf die innere Kraft der Sache und den Einfluß ihrer beiden Vertreter, daß man diesen Beitritt durch „bewegliches Ermahnen“ und durch die Bestimmung, daß die Vorteile des Friedens nur den Annehmenden zukommen sollten, zu erlangen hoffte: sobald dann die Annahme von der Mehrzahl erklärt wäre, sollte der Friede die Kraft eines Reichsgesetzes haben. Aber wie war es weiter mit Schweden und Frankreich zu halten? Bereitwillig wollte man diese und andere auswärtige Mächte in den Frieden einschließen, jedoch mit der unbedingten Forderung, daß ihre Streitkräfte unverzüglich den Boden des Reiches räumten, wobei dann besonders betont wurde, daß Lothringen von Frankreich herauszugeben, und daß auf Pommern das Erbrecht Kurbrandenburgs, wenn es dem Frieden beitrete, zu wahren sei.

Um nun diese Räumung nötigenfalls zu erzwingen, um auch widerstrebende Reichsstände zu der oben erwähnten Restitution anzuhalten, bedurfte man einer bewaffneten Macht, und da liefen nun die Friedensbestimmungen in die Organisation des Reichskrieges gegen Schweden, Frankreich und die dem Frieden widerstrebenden Reichsstände aus. Zur Bildung eines Heeres, so wurde festgesetzt, soll allen Reichsständen ein Beitrag von 80 Römernmonaten auferlegt werden, es soll dann, nachdem der Beitritt der Mehrzahl der Stände erfolgt sein wird, ein Reichstag für die Fortsetzung des Krieges sorgen. Die Stärke des Heeres wurde auf 80 000 Mann gesetzt; als ein einheitliches Heer — nur ihre besonderen Festungsgarnisonen mochten die Reichsstände daneben halten — sollte es dem Kaiser und Reich vereidet, und seine Führung dem vom Kaiser bestellten Feldherrn übergeben werden —, aber doch wieder mit der Einschränkung, daß innerhalb der gesamten Armee dem sächsischen Kurfürsten die selbständige Führung eines besonderen Korps zugestanden wurde, ein Recht, das auch den weiter beitretenden Kurfürsten, natürlich unter Voraussetzung der Erhöhung der Truppenzahl, vorbehalten wurde.

An diese Anordnungen schlossen sich dann noch zwei weitere Bestimmungen, die von tiefgreifender, sowohl momentaner, wie prinzipieller Bedeutung waren. Seit lange bestritt der Kaiser den Reichsständen das Bündnisrecht (S. 457), und auch Kurpfalz verabscheute von jeher die Sonderbünde, vor allem natürlich die katholische Liga: dem entsprechend wurde beschlossen, daß zugunsten der herzustellenden Einheit alle Bündnisse im Reich, ausgenommen der Kurfürstenverein und die vom Kaiser bestätigten Erbvereinungen, aufgehoben seien. Es war das ein schwerer Schlag gegen die Interessen Maximilians von Baiern im besonderen und die Selbständigkeit der Reichsstände im allgemeinen. In einem gewissen Gegensatz dagegen, insofern sie sich mehr gegen die kaiserlichen Machtbestrebungen richtete, stand die zweite Bestimmung, welche besagte: bei Aufrichtung einer „Kriegsverfassung“ im Reich soll für den Kaiser die Wahlkapitulation, für die Reichsstände die Kreisverfassung nebst den Reichsabschieden bindend sein, d. h. bei Eröffnung eines Reichskriegs soll der Kaiser die Zustimmung der Kurfürsten nicht umgehen, und für die zur Wahrung des Landfriedens angestellten Kriegsrüstungen der Kreise ist die von Ferdinand II. beanspruchte kaiserliche Ermächtigung (S. 290, 293) nirgends vorgeschrieben.

Das Pirnaer Friedenswerk, wie es also geschlossen war, wurde als vorläufiges Abkommen betrachtet; erst auf einer neuen am 13. Januar 1635 in Aussig zu haltenden Konferenz sollte der Austausch der Ratifikationen erfolgen, und hierauf die Einladungen zum Beitritt ergehen. Aber da gab es von kaiserlicher Seite unerwartete Anstände. Statt am 13. Januar konnte die Konferenz — wiederum zwischen beiderseitigen Gesandten — erst anfangs April, und statt in Aussig in Prag eröffnet werden, und da traten die Kaiserlichen mit einer Reihe von Aenderungsvorschlägen hervor. Der Grund des Wechsels lag teils in den gestiegenen Hoffnungen in Bezug auf den Gang des Krieges, teils auch in neuen Vorstellungen, welche der Kaiser von den neuerdings befragten Theologen und den drei katholischen Kurfürsten empfing. Hielt doch unter den letzteren der Kölner nach abermaliger Befragung seiner Theologen daran fest, daß der Pirnaer Friede „mit unverletztem Gewissen nicht könne ratifiziert werden“, während der Mainzer (8. Januar 1635) die Auskunft fand, alle kirchlichen Zugeständnisse zu bemängeln, dann aber mit der Erklärung zu schließen, daß, wenn der Kaiser den Abschluß des Friedens auf sich nehme, auch er sich demselben fügen werde. Ähnlich scheint das endlich (Februar) vom Kurfürsten Maximilian abgestattete Gutachten gelautet zu haben: auch er verlangte dringend nach Frieden, auch ihm schienen jedoch die kirchlichen Bedingungen nicht genügend zu sein. Daneben hatte er sowohl, wie sein Bruder in Köln noch einen besonderen Anlaß zum Einspruch: das waren die halben Zugeständnisse, die der Kaiser in der pfälzischen und der Hildesheimer Angelegenheit gemacht hatte.

Diese Einwendungen waren es, die den Kaiser zu seinen Verbesserungsvorschlägen bestimmten. Was aber sollte nun der sächsische Kurfürst thun? Er hatte sich in der Zwischenzeit durch Abweisung der Vorstellungen, welche Schweden und die Heilbronner Verbündeten gegen den Sonderfrieden erhoben, noch weiter von diesen getrennt, er sah sich zugleich im eigenen Land durch die

Fortschritte der kaiserlichen Truppen bedroht; da fand er denn keinen Ausweg, als sich schließlich eine lange Reihe von kleinen und großen Zusätzen zu den Friedensartikeln gefallen zu lassen. Viele derselben konnten als deutlichere Fassung des Sinnes gelten; so, wenn jetzt ausdrücklich gesagt wurde, daß die Restitution der seit 1627 okkupierten Kirchengüter wie den Protestanten, so auch den Katholiken zugute kommen solle. Aber andere griffen tiefer. Um die Baiern zu befriedigen, wurde in der pfälzischen Sache jene zugesagte gütliche Verhandlung gestrichen, und dafür bestimmt, daß es bei den vom Kaiser getroffenen Anordnungen, also der endgültigen Abtretung der Kurwürde und der sämtlichen rechtsrheinischen Lande an Baiern (S. 374), sein Bewenden habe; es wurde weiter durch Streichung des auf Hildesheim bezüglichen Artikels das Recht des Erzbischofs Ferdinand wie auf den kleinen, so auch den großen Teil des Stiftes als endgültig anerkannt, obwohl das Glück der Waffen seit Juli 1634 auch noch die bischöfliche Residenz selber in die Gewalt des Braunschweiger Hauses gebracht hatte.

Dann ging es an die kirchlichen Bestimmungen. Durchweg waren in der Pirnaer Urkunde die Protestanten als Augsburgische Konfessionsverwandte „und Protestierende“ bezeichnet. Jetzt wurde die letztere Bezeichnung gestrichen. Daß hierdurch die sogenannten Calvinisten aus dem Frieden ausgeschlossen werden sollten, wurde von den Kaiserlichen nicht gesagt, aber willkommen war es ihnen gewiß, daß die vereinfachte Fassung ihnen eine Handhabe bot, um gelegentlich den Ausschluß zu behaupten. Zu den einzelnen Satzungen fortschreitend, nahm man dann von der Restitution der nach 1627 den Protestanten entzogenen Kirchengüter jetzt diejenigen aus, die durch Urteil des Kammergerichtes oder Reichshofrates und nach Submission beider Parteien den Katholiken zuerkannt seien, wodurch wohl u. a. die Württemberger Klöster (S. 429) im katholischen Besitz geschützt werden sollten. Es wurde ferner hervorgehoben, daß die nach Ablauf der vierzig Jahre wieder freigegebene rechtliche Verfolgung des Anspruches auf die entzogenen Kirchengüter entweder vor dem Kammergericht oder dem für solche Sachen paritätisch zu besetzenden Reichshofrat zu geschehen habe, wodurch der doppelte Grundsatz der radikal protestantischen Partei, erstens, daß solche Streitigkeiten überhaupt nicht auf gerichtliche Entscheidung zu stellen seien, zweitens, daß dem Reichshofrat keine mit dem Kammergericht konkurrierende Gerichtsbarkeit zustehen, verworfen wurde. Wollte es demgegenüber viel besagen, wenn vier oberdeutschen Reichsstädten — Nürnberg, Ulm, Straßburg und Frankfurt — das sonst den Städten verjagte Zugeständnis des Normaljahres gewährt wurde? Schwerer fiel es jedenfalls ins Gewicht, daß in einer anderen Reihe von Zusätzen, vielleicht auf Einfluß Spaniens, die an Frankreich zu stellende Räumungsforderung, besonders die Rückgabe Lothringens, unbedingter gefaßt, und dementsprechend auch die für kriegerische Zurüstungen bestimmte Beisteuer von 80 Römermonaten auf 120 erhöht wurde.

Alle diese Aenderungen ließ sich Kursachsen gefallen. Dann aber kamen die Kaiserlichen mit einem letzten Zusatz, einer Liste nämlich der von der Amnestie Ausgeschlossenen. Sie war ungleich reichhaltiger, als nach der bei den Pirnaer

Vereinbarungen vom Kaiser gemachten Ankündigung von Sachsen erwartet war. Neben den kaiserlichen Bediensteten und erbländischen Unterthanen, die Verrat oder Feindseligkeiten gegen ihren Herrn verübt hatten, traf der Ausschluß eine stattliche Anzahl von Reichsgrafen und Herren, dann aber noch — was besonderen Anstoß erregte — zwei Fürsten, den Herzog Eberhard von Württemberg und den Markgrafen Friedrich von Baden. Allerdings hatten letztere sich im Kriegsdienst der Feinde hervorgethan; allein sie waren längst unschädlich gemacht, und die ungewöhnliche Strenge, mit der man gerade gegen sie vorging, erregte den Verdacht, daß man besondere Interessen verfolgte. In der That erfuhr man auch bald, wie besonders in Württemberg der Kaiser nicht nur die zurückgebliebenen katholischen Aebte zu schützen fortfuhr, sondern auch nach böhmischem Muster gewaltige Stücke aus dem Herzogtum herauschnitt, um sie dem Hause Oesterreich als zurückgenommene Pfandschaften, dem bairischen Kurfürsten für Schuldforderungen, den Grafen Schlick und Trautmannsdorf und dem Bischof von Wien als Belohnungen zu überweisen.

Der Form nach wurde der auf die Amnestie bezügliche Zusatz als eine kaiserliche Resolution ausgefertigt; aber sie sollte mit der Friedensakte gleiche Kraft haben, wie denn auch beide Urkunden das gleiche Datum führten: 30. Mai 1635. Indes, der Kurfürst von Sachsen, indem er über den Hauptabschied die Auswechselung der Ratifikationen vornahm (15. Juni), hielt doch für diesen Nebenabschied seine Zustimmung zurück. Es war die einzige offen ausgesprochene Differenz in dem jetzt zu Ende geführten Friedenswerk. Die größte Frage jedoch, die offen blieb, war, ob es gelingen werde, das gesamte Reich in den Frieden hineinzuziehen. Um ihre Lösung sollte noch dreizehn Jahre weitergekämpft werden.
